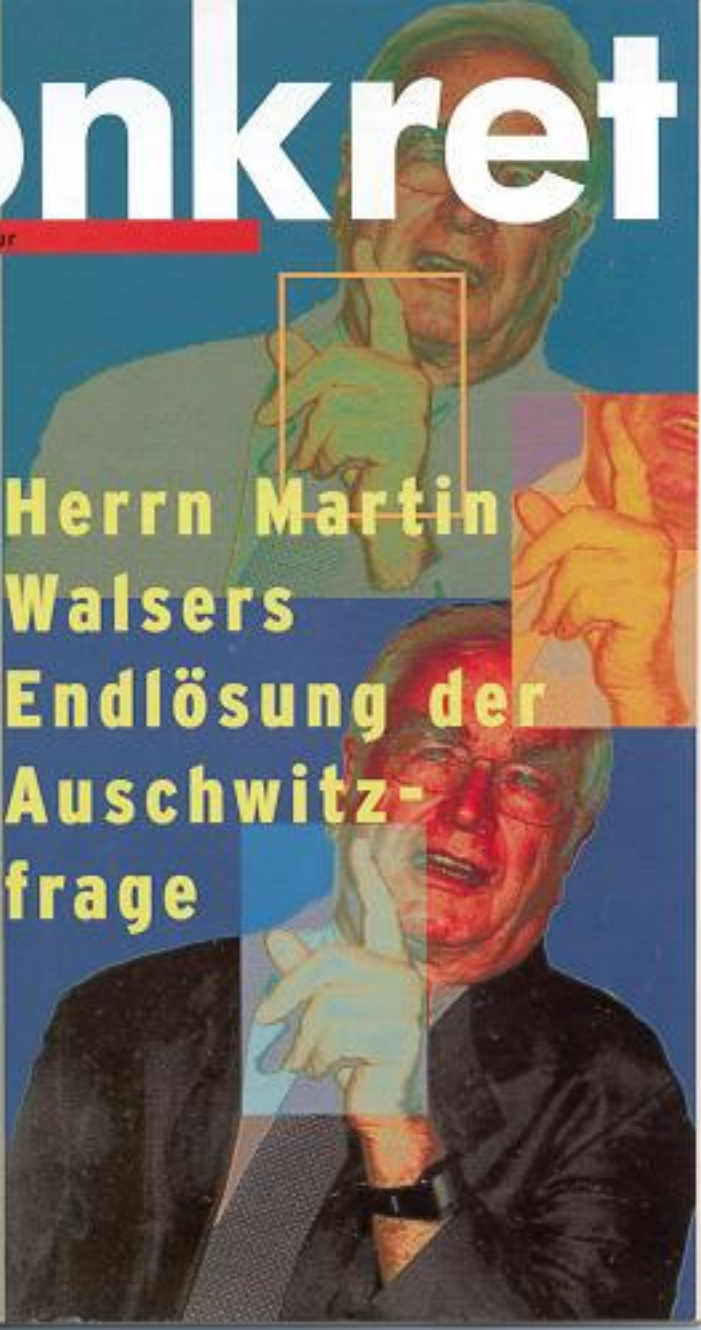
Heft 1 Januar 1999 8,- DM

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Rotgrün: Wer hat uns verraten? Keiner!
- O. Schily – eine Laufbahn
- Gott in Frankreich: Cohn-Bendit
- Kapital: Das Verbrechen gegen die Menschheit
- Mehmet: Unternehmer des Jahres
- Rußland? Säuft ab



## Herrn Martin Walsers Endlösung der Auschwitz-frage

# in konkret Januar 1999

**hier konkret**
Philip Agee, von 1957 bis 1969 »getarnter« CIA-Agent u. a. in Equador, Uruguay und Mexiko, ist ein intimer Kenner der US-Geheimdienstaktivitäten in Lateinamerika. Nach Veröffentlichung seines Buches »Inside the Company – CIA Diary« (1975) auf Betreiben der USA jahrelang international geächtet, arbeitet er heute als freier Journalist in Hamburg. KONKRET sprach mit ihm über die Konsequenzen einer möglichen Aburteilung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet

**von konkret**

**an konkret**

**Kein Fressen, doppelte Moral** von Hermann L. Gremliza

**Herrschaftszeiten**

**Jetztzeit** von Peter Hacks
Neujahrswunsch

**Subjekt, Opfer, Prädikat** von Tjark Kunstreich
Martin Walser und die Grammatik der Berliner Republik

**»Das Weltjudentum ist eine jroße Macht«** von Joachim Rohloff
Rudolf Augstein hat gegen Ignatz Bubus polemisiert – und dabei keine antisemitische Phrase ausgelassen

**Deutsche verwerten jüdische Nachbarn** von Wolfgang Dreßen
Etwa eine Million Akten über das rege Kaufinteresse der NS-Deutschen an jüdischem »Nachlaß« werden nach wie vor unter Verschluß gehalten. Eine Ausstellung dokumentiert erstmals Unterlagen deutscher Finanzämter

**Heyde/Sawade: Deutsches Doppel** von Peter Fasel
Die exemplarische Geschichte eines Mediziners, der zweimal Karriere machte: als SS-Führer bei der "Tötung lebensunwerten Lebens" und als meistgefragter psychiatrischer Gutachter eines westdeutschen Bundeslandes

**Rational choice** von Georg Fülberth
Eine Levitenlesung vor Leuten, die dem politischen Personal von heute seine Reden von gestern vorhalten und Verrat vorwerfen

**Stammheim vergessen** von Oliver Tolmein
Otto Schily ist sich treu geblieben: Der neue Innenminister tut, was er als RAF-Anwalt nicht lassen konnte

**Gott in Frankreich** von Christian Y. Schmidt
Die französischen Grünen haben einen neuen Spitzenkandidaten: das Universalgenie Cohn-Bendit

**Mit Büchse und Boot** von Florian Sendtner
Schily, »Bild« und »Spiegel« lassen wieder mal das volle Boot vom Stapel. Zur Bildtradition einer völkischen Metapher

**Schuldig bei Kontakt** von Otto Köhler
Mit seinen Erinnerungen hat der Rechtsanwalt Heinrich Hannover eine Geschichte der Politischen Justiz Westdeutschlands vorgelegt

**Vive La Droite!** von Bernhard Schmid
Bleu, blanc, rouge: Die französische Rechte formiert sich neu

**Pol Pots Moskitonetz** von Horst Pankow
Dem Kapitalismus ist mit einem »Schwarzbuch«, das seine Opfer zählt, nicht beizukommen, solange die Welt ihn als ihre natürliche Ordnung hinnimmt

**In diesem Sinne - Flexible response** von Gerhard Nordmann

**In diesem Sinne - Der Unternehmer des Jahres** von Michael Schilling

**In diesem Sinne - Hoch die Internationale** von Oliver Tolmein

**Heute er, morgen sie** von Mathias Wedel

**kunst & gewerbe**

**Das Megatodesspiel** von Kay Sokolowsky
Die Zeitgeschichte als Wille und Vorstellung – mit dem Film »Der Dritte Weltkrieg« hat das Œuvre des ZDF-Chefhistorikers Guido Knopp seine vorläufige Vollendung gefunden

**Ins Hirn geschossen** von Joachim Rohloff
Die Autorin Cora Stephan wurde berühmt als Mythologin der Unterhose. Heute macht sie Furore als Apologetin des kalkulierten Massenmords

**Sei voll!** von Jürgen Roth
Der russische Ministerpräsident hat, die Staatskasse zu füllen, das staatliche Monopol für Alkoholika wiederhergestellt und damit den Circulus vitiosus der russischen Selbstberauschung fürs erste wieder geschlossen

**Aktionspolitologie** von Klaus Bittermann
Das Leben des fröhlichen Anarchisten Dieter K., jetzt zu besichtigen in seiner Autobiographie »Leisten Sie keinen Widerstand!«

**buch & deckel** von Jens Hoffmann

**»Haß gegen das Judentum«** von Viktor Otto
Gustav Stresemanns Agitation gegen das »Berliner Tageblatt«, Kurt Tucholsky und die Juden

**Der Platz des Führers** von Kurt Pätzold
Erstmals versucht ein Historiker, das Leben Adolf Hitlers und die Geschichte der Deutschen zusammenzuführen. Über Ian Kershaws Hitler-Biographie

**Subversion und das Lied von der Mitte** von Alfred Schobert
Im diskursiven Geblubber um Pop & Politik kommen auch dem Zentralorgan für Popsubversion die kritischen Töne abhanden

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Standort Kino II** von Georg Seeßlen
Über die heimliche Komplizenschaft von Beziehungs- und Prollkomödie im deutschen Film oder: Was Filmproduktion mit Klassenkampf zu tun hat. Teil 2 und Schluß der Anmerkungen zur Krise des neuesten deutschen Films

**Film & Theater** von Max Annas
My Name Is Joe

**Film & Theater** von Marit Hofmann

Das Fest

**Film & Theater** von Dietrich Kuhlbrodt

Les Misérables

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/99, S. 3

# hier konkret

**Philip Agee, von 1957 bis 1969 »getarnter« CIA-Agent u. a. in Equador, Uruguay und Mexiko, ist ein intimer Kenner der US-Geheimdienstaktivitäten in Lateinamerika. Nach Veröffentlichung seines Buches »Inside the Company – CIA Diary« (1975) auf Betreiben der USA jahrelang international geächtet, arbeitet er heute als freier Journalist in Hamburg. KONKRET sprach mit ihm über die Konsequenzen einer möglichen Aburteilung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet**

**konkret**: Papst Wojtyla hatte Chile besucht und Pinochet gesegnet, Franz Josef Strauß hatte gesagt, es sei »einfach Unsinn, davon zu reden, daß in Chile gemordet oder gefoltert würde«, die Parteistiftungen der CDU und der CSU haben Pinochet unterstützt, die deutsche Presse, allen voran die »Frankfurter Allgemeine« und die Zeitungen aus dem Springer-Verlag, haben für Pinochet geworben, Siemens, AEG, Hoechst, Bayer, Oetker, BASF, MBB, MTU, Heckler & Koch, Dresdner Bank kamen mit Investitionen, Krediten, Waffen. 1982 rühmte Bundesbank-Präsident Otmar Emminger: »In Chile wird das Prinzip der freien Marktwirtschaft heute mehr praktiziert als bei uns. Einiges, was man erreicht hat, grenzt ans Unglaubliche.« Wenn Pinochet jetzt als Mörder und Foltermeister verurteilt würde, wären alle moralisch erledigt. Vier Tage nach dem Redaktionsschluß dieser Ausgabe will die Regierung Großbritanniens entscheiden, ob sie ihn unbehelligt abziehen läßt oder nicht. Wagen Sie eine Voraussage?

**Agee**: Mir scheint, daß Tony Blairs Regierung nichts anderes übrig bleibt, als Pinochet in Spanien vor Gericht zu stellen, auch wenn ihre Beziehungen zu Chile samt denen britischer Firmen unter den Folgen leiden werden. Andernfalls wäre ihr moralisches Ansehen in der Welt zerstört. Es fällt wenig ins Gewicht, daß eine chilenische »sozialistische« Partei und ein Außenminister sich diesem Prozeß entgegenstellen oder daß die Aussöhnung der chilenischen Gesellschaft auf dem Spiel steht. Die Fernsehbilder von Pro-und-Contra-Kundgebungen in Chile sprachen Bände – die chilenische Gesellschaft ist de facto gespalten in Arme und Reiche, eine Spaltung, die Allende aufzuheben suchte. Die Entscheidung könnte durch eine rechtskräftige Verfügung des britischen Innenministers Jack Straw fallen, aber das ist in Wirklichkeit eine außenpolitische Entscheidung, die Außenminister Robin Cook treffen muß. Bei der Parlamentsdebatte über meine Vertreibung, 1977, stimmte Herr Cook aus Prinzip für meine Sache und gegen seine eigene Partei, und ich glaube, seine Stimme wird jetzt den Ausschlag geben, im internationalen Recht den Grundsatz zu verankern, daß es keine Straffreiheit für solche Ungeheuer wie Pinochet geben darf. In Anbetracht der Firmen, die Sie aufzählen, schauen Sie sich den ungeheuren Wohlstand in Hamburg an, und denken Sie an die Wertschöpfung von Ländern wie Chile.

**konkret**: Gegen den Willen der USA hätte Pinochet weder Allende stürzen noch seine Schreckensherrschaft über Chile errichten können, die für 3.700 Menschen Tod, für 30.000 Folter und für eine Million Emigration bedeutete. Was weiß man heute über die Beziehungen von US-Agenturen zu Pinochet?

**Agee**: Ich persönlich kann nicht sagen, wie diese Beziehungen heute aussehen, aber ein kleiner Rückblick ist aufschlußreich. Allende hätte schon 1958 beinahe die Wahl gewonnen, und bei der nächsten nationalen Wahl, 1964, gab die US-Regierung heimlich über die CIA Millionen von Dollars aus, damit der Christdemokrat Eduardo Frei, Vater des gegenwärtigen Präsidenten, gewählt wird. Ich spielte eine kleine Rolle bei dieser Transaktion, deren Ziel es war, die Ausbreitung des Sozialismus und den Einfluß der kubanischen Revolution in Lateinamerika zu stoppen. Als Allende schließlich 1970 die Wahl gewann, befahl Präsident Nixon der CIA, »die Wirtschaft zum Aufschreien zu bringen«. Die CIA finanzierte dann eine massive Propaganda-Kampagne gegen Allende und unterstützte die Streiks der Lastkraftfahrer 1972 und 1973, die Pinochet den Vorwand lieferten, Allende zu stürzen und »die Ordnung wiederherzustellen«. Seitdem war Chile unter Pinochet und seinen Nachfolgern führend in der Verwirklichung der neoliberalen US-Globalisierungspolitik – mit dem vorherzusehenden Ergebnis einer immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich.

**konkret**: Wenn es zu einem Prozeß kommt (oder gekommen wäre), hätte Pinochets Verteidigung seine geheimen Helfer und Anstifter als Zeugen benennen können. Wissen Sie, ob die USA versucht haben, bei den Engländern Pinochets Heimreise zu erwirken?

**Agee**: Man kann nur hoffen, daß hier der sehr seltene Fall eintritt, daß die britische Regierung unabhängig von den Wünschen der USA handelt. Washington weiß, daß der nächste gesetzmäßige Schritt die Strafverfolgung der Co-Verschwörer und geistigen Urheber sein müßte: Kissinger, Haig, Helms und Co. Die Beweise finden sich im US-Senatsreport von 1976 über die Intervention der CIA in Chile. Deshalb können Albright und ihrem Team die möglichen Konsequenzen einer Durchsetzung des »Prinzips Pinochet« nicht behaglich sein. Sie werden immer noch die Rechtsprechung zurückweisen können, wie sie es stets tun, wenn der Weltgerichtshof sie verärgert (zum Beispiel bei der Verurteilung ihres unerklärten Krieges gegen Nicaragua in den 80er Jahren). Aber das ist ein geringer Preis, der für PR zu zahlen ist, die dazu dient, den Weg für künftige Interventionen, etwa in Kolumbien oder Mexiko, freizuhalten.

**konkret**: Viele von Pinochets Folterknechten waren auf der Schule der Diktatoren ausgebildet worden, an der US-Spezialisten in Panama die Kunst der »low intensity warfare« lehrten. Gibt es die Schule noch? Und welche Pinochets

werden dort heute ausgebildet?

**Agee**: Das Training Center der US-Army für »low intensity warfare« in Panama wurde in den 80ern nach Fort Benning in Georgia verlegt, als »School of the Americas«. Zu ihren Absolventen zählen die meisten der schlimmsten Diktatoren und Folterknechte in Lateinamerika. Sogar das Pentagon gab letztes Jahr zu, daß die Schule Foltertechniken lehrt. Eine wachsende Protestbewegung von Menschenrechtsaktivisten drängt, mit maßgeblicher Unterstützung des Kongresses, darauf, die Schule zu schließen. Unter der Internetadresse www.soaw.org findet sich das Neueste (und Schlimmste) zum Thema.

Konkret 01/99, S. 4

# von konkret

**In Ghosts, dem neuen Buch** von Klaus Theweleit (Verlag Stroemfeld/Roter Stern), stehen diese Sätze:

*Wer gegen das »Schwarzbuch des Kommunismus« im Ernst nur vorbringt, es zähle die Opfer des Kapitalismus nicht mit, reiht sich unter die kalten Killerfiguren, für die ausgemacht ist, daß so oder so gemordet wird; Hauptsache, man ist auf der Seite mit den besseren Argumenten (die natürlich nach wie vor »der Kommunismus« hat). Wäre Ovid around, er könnte sie verwandeln in Gremlinzas (kleine Wiesel, die Milch & Blut saugen müssen in den Gewölben des Lenin-Mausoleums).*

Es hat aber, erstens, Gremliza in seiner Kritik des *Schwarzbuchs* kein Wort über die Opfer des Kapitalismus verloren, wiewohl nichts wichtiger wäre als das, da der Kapitalismus noch lebt und täglich seine Opfer fordert, und zweitens ist keineswegs so ausgemacht, wie Theweleit meint, wer der kalte Killer ist: der für wahrscheinlich hielt und weiter hält, daß zwar nicht »so oder so gemordet wird«, aber doch jenseits des Kommunismus noch mehr, und deshalb die alte Weltordnung gegen die neue vormals verteidigt hat und heute gegen Leute wie den Nazi-Apologeten Courtois in Schutz nimmt, oder der, der sich und anderen von der Beseitigung des Kommunismus eine Welt versprochen hat, in der nicht mehr oder doch weniger gemordet würde als zuvor, und jetzt das Gegenteil, das Ereignis geworden ist, verleugnen, verdrängen, verklären muß.

**Zwei Hinweise auf das Buch** *»Roter Holocaust«? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus*, herausgegeben von Wolfgang Wippermann und Jens Mecklenburg im Konkret Literatur Verlag – zunächst in der »Frankfurter Rundschau« (von Rudolf Walther):

*In Frankreich, in Italien und hierzulande findet man keinen ernstzunehmenden Wissenschaftler*

bis auf den Heinrich August Winkler vielleicht, aber wer den ernst nimmt und zu welchem Zweck, steht in einem anderen Blatt,

*der dem Buch nicht zumindest gravierende Mängel im ganzen und Scharlatanerie im Detail vorwirft – und das letztere betrifft insbesondere die Beiträge von Courtois. Das ist alles leicht greifbar und auf 300 Seiten dokumentiert in einer »Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus«.*

In der »Zeit« schreibt Micha Brumlik, der dem Buch auch vorwirft, es verfehle »bisweilen das mit dem *Schwarzbuch* aufgeworfene moralische Problem«:

*Sodann finden sich – politikwissenschaftlich solide und bezüglich der historischen Verantwortung der Deutschen sensible – Auseinandersetzungen mit der von Courtois beschworenen, aber nicht begründeten Totalitarismustheorie. Wolfgang Wippermann und Hermann L. Gremliza demonstrieren sarkastisch und überzeugend die seit langem bekannte Erklärungsschwäche dieser in sich vielfältigen Doktrin. Das ist in Zeiten, wo die häufiger zitierte denn studierte Hannah Arendt für beliebige politische Absichten ... ausgebeutet wird, eine unerläßliche, geradezu volkspädagogische Aufgabe.*

**»Deutsche Geschichtspolitik** zwischen Wehrmachtsausstellung und Schwarzbuch des Kommunismus« ist der Titel einer Veranstaltung mit Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann am 17. Januar um 20 Uhr in Kiel, Hansastraße 48. Und am 18. Januar stellt der Konkret Literatur Verlag in der Kantine des Deutschen Schauspielhauses (Kirchenallee) das Buch *»Roter Holocaust«?* vor. An der Diskussion nimmt neben Wolfgang Wippermann und Jens Mecklenburg auch KONKRET-Herausgeber Gremliza teil.

Konkret 01/99, S. 6

# an konkret

**Alice, hilf!**

**KONKRET 12/98: Titelthema**

Das Maß des links-grünen Verrats wurde in seiner tiefwirkenden Bedeutung auch von Euch nicht richtig erfaßt. Es sind ja nun wirklich »unsere« dran, d. h. Bekannte und Menschen, denen man niemals zugetraut hätte, daß sie für Krieg stimmen. Was heißt denn das nun fürs ganze Leben: Daß man bei jedem Freund/Bekannten sich überlegen muß, was aus ihm/ihr würde, falls er/sie mal Abgeordneter, Chef, Minister, Lottogewinner würde...? Wahrlich eine grauenhafte Zukunftsvision, zu der einen die Altgenossen Trittin etc. zwingen. Was wäre aus Baader/Ensslin geworden, wenn die möglicherweise aus Quatsch nominiert worden wären wie Härlin damals von den Berliner Grünen fürs Europaparlament? »Was wäre aus Jesus geworden, wäre er mit fünfzig römischer Senator geworden?« ist meine Weihnachtsfrage. Oder andersrum: Hätten wir nicht alle Joschka Fischers Bildnis neben Che Guevara gehängt, hätte ihn der Opel-Werkschutz mit dreißig Jahren beim Flugblattverteilen erschossen? Dreckige Verräterbande! Kann man denn nun wirklich überhaupt keinem mehr trauen auf der Welt?!

Aus diesen Gedanken resultiert auch meine Kritik, wie wenig Ihr auf die Ungeheuerlichkeit dieses von Euch zitierten »Taz«-Artikels eingegangen seid: »Holz von unserem Holze ... Austausch der Körperflüssigkeiten«. Das ist doch ungeheuer! Da teilt so eine Dampftussi, kaum ist der Kerl Minister, der ganzen Weltöffentlichkeit mit, daß er mal ohne Gummi in ihr drin war. Die deutsche Lewinsky... Und was sagt Alice Schwarzer zu solchen Frauen?

*Wolfgang Kroeske*

*Berlin*

**Deutsche Arroganz**

**KONKRET 10 – 12/98: »Alptraum Euskadi?« von der gruppe demontage; Leserbriefe**

Und jetzt also Navarra plus jede Menge zusätzlicher Prozente: Da hat die gruppe demontage aber lange gegrübelt, um den durch quellenlose Zitiererei und die Verwendung falscher Zahlen selbst angerichteten Image-Schaden zu begrenzen. Mehr als ein Roßtäuschertrick kam dabei allerdings nicht heraus: Um doch noch in etwa auf das unterstellte Wahlergebnis zu kommen, erweitere man einfach das Abstimmungsgebiet; man nehme das gesamte historische Baskenland inklusive Navarra und die drei französischen (!) Provinzen und führe zudem noch die Wahlbeteiligung ein. Außerdem beziehe man sich ausschließlich auf die Resultate der nationalen Linken um ETA und HB, obwohl die eigene »Analyse« zuvor der baskischen Nationalbewegung insgesamt eine Nicht-Mehrheitsfähigkeit unterstellte. Ein netter Manipulationsversuch, Teil 2, und das alles, um die im »Euskadi«-Artikel herbeigeschriebene »antinationale« Tendenz doch noch zu »belegen«.

Vollends für dumm verkaufen will uns die gruppe demontage schließlich, wenn sie das aktuelle Euskadi-Wahlergebnis der baskischen Linken (übrigens das beste ihrer Geschichte) vom Oktober dieses Jahr erwähnt, dabei jedoch eine Kleinigkeit »vergißt«: Über 60 Prozent stimmten bei eben jenen Wahlen für die Lizarra-Parteien (»Forum für den irischen Weg«). Eine klare absolute Mehrheit entschied sich damit für diejenigen Kräfte, die für das Selbstbestimmungsrecht des Baskenlandes eintreten. Die gruppe demontage aber (ver-)

schweigt und klammert so die derzeit wichtigste Tendenz im baskisch-spanischen Konflikt aus. Angesichts dieser fortgesetzten Manipulationspraxis stellt sich die Frage noch drängender, wie lange Befreiungsbewegungen in aller Welt mit deutscher Arroganz über die »antinationale« Leiste gezogen werden sollen.

*Gerd Schumann*

*Hamburg*

**Arme Wissenschaft**

**KONKRET 12/98: Leserbrief von Jan Philipp Reemtsma**

In einem Schreiben an KONKRERT äußert sich Jan Philipp Reemtsma zu einer in KONKRET 11/98 wie in anderen Zeitschriften erschienen Anzeige, die um Subskription der Edition des Nachlasses von Reinhard Opitz warb. Er zitiert hieraus den Satz »Seit Charles Fourier blamiert sich unsereins immer wieder einmal mit der Hoffnung, Schlag zwölf werde ein reicher Mann in die Stube treten, einen Beutel Gold überreichen und danach ergeben auf seine Enteignung warten. Er ist vernünftigerweise auch diesmal ausgeblieben. Das Selbstausbeutungskommando ›Edition Reinhard Opitz‹ griff deshalb zum letzten Mittel: Subskription.« Jan Philipp Reemtsma fühlt sich angesprochen und weist darauf hin, daß die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur 1991 – 1993 73.500 DM an das »Selbstausbeutungskommando« bezahlt habe und im übrigen von den Kosten einer Anzeige unschwer 1.000 CD-Roms hätten hergestellt werden können, deren Erlös »für mehr als ein erfreuliches Abendessen des Selbstausbeutungskommandos« ausgereicht hätte.

Warum sich Jan Philipp Reemtsma angesprochen fühlt, weiß ich nicht. Von ihm ist in der Anzeige nicht die Rede. In der Vorrede der Edition (S. 21), die der Stiftung vorlag, ist allerdings, danksagend, die Rede von der Hamburger Stiftung und auch anderen, »ohne deren finanzielle Unterstützung dieses Editionsprojekt nicht hätte realisiert werden können«. Hinzugefügt werden sollte, daß sich die Fertigstellung der Edition aufgrund ihres unvorhersehbaren Umfangs weit über den bei Zusage der Stiftungsmittel anvisierten Zeitpunkt hinaus erstreckte. Ein Ausbeuter hätte nun unschwer die Mittel zurückfordern können. Das geschah nicht.

So weit, so gut. Doch immerhin: Das Bibliographieren, Versionsvergleichen, Einscannen, Scanfehler-Korrigieren, Erfassen, Auslassungen-Korrigieren, Schreibweisen-Korrigieren, redaktionelle Bearbeiten, Kürzen, Zitate-Überprüfen, Fußnoten-Ergänzen, Literaturlisten-Erstellen, Daten-Ergänzen, Gliedern, Rechtschreibung-Kontrollieren, Gegenlesen, Korrekturen-Eingeben, Indizieren, Seiten-Kontrollieren, Layouten, Ausdrucken, Setzen, Fahnen-Erstellen, Fahnen-Korrigieren, Neusetzen von ein paar tausend Seiten läßt sich nicht in zwei Jahren machen – nicht von einer Historikerin, deren 70prozentige ABM-Förderung einer VB-Stelle durch das Marburger Arbeitsamt die Stiftung ebenso ergänzte, wie sie eine nur ein Jahr auf einer Sozialhilfestelle gleichfalls 20 Wochenstunden tätige Schreibkraft kofinanzierte. Bereits fünf Jahre vor dem Engagement der Stiftung wurde mit Unterstützung eines Kreises vor allem von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen an der Edition ebenso gearbeitet wie nun fünf Jahre danach. Immer wieder unterbrochen von Phasen, in denen niemand sich für die Edition engagieren konnte oder neu eingearbeitet werden mußte. Dies alles geschah ehrenamtlich oder mit den prachtvollen Mitteln des Sozialamtes. Seit 1995 gibt es keinerlei Mittel mehr. Das trifft auch auf die noch anstehenden Satzarbeiten zu. Eine Wirklichkeit armer Wissenschaft hierzulande, die durch Leserbriefperspektiven auf »erfreuliche Abendessen« zweifellos revolutioniert werden wird.

Der abschließende, vermutlich ironische Ratschlag, statt in KONKRET Anzeigen zu publizieren, eine CD-Rom herzustellen, ist sicher für jene attraktiv, die ein Faible für die Lektüre von ca. 3.000 Seiten Opitz-Nachlaß am Bildschirm entwickeln können. Für sie kann ich auch gerne die Tonne Megabyte Text in knapp zehn Minuten in html konvertieren und locker auf www.bdwi.org packen.

Im übrigen handelte es sich um einen kostenneutralen Anzeigentausch. Die Publikationsoption auf das Ergebnis der in zwölf Jahren verausgabten Arbeitskraft, die sie gut zwei Jahre mitbezahlte, hat die Stiftung nicht wahrgenommen. Der Aufruf zur Subskription soll ausschließlich die in die Zehntausende gehenden schieren Druckkosten finanzieren, die der BdWi-Verlag nicht finanzieren kann, weil er einen durchaus armen linken Verein vertritt, der viel mit armer Wissenschaft zu tun hat. Die Adresse: BdWi-Verlag, Postfach 543, 35017 Marburg.

*Rainer Rilling*

*BdWi*

*Marburg*

**Große Bitte**

**KONKRET 12/98: »Jetztzeit« von Peter Hacks**

Das Heft enthält einen Fehler, der dringend einer Korrektur bedarf: Ein Gedicht mit dem Titel »Vaterland« von Peter Hacks steht auf Seite 26 und müßte auf Seite 44 (»Hamburger Anthologie«) stehen – wie immer an dieser Stelle versehen mit einer kurzen und distanzierenden Erläuterung zu Form und Inhalt.

Begründung: Der Verfasser des Gedichtes lobt, wie bereits der Titel nahelegt, das Vaterland. Genauer: die sich sozialistisch nennende Deutsche Demokratische Republik als Vaterland. In Tateinheit mit einer ebenfalls in dem Gedicht enthaltenen Staatsvergötterung, dem Lob des dortigen deutschen Volkes und dessen »Fürsten« genannten deutschen Herrschenden kommt das Gedicht insgesamt einer völkisch-nationalen Huldigung des Deutschtums in seiner ostzonalen Ausprägung gleich.

Da weder ironische oder sonstwie distanzierende Passagen in dem Gedicht enthalten sind, gehe ich davon aus, daß der Inhalt vom Verfasser ernst gemeint und somit ernst zu nehmen ist. In diesem Fall aber hätten Sie, als Redaktion einer Zeitschrift, die bislang kontinuierlich, radikal, präzise und zu Recht Vaterland, Volk, Herrschaft u. dgl. mehr, insbesondere aber das Deutschtum in jeglicher Ausprägung kritisiert hat, für Distanzierung zu sorgen. Dafür wiederum hätte sich die »Hamburger Anthologie« gut geeignet.

*Maik Söhler*

*Berlin*

Konkret 01/99, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# Kein Fressen, doppelte Moral

»Natürlich soll Pinochet nach Hause fahren. Was sind schon sechstausend Tote in zwei Jahren – vielleicht zehn pro Tag – das nenne ich nicht Völkermord.«

Henry Kissinger, ehemaliger Außenminister der USA, zitiert nach »The Guardian«

Was der Träger des Friedensnobelpreises den Gästen einer New Yorker Dinnerparty da gab, war die richtige Antwort auf eine Frage der Ehre. Wer den Killer bestellt und bezahlt, soll ihn nicht anklagen und richten. Zehn Morde täglich? Das sind nun mal die üblichen Gebühren, die bei energischer Wahrnehmung von Interessen in solchen Gegenden anfallen.

Das war 1952 so, als die CIA den General Batista in Kuba an die Macht putschte; und 1954, als eine von den USA organisierte Söldnerarmee in Guatemala einmarschierte, um den Präsidenten Arbenz zu stürzen, der Landbesitz der »United Fruit« enteignet hatte; und 1957, als die USA François Duvalier (Papa Doc) in Haiti an die Macht brachten, zu dessen Regierungszeit 50.000 Menschen ermordet werden; und 1961, als die CIA die Ermordung des dominikanischen Diktators Trujillo organisierte, der Steuern auf die Gewinne US-amerikanischer Konzerne hatte erheben wollen; und 1965, als 30.000 US-Soldaten in der Dominikanischen Republik den Amtsantritt des Präsidenten Juan Bosch verhinderten, wobei 3.000 dominikanische Bürger ums Leben kamen; und 1967, als in Bolivien die von der CIA gelenkte Jagd auf Ernesto Che Guevara mit dessen Ermordung endete; und 1980, als 100 US-Spezialisten im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua zehn Trainingscamps zur Ausbildung antisandinistischer Killerkommandos (sogenannter Contras) einrichteten; und 1983, als 6.000 US-Soldaten Grenada überfielen und Spezialabteilungen der CIA die Häfen Nicaraguas verminten; und 1989, als 30.000 US-Soldaten Panama eroberten und 3.000 Menschen umbrachten. Bis mit Gorbatschows Perestrojka die letzte Ruhe auf dem Friedhof des südlichen Abschnitts einkehrte. Ein paar Jahre zuvor schon hatte eine US-Kommission festgestellt, daß die Zusammenarbeit mit Militärdiktaturen den Interessen der USA in Lateinamerika auf Dauer schade. Es seien deshalb künftig zivile Regierungen zu fördern und deren Kontrolle zuerst mit ökonomischen statt militärischen Mitteln zu sichern. Wo sich kein Widerstand mehr regt, braucht keiner gebrochen zu werden. Der Vorsitzende der Kommission war Henry Kissinger.

Den passenden Kranz mit Schleife für die 6.000 in zwei Jahren ermordeten Chilenen durfte jetzt Madeleine Albright, Kissingers Nachfolgerin im Amt, vor Studenten der Emory University in Atlanta (Georgia) ablegen, wo sie den Opfern, welche die »schweren Fehler in der Lateinamerika-Politik« ihrer Vorgänger gekostet haben, ihr Beileid aussprach. Möglicherweise, ließ Albright ausrichten, werde man einige Geheimakten, die über die schweren Fehler in Chile Auskunft gäben, demnächst der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Denn endlich haben auch die USA gemerkt, daß der moralische Rüstungswettlauf eine Disziplin im Mehrkampf um die Weltmacht geworden ist. Ihre sittliche Überlegenheit gegenüber den Deutschen (und den übrigen Völkern des Erdteils Heidelberg) schien ihnen nach 1945 auf alle Zeit so selbstverständlich, daß sie ihr diesbezügliches Arsenal allzusehr hatten vergammeln lassen. Ab und an polierte ein Präsident mal ein gutes Stück ein wenig auf, aber wenn es ernst wurde, stand im Mittelpunkt der amerikanischen Politik nicht so sehr das Leben der Kuwaiter und Israeli als »unser Öl« (Henry Kissinger).

Schon damals freilich durfte die Beobachtung gemacht werden, daß bei der Verfolgung sogenannter schnöder, das heißt: materieller Interessen die Erledigung sittlicher Aufgaben abfallen kann, die aus moralischen Motiven entweder unterblieben oder in einen Kreuzzug entartet wären. Daß für »unser Öl« getötet wird – darauf ist die Menschheit eingerichtet. Geld oder Leben? – das läßt sich entscheiden. Henry Kissinger, der Zyniker, läßt den Leuten die Wahl, ob sie sich unterwerfen oder sterben wollen. Natürlich, sagt er, darf getötet werden, doch nicht aus Jux, nur aus Dollarei. »Ich halte es wie Napoleon, der einmal sagte: Du willst Wien? Dann nimm Wien!«, hat er über die Erweiterung der Nato nach Osten gesagt. Die neue Bundesregierung schreibt zum selben Thema in ihren Koalitionsvertrag hinein: »Die Tür des Bündnisses bleibt gegenüber weiteren Demokratien offen«, und keiner weiß, wem die einladende Drohung gilt.

Auch die USA haben ihre Freiheit & Democracy immer mal wieder in Stellung gebracht, gegen China vorzugsweise, doch war stets auf beruhigend aufreizende Weise spürbar, daß mit dieser Bombe nichts niedergelegt werden sollte als die Importgrenzen für amerikanische Waren. Bonns neuer Außenminister Fischer weiß sich, wenn er einen chinesischen Dissidenten empfängt, von Gedanken an solche Geschäftemacherei frei, ganz im Dienst an Höherem, an Höchstem. Es geht um Menschenrechte, da kann er auf die geltende Maxime für den Friedensdienst deutscher Truppen: daß ein Eingreifen zugunsten der Menschenrechte immer nur dann erfolgen solle, wenn es dem nationalen deutschen Interesse diene, keine Rücksicht nehmen. Die Richtlinie ist nicht so zynisch, wie sie manchem erschien. Wieviele sterben müssen,

um deutsche Interessen (in neun von zehn Fällen: des Exports) zu befördern, ließe sich von Fall zu Fall taxieren – vielleicht hundert pro Tag. Aber befriedige mal einer das deutsche Bedürfnis nach seelischer Erhebung! »Deutschland läßt sich nicht den Mund verbieten« – die Schlagzeile, mit der das »Hamburger Abendblatt« seinem Außenminister gegen chinesische Kritik beispringert, vermittelt eine Ahnung von den fälligen Kosten.

Was zu beißen geben beide Weltmächte, die Nr. 1 wie die Nr. 2, den drei Kontinenten nicht. Von der Nr. 2 kommt erst kein Fressen und dann die doppelte Moral. Dabei ließe die Zahl der Gefolterten und Ermordeten sich eher senken, wenn man Geld schickte statt Leitartikel. Das United Nations Development Programme jedenfalls findet in der Rubrik »Indikatoren menschlicher Entwicklung«, die von Kindersterblichkeit, Untergewicht, verseuchtem Wasser, Epedemien, Selbstmordraten und Analphabetismus berichtet, die paar Menschenrechte, die der Leitartikler immer nur meint, nicht einmal der Erwähnung wert. Seltsamerweise scheinen die Leute andere Probleme zu haben: die 1,5 Milliarden Menschen in der Dritten Welt, die mit weniger als 1 Dollar am Tag auskommen müssen; die Hälfte aller Kinder, die in Südasien unterernährt ist; das Drittel der Bevölkerung, das in Schwarzafrika keine vierzig Jahre alt wird; die 80 Millionen Menschen (40 Prozent der Bevölkerung), die in Indonesien unterhalb der Armutsgrenze leben.

Der Graben, heißt es in dem Bericht, zwischen den armen und den reichen Ländern werde immer tiefer. Und mit weniger als zwei Promille ihres Bruttosozialprodukts sei die Entwicklungshilfe der reichen Länder heute so gering wie noch nie. Die Chinesen versuchen verzweifelt, sich ihren Zugang zum Weltmarkt zu erhungern. Was liegt da näher, als ihnen Nachhilfe in Gemeinschaftskunde zu geben und demnächst dem Dalai Lama die Gelegenheit, die Blumenkette, die er an Kinkel nicht losgeworden ist, dem Fischer umzuhängen? Vielleicht kriegt man ja auf diese Weise die VR China in ähnlich handliche Klumpen gehauen wie zuvor die Sowjetunion und Jugoslawien.

(Ob man aber schon darum auf die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte verzichten sollte, weil sie mehr Tote produziert als ihre Unterdrückung, ist eine Frage, die keiner besser beantworten könnte als Rupert Neudeck, jener rheinische Himbeerchristus, der vor ein paar Wochen noch über alle deutschen Sender seinem Favoriten Kabila den Weg zur Einführung der Menschenrechte im Kongo geebnet hat.)

Brot für die Welt – die Butter bleibt hier: Aus Sarkasmus ist Euphemie geworden. Auch das Brot bleibt hier. Für die Welt gibt es unsere »politische Kultur«. Sie stillt den Hunger des Ausbeuters nach gutem Gewissen. Und schenkt ihm das prima Gefühl, ein besserer Mensch zu sein als dieser Kissinger.

Konkret 01/99, S. 10

# Herrschaftszeiten

**Wir haben von der neuen Regierung Garantien zugesagt bekommen, daß die Geschwindigkeit auf den Autobahnen frei bleibt**

**Bernd Pischetsrieder, Vorstandsvorsitzender von BMW**

**Oral History**

»Deutschland wurde in den letzten Jahrzehnten eine Menge Sozialismus aufgeladen, die nicht mehr bezahlbar ist«, sagt Werner Müller, der Wirtschaftsminister der rot-grünen Bundesregierung. Die Revolution herbeigeführt hatten die Genossen Günter »Broz« Rexrodt und Norbert »Ulanow« Blüm.

**Weltniveau 1**

Zehn Jahre nach Beginn der Perestrojka ist es Rußland gelungen, erstmals die USA zu übertreffen: Generaloberst Wladimir Kolesnikow, Erster Stellvertretender Innenminister, gab bekannt, daß es das Land 1998 auf 30.500 Mordfälle bringen werde. Damit wäre das alte realsozialistische Versprechen wenigstens in einem Bereich endlich erfüllt: Überholen ohne einzuholen (wobei einholen hier in des Wortes doppelter Bedeutung gilt).

**Weltniveau 2**

Auch im Umgang mit den Tätern will sich Rußland an US-Vorbildern wie dem texanischen Gouverneur George Bush jr. orientieren, in dessen Bundesstaat die meisten Hinrichtungen stattfinden. (Der Präsidentensohn ist stolz darauf, von 114 Gnadengesuchen 114 abgelehnt zu haben.) Premierminister Primakow droht Mördern die »physische Vernichtung« an, sein Generaloberst Kolesnikow befürwortet die Hinrichtung von »Untermenschen«.

**Antifa**

Um die deutschen Konzerne zu entlasten, druckte Springers »Hamburger Abendblatt« eine ganzseitige Reportage unter dem Titel »Schuften für amerikanische Autofabriken« und der Unterzeile: »In der Diskussion um Zwangsarbeit fällt nun auch auf Ford und General Motors ein Schatten«. Es handelt sich um die beiden deutschen Filialen in Köln und Rüsselsheim, die – wie deutsche Unternehmen – Zwangsarbeiter angefordert und viele davon durch Arbeit vernichtet hatten. Bisher hätten sich die beiden US-Konzerne damit herausgeredet, daß sie nach dem Kriegseintritt der USA keinerlei Einfluß auf die Geschäfte ihrer deutschen Tochterunternehmen gehabt hatten. Zu Unrecht:

*Was sie verschwiegen, war die Tatsache, daß sie weiterhin aus den Werken in Deutschland dicke Schecks erhielten. Simon Reich, Wirtschaftshistoriker an der University of Pittsburgh, bestätigt: »Opel und Ford taten auch nach dem Dezember 1941 alles, um sich bei den Nazis einzuschmeicheln.«*

Was sie bis dahin getan hatten, beschreibt Springers Zeitung so:

*In einem Buch, das im kommenden Jahr erscheinen soll, beschuldigt der Historiker Bradford Snell General Motors, eine Schlüsselrolle bei Hitlers Invasion in Polen und der Sowjetunion gespielt zu haben: »GM war für die Kriegsmaschine der Nazis viel wichtiger als die Schweiz.« Der Historiker bezeichnete GM als »integralen Teil der deutschen Kriegsbemühungen«. Dokumente beweisen, daß sowohl Ford als auch General Motors dem Wunsch der deutschen Regierung nachkamen, ihre Werke in Köln und Rüsselsheim für die Produktion von Kriegsgerät umzurüsten, während sie in den USA die Forderung Roosevelts nach einem solchen Schritt zur gleichen Zeit noch entschieden ablehnten ... Snell erinnert sich an ein Interview mit dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, der ihm 1977 bestätigte, »daß Hitler niemals die Invasion in Polen erwogen hätte, wenn er nicht über die fortschrittliche Technologie von GM verfügt hätte« ... James Mooney, GMs Generaldirektor für das Übersee-Geschäft, hatte 1939, zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch in Polen, ein Gespräch mit Hitler in Berlin, wo vereinbart wurde, einen Teil des GM-Werkes in Rüsselsheim für die Produktion der Motoren und anderer Teile des »Wunderbombers« JU-88 umzurüsten. Ein Bild belegt, daß Mooney, der ebenfalls (wie Henry Ford) mit einem hohen deutschen Orden ausgezeichnet wurde, im Februar 1940 mit Hermann Göring das Opel-Werk in Rüsselsheim inspizierte.*

Wenn es gegen die Konkurrenz geht, erweisen Redakteure von Springer auch Dimitroffs Faschismus-Analyse ihre Reverenz.

**Profa**

Das Filmmuseum in Potsdam veranstaltet eine Ausstellung der Werke von Leni Riefenstahl und versichert, sich dabei »um eine möglichst vorurteilsfreie Annäherung an Person und Werk« zu bemühen. Ganz ohne »Moralkeule« (M. Walser).

**Filzlaus**

Die Hamburger Hochbahn AG (HHA) hat mit der ÖTV und der DAG einen Tarifvertrag »zur Sicherung der Arbeitsplätze« geschlossen: Der Betrieb verspricht darin, bis zum Jahr 2004 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Dafür werden die Gehälter der älteren Busfahrer (sie liegen nach 25jähriger Tätigkeit bei 2.500 Mark netto) im Durchschnitt um 300 Mark brutto gekürzt. Gleichzeitig beschloß der Vorstand, seine Jahresgehälter zu erhöhen. Vorstandsvorsitzender der mehrheitlich landeseigenen HHA ist, wie in Hamburg üblich, ein Politiker, der seiner Partei lästig geworden war und der deshalb versorgt werden mußte: der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Genosse Elste erhält jetzt 35.000 Mark. Nicht überhaupt, sondern: mehr als bisher.

**Helau**

Eva-Maria Hagen erhält die Carl-Zuckmayer-Medaille des Landes Rheinland-Pfalz. Die Auszeichnung ist mit einer Urkunde und einem 30-Liter-Faß von Zuckmayers Lieblingswein verbunden. Mit der Zuckmayer-Medaille werden Persönlichkeiten geehrt, die sich um die deutsche Sprachkultur besonders verdient gemacht haben. Die Verleihung findet in Mainz wie es singt und lacht statt.

**Öffentliches Gelöbnis**

»Weder von der Kommunistischen Plattform noch von der AG Junge GenossInnen ist jemals Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgegangen«, schwört der PDS-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern und Landesminister Helmut Holter. Recht hat er.

**Fortschritt**

Als der Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder 1985 vom Vorsitzenden des Staatsrats der DDR empfangen wurde, überreichte er Erich Honecker als Gastgeschenk das Bild einer Friedenstaube, gemalt von seiner Tochter. Als der Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998 Rußland besuchte, verhandelte er über eine deutsche Beteiligung am Bau des Militärtransportflugzeugs Antonow-70 und einer aufgerüsteten Version des Kampfflugzeugs MIG-29.

**Gemengele**

Auf die Frage, was er von den Prozessen halte, die gegen Trainer und Sportärzte der DDR wegen Dopings geführt werden, antwortete der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen:

*Das ist nach wie vor beängstigend. Es kommt auf uns eben historisch die gleiche Diskussion zu wie bei der Bewältigung des Nationalsozialismus...*

Jürgen (»ein Auschwitz den Seelen«) Fuchs hätte gesagt: ein Mengele der Stadien.

**Goldbuch des Kapitalismus**

Wo ist eigentlich die Witwe geblieben, die der Willy Brandt zurückgelassen hat? Sie ist, weil sie nicht Vorsitzende der SPD werden konnte, Geschäftsführerin geworden, nicht bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zwar, aber bei der »Alfred Herrhausen Gesellschaft«, die sich im »internationalen Dialog« der Aufgabe widmet, das Ansehen der Deutschen Bank zu heben, das derzeit wegen der Aneignung jüdischen Goldes ein wenig angekratzt ist. Brigitte Seebacher-Brandt hatte den dazu bestens geeigneten Einfall, den *Schwarzbuch*-Autor Stéphane Courtois in den Konferenzsaal der Deutschen Bank einzuladen, der sich mit den Worten angeboten hatte:

*Ich frage die Deutschen: Bis wann wollen Sie sich so verhalten, als seien Sie allesamt die Verurteilten von Nürnberg? Irgendwann muß mal Schluß sein... Ich akzeptiere völlig, daß es in bestimmten Momenten Positionen gibt, die eine Funktion in der Gesellschaft haben. Aber man muß wissen, wann sie ihre Schuldigkeit getan haben.*

Presseberichten zufolge soll Courtois sich in diesem lokalen wie personellen Ambiente sauwohl gefühlt haben.

**Gunman**

US-Präsident Bill Clinton soll einen Plan zum Sturz seines jugoslawischen Kollegen Slobodan Milosevic und zur Zerschlagung Restjugoslawiens gebilligt haben. Wie der Londoner »Observer« berichtet, gehört zu dem Plan auch die Aussetzung eines Kopfgeldes von fünf Millionen Dollar für die Ergreifung der bosnischen Serben Radovan Karadzic und Ratko Mladic. John Wayne und Randolph Scott sind leider verhindert.

**Revue 1**

Im November 1998 meldete die »Frankfurter Allgemeine«:

*Erst allmählich wird deutlich, was im August dieses Jahres im Norden Afghanistans an Grausamkeiten geschehen ist, an Massentötungen, wie sie selbst während der nahezu zehnjährigen sowjetischen Besetzung des geplagten Landes in Zentralasien nicht vorgekommen sind, ... zeigt aufs neue, was seit dem Abzug der Roten Armee vor fast neun Jahren grausame Wahrheit ist: Die Afghanen selbst quälen ihr Land zu Tode.*

Bei den Tätern handelt es sich um jene »Freiheitskämpfer«, zu deren Unterstützung einst die deutsche Linke eine ihrer größten Propaganda-Schlachten geschlagen hat. Textprobe:

*Der Einmarsch der Sowjetunion stellt den dritten Versuch dar, den Widerstand des afghanischen Volkes gegen die zwangsweise und fremdbestimmte Modernisierung von oben machtpolitisch zu brechen ... Wir rufen alle auf: Verhindert ein afghanisches Vietnam, für eine autonome und fortschrittliche Entwicklung der Dritten*

*Welt.*

Zu den Unterzeichnern zählten Arno Klönne, Dieter Senghaas, Martin Jänicke, Elmar Altvater, Bernd Rabehl, Margherita von Brentano, Oskar Negt, Ossip K. Flechtheim, Claus Offe. Im Bundestag reichte die Koalition der Mudjahedin damals von Jürgen Todenhöfer (CDU) bis Freimut (statt Sozialismus) Duve. Auch alle übrigen Unverdächtigen waren gern dabei – von der völkischen Gesellschaft für bedrohte Stämme bis zum Komitee Cap Anamur. Keiner hat sich je von seinen afghanischen Kampfgenossen distanziert, keiner hat jetzt aufgerufen, dem Massenmord ein Ende zu setzen.

**Revue 2**

An dieser Stelle wurde unter der Marke »Peanuts« (KONKRET 6/96) vorausgesagt, wie es mit der Karriere des Chefredakteurs Mathias Döpfner, der gerade die »Wochenpost« kaputtredigiert hatte und vom Verlag Gruner + Jahr, wiederum als Chefredakteur, zur »Hamburger Morgenpost« versetzt worden war, weitergehen werde: Der Schwiegersohn des Deutsche Bank-Chefs Hilmar Kopper werde, wenn er

*die »Morgenpost« erst kaputt gekriegt hat, Chefredakteur des »Stern« werden.*

Diese Prognose hat sich nicht erfüllt. Schuld daran ist Döpfner, der die »Morgenpost« heruntergewirtschaftet hatte, bevor der Verlagschef Schulte-Hillen die Chefredaktion des »Stern« von deren Amtsinhaber Werner Funk für seinen Zögling freimachen konnte. Als Funk gegangen wurde, war Döpfner schon zu Springers »Welt« geflohen, eingeladen von einem Vorstand, der die Millionenbeträge, welche das seit Jahrzehnten stagnierende Blatt kostet, dadurch einsparen will, daß er einen Mann an die Spitze der Redaktion setzt, der dafür bürgt, die Stagnation zu überwinden und einen Abstieg einzuleiten, dessen Tiefe und Geschwindigkeit die Legitimation liefert, das teure Blatt abzustoßen oder selber einzustellen.

**Dem Morgenrot entgegen**

Von Helmut Holter, Vorsitzender der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und erster Arbeitsminister eines Bundeslandes, der an einer kommunistischen Parteischule (in Moskau) ausgebildet ist, kann Springer melden:

*Der Sozialistenführer erneuerte das Bekenntnis seiner Partei zu Grundgesetz und Marktwirtschaft,*

nämlich zum Kapital, und dieses Bekenntnis wird bis zum nächsten Plenum des Zentralkomitees (»Bundesparteitag«) – unter Wahrnehmung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse – planmäßig vertieft und ausgebaut. Freundschaft!

Konkret 01/99, S. 11

**Peter Hacks**

# Jetztzeit

**Neujahrswunsch**

Vor Luschen und Tüten
Soll Gott und behüten.

Konkret 01/99, S. 12

**Tjark Kunstreich**

# Subjekt, Opfer, Prädikat

**Martin Walser und die Grammatik der Berliner Republik**

»Deutsch ist Glückssache.«
Martin Walser

»Wer nicht lächelt, wird erschossen.«
Simone de Beauvoir

Die Rede war unerhört: Mit ihr, meinte Jörg Magenau in der »Taz«, sei nun offiziell, »was zunächst als spontane Mißfallensäußerung abzubuchen gewesen wäre«. Schließlich sei zu befürchten gewesen, »daß er die Zeit nicht nutzen würde, das zugrundeliegende Mißverständnis auszuräumen«. Mit der Rede, glaubte die »FAZ«, sei ein »deprimierender erinnerungspolitischer Tiefpunkt erreicht«: Die »grotesken Wortungetüme machen sprachlos. Hat es überhaupt einen Sinn, weiterzureden?«, fragte der Kommentator. Nach dieser »harsche(n), wenig differenzierte(n) Kritik steht zu erwarten, daß sich diese Debatte fortsetzen und weiter polarisieren wird«, befürchtete die »Berliner Zeitung«. Ulrich Raulff faßte die Aufregung in der »FAZ« zusammen: »Seit gestern ist der Schleier zerrissen, den eine trügerische Vorstellung von ›Gedächtniskultur‹ vor der Tatsache aufgespannt hatte, daß das Gedächtnis alles andere als einheitlich ist.«

Diese Sätze waren nicht am 13. Oktober, nach Martin Walsers Friedenspreis-Rede in der besorgten deutschen Presse zu lesen, sondern am 10. November – einen Tag nachdem Ignatz Bubis auf der Gedenkveranstaltung des Zentralrats der Juden zum 60. Jahrestag des Novemberpogroms in der Berliner Synagoge in der Rykestraße eine Rede gehalten hatte, in der er seine Kritik an Walser ausführte: »Der intellektuelle Nationalismus nimmt zu und ist nicht ganz frei von unterschwelligem Antisemitismus. Besonders irritiert bin ich über eine ganze Reihe von Zuschriften«, so Bubis, »die überrascht waren, daß ich Walser so kritisiere, denn dieser habe bloß ausgesprochen, was die meisten ohnehin dächten.« Zu gut einem Drittel bestand Bubis' Rede aus Zitaten aus Walsers Rede, und immerhin fiel der Reporterin vom »Tagesspiegel« auf, daß, »in der Synagoge und vor den höchsten Amtsträgern wiederholt, die Worte noch beängstigender (klingen), als vor ein paar Wochen in der Paulskirche«.

Die betretenen Gesichter der Repräsentanten der Berliner Republik zeigten, daß man sich das Gedenken wohl harmonischer vorgestellt hatte. Um einen ordentlichen Affront nie verlegen, ergriff Roman Herzog – »mit orthodoxem Hut mit breiter Krempe« (»Tagesspiegel«) – auf der Gedenkveranstaltung die Gelegenheit: »Herzog hat Walser unmißverständlich in Schutz genommen«, verstand die »FAZ« die Erwägungen des Bundespräsidenten über die »richtige Dosierung« des Gedenkens. Nicht, daß Herzog die Gastfreundschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland mißbrauchte, indem er Walser in Schutz nahm, ist ein Skandal, sondern »der schlichte, auf Menschenkenntnis beruhende Rat, Verdrängung durch ein Übermaß an Erinnerungszwang nicht regelrecht zu provozieren«.

Die alte Warnung, die Juden sollten es nicht zu bunt treiben, wollten sie in Ruhe gelassen werden, mündet in die Absage an den Minimalkonsens der alten BRD: »Ist das ›Nie wieder‹ nicht die hohlste aller hohlen Phrasen? Wenn das Gedenken weiterhin erschüttern soll, muß es das Rituelle und das Monumentale meiden«, sagen die, die das Gedenken über Jahrzehnte ritualisierten, die es nicht monumental genug haben konnten und alles unternahmen, den Inhalt – jene »hohle Phrase« – vergessen zu machen. Das Gedenken, so die »FAZ« besorgt, »wird sonst zu einer toten Religion – ohne Erlösungsversprechen«. Und genau diese bittere Erfahrung ist es, die sie wild macht; nach all den Jahren gibt es immer noch keine Erlösung, noch immer sind die Deutschen kein »normales Volk« (Walser).

Auf in die Schützengräben! fordert das Feuilleton. Wenn das Gedenken keine Erlösung ermöglicht, ab dafür; wenn Erinnerung nicht Versöhnung bedeutet, ist sie eine Kriegserklärung; Schluß muß sein mit den Gedenktagen, dem »Wiederholungszwang des Traumatisierten« (die »FAZ« über Bubis). Subjekt, Opfer, Prädikat, das ist die Grammatik der Berliner Republik; nach Bubis' Rede gibt es endlich einen Feind und kein »Mißverständnis« mehr.

Die schöne Redensart, es würde einem ein Stein vom Herzen fallen – Ausdruck tiefer Erleichterung vor der ausgebliebenen Katastrophe oder angesichts einer Sorge, die sich als unbegründet herausstellt – , bekommt nun ihren spezifisch deutschen Sinn: Weil es ihnen schon immer nur äußerlich war und sie nie verstanden haben, was denn nun an Auschwitz so schlimm gewesen ist, daß man jahrein, jahraus gedenken, nachdenken, warnen, begreifen, analysieren, sprechen und schweigen soll, haben die deutschen Intellektuellen nur auf eine Gelegenheit gewartet, sich von der Last zu befreien. »Kinder, spricht der Onkel Walser, / Preisbörsianer, Allumhalser, / unser einst zu schmales Land / ist jetzt ein normales Land, / wo man wieder schreibt und sagt, / was uns an uns selbst behagt. / Schaut euch um, doch nicht zurück: / Ravensburg statt Ravensbrück; / Meßkirch, auch sehr hübsch gelegen, / traulicher als Esterwegen. / Dachau? Flossenbürg? Ah, geh! / Bodensee – nicht

Plötzensee. / Und so weiter dergestalt, / daß sich jeder ohne Reue / unsrer Nazion erfreue: / »Westerwald!« – statt Buchenwald.« Mit diesem Gedicht hat sich Peter Rühmkorf in der »Zeit« ohne Wiegen und Wägen gegen Walser gewandt. Ansonsten gibt es keinen Protest von Günter Grass, kein scharfes Wort von – ja, von wem denn noch? Grass kann nicht mehr protestieren, nachdem er sich zusammen mit Walter Jens, der als erster Walser in Schutz nahm, im Frühjahr gegen das Holocaust-Mahnmal ausgesprochen hat. Und der klägliche Rest? Spricht nicht alles dafür, daß wir froh sein sollten, von ihnen nichts zu hören?

Es ist ja nicht so, daß sie den Mund hielten, sie machen alle mit. Da wirft der SPD-Junker Klaus von Dohnanyi die Frage auf, ob sich die deutschen Juden »so sehr viel tapferer als die meisten anderen verhalten hätten, wenn 1933 ›nur‹ die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären«. Für den CDU-Junker Richard von Weizsäcker ist es Bubis, der »mit seinem Vorwurf einer ›geistigen Brandstiftung‹ Walser persönlich zu nahe getreten« ist. Und als Bubis Dohnanyis Unterstellung als »bösartig« bezeichnet, antwortet Dohnanyi: »Ich finde als Vorsitzender des Zentralrats der Deutschen Juden (!) könnten sie mit Ihren nichtjüdischen Landsleuten etwas behutsamer umgehen; wir sind nämlich alle verletzbar.« Bubis antwortet: »Wie wäre es, wenn Sie und Walser mit Ihren jüdischen Landsleuten etwas behutsamer umgehen würden, denn auch wir sind verletzbar.« Dohnanyi darauf, unter der Überschrift »Wer das Wir zerbricht«: »Daß Sie nun die jüdischen Deutschen von diesem ›wir alle‹ wie selbstverständlich ausnehmen, ... scheint mir das Problem ihrer Antworten auf meine Texte zu sein.«

»Was mich am meisten gewundert hat, war, daß 1.200 ziemlich qualifizierte Zeitgenossen einer Rede Standing ovations bereiteten und einer sagt, das war geistige Brandstiftung. Da stimmt etwas nicht. 1.200 Menschen haben also einer geistigen Brandstiftung Beifall gespendet. An die muß sich Herr Bubis wenden. Seine Äußerung ist nichts anderes als das Heraustreten aus dem Dialog zwischen Menschen«, und Menschen, das wird nicht nur bei dieser Bemerkung Walsers deutlich, sind Deutsche. Sie drehen es, wie sie wollen: Mal sind es alle Juden, die den Mund nicht zu weit aufreißen sollen, schließlich hätten sie wahrscheinlich auch mitgemacht, wäre es nicht gerade gegen sie gegangen; mal ist es der zu persönliche Ton, der den Streit gefährlich mache. In der Beliebigkeit der Vorwürfe, die sich selbstverständlich nur gegen Bubis richten, wird deutlich, daß Walser den Startschuß für die Abrechnung mit den jüdischen Überlebenden in diesem Lande gegeben hat. Die kommunistischen Widerstandskämpfer wurden mit dem Ende der DDR erledigt; die übrigen Nazi-Verfolgten eignen sich noch allemal für eine Aufrechnung à la Dohnanyi.

Daß sich mit Walser, Dohnanyi, Weizsäcker und dem Serbenfresser Freimut Duve, der Auschwitz damit relativiert, daß es »in jedem Volk, in jeder Geschichte ... auch die eigene Barbarei« gebe, diejenigen zur Wort melden, die ihre Jugend im deutschen Faschismus verbrachten, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die neuen, nach 1945 aufgewachsenen deutschen Eliten sind, die sich der Vergangenheit entledigen wollen. Heinz Bude vom »Hamburger Institut für Sozialforschung« fand offene Worte: Die Deutschen hätten jetzt »seit langer Zeit zum ersten Mal die Möglichkeit, eine abgeschlossene Periode ihrer Geschichte mit glücklicher Wehmut und milder Zuneigung zu betrachten«. Immerhin spricht er vom Nationalsozialismus, nicht von der alten BRD. Bude meint, daß die »Demokratiebegründung der Berliner Republik nicht mehr vergangenheitspolitisch funktionieren kann« – als wäre die Demokratie der Bundesrepublik mit Auschwitz begründet worden und nicht einfach die einzige Option auf die Fortsetzung deutscher Eigenstaatlichkeit gewesen.

Die Berliner Republik setzt an ihren Anfang die Versöhnung mit den Tätern und die Disziplinierung der Opfer. Was jetzt wie ein Erdrutsch erscheint, ist der vorläufige Höhepunkt der Versöhnung der Intellektuellen mit der Macht, und in Deutschland ist diese Versöhnung zwangsläufig mit Auschwitz verbunden. Die Vollzugsmeldung wurde in folgenden Sätzen vorgetragen: »Unerträgliches muß ich nicht ertragen können. Auch im Wegdenken bin ich geübt. An der Disqualifizierung des Verdrängens kann ich mich nicht beteiligen« (Walser). Die »Disqualifizierung des Verdrängens« war über einige Jahrzehnte das Terrain der Intellektuellen, nur betrieben sie diese immer schon in der Hoffnung, damit einmal an einen Endpunkt zu gelangen und (wieder) einen »Sinn« – das heißt in Deutschland immer: eine nationale Identität – zu finden.

Das ist jetzt überflüssig geworden. Walser referierte im »Spiegel«-Gespräch mit dem alten Kameraden Augstein seine Rede noch einmal menschelnd: »Na ja, meine Mutter ist ja in der Partei gewesen, nicht erst Weihnachten 1932/33 eingetreten, wie in meinem Buch – wo dieser Zeitpunkt kompositionell paßte – , sondern noch früher. Ihr war klargemacht worden, daß Hitler die Vorsehung ernst nimmt, den Herrgott. ... Denn meine Mutter ist sozusagen Thomas von Aquin im 20. Jahrhundert, ohne daß sie je von ihm gehört hat, verstehst du. Die hat einen vollkommen katholisch geschlossenen Horizont gehabt, der sie durch und durch durchdrungen hat.« Bisher durfte man nur, jetzt muß man so sprechen, weil es »kompositionell« paßt; die Nazis waren nicht nur ausgesprochen harmlos, sondern eine Heimstatt der Heiligen. Man muß sich nur vorstellen, welcher Aufruhr losbräche, würde ein Überlebender »Zeitpunkte« seines Lebens »kompositionell« seiner Erzählung angleichen. Man erinnere sich beispielsweise an Stephan Hermlin, der aus der Not, von den amerikanischen Besatzungsbehörden als jüdischer Kommunist benachteiligt zu werden, 1945 auf einem Fragebogen falsche Angaben machte und 50 Jahre später an einen Herrn Corino geriet, der das in Vorbereitung des Nachrufs für den Schwerkranken noch vor dessen Ableben veröffentlichte.

Aber »kaum jemand«, schreibt die »FAZ« ganz richtig, »hat sich bisher mit einem so wütenden Willen zum genauen Hinschauen und zur Selbstprüfung wie Walser der Frage genähert, wie die Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord lebendig erhalten und aus ritueller Erstarrung gerissen werden könne«. Lebendig erhalten will Walser einen Jargon der Erinnerung, der nichts kostet – nicht einmal Entschädigungszahlungen. »Rituelle Erstarrung« meint nicht langweilige Gedenkveranstaltungen, sondern die Verpflichtungen, die sich aus der Reaktion auf das Wort »Deutschland« im Ausland ergeben. Darum sorgte sich auch Monika Maron in der »Zeit«: »Für mich sind junge Deutsche sowenig belastet und zugleich über das Menschenmögliche so warnend belehrt wie junge Dänen und junge Franzosen.« Diese jungen Deutschen haben nun einen Sprecher: »Tätermäßig habe ich nie etwas damit zu tun gehabt. Aber dennoch bin ich, warum, weiß ich nicht, hineinverwirkt in diesen Dreck«, so Walser im »Spiegel«-Gespräch. Nach über fünfzig Jahren weiß der Berufsjugendliche immer noch nicht, warum er als Unschuldiger, der sich als Jugendlicher freiwillig zur Wehrmacht gemeldet hatte, irgend etwas mit »unserer Schande« zu tun haben soll.

Die pädagogische Sorge, die Herzog in seiner Rede über »Abstumpfungseffekte« durch ein Zuviel an Aufklärung über den deutschen Faschismus zum Ausdruck gebracht hat, liefert das Argument, mit dem die Altvorderen nun begründen, weshalb sie nichts mehr davon hören wollen, und mit dem die nicht mehr ganz so junge »Generation Berlin« an das Geschichtsverständnis ihrer Eltern anknüpft. Die »Abstumpfungseffekte« werden seit 1989 viel diskutiert: Es gebe immer mehr Schülerinnen und Schüler, die während eines Besuches von Gedenkstätten äußern, daß sie langsam genug »davon« hätten; die Ursache für diesen Uberdruß läge bei den überengagierten Lehrerinnen und Lehrern, die im Unterricht über nichts anderes mehr zu reden scheinen als über die »Schande« der Deutschen. Einmal nachgefragt, stellt sich schnell heraus, daß die Kleinen keine Ahnung haben, und was ihre Abstumpfung angeht, handelt es sich um nichts anderes als um die Projektion des Widerwillens jener Lehrerinnen und Lehrer, sich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Auch bei ihnen wird so schon das kollektive Einverständnis eingeübt.

Die Gier nach »Normalität« bringt all jene Eigenschaften zum Vorschein, mit denen die »Generation Berlin« gebrochen zu haben glaubt. Der im »Spiegel« abgefeierte »neue Umgang mit der Nazi-Vergangenheit« ist der alte; nur seine Protagonisten sind jünger geworden. Daß es sich hierbei um jene handelt, die für sich in Anspruch nehmen, die Nachkriegsdeutschen (West) 1968 zivilisiert zu haben, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Auseinandersetzung persönlich wie politisch nur äußerlich blieb. Wenn der neue Bundeskanzler wie weiland Adenauer ankündigt, die deutsche Industrie vor den »überzogenen« Ansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter in Schutz nehmen zu wollen, und dekretiert, es werde keine »neue Wiedergutmachungsdebatte« geben, vermittelt sich darin eben nicht nur die tiefsitzende Verachtung für die überlebenden Opfer.

Weniger noch als in Bitburg oder im Historikerstreit geht es momentan um einen bloßen Schlußstrich. Die jüngeren Deutschen sollen in die Kontinuität der Verleugnung gezwungen werden. Ihnen soll perspektivisch selbst die Möglichkeit genommen werden, sich mit den deutschen Verbrechen in den nationalen Kategorien von »Schande« und »Schuld« auseinanderzusetzen – obwohl doch diese Kategorien bereits in vorteilhafter Weise darüber hinwegtäuschen, daß Auschwitz keine »Schicksalskatastrophe« (Walser) gewesen ist. Was sich bereits im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung ankündigte, wird nun durchgesetzt: »Unsere Großväter sind keine Mörder!« war die Parole der Nazis bei ihrer Demonstration gegen die Ausstellung am 1. März 1997 in München, die nun zum Allgemeingut geworden ist. Schon damals wollten 55 Prozent der Deutschen von den Verbrechen der Nazis nichts mehr wissen, und der Historiker Eberhard Jaeckel wetterte gegen jene Minderheit der jüngeren Deutschen, die sich strikt gegen jede Form des Schlußstrichs wandten. Nach Walsers Rede war es Walter Jens, der diejenigen kritisierte, die über den Nationalsozialismus urteilen wollten, damals aber noch nicht geboren waren.

Obwohl es weder damals noch heute ernsthaften Anlaß gab, sich über einen neuen Generationenkonflikt Sorgen zu machen – schließlich machen sich die jungen Deutschen zwischen Rostock und München ganz gut, die Mehrheit der Erstwähler wählt rechts und ist rassistisch eingestellt – , und obwohl die unerwünschte Vergangenheit längst nicht mehr zum Skandal taugte, würden nicht Leute wie Walser immer wieder für einen Eklat sorgen, wähnen sich die Deutschen fortwährend ungerechten Angriffen (etwa der »Weltpresse«, Augstein) ausgesetzt. Die Selbstwahrnehmung als Opfer bildet den nationalen Kitt der Deutschen; allein deshalb werden Walser, Dohnanyi, Augstein und ihre Freunde nicht aufhören, Auschwitz in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Sie wollen nicht, wie sie vorgeben, einfach in Ruhe gelassen, nicht vorschnell be- oder verurteilt werden, im Gegenteil. Die Forderung nach einem Schlußstrich war die defensive Version dessen, was sie tatsächlich bewirken wollen: eine Sicht auf den Nationalsozialismus, die diesen als eine normale, nicht besonders aufregende Phase der deutschen Geschichte wahrnimmt.

Der Durchsetzung dieser Sichtweise stehen nach Lage der Dinge nur die Überlebenden der Konzentrationslager und der NS-Zwangsarbeit, »die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand« – so Augstein im »Spiegel« – entgegen. Der Trick ist einfach: Man äußert sich, wie etwa Augstein, unverhohlen antisemitisch oder relativiert die deutschen Verbrechen in einer Art, in der es sich selbst Ernst Nolte nicht getraut hätte; wagt dann jemand, dem zu widersprechen, setzt man noch einen drauf und tut so, als wäre man der Angegriffene. So trumpfte Walser auf, als er in seiner Duisburger

Rede sagte: »Meine Rede wurde, das ist unübersehbar, als befreiend empfunden.« So drohte Dohnanyi: »Noch ist es Zeit für ein einfaches ›Tut mir Leid‹. Sonst müßte man schließen, Ignatz Bubis habe sein Verantwortungsgefühl verloren.«

Zehn Tage nach Walsers Rede wurde ein Ferkel über den Alexanderplatz getrieben, dem ein Davidstern und der Name Ignatz Bubis aufgemalt war. Weitere antisemitische Anschläge in Berlin folgten in den Tagen um den 9. November. Der Unterschied zwischen dem johlenden Mob von Rostock-Lichtenhagen und den 1.200 Applaudierenden in der Paulskirche besteht lediglich darin, daß die einen Würstchenbuden aufstellten, wo die anderen ein kaltes Büfett erwartete.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 10/98 über den Streit über das Holocaust-Mahnmal

Konkret 01/99, S. 15

**Joachim Rohloff**

# »Das Weltjudentum ist eine jroße Macht«

**Rudolf Augstein hat gegen Ignatz Bubus polemisiert – und dabei keine antisemitische Phrase ausgelassen**

»Auschwitz drückt immer noch aufs deutsche Gemüt.«
Rudolf Augstein: »Hitler und die Atombombe«, »Spiegel« 45/98

Manchmal hat Henryk M. Broder sowas von recht, daß man ihn stundenlang zitieren möchte. Weil Klaus von Dohnanyi die deutschen Juden ermahnte, sich zu fragen, ob sie sich denn anders verhalten hätten als die anderen Deutschen, wenn nach 1933 nur die Kriminellen, die Homosexuellen und die Roma ermordet worden wären, nannte Ignatz Bubis ihn einen latenten Antisemiten. Und Broder kommentierte: »Der Subtext von Dohnanyis Anfrage an ›die jüdischen Bürger in Deutschland‹ besteht in der unausgesprochenen Überlegung, daß es nur eine Laune des Zufalls war, daß die Deutschen mit den Juden Schlitten gefahren sind, genausogut hätten die Juden die Deutschen auf die lange Reise schicken können. Das, meint Dohnanyi, sollten die Juden bedenken, bevor sie sich über die Deutschen erheben.« Daß Dohnanyi sich bemüßigt fühlte, Walser zu verteidigen, überraschte Broder nicht: »Wenn eine deutsche Autorität von einem frechen Juden angemacht wird, der sein Überleben rücksichtslos instrumentalisiert, um andere zu verletzen, stellen sich Vertreter der arischen Intelligenz vor und hinter den angegriffenen Volksgenossen.«

Broder nannte seinen Artikel »Halbzeit im Irrenhaus« und veröffentlichte ihn am 24. November im »Tagesspiegel«. Ob er, während er ihn schrieb, noch daran dachte, daß die Frage, die sich zu stellen Dohnanyi den Juden empfahl, schon einmal gestellt und zugleich beantwortet wurde, weiß man nicht.

Kein Jude versteckte einen Homosexuellen oder einen Kommunisten, ja, nicht einmal einen anderen Juden. Kein jüdischer Wehrmachtsgeneral, der Hitler täglich in der Wolfsschanze traf, deponierte eine Bombe unterm Kartentisch. Trotzdem sollte man nicht gleich zur Moralkeule greifen. Rudolf Augstein, unser bester Laienhistoriker, sprach die Juden schon in den frühen achtziger Jahren vom Vorwurf des unterlassenen Widerstands frei: »Was hätte ein Nicht-Nazi denn tun können? Er hätte als ein Held und Heiliger das tun können, was die Opfer selbst auch nicht getan haben ... Er hätte sich für seinen biblisch Nächsten opfern können, mit seinem Leben. Das haben die Deutschen, das haben die Juden nicht getan. Kein moralischer Unterschied also zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden.« Broder analysierte damals den Subtext dieses Werturteils, kam zum Befund, es gebe »nur einen vergleichsweise geringen Unterschied zwischen einem Propagandisten der ›Auschwitz-Lüge‹ und einem seriösen Publizisten wie Rudolf Augstein«, schimpfte Augstein einen »gepflegten Salon-Antisemiten« und klagte die deutsche Öffentlichkeit an: »Keiner stand auf und haute dem Rudi eine runter.«

Heute ist Broder als Redakteur beim »Spiegel« angestellt. Daß sein Artikel über die Volksgenossen Walser und Dohnanyi nicht ebendort zu lesen war, sondern im »Tagesspiegel«, hat einen simplen Grund: Er wäre andernfalls wohl in der Ausgabe Nr. 49/98 erschienen, hätte »Halbzeit in der Judenschule« geheißen, und die Leser hätten nur ein wenig blättern müssen, um eines weiteren Volksgenossen ansichtig zu werden. Denn der Herausgeber eröffnete seinen Kommentar zur Debatte um Walser und das Holocaust-Mahnmal mit der Bemerkung, »Streiten wie in der Judenschul'«, das liebe Wort aus alter Zeit, sei neuerdings »wieder zu Ehren gekommen«. Aber gemach! – er durfte das sagen, denn er zitierte bloß Rafael Seligmann, den Broder in Anführungszeichen einen »Musterjuden« nannte. Dann allerdings folgte eines der übelsten antisemitischen Pamphlete, die nach 1945 in deutscher Sprache außerhalb der »Nationalzeitung« gedruckt wurden.

Broder machte sich über die »guten Deutschen« lustig, »die unter dem Joch der Political correctness leiden: In einem Land, in dem die Juden wieder so mächtig sind, daß man sich besser mit ihnen nicht anlegt.« Augstein erwiderte: »Nun soll in der Mitte der wiedergewonnenen Hauptstadt Berlin ein Mahnmal an unsere fortwährende Schande erinnern. Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Geschichte fremd. Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird es aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität.« Denn die New Yorker, also jüdische Presse betreibt seit je gegen Deutschland »eine Stimmungsmache, der schon Konrad Adenauer Anfang der fünfziger Jahre mit den Worten Ausdruck gegeben hatte: ›Das Weltjudentum ist eine jroße Macht‹.«

Nun, da Deutschland seine Hauptstadt den Alliierten entrissen hat und sich formiert, da seine Muskeln schwellen, muß der hiesige Vertreter des Weltjudentums, »der gestandene, als gemäßigt anerkannte frühere Frankfurter Baulöwe« Ignatz Bubis, »in ein gesellschaftliches Abseits« geraten, wagt er doch zu behaupten, jeder dritte Deutsche sei ein Antisemit oder für den Antisemitismus anfällig. Zum Beweis macht Augstein dem Juden Wolffsohn klar, daß politisches Wohlverhalten im Zweifelsfalle gar nichts nützt: »Wie verquer diese Debatte verläuft, mag man dem Beitrag von Professor Michael

Wolffsohn entnehmen, der Martin Walsers Rede zwar politisch zu rechtfertigen sucht, ihn zugleich aber als einen ›maßlos überschätzten Literaten‹ kennzeichnet. Man wüßte gern, woher der Historiker seine literarischen Kenntnisse bezieht.«

Nun sind die historischen Kenntnisse des Literaten Augstein fragwürdiger als die literarischen des Historikers Wolffsohn, der sie, wie jeder Arier auch, durch Lektüre erworben haben wird, der aber, wenn er unsere deutschen Dichter kritisiert, den Antisemitismus ebenso fördert wie Ignatz Bubis, wenn er, obwohl »für solch ein diffiziles Vorhaben zu befangen«, in der Debatte ums Mahnmal ungefragt mitredet. »Man würde untauglichen Boden mit Antisemitismus düngen, wenn den Deutschen ein steinernes Brandmal aufgezwungen wird.« Der gutmütige Kohl versuchte seinerzeit, sich mit Bubis »über eine nationale Gedenkstätte zu verständigen, zunächst auf dem Umweg über die Neue Wache in Berlin«. Dort werden die ermordeten Juden post mortem in die Volksgemeinschaft aufgenommen. Statt froh und stolz zu sein, verlangen die Überlebenden nun plötzlich eine eigene Gedenkstätte, und »es bestätigt sich, was wir erst jüngst von einigen New Yorker Anwälten erlebten und was selbst Bubis, wenngleich in anderer Form, kritisierte: Auschwitz wird instrumentalisiert«. Das Schandmal von Berlin, wenn es denn gebaut wird, könnte für die Berliner Republik dasselbe bedeuten, was die Schande von Versailles für die Weimarer Republik bedeutete: »Der als Mahnmal deklarierte ästhetische Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman ist eine Verhöhnung des entsetzlichen Grauens und eine Absage an die allmählich wiedergewonnene Souveränität unseres Landes ... Verwirklichen wir ihn, wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht sonst keine wären.«

Ob Broder, als er über Dohnanyi schrieb, Augstein meinte? Doch selbst wenn dieser sich erkennt, wird er den Judenlümmel nicht entlassen. Einer wie er hat’s ganz gern, wenn die Weiber sich ein bißchen sträuben und die Knechte ein bißchen frech sind. Immerhin versteht man nun, warum Broder einen Vollbart trägt. Jeden Morgen schaut ein kritischer Querkopf in den Spiegel, und der Hausjude eines praktizierenden Antisemiten schaut heraus. Das kann man wirklich niemandem zumuten.

Konkret 01/99, S. 16

**Wolfgang Dreßen**

# Deutsche verwerten jüdische Nachbarn

**Etwa eine Million Akten über das rege Kaufinteresse der NS-Deutschen an jüdischem »Nachlaß« werden nach wie vor unter Verschluß gehalten. Eine Ausstellung dokumentiert erstmals Unterlagen deutscher Finanzämter**

Am 16. März 1942 kaufte die IG Farbenindustrie AG einen jüdischen Friedhof in Krefeld-Uerdingen für 3.000 Reichsmark, ebnete ihn ein und benutzte ihn als Werksgelände. Am 4. März 1942 schickte der Oberfinanzpräsident Köln einen Brief an die Braunschweigische Lebensversicherung. Der Rückkaufwert der Lebensversicherung »des Juden Salli Levi« sollte für die Staatskasse gesichert werden. Die Versicherung antwortete zustimmend am 16. März 1942, errechnete 3.362,55 Reichsmark und schloß mit »Heil Hitler«. Am 26. August 1942 übernahm das Finanzamt Grevenbroich für die Ausstattung seiner Büroräume aus dem ehemaligen Besitz des deportierten Juden Lazarus Goldstein einen Teppich, ein Bücherbrett, einen Kleiderschrank, eine Kiste Papier und einen Geldschrank. Am 7. September 1942 versteigerte der Gerichtsvollzieher Olligs in Hennef das Eigentum deportierter Juden an die ehemaligen Nachbarn. Viel war nicht zu holen. Aber die Kehlenbacks ersteigerten sechs Handtücher für eine Reichsmark, die Schumachers fünf Damenhosen für fünf Reichsmark oder die Schneiders eine Partie Emaille-Eimer für zwei Reichsmark.

In Köln gingen Bürgerinnen und Bürger seit 1942 auf Schnäppchenjagd. 1944 wurden fast täglich in den Messehallen Hunderte Möbelstücke aus jüdischem Besitz angeboten und günstig gekauft. Auch die Kölner Institutionen beteiligten sich, das protestantische Diakonissenheim oder das katholische St. Marienhospital. Der Oberbürgermeister stattete seine Repräsentationsräume mit einem Gobelin und antiken Schränken aus, das städtische Waisenhaus konnte schon im November 1942 die Einrichtung des jüdischen Kinderheims erwerben, das städtische Schulamt erfreute im Dezember 1943 die »arischen« Schüler mit Schulbänken aus der ehemals jüdischen Schule (Kaufpreis 600 Reichsmark). Im gleichen Monat fand eine Weihnachtsbescherung statt. Die Kriegsversehrten der Stadt erwarben zu Vorzugspreisen Schlaf- und Wohnzimmer der jüdischen Vorbesitzer. Am 22. Juni 1944 vervollständigte das juristische Seminar der Universität Bonn seine Bibliothek für 400 Reichsmark mit Büchern, die ehemals Juden gehört hatten. Am 9. Februar ersteigerte der Freiherr von Gagern im Auftrag des Grafen Plettenberg in Köln für 530 Reichsmark ein Gemälde von Ambrosius Benson (»Madonna mit Kind«). Hanni Gerig aus der Alarichstr. 39 konnte für 710 Reichsmark eine »Heilige Familie« (Ital. Schule um 1750) mit nach Hause nehmen. Am 17. März 1942 teilte die Dresdner Bank dem »Herrn Oberfinanzpräsidenten Köln« mit, daß sie die Aktien des »Juden Salli Levi« kaufen möchte. Auch die Ford-Werke kauften jüdischen Besitz.

Dies sind nur einige Beispiele für ein flächendeckendes Kaufinteresse. Die Behörden waren überfordert. Am 9. Juli 1942 schrieb der bedrängte Oberfinanzpräsident einen Brief an die Kölner Zeitungen. Seine Dienststellen würden von »Kaufliebhabern ... überlaufen«. Der Dienstbetrieb werde gestört. Er verwies darauf, daß für ehemals jüdische Immobilien nur sehr beschränkte Kaufmöglichkeiten bestünden und bat um eine entsprechende Veröffentlichung. Die Zeitungen folgten der Bitte.

In dieser allgemeinen Schnäppchenjagd hatte sich die deutsche Volksgemeinschaft vollendet. Jene fand im gesamten deutschen Reichsgebiet statt, »von der Maas bis an die Memel«, quer durch alle Klassen, in Dörfern wie in Städten. Die deutsche Gesellschaft war endlich eine in sich widerspruchslose bürgerliche Gesellschaft geworden, orientiert am möglichst großen eigenen Nutzen. In dieser bürgerlichen Revolution wurde keine Bastille gestürmt, sondern flächendeckend ein Zwangsarbeitersystem errichtet, bis in den einzelnen Bauernhof oder Handwerksbetrieb. Die Juden waren der Teil der Bevölkerung, der gesetzlich auf eine Weise definiert war, die es erlaubte, ihn restlos zu verwerten.

Um Privateigentum und Profit zu schützen, hat die bürgerliche Gesellschaft ihr Funktionieren auf bestimmte Verträge und eine spezifische Gesetzlichkeit innerhalb ihrer Grenzen gestellt. Außerhalb, im Bereich imperialer Ausbeutung, bestehen solche Rücksichten nicht, ebensowenig gegenüber Menschen, die gesetzlich entrechtet wurden. Pogrome stören diese juristische Idylle. Deshalb mußten die Juden vor ihrer industrialisierten Verwertung und Ermordung deportiert werden, jenseits der Grenzen einer bürgerlichen Gesellschaft. Die gesetzliche Grundlage legte das »Reichsbürgergesetz« von 1935, das definierte, wer Jude war. Die folgenden Verordnungen zu diesem Gesetz verfeinerten die Enteignungsregelungen. Die 11. Verordnung bestimmte Ende 1941, daß Juden, die ihren Wohnsitz im Ausland nahmen, ihren Besitz dem deutschen Staat abtreten mußten. Als Ausland galten auch die eroberten Gebiete im Osten.

Mit der Verwaltung und Verwertung des Vermögens, ob es sich nun um Häuser oder Wäschestücke handelte, wurden die Finanzbehörden beauftragt, also Behörden, die dazu da sind, den Staatskassen möglichst viel Geld zuzuführen. Vor der Deportation erhielt jeder einzelne Jude, Erwachsener oder Kind, eine Verfügung, auf der die gesetzlichen Grundlagen der folgenden Enteignung aufgelistet waren. Zugestellt wurde sie vom Gerichtsvollzieher, der die Übergabe beurkundete. Alle Haushaltsmitglieder hatten eine Vermögenserklärung auszufüllen, die von den Kuchengabeln bis zum Bankkonto reichte.

In die von den Juden verlassene Wohnung, Schlüssel hatten sie bei der Hausverwaltung abzugeben, drangen unter dem Schutz des Gesetzes ein Finanzbeamter, ein Vertreter der Polizei und des Hausbesitzers ein. Die zurückgelassenen Dinge wurden begutachtet und dann von den örtlichen Spediteuren abgeholt. Die Roggendorfs, Hasenkamps oder Danzas' verdienten am Transport der »Judenmöbel« zu den Versteigerungsorten.

In den Dörfern fanden die Versteigerungen kostensparend direkt vor den Häusern der jüdischen Nachbarn statt. Hier waren die Namen der früheren Eigentümer bekannt. In den Städten war auf den vorgedruckten Quittungsblocks »ordnungsgemäß« vermerkt: »das Eigentum des Juden – der Jüdin – verschiedener Juden«. Der Deckname »Aktion 3« für diese Enteignungsaktionen war völlig unnötig. Alle wußten, daß die Menschen enteignet und deportiert waren, alle gingen davon aus, daß sie nicht wiederkamen. Es wäre daher doch völlig völlig unsinnig gewesen, unter diesen gesetzlich gedeckten Umständen kein Geschäft zu machen.

Leider waren die deutschen Juden seit 1933 bereits schrittweise verarmt und für den Kaufbedarf der deutschen »Arier« gab es nicht genug Juden in Deutschland. Also sorgte der Staat für weitere Angebote. Zigtausende Güterwaggons und Frachtschiffe brachten Mobiliar, Gemälde oder Kücheneinrichtungen, Mäntel, Musikalien oder Bücher aus den besetzten Ländern im Westen direkt bis vor die Türen der »Kaufliebhaber«. Eine Sondereinheit des »Amtes Rosenberg« organisierte zusammen mit der Spedition Kühne & Nagel den Transport. Wenn nicht genügend Juden deportiert wurden, wiesen sie die Sicherheitsbehörden auch schon mal auf ihre Pflichten gegenüber der Heimat hin. Die Räumung der Judenwohnungen übernahm die deutsche Wehrmacht, die als Gegenleistung schöne Stücke für ihre Offizierskasinos reservieren durfte. Besonders verdiente Soldaten wurden mit Sonderleistungen, mit ausgesuchten Stücken belohnt. Grundsätzlich wurden hierfür »alle Ritterkreuzträger« vorgemerkt.

Nach dem 8. Mai 1945 änderten sich die Vorschriften. Die bisherigen Fachleute für jüdisches Vermögen bereiteten sich nun auf eine mögliche Rückerstattung vor. Als Finanzbeamte achteten sie darauf, daß möglichst viel Geld in ihren Kassen blieb und daß alles legal zuging. Aus den KZs zurückgekehrte Juden, die sich etwa ihr Recht selber suchten und bei den früheren Nachbarn die Möbelstücke zurückforderten, wurden »in schärfster Form gerügt«. Die Erben von Menschen, die sich kurz vor der drohenden Deportation umgebracht hatten, mußten erst einmal nachweisen, daß dieser Tod mit der Deportation zusammenhing. Juden, die nach 1945 zu insgesamt drei Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, erhielten gar nichts. Der Kölner Finanzpräsident dagegen hatte sich bewährt. Er wurde 1953 Präsident des Bundesausgleichsamtes.

In der Oberfinanzdirektion Köln liegen etwa 50.000 Akten, die über die geschilderten Geschäftsbeziehungen Auskunft geben. Zusammen mit den Beständen in den anderen Direktionen und lokalen Finanzämtern sowie den Finanzakten in den Staatsarchiven berichten etwa eine Million Akten über die deutsche Kauflust und die Begeisterung der »befreiten« Deutschen über die wenigen Rückkehrer. Diese Bestände sind größtenteils gesperrt. Eine Interpretation aus dem Jahre 1988 erklärt sie zu Steuerakten und verschließt sie für 80 Jahre, obwohl in ihnen keine steuerlichen Tatbestände zu finden sind. Die Bundesrepublik folgt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches der NS-Aufgabenverteilung. Da Finanzämter mit diesen »Entjudungsgewinnen« beauftragt waren, werden sie zu Steuersachen erklärt.

Trotzdem ist es nun gelungen, Zutritt zur Oberfinanzdirektion Köln zu erhalten und eine Ausstellung zum Thema im Düsseldorfer Stadtmuseum zu organisieren (»Betrifft: ›Aktion 3‹: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn«). Das Interesse der meisten Medien an diesen Akten ist gering. Die lokalen Blätter in der Region Düsseldorf berichten über die Ausstellung höchstens im Lokalteil, die Inlandsredaktion der »Taz« hat beschlossen, die Existenz dieser Akten nicht zu erwähnen. Außer für die »Frankfurter Rundschau« gilt dies auch für alle anderen überregionalen Blätter. Auch die Gedenkstätten in Krefeld, Düsseldorf oder Köln zeigen bis heute kein Interesse. Ausführlich berichtet wird dagegen im Ausland, vom »Guardian« bis zur »HaAretz« in Israel. Gedacht wird in Deutschland lieber des 9. November. Von bierseligen SA-Horden, die brandschatzen und Fenster einschlagen, kann man sich leicht distanzieren. Die mochte auch schon Göring nicht, der auf das staatliche Gewaltmonopol pochte. Wenn aber das »ordnungsgemäße« Handeln, ein Lieblingswort der Finanzamts-Akten, offensichtlich mörderische Konsequenzen hatte, dann wird es lieber verschwiegen.

Die »alten bürgerlichen Familien« der westdeutschen Städte konnten sich bisher vom Verdacht der Mitwirkung an der Ausplünderung der Juden weitgehend freihalten. Sie wählten vor 1933 deutschnational oder das Zentrum, nach 1945 wählten sie die CDU und verachteten die »alten Nazis«. Aber in Wahrheit waren sie an den »Entjudungsgewinnen« höchst effektiv beteiligt. Ihre Namen stehen in den gesperrten Akten ebenso wie die Namen der »einfachen Leute« oder der konfessionellen Institute.

Der Münchner Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn behauptete am 5.12.98 in der »Rheinischen Post« gegen Ignatz Bubis, »biedere Bürger sind keine ›Nazis‹«. Warum sollten sie auch. Das ist gar nicht nötig, damit die Geschäfte der Biedermänner tödlich sind. Dieselbe Ausgabe der Zeitung verschwieg ihren Krefelder Lesern eine noch andauernde Friedhofsschändung in ihrer Stadt. Das Gelände des 1942 von der IG Farben gekauften Friedhofs wird zur Zeit von der Bayer AG genutzt. Das Grundstücksamt verweigert jede Auskunft über seine exakte Lage. Neben dem Werksgelände liegt ein christlicher Friedhof mit einem pompösen Ehrengrab. Hier wurde ein »biederer Bürger« begraben, den der Aufsichtsrat der Bayer AG Allerheiligen 1998 mit einem meterhohen Kranz ehrte: Fritz ter Meer, einer der Hauptbeschuldigten im IG

Farbenprozeß.

Die Ausstellung »Betrifft: ›Aktion 3‹: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn« ist noch bis Ende Februar im Stadtmuseum Düsseldorf und danach auch in anderen Städten zu sehen . Unter dem Titel der Ausstellung ist ein Buch (254 Seiten, 39,90 Mark) im Aufbau-Verlag, Berlin, erschienen.

---

Wolfgang Dreßen ist Professor für Politische Wissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf. Er leitet die »Aktion 3«-Ausstellung

Konkret 01/99, S. 18

**Peter Fasel**

# Heyde/Sawade: Deutsches Doppel

**Die exemplarische Geschichte eines Mediziners, der zweimal Karriere machte: als SS-Führer bei der "Tötung lebensunwerten Lebens" und als meistgefragter psychiatrischer Gutachter eines westdeutschen Bundeslandes**

Den Totenkopfring, ein besonderes Ehrensymbol, wollte die SS ihm, Meister des Todes, der er war, nicht verwehren. Mit persönlich unterzeichnetem Schreiben ließ Heinrich Himmler ihm die Auszeichnung im Februar 1944 überreichen, als Anerkennung der bemerkenswerten Dienste, die der Bedachte für Führer, Volk und Vaterland geleistet hatte. 20 Jahre nach diesem ideellen Höhepunkt einer vielseitigen Karriere fand man in einer Zelle des Zuchthauses Butzbach bei Frankfurt die Leiche des Geehrten. Der da, wegen unerfreulicher Lebensperspektive sowie in dem Willen, alte Kameraden zu schützen, seinem Leben ein Ende setzte, indem er sich mit dem Hosengürtel strangulierte, hieß Professor Dr. Werner Heyde, genannt der »Irrentöter«.

Heyde, Sohn eines Tuchfabrikanten und einer Pfarrerstochter, war 1902 in Forst/Lausitz geboren worden und hatte 1920 als Klassenprimus in Cottbus Abitur gemacht. Als Zeitfreiwilliger diente er im Baltikum in einem Freikorps und beteiligte sich danach am Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik. Anschließend begann Heyde ein Studium der Medizin. In Freiburg, dem Zentrum des arisch-nordischen Flügels der rassenhygienischen Bewegung in Deutschland, zählte der Psychiater und Neuropathologe Alfred E. Hoche, ein Befürworter der Tötung »Lebensunwerter«, zu seinen Lehrern. Mit dem Juristen Karl Binding hatte Hoche 1920 eine Streitschrift unter dem Titel *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens* veröffentlicht, die viele Euthanasiemörder motivierte, begeisterte und scheinbar legitimierte.

1925 schloß Heyde das Studium mit Staatsexamen und Promotion ab. An der Universitätsklinik Würzburg erhielt er eine Anstellung als Hilfsassistent. Von 1930 bis 1934 fungierte er als Stationsarzt der Männerstation der Psychiatrischen und Nervenklinik Würzburg. Seit August 1932 war Heyde Privatdozent für Psychiatrie und Neurologie der medizinischen Fakultät der Universität Würzburg. Im April 1934 wurde er, nach dem erzwungenen Abschied seines jüdischen Vorgängers, zum Oberarzt und Leiter der Poliklinik ernannt. Fünf Jahre darauf erfolgte die Berufung zum außerplanmäßigen, im Dezember 1939 die zum ordentlichen Professor. Anfang 1940 übernahm Heyde die Professur für Psychiatrie und Nervenheilkunde an der Universität Würzburg sowie die vertretungsweise Leitung der dortigen Psychiatrischen und Nervenklinik.

Mitglied der NSDAP wurde Heyde am 1. Mai 1933. Davor soll er mit einem seiner Patienten, dem nachmaligen Inspekteur der NS-Konzentrationslager Theodor Eicke (1892-1943), eine erotische Beziehung unterhalten haben. Dem Gauleiter von Saarland-Pfalz, Josef Bürckel, war es nach Auseinandersetzungen mit Eicke gelungen, diesen ›zur Beobachtung‹ in die Würzburger Nervenklinik einweisen zu lassen. Heyde sorgte bei Himmler für die Entlassung Eickes, der daraufhin zum Kommandanten des KZ Dachau aufstieg. Eicke wiederum empfahl Heyde, der durch diesen Vorgang in höchsten Nazikreisen bekannt wurde, den Eintritt in die Partei. Ein SS-Untersturmführer beschuldigte Heyde später, bereits in den zwanziger Jahren homosexuell aktiv gewesen zu sein. Ein diesbezügliches SS-gerichtliches Ermittlungsverfahren wurde im Oktober 1939 allerdings eingestellt, da sich die Unrichtigkeit der erhobenen Vorwürfe erwiesen habe.

Seit 1935 fungierte Heyde als Kreisamtsleiter des Rassenpolitischen Amtes in Würzburg und Beisitzer beim örtlichen Erbgesundheitsgericht. Das Rassenpolitische Amt, eine 1934 gegründete Parteidienststelle mit Zentrale in Berlin, hatte die Aufgabe, als »Mittelpunkt aller weltanschaulichen und praktischen Bestrebungen zur Pflege und Hebung der rassischen Kraft der Nation« den »Rassegedanken« im deutschen Volk in gewünschter Richtung zu formen. Die den Amtsgerichten angegliederten Erbgesundheitsgerichte waren in Folge des Sterilisationsgesetzes (»Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«) vom Juli 1933 eingerichtet worden. Heyde hielt daneben Vorträge über Fragen der Erbgesundheit und machte mit Reformvorschlägen zum Sterilisierungsverfahren auf sich aufmerksam. Er wurde Mitglied der neugegründeten Gesellschaft deutscher Neurologen und Psychiater und trat vor Gerichten als Gutachter auf.

Im Mai 1936 bewarb sich Heyde um Einstellung als Arzt in der kasernierten SS. Daraufhin wurde er am 1. Juni 1936 bei sofortiger Ernennung zum Hauptsturmführer und gleichzeitiger Zuweisung an die Sanitätsabteilung der Totenkopfverbände in die SS aufgenommen. Am 30. Januar 1941 erfolgte Heydes Beförderung zum Sturmbannführer, im April 1943 die zum Obersturmbannführer. Noch am 20. April 1945 ernannte die SS Heyde zum Standartenführer.

Im August 1938 beantragte Heyde seine Entlassung als Führer der Sanitätsabteilung SS-TV/KL, worauf man ihm die Funktion eines Führers im Stabe SS-Hauptamt (SS-Sanitätsamt) übertrug. Ab Juni 1936 hatte sich Heyde für das Sanitätsamt mit der Einrichtung und Durchführung »erbbiologischer Untersuchungen« in den KZ und der Erstellung von Gutachten für die Gestapo betätigt. In einem Lebenslauf notierte Heyde, er habe 1936 und 1937 »regelmäßig 2-3 Tage in der Woche als SS-Hauptsturmführer im SS-Hauptamt und im Stabe des Inspekteurs der Konzentrationslager und Chefs der Totenkopfverbände dafür verwendet, die psychiatrisch-neurologische und erbärztliche Kontrolle der Schutzhäftlinge

einzurichten und zunächst auch ganz allein praktisch in Berlin und an den Standorten der einzelnen Konzentrationslager durchzuführen, da diese Aufgabe angesichts der psychischen und körperlichen Minderwertigkeit des weitaus größeren Teils der Lagerinsassen ganz besonders vordringlich war ... Weiterhin war ich in wechselndem Ausmaße als Obergutachter für die kasernierten SS-Truppen tätig und schließlich nahezu ein Jahr auch beratender Facharzt im SS-Lazarett Berlin.«

Heyde weiter: »Auf meine Tätigkeit als Gutachter für das Geheime Staatspolizeiamt Berlin kann ich naturgemäß nur hinweisen. Es handelt sich hier um zumeist ungewöhnlich schwierige Begutachtungen, die teilweise meine ganze Arbeitskraft auch zeitlich voll in Anspruch genommen haben. Nachdem der organisatorische Teil meiner Tätigkeit für SS und Konzentrationslager durchgeführt ist, bin ich seit Januar 1938 zunächst monatlich zweimal, neuerdings monatlich einmal in Berlin, um die dort laufend anfallenden Arbeiten zu erledigen und zu kontrollieren.«

Heyde, der arrogant und herrisch auftrat, sich fast nur in SS-Uniform sehen ließ, stellte eine brutale Melange aus Karrierist und Überzeugungstäter dar. Für seine Ziele ging er, wörtlich, über Leichen. Politisch zuverlässig wie durch seine bisherigen Tätigkeiten einschlägig qualifiziert, wurde Heyde daher Anfang August 1939 von der Kanzlei des Führers (KdF) nach Berlin gerufen, wo die organisatorischen Vorbereitungen zur Umsetzung des nazistischen Ziels der »Aufartung durch Ausmerzung«, der »Vernichtung lebensunwerten Lebens« liefen.

Der Erwachsenen-»Euthanasie« gaben die Verantwortlichen den Decknamen *Aktion T 4*, nach der Adresse ihres Verwaltungssitzes in der Tiergartenstraße 4. Dort installierte man gleichzeitig die Tarnorganisation für die wichtigste, die Medizinische Abteilung des Programms, die sogenannte Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten (RAG). Die politische Leitung der T 4 oblag der KdF unter Philipp Bouhler und Viktor Brack, mit Hitlers Begleitarzt Karl Brandt, die von der Gesundheitsabteilung im Reichsministerium des Innern (Dr. Leonardo Conti, Dr. Herbert Linden) Unterstützung erhielten. Heyde wurde Medizinischer Obergutachter der Aktion T 4. Seit Sommer 1940 amtierte er als Leiter ihrer Medizinischen Abteilung, wobei er, Nachfolger des ausgeschiedenen Dr. Gerhard Bohne, gleichzeitig der RAG vorstand.

Neben der End-Begutachtung von Patienten gehörte die Anwerbung weiterer Mediziner für die Ärztekommissionen, welche die »Selektionen« vornahmen, zu Heydes Aufgaben. Um die Jahreswende 1939/40 war der Professor anläßlich einer Probevergasung Kranker in der Anstalt Brandenburg/Havel persönlich zugegen. Mit einer Gruppe von Ärzten inspizierte Heyde im Februar 1941 die Anstalt Bethel, um dort die Erfassung der »lebensunwerten« Patienten in eigener Regie zu beschleunigen. Anläßlich einer Konferenz im April 1941 in Berlin informierte Heyde die führenden Vertreter der deutschen Justiz über die Methoden der Selektion der zur Ermordung bestimmten kranken und behinderten Menschen. Die Proteste einzelner Kirchenvertreter gegen die »Euthanasie« gingen auch über den Schreibtisch Heydes, der in dieser Angelegenheit offizielle Stellungnahmen bearbeitete und nach Aussage seiner Sekretärin einen längeren Briefwechsel mit Pastor von Bodelschwingh führte.

Der auf seinem neuen Arbeitsfeld ohne Zwang und mit großem Engagement tätige Heyde traf, so später die Anklageschrift, »unabhängig und in eigener Verantwortung die endgültigen Entscheidungen über Leben und Tod der von der Aktion T 4 erfaßten Kranken«. Als Obergutachter und Leiter der T 4 habe Heyde »sowohl an der Planung als auch an der Durchführung sämtlicher Massentötungen von Heilanstaltsinsassen und Konzentrationslagerhäftlingen, die im Rahmen der Aktion T 4 zumindest bis zu seinem Ausscheiden aus der Leitung der T 4 im Dezember 1941 durchgeführt worden sind ..., in eigener Verantwortung leitend mitgewirkt und sich darüber hinaus an einzelnen wesentlichen Teilmaßnahmen höchst persönlich maßgeblich beteiligt.«

Die bei der Aktion T 4 selektierten etwa 100.000 deutschen Patienten wurden durch Gas oder Beibringung von Giftstoffen ermordet. Das Prinzip der Selektion der Opfer nach – letztlich natürlich willkürlichen – eugenischen, rassischen und utilitaristischen Kriterien, die für die Durchführung der T 4 in speziellen Mordzentren eingerichteten stationären Gaskammern, die Krematorien sowie die Leichenfledderei (Verwertung von Goldzähnen, Kleidung etc. der Getöteten) dienten für die großen Vernichtungslager im okkupierten Osten als technisches Vorbild.

Vom Frühjahr 1940 stammt eine Entscheidung, alle noch in deutschen Heilanstalten verbliebenen jüdischen Patienten zu erfassen und umzubringen. Unter der Bezeichnung »Sonderbehandlung 14 f 13« wurde die Aktion T 4 im Frühjahr 1941 auch auf die Konzentrationslager ausgeweitet. In Zusammenarbeit mit der SS selektiert und in den Tötungszentren der »Euthanasie« ermordet wurden hauptsächlich arbeitsunfähige oder als rassisch minderwertig eingestufte Häftlinge, wobei medizinische Diagnosen selbst formal oft keine Rolle mehr spielten. Leiter war wiederum Professor Heyde, der in seiner Eigenschaft als Obergutachter bis zu seinem Ausscheiden aus der T 4 mehrere Konzentrationslager besuchte.

Ideologisch wie institutionell stellte Sonderbehandlung 14 f 13 einen Übergang von der »Euthanasie« zur »Endlösung« dar. Ein großer Teil des T-4-Personals beteiligte sich ab 1942 im Zuge der »Aktion Reinhard« direkt an der Ausrottung der Juden im deutschen Machtbereich. Die ersten Kommandanten der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka kamen aus der Aktion T 4 und wurden von ihr bezahlt. T 4 selbst (nicht jedoch 14 f 13) wurde Ende August 1941 durch eine Anordnung Hitlers offiziell eingestellt, um die Beunruhigung in der Öffentlichkeit über die Massenmorde zu vermindern. Die Krankenmorde gingen aber, besser getarnt, als »wilde Euthanasie« mittels Vergiftung oder Nahrungsentzug bis

Kriegsende weiter. Tatsächlich wurden nach dem Einstellungsbefehl hierdurch noch mehr Opfer ums Leben gebracht als in der Zeit davor.

Bei der Entscheidung über die Massentötung von Kranken und Behinderten durch Kohlenmonoxyd-Gas will Heyde Dr. Ferdinand Flury (1877-1947), Ordinarius in Würzburg und Lehrer an der Militärärztlichen Akademie in Berlin, als Sachverständigen vorgeschlagen haben. Flury, seit 1915 außerordentlicher, ab 1920 ordentlicher Professor für Pharmakologie an der Universität Würzburg, war sowohl im Ersten Weltkrieg als auch im ›Dritten Reich‹ maßgeblich an der geheimen Vorbereitung des Gaskrieges beteiligt. Der führende Toxikologe gehörte zu den höchstdekorierten Wissenschaftlern Deutschlands. Nach Flurys »erneut bevorzugter« Beförderung zum Oberstarzt im September 1942 freute sich der Rektor der Universität Würzburg: »Wir sind alle stolz darauf, den Mann in unseren Reihen zählen zu dürfen, der durch seine überragenden Kenntnisse und reichen Erfahrungen in zwei Weltkriegen sich höchste Verdienste um unsere Wehrmacht erworben und dadurch im besonderen Maße zur Mehrung des Ansehens auch unserer Universität beigetragen hat.«

Anfang 1943 erhielt Flury das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern. Im April 1944 folgte die Beförderung zum Generalarzt. Am 2. Dezember 1944 konnte Flury dem Rektor seiner Universität mitteilen: »Der Führer hat mir unter dem

23.9.1944 das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern verliehen. Nach einer mündlichen Mitteilung des Generalkommissars, Prof. Dr. Brandt, darf hierüber *unter keinen Umständen* eine Mitteilung *in der Presse* erfolgen.« Der Rektor der Universität gratulierte seinem Kollegen im Namen des gesamten Lehrkörpers: »Mit stolzer Genugtuung begrüßen wir in Ihnen den ersten Träger dieser hohen Auszeichnung an unserer Universität.« Das Regime wußte offenbar, was es an Flury hatte. Das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern wurde bis Kriegsende insgesamt nur 230mal vergeben.

Während seiner häufigen Aufenthalte in Berlin bewohnte Heyde ein Zimmer in der Tiergartenstraße 4, einer heute nicht mehr existierenden Villa, die durch Bürobaracken für eine größere Zahl von Mitarbeitern der T 4 ergänzt worden war. Seine Würzburger Professur hat Heyde damals ebensowenig aufgegeben wie sein dortiges Haus, in dem er mit Frau, zwei kleinen Söhnen und einer jungen polnischen Zwangsarbeiterin (die ihren Status als »Untermensch« bei Heydes zu spüren bekam) standesgemäß residierte. Auch wenn die Kommandierung zur Kanzlei des Führers wahrscheinlich bis 1944 fortbestand, verlegte Heyde nach seiner Ablösung als Leiter der T 4 – vermutlich setzte Heydrich diese faktische Absetzung wegen Heydes angeblicher Homosexualität durch, Nachfolger wurde Prof. Dr. Paul Nitsche – den Arbeitsschwerpunkt wieder nach Würzburg. Dort fungierte er seit November 1942 zugleich als Chef der örtlichen SS-Lazarettabteilung. Außerdem wurde er Leiter des Würzburger Außenkommandos des KZ Flossenbürg, eines Lagers für Bauarbeiten, das von April 1943 bis März 1945 bestand. Noch bis in das letzte Kriegsjahr führte Heyde in vier- bis sechswöchigem Rhythmus oft mehrtägige Dienstreisen nach Berlin aus, wo er sich mit der verdeckten Fortsetzung der »Euthanasie«, möglicherweise aber auch, dies vermutete jedenfalls Fritz Bauer, direkt mit Fragen der »Endlösung« befaßte.

Ein schwerer Bombenangriff der Royal Air Force am 16. März 1945 zerstörte neben dem größten Teil der Stadt auch die Würzburger SS-Lazarettabteilung, die daher am 20. März samt Professor Heyde Richtung Norddeutschland verlagert und in Graasten/Dänemark unter Heydes Leitung neu errichtet wurde. Nach Kriegsende gelang es Heyde, für kurze Zeit in Dänemark unterzutauchen, im Mai 1945 wurde er jedoch von einem englischen Leutnant verhaftet und in das dänische Internierungslager Faarhus gebracht. Im Oktober des gleichen Jahres verlegte man Heyde in das Internierungslager Neumünster-Gadeland, im Juli 1946 nach Eselsheide bei Paderborn.

Im Februar 1947 überstellten die amerikanischen Militärbehörden Heyde der deutschen Justiz, die ihn auf Grund eines Haftbefehls der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main vom 29. Oktober 1946 wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft nahm. Bei den Vernehmungen tat Heyde kund, er fühle sich unschuldig und habe immer versucht, menschlich ein Vorbild zu sein. Die Verteidigung im Nürnberger NS-Ärzteprozeß forderte Heyde im April 1947 als Zeugen an. Am 25. Juli dieses Jahres gelang es Heyde, in Würzburg von einem LKW zu entweichen, der ihn von Nürnberg in die U-Haft nach Frankfurt zurücktransportieren sollte.

Heyde nutzte die Chance, die er bekommen hatte. In Würzburg tauchte er ein paar Tage bei Freunden unter. »Per Anhalter bzw. zu Fuß« begab sich Heyde anschließend »nach Schleswig-Holstein in der Absicht, gegebenenfalls im Hinblick auf dortige gute Bekannte nach Dänemark auszuweichen. Ab Anfang September 1947 bis September/Oktober 1948 betätigte er sich in Mönkeberg bei Kiel als selbständiger Gärtner« (Anklageschrift). Seit dieser Zeit nannte er sich *Fritz Sawade*, geboren am 2. Mai 1905 in Triebel bei Forst. Triebel liegt östlich der Neiße, was eventuelle Nachforschungen über Heydes Identität schwierig gemacht hätte.

Den zur Anmeldung erforderlichen Schein beschaffte sich Heyde ›schwarz‹. Mittels dieser gefälschten Urkunde erlangte er von der Gemeindeverwaltung Mönkeberg eine auf die neuen Personalien ausgestellte Kennkarte und einen Flüchtlingsausweis ›A‹. Ab Herbst 1948 war Heyde bei Bauern in Schleswig-Holstein als Landarbeiter beschäftigt. Gegen

Ende 1949 erfuhr er von einem guten Bekannten, daß bei der Landessportschule in Flensburg-Mürwik die Stelle eines Sportarztes zu besetzen war. Die zweite Karriere des Dr. Heyde-Sawade konnte beginnen.

»Auf seine Bewerbung hin«, so die Anklageschrift, »wurde er unter dem angenommenen Namen Sawade eingestellt. Den zuständigen Oberbürgermeister will er bei dieser Gelegenheit über seinen richtigen Namen und darüber, daß er im Juli 1947 aus der Untersuchungshaft entwichen sei, aufgeklärt haben. Durch Vermittlung eines Flensburger Internisten, der die Ehefrau des Angeschuldigten kurze Zeit behandelte, gelang es ihm, im Oktober 1951 mit dem Präsidenten des Oberversicherungsamtes in Schleswig ... Verbindung aufzunehmen und diesen zu bewegen, ihn als Gutachter zu verwenden. Auch diesen will er über seinen wahren Namen und die Umstände, die ihn zur Annahme des falschen Namens Sawade veranlaßt hatten, unterrichtet haben.«

Von führenden Ärzten und Beamten gedeckt, wurde Dr. Heyde-Sawade bald zu Schleswig-Holsteins meistgefragtem medizinisch-psychiatrischen Gutachter, der bis 1959 für Ämter, Gerichte, Staatsanwaltschaft und Berufsgenossenschaften zwischen 6.000 und 7.000 schriftliche Gutachten erstellte. Dies, obwohl sein Name natürlich auch in den Fahndungsbüchern des Landes Schleswig-Holstein verzeichnet war. Heydes Tätigkeit bescherte ihm einen nicht unbeträchtlichen Wohlstand mit Reihenhaus und neuesten Automodellen. Seine mit den beiden Söhnen am Starnberger See lebende Ehefrau erschlich sich derweil Witwen- und Waisenrente, die zusammen mit den vertraulichen finanziellen Zuwendungen ihres Gatten ausreichte, um vor Ort ein weiteres Haus bauen zu können.

Banale Querelen zwischen Medizinern waren es, die schließlich zur Enttarnung und neuerlichen Inhaftierung Heydes führten. Im Dezember 1954 hatte ein Professorenkollege Heyde folgenlos beim Präsidenten des Sozialgerichts Schleswig »denunziert«, worauf sich »Dr. Sawade« für kurze Zeit mit Fluchtgedanken trug. Beinahe fünf Jahre sollten danach noch ins Land gehen, bis im Juli 1959 ein anderer Professor einem Ministerialdirektor a. D. die Identität des Dr. Sawade offenbarte. Der Ruheständler berichtete darüber im schleswig-holsteinischen Innenministerium, wo vorerst aber gar nichts geschah. Erst die Aufmerksamkeit eines Regierungsbeamten, dem der Name Heyde auffiel, führte am 7. November 1959 endlich zur Einleitung einer neuen Fahndung gegen den Massenmörder.

Der durch eine Vorladung wiederum rechtzeitig gewarnte Heyde war am Tag zuvor von Flensburg nach Würzburg gefahren, wo er bei zwei befreundeten Professoren um Hilfe nachsuchte, offenbar jedoch ohne Erfolg. Heyde übernachtete in einem Würzburger Hotel und verließ am folgenden Morgen die Stadt Richtung Frankfurt. Die Staatsanwaltschaft Würzburg erfuhr von der Fahndung nach Heyde erst Tage später aus der Presse. Am 12. November 1959 stellte sich Heyde dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt, worauf er in Untersuchungshaft genommen wurde.

Dem Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der auch mit dem Auschwitz-Prozeß befaßt war, übertrug man die Vorbereitung der Anklage. Die achthundertseitige Anklageschrift wirft Heyde vor, »von 1939 bis zum Beginn des Jahres 1943 in Hadamar, an anderen Orten des damaligen Deutschen Reiches und in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ostgebieten gemeinschaftlich mit anderen ... durch eine im Sinne natürlicher Betrachtung einheitliche Handlung als sogenannter ›Obergutachter‹ und ab Sommer 1940 auch als Leiter der Tarnorganisation ›T 4‹ im Rahmen der unter den Tarnbezeichnungen ›Aktion T 4‹ und ›Sonderbehandlung 14 f 13‹ durchgeführten Massentötungen von Heilanstaltsinsassen und Konzentrationslagerhäftlingen heimtückisch, grausam und mit Überlegung mindestens 100.000 Menschen getötet zu haben«.

Der von der hessischen Justiz vorgesehene »Euthanasie«-Prozeß mit vier Beschuldigten konnte freilich niemals durchgeführt werden, und Fritz Bauer mutmaßte, es bestehe »eine stillschweigende Übereinkunft der Beteiligten, diesen Prozeß nicht stattfinden zu lassen«. Der Mitangeklagte Dr. jur. Gerhard Bohne, bis Sommer 1940 Geschäftsführer der T 4-Zentraldienststelle und Leiter der Büroabteilung, setzte sich im Juli 1963 nach Südamerika ab. Wegen angeblicher gesundheitlicher Probleme hatten ihn die Behörden aus der Untersuchungshaft entlassen. Sämtliche Ausweispapiere durfte er praktischerweise behalten. Der zweite Mitbeschuldigte, Friedrich Tillmann, ab Sommer 1940 Leiter der Büroabteilung der Aktion T 4, ebenfalls auf freiem Fuß, sprang am 12. Februar 1964 aus einem Kölner Hochhaus in den Tod. Einen Tag später erhängte sich Heyde an seinem Hosengürtel, den man ihm trotz offenkundiger Selbstmordgefahr gelassen hatte.

Nach der Aufdeckung von Fluchtplänen war Heyde im Herbst 1963 vom Gefängnis in Limburg nach Butzbach verlegt worden, wo man ihn angeblich ständig bewachte. Er habe nie etwas Böses gewollt und sei bis heute der Überzeugung, sich »weder juristisch noch moralisch schuldig gemacht zu haben«, behauptete Heyde in seinem Abschiedsbrief. Das Verfahren gegen ihn bezeichnete er als politischen Schauprozeß, dem er sich, wie er notierte, aus »Selbstachtung« durch den Freitod entzog.

Der vorgesehene Prozeß war damit geplatzt. Das Verfahren gegen den vierten Angeklagten, Dr. agr. Hans Hefelmann, im Hauptamt II der KdF unter Viktor Brack mit der Koordinierung der Kinder-»Euthanasie« befaßt, aber auch an der Aktion T 4 beteiligt, wurde wegen »Verhandlungsunfähigkeit« des Beschuldigten wenige Monate später eingestellt. Nach Heydes Ende notierte die Zeitung »Hamburger Echo«: »Jedenfalls werden jetzt eine ganze Anzahl von Leuten spürbar aufatmen ... Gewisse Universitätslehrstühle, von denen man gemunkelt hatte, sie würden bei dem Prozeß ins Wanken geraten, werden

ruhig bleiben, und ihre Inhaber werden ungestört auf die Altersgrenze zumarschieren können.«

**Quellen und Literatur:**

Anklageschrift gegen Prof. Dr. Heyde u. a., Der Generalstaatsanwalt, Frankfurt a. M. 1962 (MS)

Henry Friedlander: *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung,* Berlin 1997

Ernst Klee: *Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord*, Frankfurt a. M. 1986

Personalakte Ferdinand Flury, Universität Würzburg, Registratur, Nr. 49

Götz Aly (Hg.): *Aktion T 4 1939-1945. Die ›Euthanasie‹-Zentrale in der Tiergartenstraße 4,* Berlin, 2. erw. Aufl. 1989

---

Peter Fasel schrieb in KONKRET 9/98 über den Bischof der Ustascha Stepinac

Konkret 01/99, S. 22

**Georg Fülberth**

# Rational choice

**Eine Levitenlesung vor Leuten, die dem politischen Personal von heute seine Reden von gestern vorhalten und Verrat vorwerfen**

## Lob der Gelegenheit

Niemand läßt sich gern einen Opportunisten heißen. In der politischen Sprache der alten Arbeiterbewegung vollends war dies ein hartes Verdikt. Friedrich Engels hat in seinen Beraterbriefen an August Bebel sehr oft dieses Schimpfwort gebraucht. Es meinte den Verzicht auf Grundsätze zugunsten eines Augenblicksvorteils. Seit Lenin verband sich damit eine ganze Scholastik der Verrats-Schelte. Opportunismus war nicht einfach Prinzipienlosigkeit, sondern die Ersetzung der proletarisch-revolutionären Festlegung durch die bürgerliche oder gar monopolkapitalistische.

Anders steht es in den Lehrbüchern der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Dort läßt sich zuweilen ein – dem Selbstverständnis nach – ideologiefreies Lob opportunistischen Verhaltens finden. Doch, das heißt dort wirklich so. Der Ausdruck bezeichnet die Fähigkeit, eine sich bietende Gelegenheit zu wohlfeilem Einkauf und gewinnbringendem Verkauf zu nutzen. »Opportunity costs« entstehen Ihnen, wenn Sie ein Schnäppchen – also einen günstigen Gelegenheitskauf – machen. Anhänger der Grenznutzen-Lehre verweisen gern darauf, daß ein Glas Bier in der Wüste Sahara teurer ist als im »café konkret« in der Kortumstraße zu Bochum. Die Gelegenheiten sind halt verschieden. Ein Kellner, der unter der Tropensonne denselben vergleichsweise niedrigen Getränkepreis verlangt wie in einer deutschen Stadt voller Zapfhähne, wird entlassen – sagen wir mal: wegen Prinzipienfestigkeit.

In denselben Jahren, in denen das Börsenspiel auch hierzulande zu einer Art Volkssport wurde (die Baisse ist eine andere *opportunity* als die Hausse), ist die »Ökonomische Theorie der Politik« fast populär geworden. Nein, das ist nicht der Historische Materialismus, welcher lehrt, daß alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Sondern: Auch das Ringen um Macht und Herrschaft und um individuelle parlamentarische oder ministerielle Karrieren sei marktförmig organisiert: ein Wettbewerb. Was für die Wirtschaft die Gewinnmaximierung, sei für die Politik die Stimmenmaximierung. Die einzelnen Marktteilnehmer treffen ein *rational choice,* eine vernünftige, nämlich ihren individuellen Interessen dienliche Wahl.

Was Sie von einer solchen Theorie halten, ist Ihre eigene Angelegenheit. Es steht Ihnen frei, sie als Blödsinn zu verwerfen. Dann sollten Sie aber immerhin bedenken, daß man, wenn man so etwas zehn Semester lang studiert, ein Diplom dafür bekommen kann (das wäre allerdings kein *rational choice* für Sie). Und vor allem: Diese Lehre, so einfach sie ist, kann scheinbare oder tatsächliche Verhaltensänderungen von Teilen des politischen Personals erklären, über die Sie sich in den letzten Jahren gewundert oder gar geärgert haben. Mag dieser Ansatz banal sein – die bürgerliche Welt, für die er gilt, und deren Repräsentanten sind es auch. Da paßt zusammen, was zusammengehört.

## Die Dauer im Wandel

Nehmen wir einmal Otto Schily. Einst verteidigte er Angeklagte aus der RAF, jetzt ist er Spitzelvater und mag seine Behörde nicht gern von der Praxis entlasten, die PDS auszuforschen. Als er noch bei den Grünen war, hat er nicht protestiert, wenn diese – es waren frühe Jahre – für freies Fluten plädierten. Heute sieht er das enger. Machen Sie mit mir, was Sie wollen: Ich kann in alledem keine Widersprüche erkennen. Die ganzen Jahre über blieb er doch immer derselbe Otto Schily. Seine alles überstrahlende Eitelkeit, die jeden Bildschirm, auf dem er einmal erschienen ist, kontaminiert, mag viele stören, ist aber seine Privatsache. Daß er in unterschiedlicher Weise wechselnde Gelegenheiten nutzen muß, um sie zur Geltung zu bringen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie seine unverrückbare Konstante ist, der er unverbrüchlich treu blieb und bleibt.

Im Unterschied zu anderen Menschen, die von diesem Leiden (man kann es auch eine Berufung nennen) befallen sind, hat er diesem keine materiellen Opfer bringen müssen. Als er in Stammheim gute Arbeit machte, war es sein Schaden nicht. Damals dürfte es schick geworden sein, sich von ihm die Scheidung oder die Erbschaftsangelegenheiten regeln zu lassen. Es ist bekannt, daß Anwälte gern einmal zu Gratis-Verteidigungen in prominenten Fällen bereit sind (oder sich sogar um diese bemühen), denn das zieht immer Nachfolgemandate von Leuten nach sich, welche plötzlich meinen, nur Bossi oder Schily könne ihnen helfen. Als letzterer 1983 in mancher studentischen Mensa auftrat und unter lautem Beifall donnerte, es gebe leider noch gar keinen Sozialstaat, waren im »Stern« schon die Fotos zu sehen, die ihn bei allerlei eleganten Gelegenheiten zeigten, vielleicht Pferderennen oder Premieren (ich habe nicht so genau hingesehen). Offen gesagt: Es hat mich sehr gewundert, als Sie ihn damals wählten. (Ich habe bei derselben Gelegenheit für Herbert Mies gestimmt, und deshalb habe ich jetzt nicht Ihr Problem.)

Gerhard Schröders Biographen berichten, als sehr junger Mann habe er, in bedrängten Verhältnissen, sich geschworen: »Ich will da raus!« Dann gibt es noch die Erzählung, wie er am Zaun des Kanzleramtes rüttelte und rief: »Ich will da rein!« Das eine war nicht mit denselben Mitteln zu bewerkstelligen wie das andere. In wirksamer Nähe zum 27. September 1998 ließ er sich von der »Bildzeitung« zitieren, er sei einst Marxist gewesen, und jetzt sei er es eben nicht mehr. Das Blatt hat nicht nur die Absage an seine Vergangenheit gelobt, sondern auch das Eingeständnis, daß er eben einmal anders gewesen sei. Und jetzt, wenn es heißt: »Ich bleibe da drin!«, werden neue Verhaltensänderungen nötig sein. Kurz nach seiner Wahl kommentierte »Le Monde« verständnisvoll, dem armen Jungen sei früher doch gar nichts anderes übriggeblieben, als Marxist zu sein: Bei den Jungsozialisten hätten eben die radikalen Akademiker aus besseren Kreisen das Sagen gehabt, und der kleine Newcomer habe, um nicht von vornherein chancenlos zu bleiben, sich ihren Überzeugungen anbequemen müssen. Gemeint ist: Wer eine große Sache verficht, nämlich sich selbst, kann sich nicht allezeit an denselben Kleinigkeiten festklammern.

Es gibt die eindrucksvolle Geschichte von dem jungen Josef Fischer, der vor dem Arbeitszeug seines frühverstorbenen Vaters kauerte und sich vornahm: So will ich nicht enden. Zu Recht nahm er an, von den Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft vorerst ausgeschlossen zu sein. Damit er es einmal besser hätte, standen ihm mehrere Wege offen. Einer wäre die fleißige Duckmäuserei gewesen. Temperament und Zeitumstand gaben ihm eine andere Chance: die Rebellion. Er war draußen, seine Wut war echt und zugleich der bessere Teil der Schläue. Als er zum ersten Mal im Ministersessel am Kanzlertisch Platz nahm, sagte er, das sei seine schönste Hausbesetzung. Dieser Mann ist eine ehrliche Haut.

Aufsteigende ehemalige Außenseiter sind aber für den grünen Teil des neuen Establishments eher die Ausnahme. Es überwiegen die Menschen aus den gebildeten und besitzenden Ständen. Ihre Lage hat sich weniger geändert als ihr Reden. Das Aufbegehren von einst hat zum Teil jugendpsychologische Gründe. Hinzu kam die Gelegenheit, mittels einer Bewegung die Illusion eines Weges aus eigener Kraft zu wahren. Das schien so aussichtsreich, daß in einem Fall tatsächlich einmal ein ganzes Erbe verschenkt wurde. Die Voraussetzungen, es wiederzuerlangen, blieben erhalten: ein fitter Habitus und eine Eigentumsordnung, in welcher er zur Geltung kommen konnte.

Das war also 1968. Der nächste Schub kam ab 1979: Die Raketenrüstungen von Nato und Warschauer Vertragsorganisation versetzten Deutschland in seine Lieblingsrolle, die des unschuldigen Opfers einer ganzen Welt. Niemand konnte das Weh darüber eindrucksvoller zu Gehör bringen als die scheinbar verlorenen Söhne und Töchter von gestern. Sie entwickelten Leadership, und diese Qualifikation nahm knapp zwei Jahrzehnte später ministrable Gestalt an. Wo, bitte, ist da irgend ein Verrat?

Manchmal spricht man von der Anpassung an Institutionen und vorgegebene Machtverhältnisse. Eigensinn sei gebrochen worden. Das ist Talmi-Tragik. Die es betrifft, wollten doch da rein, und jetzt sind sie drin. Magengeschwüre sind unwahrscheinlich. Ist Ihnen denn nie aufgefallen, wie gern Josef Fischer selbst an seine Zeit beim »Revolutionären Kampf« erinnert? Das langweilige Zeug, welches er jetzt macht, wirkt nur deshalb originell, weil es in einen Kontrast zu seinem angeblich aufregenden Lebenslauf gebracht wird.

Für den Börsenprofi ist es nützlich, wenn auf die Baisse schnell die Hausse folgt. In der politischen Biographie will gut Ding Weile haben. Der Weg zwischen zwei Gelegenheiten soll als Langer Marsch verstanden werden. Wer beides – Kaufen derselben Aktie bei Baisse, Verkaufen bei Hausse – im gleichen Moment erledigen will, sieht natürlich komisch aus. Dies passierte in den letzten Monaten Jürgen Trittin: als er junge Wählerinnen und Wähler für seine Partei gewinnen wollte, indem er gegen die Bundeswehr agitierte, zugleich aber schon einen Platz an dem Tisch ansteuerte, an dem als sein Koalitionspartner auch der Verteidigungsminister sitzt. Er hat damit gegen eine Forderung des Soziologen Max Weber verstoßen. Dieser war der Auffassung, zur Politik gehöre mehr als das Erhaschen von Gelegenheiten, welches bei ihm auch noch die Form des schweißtreibenden Bohrens von harten Brettern mithilfe von Leidenschaft und Augenmaß annahm. (Josef Fischer müßte hier sagen: Mit mir nicht!) Wichtig seien Überzeugungen. Nun war der Gelehrte bekanntlich ein in vielen Hinsichten verklemmter Pastorensohn und hat sein ganzes Leben damit zugebracht, die materielle Wirklichkeit über letztlich idealistische Begriffsleisten zu schlagen. Stellt man ihn – wie man es mit Denkern dieses Typs immer machen sollte – vom Kopf auf die Füße, kommt eine Wahrheit heraus: Ein individuelles Interesse ist um so durchsetzungsfähiger, je mehr es in eine allgemeine Idee eingeschweißt ist. Der Korbmacher Gustav Noske, Sohn eines Webers, Arbeiter in einer Kinderwagenfabrik, hat vielleicht immer nur den Aufstieg seiner Klasse im Geiste von Karl Marx und Friedrich Engels im Sinn gehabt. Daß sie zugleich zum Lift für seine Person wurde, dies hat er – ehrlich! – nie gewollt.

Gesinnungen sind also wohl wirklich unerläßlich, wenngleich nicht als Ursache, sondern als Ausstattung. Wer sie hat, muß, um erfolgreich zu sein, an sie glauben, und sie sind auch nicht kontingent. Nehmen wir noch einmal Schily: Sein anthroposophisch-bourgeoiser Antikommunismus stand nie in Frage. Er hat ihn auch früher nicht verleugnen müssen. Spätestens nach jener grünen Humusrede, mit welcher er einst im Bundestag für eine Kreislaufwirtschaft im Sinne Rudolf Steiners Reklame machte, hätten Sie wissen können, mit wem Sie es da zu tun hatten.

Sind wir am Ende auf Umwegen doch wieder beim Historischen Materialismus gelandet? Klassenverhältnisse, Sein und Bewußtsein, Irrelevanz des individuellen Wollens oder Laufens? Die Struktur einer Gesellschaft und das, was davon

abhängig ist, lassen sich so gut darstellen. Und setzen sich die Klassen machtvoll kämpferisch gegeneinander in Bewegung, ist das persönliche Haschen nach einer Opportunity nicht mehr das Haupt-Ereignis. Legen sich die großen Kolonnen aber zur Ruhe, kann man nicht mit ihnen zusammen aufsteigen. Man muß dann von der einen zur anderen wechseln oder dort, wo man nicht raus kann, wenigstens einen Fensterplatz suchen.

**Et tu ...**

Es wird Sie wohl bedrücken, wenn ich Ihnen jetzt sage, daß auch Ihre Kritik an der offiziellen Politik und Kultur als individuelles *rational choice* interpretiert werden kann. Ihr Schreiben in linken Zirkularen, Ihre ökoradikalen Vorträge, Ihre Mitgliedschaft in Zirkeln: All dies betreiben Sie, weil Sie davon überzeugt sind, daß es am besten zu Ihnen paßt oder daß Ihnen ohnehin nichts anderes übrig bleibt. Von Barem muß da nicht unbedingt die Rede sein, auch nicht von einem großen Markt, häufig eher von beschützten Werkstätten, die für manche von uns vielleicht die einzige Option sind. Die Kritik, welche von dort gegen das neue rot-grüne Establishment einschließlich seines kulturellen Trosses erklingt, ist sehr schrill. Oft kommt sie von ziemlich jungen Leuten. Einige suchen sich von dort aus einen Marktzugang, andere wissen, daß die Chancen für sie zu schlecht stehen: Die Schübe von 1968 ff. und 1979 ff. endeten in der Besetzung attraktiver Positionen durch heute Vierzig- bis Fünfzigjährige. Die gehen da nicht mehr so schnell weg. Wer dauerhaft ausgebremst ist – wie sollte der nicht bitter werden und die gut formulierte feuilletonistische Frustration nicht zu seinem Markenzeichen machen?

Gibt es denn überhaupt keinen Ausweg? So werden Sie fragen. Ist denn alles Markt? Wahrscheinlich schon. Das gilt auch dann, wenn Sie so tun, als seien Sie schon hundert Jahre alt, hätten Rosa Luxemburg noch persönlich gekannt und Ihr ganzes weiteres Leben nach den Maximen Ihrer Jugend gelebt. Falls Sie dafür gelobt werden wollen, erhalten Sie eine recht kühle Antwort von Zwanzigjährigen, die dort anfangen, wo Josef Fischer aufhörte, und die oft schon ein bißchen arriviert sind. (Das ist die andere Fraktion des Nachwuchses.) Man sagt Ihnen: Für fast jeden Menschen kommt einmal die Zeit, wo eine gute Altenpflege wichtiger ist als eine gute Politik. Man soll aber beides nicht miteinander verwechseln.

Wenn Sie feststellen, daß Ihre früheren Verbündeten und heutigen Gegner die Gelegenheiten nutzen, die sie haben, dann können Sie dies, da Sie das ja auch machen, wohl kaum mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit tadeln. Sie mögen geltend machen, daß Sie auf der richtigen Seite stehen. Um das zu beweisen, müssen Sie zur gegenwärtigen Sache sprechen und nicht zur vergangenen Biographie. Wenn Fischer und Scharping die Bundeswehr nach Jugoslawien schicken wollen, dann kann man das kritisieren – aber bitte doch nicht mit dem Argument, daß der eine einmal ein Streetfighter gewesen ist und die Nato auflösen wollte und der andere in seinem früheren Leben ein militärkritischer Juso war. Das klingt so, als belle ein Hund hinter einem abgefahrenen Zug her.

Im »Bund der Kommunisten« von 1848 war neben Karl Marx und Friedrich Engels auch ein gewisser Johannes Miquel Mitglied. Damals zählte er zwanzig Jahre. Seine Spezialitäten waren die Diktatur des Proletariats und die Anzettelung von Bauernaufständen. Dann aber zog er es doch vor, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter (rechter Parteiflügel), Oberbürgermeister von Osnabrück und Frankfurt/Main und preußischer Finanzminister zu werden. Als einer der Direktoren der Diskontogesellschaft verdiente er in vier Jahren 1.338.730 Goldmark und zehn Pfennige. In der Kommunalpolitik machte er sich um den sozialen Wohnungsbau verdient. Er setzte in Preußen eine halbwegs erträgliche Finanzreform durch. Zum Beispiel führte er die Vermögenssteuer ein, die kürzlich von Kohl abgeschafft wurde und die Schröder nicht mehr wiederhaben will. Im übrigen war er ein demokratiefeindlicher Vertreter des deutschen Imperialismus und des preußischen Obrigkeitsstaats und wurde für seine Verdienste für König und Vaterland geadelt. Die marxistische Sozialdemokratie hat ihn bekämpft. Sie hatte gegen ihn so viele gute und aktuelle Argumente, daß sie es kaum einmal nötig hatte, auf seine Vergangenheit anzuspielen.

*Ich danke Torsten Niechoj und Jens Weiß für Belehrung.*

Konkret 01/99, S. 26

**Oliver Tolmein**

# Stammheim vergessen

**Otto Schily ist sich treu geblieben: Der neue Innenminister tut, was er als RAF-Anwalt nicht lassen konnte**

»Ich denke, daß der Typ in jedem Prozeß stört. Also dann lieber Pflichtverteidiger, die man als Bullen in Roben bezeichnen kann.«
Andreas Baader in einem Kassiber 1975 über den Wahlverteidiger Otto Schily

»Das sind die gleichen Bilder: das jüdische Kind im Ghetto, das mit erhobenen Händen auf SS-Leute zugeht, und die vietnamesischen Kinder, die schreiend, napalmverbrannt den Fotografen entgegenlaufen.«
Otto Schily als Verteidiger am 121. Tag des Stammheimer Prozesses, 1976

KONKRET: Helmut Kohl prophezeit den langsamen Übergang der grünen Abgeordneten zur SPD binnen zwei Jahren ...
Schily: ... Von solchen Prophezeiungen halte ich nichts.
Gespräch mit den Fraktionssprechern der Grünen, KONKRET 1984

»Das Geheimnis der Individualität liegt darin, daß es die Brücke ist zwischen Endlichkeit und Unendlichkeit. Das Ich des Menschen ist sein Ursprung und Ziel zugleich.« Zehn Jahre ist es jetzt her, daß der heutige Bundesinnenminister diese autobahnbrechende Erkenntnis für eine Werbekampagne der Porsche AG in Worte gefaßt hat – zur Belohnung attestierten ihm die Werbetexter auf ihren Hochglanzseiten, er, der Spitzenpolitiker der Grünen, gehöre zu den »Menschen, die die Welt bewegen«. Eine Welt, die schön ist, so lobte Schily bewegt zurück, weil alles in ihr Platz findet: »die Warenvielfalt, die Marktfülle und der Ideenreichtum von Produzenten und Konsumenten«.

Zwanzig Jahre vorher, 1968, hatte Otto Schily, damals erfolgreicher Wirtschaftsanwalt, vor dem Landgericht Frankfurt a. M. noch mit Engagement Menschen vertreten, die nachhaltige Einwände gegen die Marktfülle und den Ideenreichtum der Produzenten hatten: Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Thorwart Proll. Die Verteidigung der Kaufhausbrandstifter war der Auftakt einer zehn Jahre währenden Karriere Schilys als so übelbeleumdeter wie bestaunter »Linksanwalt«, dem die »Welt« in einem lichten Moment bescheinigte: »Er ist ein Beau mit Linksdrall. Schily hält viel auf sich und vor allem viel von seiner Gesinnung. Er ist ein Linker mit vielleicht radikaler Gesinnung, ein Linksradikaler der Tat ist er nicht und auch kaum dazu geeignet.« Zehn Jahre nach dem spektakulären Kaufhausbrandstifter-Verfahren, 1978, schloß Schily das Kapitel »politische Prozesse« für sich ab. »Für ein halbes Jahr will er Fälle, welche die Auseinandersetzung mit der ›Roten Armee Fraktion‹ berühren, nicht mehr übernehmen, sondern von außen über die Zeit der Konfrontation nachdenken«, reportierte damals der »Spiegel« und widmete Schily, dem »typbildenden Strafverteidiger Deutschlands«, ein ausführliches Porträt.

Für Schily waren die Erfahrungen in den großen politischen Prozessen zwischen 1968 und 1978 prägend: Als RAF-Verteidiger wurde er bekannt und konnte zu Hochform auflaufen – und gleichzeitig stieß er in diesen Jahren an seine Grenzen. Zwar konnte er sich gegen den Vorwurf wehren, Kassiber für seine Mandantin, die er öffentlich noch »Fräulein Ensslin« nannte, geschmuggelt zu haben – das Bundesverfassungsgericht gab in einem aufsehenerregenden Beschluß seiner Verfassungsbeschwerde gegen die Entpflichtung als Wahlverteidiger Ensslins statt; auch hatte Schily mit seinen Vorstößen, den Vorsitzenden Richter Prinzing in Stammheim für befangen zu erklären, letztlich Erfolg und erreichte ebenso die Öffentlichkeit mit seinem Vorwurf, daß Gespräche zwischen den RAF-Gefangenen und ihren Anwälten abgehört würden. Aber so erfolgreich Schily als Vermittler der Verteidigungsstrategie in der bürgerlichen Öffentlichkeit auch war, so gut es ihm auch gelang, sich als unabhängiger Verteidiger selbst gegen die von ihm Vertretenen zu profilieren – am Ende des Stammheimer Prozesses lebte von seinen drei Mandanten aus RAF und Umfeld keiner mehr.

Am Tod von Katharina Hammerschmidt traf ihn sogar direkte Verantwortung: Schily war es, der im Mai/Juni 1972 der wegen RAF-Mitgliedschaft gesuchten und nach Frankreich geflohenen Frau anriet, sich zu stellen. Die 28jährige wurde sofort in Haft genommen, ein Tumor von den Gefängnisärzten nicht diagnostiziert; erst als die Wucherung bereits kindskopfgroß war und Metastasen gebildet hatte, wurde sie medizinisch behandelt und schließlich aus der Haft entlassen; sie starb 1975. »Ich habe die Gnadenlosigkeit unterschätzt, mit der der Staatsapparat seinen Gegnern oder vermeintlichen Gegnern gegenübertritt«, resümierte Schily.

Dann stirbt unter bis heute nicht geklärten Umständen seine Mandantin Gudrun Ensslin im Stammheimer Isolationstrakt. In einer Pressekonferenz bezweifelt Schily die offizielle Version, derzufolge es sich um Selbstmord handele. Am 12. November 1977 wird Ingrid Schubert, die im August aus Stammheim weg nach Stadelheim verlegt worden war, die letzte seiner RAF-Mandantinnen, in der Haft tot aufgefunden: Auch ihr angeblicher Selbstmord, den Schily damals allerdings als

»nicht außerhalb der Reichweite der menschlichen Erfahrungen« hinnimmt, hat bis heute unbeantwortete Fragen aufgeworfen.

Die Stammheimer Erfahrungen führen auf ein Terrain, das Schily gerade nicht betreten wollte: Außenseiter zu sein, schärft zwar den Blick und das eigene Profil, bedeutet aber etwas anderes, als dem Staat und der Justiz den Kampf anzusagen. Schon in seiner Zeit als RAF-Verteidiger hat Schily deutlich gemacht, daß er nicht bereit sein würde, gegen die Justiz anzutreten, sondern, daß er allenfalls innerhalb des gegebenen Rahmens besonders effektiv handeln wolle. Die Protestaktion der Verteidiger, die 1973 in Schlafsäcken vor dem BGH gegen Isolationshaft protestierten, hat er nicht mitgemacht; als Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter 1976 von einem Kommando der RAF erschossen wurden, verurteilte Schily zusammen mit anderen Strafverteidigern den Anschlag als »hinterhältige Ermordung« und »schweres Verbrechen am Rechtsstaat«; nach der Stammheimer Todesnacht griff er die staatlichen Selbstmordversionen zwar an, die intensiven Bemühungen um eine Aufklärung der Todesfälle machte er aber nicht mehr mit. »Mir ging es ja nicht darum, den Staat zu zerstören, sondern – ganz im Gegenteil – die rechtsstaatlichen Prinzipien auch in einem so schwierigen Prozeß zu verteidigen.« Diese Erklärung, die Schily im September 1998 der »Woche« gegeben hat, ist kein nachträglicher Legitimationsversuch. Schily wollte wirklich beweisen, daß es geht. Es ging nicht. Und vor die Wahl gestellt, dieses Faktum brutum zu akzeptieren oder nicht und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, hat sich Schily entschieden, seinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen zu machen.

Als gelte es, diese Entscheidung und die ihr zugrunde liegende Niederlage zu verdecken, hat sich der Sohn aus einem Industriellen-Haushalt seither eifrig darum bemüht, auch seine Weggefährtinnen und Weggefährten auf staatsfreundlichen Kurs zu bringen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheiten missionierte der Jurist, der der »Gewaltdiskussion in der Bundesrepublik« 1972 ein »erbärmliches Niveau« bescheinigt hatte, im Kreis der Grünen und der neuen sozialen Bewegungen für das Gewaltmonopol des Staates und pries die Qualität des Rechtsstaates. Und wenn sich keine Gelegenheit dazu bot, schaffte er sich eine.

Gegen das Strommast-Knacken militanter AKW-Gegner zog er zu Felde, der Friedensbewegung wollte er Gewalt gegen Sachen am liebsten ganz verbieten, in Gesprächen vertrat er die Ansicht, daß jeglicher Widerstand gegen die Staatsgewalt eine Art Einstiegsdroge in den »Terrorismus« wäre. Selbst der Aufruf zum Volkszählungsboykott war Schily in seiner Spätphase bei den Grünen schließlich zu militant. Eng verknüpft damit war sein Eintreten für eine »Politik der Mitte« und konstruktive Opposition. »Können Sie sich vorstellen, auch zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung Ja zu sagen?«, fragte ihn direkt nach dem ersten Einzug der Grünen in der Bundestag der Kölner »Express«: »Das kommt auf den Inhalt an. In Sachfragen sind wir zur Zusammenarbeit mit allen Parteien bereit.« Wenige Wochen später räsonnierte er öffentlich über das Verhältnis von Konservativen und Grünen: »Richtig ist sicher, nicht von vornherein ein Feindbild aufzubauen nach dem Motto: Wer Strauß wählt, ist ein Idiot. Man sollte danach fragen, welche Wunschvorstellung dahintersteckt, wenn jemand Strauß wählt.«

Eine offenes Herz hatte Schily auch für die hierzulande üblichen geschichtsrevisionistischen Tendenzen. Der Anwalt, der sonst peinlich auf eine Distanz zu den extremen politischen Ansichten der außerparlamentarischen Bewegungen achtete, ging im gedanklichen Mainstream der Friedensbewegung auf. Die Nato-Nachrüstung inspirierte ihn wie viele andere zur Phantasie von einem »atomaren Auschwitz«. Dem »Spiegel« erläuterte er: »Wir müssen uns bewußt bleiben, daß der sogenannte Ernstfall Auschwitz um das Vielfache übertreffen wird.« Daß er trotz dieses Horror-Szenarios nur »gewaltfreien Widerstand« zulassen wollte und auch das nur, weil sich »kürzlich ein Bundesrichter ähnlich geäußert (hat)«, zeigt, wie ernstlich Schily sich mühte, nicht noch einmal in eine Konfrontation mit der Staatsgewalt zu geraten.

Die Friedensbewegung gab Schily dann auch die Gelegenheit, seine Liebe zum deutschen Volk zu entdecken, dessen Genossen ihn einige Jahre zuvor noch mit Droh- und Schmähbriefen überhäuft hatten. In der Nachrüstung sah er den Versuch, »das Existenzrecht eines Volkes per Vertrag« abzuschaffen. Dagegen wollte er eine »konsultative Volksbefragung« setzen und tönte im »Spiegel« wie das Echo der deutschnationalen Erweckungsbestrebungen: »Wir sollten außerdem nicht übersehen, daß die Souveränitätsfrage zur Debatte steht. Denn die Tatsache, daß der amerikanische Präsident über Sein und Nichtsein der hiesigen Bevölkerung zu entscheiden hat, trifft die Souveränität ins Mark.«

Daß er in den späten achtziger Jah-

ren immer wieder für eine Neuvereinigung Deutschlands plädierte, rundet den Eindruck ab, den Schily auf dem Weg zum volksnahen Elder statesman hinterlassen hat. Sein Engagement für die deutsche Solidarität mit der arabischen Welt und insbesondere für den Volksgemeinschaftsideologen Ghadafi, den er 1983 auf Einladung der »libyschen Revolutionskomitees« besuchte und dessen *Grünes Buch* er im »Spiegel« lobte, blieb allerdings eine Episode. Während in der grünen Bundestagsfraktion antizionistische Israelfeindschaft zum guten Ton gehörte, folgte Schily gemeinsam mit anderen Realos und zum Entsetzen der Fraktionslinken 1987 einer Einladung der israelischen Regierung. »Realo-Grüne über Israel begeistert / Delegation drückt sich um Erklärung zu besetzten Gebieten«, mokierte sich damals die »Taz«. Aber der Streit über Israel, der in der Fraktion folgte, war schon von Schilys Abkehr von den Grünen geprägt: Mit der Kritik an seinen Starallüren mochte er sich nicht auseinandersetzen, und parteipolitische Taktiererei lag ihm nicht.

Als die NRW-Grünen ihm keinen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl 1990 gaben, legte er sein Mandat nieder und trat zur SPD über, die ihm einen Platz auf der bayrischen Landesliste versprach. Daß die Grünen auch ohne ihn auskamen, viele seinen Weggang sogar begrüßten, hat Schily ihnen nie recht verziehen. Es war seine zweite große Niederlage, die er jetzt in der rot-grünen Koalition in einen Sieg verwandeln will.

Als Innenminister sucht er den Einfluß auf die grüne Parteipolitik zu nehmen, der ihm in den letzten Jahren seiner Mitgliedschaft versagt geblieben ist. Dieser Drang, die alten Mitstreiter/innen zu bekehren, um den eigenen Weg als einzig richtigen erscheinen zu lassen, hat ihn vor einigen Monaten auf die Idee gebracht, eine Fusion der Grünen mit der SPD vorzuschlagen. »Ich glaube, daß die Grünen noch Lernbedarf haben«, erklärte er in der »Woche« kurz vor der Bundestagswahl: »Vor einigen Jahren war Antje Vollmer partout nicht dazu zu bewegen, das Gewaltmonopol des Staates als friedensstiftend anzuerkennen. Inzwischen ist das bei den Grünen durch. Jetzt müssen sie nur noch den kleinen Schritt weitergehen und anerkennen, daß der Staat auch von seinem Gewaltmonopol Gebrauch machen darf.« Die Amtshandlungen des Innenministers lassen sich so auch als Erziehungsprogramm lesen: Schon in den Koalitionsverhandlungen ist er als einer der härtesten Widersacher seiner früheren Parteifreunde aufgetreten. Jetzt eskaliert er zielsicher Konflikte an den für die Grünen empfindlichen Stellen. Seine Absage an die Bestrebungen, die lebenslange Freiheitsstrafe abzuschaffen, gehört ebenso dazu wie sein Plädoyer für mehr Autorität der Polizei.

Vor allem aber sein Vorstoß für eine restriktive Migrations- und Asylpolitik ist darauf gemünzt, seiner Ex-Partei den letzten Rest eigenständigen Profils zu schleifen. Die Reaktionen der Grünen dürften ihm Freude bereitet haben: Sichtlich unvorbereitet und ohne den Ansatz einer Strategie, wie mit dem missionarischen Innenminister umzugehen wäre, haben sich die grünen Spitzenpolitiker darauf beschränkt, Phrasen zu dreschen. Daß ihnen nicht mehr einfällt als festzustellen, daß Schilys Vorstöße »zur Unzeit« kämen, wie Rezzo Schlauch analysierte, oder der Vorwurf, er lasse es an »Sensibilität« mangeln, sowie die milde Rüge, seine Äußerungen zur Ausländerpolitik seien »kontraproduktiv«, die die grüne Integrationsbeauftragte Beck-Oberdorf formulierte, zeigen Schily, daß er auf dem richtigen Weg ist: Die Grünen sind in der Defensive, seine Position gibt dagegen den Orientierungspunkt ab.

Auch sonst wird der Anwalt mit dem gutentwickelten Selbstbewußtsein und dem ausgeprägten Wunsch, Stammheim zu vergessen, zufrieden in den »Spiegel« gucken können: Daß die anderen nicht kapieren wollen, inwiefern der Richtervorbehalt beim großen Lauschangriff eine juristische Errungenschaft ist, und daß sie nicht zur Kenntnis nehmen, daß schon Wilhelm von Humboldt ein »Grundrecht auf Sicherheit« postulierte, kann schließlich an der Richtigkeit seiner Meinungen nichts ändern. Verkannt zu werden, ist er gewohnt – es bestätigt sein elitäres Selbstverständnis. Trotz seines Hangs zur Mitte gibt er nicht viel auf Popularität. Den Ausbau staatlicher Macht und Autorität betreibt er aus Überzeugung. Die »FAZ« notierte im Wahlkampf: »Schily befindet sich in der Rolle des Kritikers, der endlich zeigen will, daß man es besser machen kann. Angesichts dieser Aufgabe ist die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung ein Detail, auf das er nicht viel gibt, weil er glaubt, daß es im Zweifelsfall nicht schadet.« Denn ein Staat, in dem ein Schily Innenminister ist, kann, meint Schily, nur ein liberaler Rechtsstaat sein – formale Garantien braucht es da nicht mehr.

---

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 12/98 über die Innen- und Gesundheitspolitik der neuen Regierung

Konkret 01/99, S. 28

**Christian Y. Schmidt**

# Gott in Frankreich

**Die französischen Grünen haben einen neuen Spitzenkandidaten: das Universalgenie Cohn-Bendit**

Am 14. November 1998 kabelt ein Jochen Leibel dem »Hamburger Abendblatt« die Sensationsmeldung direkt aus Paris: »Ein grüner Deutscher, in seiner Heimat nicht unbedingt als einflußreicher Spitzenpolitiker bekannt, jagt momentan in Frankreich der gesamten Polit-Elite Schauer über den Rücken. Daniel Cohn-Bendit, bis vor kurzem noch Kommunalpolitiker in Frankfurt, will jetzt nämlich im Nachbarland eine ›nationale Rolle‹ spielen. Frankreichs Grüne haben den Deutschen zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahlen im Juni kommenden Jahres gekürt.«

So weit, so korrekt. Vom Rest des halbseitig abgedruckten Berichts aber stimmt dann schon fast gar nichts mehr. Da glaubt der Korrespondent, »der wilde Dany« sei den Franzosen »nur noch aus Geschichtsbüchern bekannt – als einer der Chefs der Studentenrevolte gegen de Gaulle«; erst die Debatte um seine Kandidatur mache ihn »nach 30 Jahren Pause in Frankreich wieder zum Star. Zeitungen, Fernsehen, Radios – alle Welt spricht plötzlich über den bulligen Deutschen«. Tatsächlich ist Cohn-Bendit schon seit etlichen Jahren in den französischen Medien mehr als nur präsent; zum Teil gar mit eigenen Radio- und Fernsehsendungen. Doch entspricht es der Wahrheit, wenn berichtet wird, daß vor diesem Mann die »französische Linksregierung erzittert«, ja, daß er mit seiner Spitzenkandidatur *tout* Paris »schockt«. Und zwar weil die Franzosen viel besser als das »Hamburger Abendblatt« wissen, wen sie in Cohn-Bendit vor sich haben: Nämlich ganz gewiß keinen gewöhnlichen Sterblichen, geschweige denn kleinen Kommunalpolitiker, sondern das wahrscheinlich größte Universalgenie des 20. Jahrhunderts.

Denn groß ist nicht nur Daniel Cohn-Bendits Ruf als Politiker, enorm ist auch das Renommee, das ER als Kulturphilosoph in aller Welt genießt. Von IHM stammt das berühmte Diktum: »Die Kultur ist eine gesellschaftliche Querdenkerei an sich und für sich. Die Kulturpolitik hat die Aufgabe, einer solchen Querdenkerei den Rahmen zu beschaffen und den Raum zur Verfügung zu stellen. Kultur lebt aus einem Spannungsfeld« (Cohn-Bendit, 1988).

Auch im Hochspannungsfeld der Medien macht diesem Mann keiner etwas vor, so trennscharf, wie ER hier definiert und klassifiziert: »Es gibt zwei Rassen von Journalisten: die Fragensteller und die eben nur anwesend sind, weil sie darüber berichten müssen« (1984). ER ist ein Freibeuter und Männerkenner, denn, das weiß ER auch, »in jedem von uns Männern steckt ein Pirat« (1986); zugleich ist ER aber auch der größte Gesetzgeber und radikalste Reformator, der in Deutschland jemals gewirkt hat: »Eine Sprengung der starren und teutonischen Ladenschlußgesetzgebung wäre vonnöten, um die allabendliche und samstägliche Lebenshektik ein wenig in ruhigere Bahnen zu überführen« (1988). So hart ER bisweilen beim Reformieren sein kann, wenn ER z. B. das Asylrecht zur »Diskussion« (1991) stellt, so nachgiebig ist ER, der Weltenrichter, andererseits beim Rehabilitieren: »Ich halte die Rehabilitierung von Judas für mindestens ebenso wichtig wie die von Trotzki und Bucharin« (1988).

Verfügte jemals schon jemand über größere seherische Kräfte als ER? »Ich gebe dem Honecker noch 1.000 Tage, der Mauer zehn Jahre«, weissagte ER am 20. Juli 1989 seinen Aposteln, den Chefredakteuren Peter Bartels und Hans-Hermann Tiedje in der »Bildzeitung«. Und wer dachte je in so großen Dimensionen? »Ich biete ›Bild‹ ein Bündnis an, damit im Jahre 2000 die Olympiade in Ost- und West-Berlin stattfinden kann« (1989). Na wer wohl? Nur ER!

Wer hat die ganz große Ahnung vom deutschen Fußball? Vielleicht Sepp Herberger, ganz bestimmt aber ER: »Wir brauchen eine andere Fußballphantasie« (1997). Und woran erinnerten IHN, den Nahostexperten, einst die Zustände in Israel? Sicher, selbstverständlich, na klar: an die unter Adolf Hitler. »Es ist manchmal schwierig, sich die Nazi-Ideologie von der Herrenrasse vorzustellen – hier in Israel ist sie ständig und überall gegenwärtig und greifbar« (1975).

Wer aber ist schuld daran, daß heutzutage auf der Straße Omi um ihr Leben fürchten muß? Ja doch, ER bekennt's, schuld hat auch ER. »In diesem Sinne tragen Achtundsechziger mit ihrer verquasten antiimperialistischen Revolution Mitverantwortung an der Verrohung der Gesellschaft« (1993). Und wie kann dem abgeholfen werden, auf wen sollte man hören? Natürlich auf IHN und den anderen, der da heißt Martin Walser: »Wenn also Walser und andere erklären, daß Deutschland nicht permament in antifaschistischer Zwangsquarantäne gehalten werden dürfe, dann stimme ich zu« (1994). Wer noch mal? Ach, nur einer ist's: ER!

War's das? Ach was. Ein großer Feldherr ist ER ja auch (»Bombardiert Pale!«, 1994) und ein Relativitätstheoretiker von geradezu einsteinscher Dimension obendrein: »Zeit und Raum sind in der heutigen Welt durch moderne Verkehrsmittel schneller und enger geworden« (aus SEINER Antrittsrede als Multi-Kulti-Dezernent, 1989). Und ein Zoolog, wie man noch keinen sah, einer, der Mensch und Tier auf Anhieb und präzis unterscheidet: »Der, der parlamentarische Realpolitik macht, ist kein Schwein oder emotionsloses Wesen, sondern ist Realpolitiker, was andere, die es vielleicht theoretisch sein wollen, nicht sein können« (um 1985).

ER aber will und kann, und deshalb ist ER seit 1994 nebenbei grüner Europaparlamentarier. »Es ist doch das Superscharfe an dem Europa-Parlament, daß man viel machen kann, aber wenig muß, weil die Bedingungen so *floating* sind ... Bei dieser scheinheiligen Diskussion (um Europa, C.Y.S.) muß jemand wie ich doch dabei sein« (1993).

Aber ja doch, unbedingt. Denn was issER noch? Richtig, ein äußerst beschlagener Ufologe, ja, gar selbst ein Weltraumgefährt, das zwischen den bekannten und unbekannten Galaxien unseres Universums nur so hin und her floated. »Die Unfähigkeit, aufeinander einzugehen, macht mich zum fliehenden Ufo, der (!) in einer anderen Welt die Realisierung seiner Emotionen sucht« (1978). Dann aber wieder ist ER ein ganz anderer, was IHM, wie sollte es auch, überhaupt nicht schwerfällt: ER war schon in der FDP und deren Außenminister (1982: »Ich bin der Genscher der Spontis«) und wenig später der größte Religionsführer resp. Scheinheilige auf diesem blauen Planeten: »Ich bin der Papst« (1985).

Nur Papst? Ist das nicht ein bißchen wenig? Für jemanden, der, ginge es nach IHM selbst, bereits längst gestorben sein müßte? »Für uns alle ist der Prozeß des Zusammenlebens (in Wohngemeinschaften, C.Y.S.) nicht mehr rückgängig zu machen. Man kann nicht mehr sagen: ›Ihr werdet sehen, in fünf Jahren, wenn ihr älter seid, werdet ihr anders leben.‹ Wir fangen schon an uns vorzustellen, wie man mit 50 Jahren gemeinsam lebt.« Denn: »Die Wohngemeinschaften sind der einzige Rahmen, innerhalb dessen wir in dieser Gesellschaft überleben können« (1975). Schon lange lebt ER nicht mehr in einer WG, sondern zusammen mit Frau und Kind – existiert aber noch immer. Ergo ist ER unsterblich, ein Olympischer, oder, was bei SEINEN universellen Fähigkeiten naheliegt, schlicht: GOtt!

Deshalb fürchtet Euch nicht, Franzosen, laßt das Zittern, Heulen und Zähneklappern, sondern frohlocket und jauchzet, da ER sich Eurer erbarmet hat und abermals zu Euch hinabgestiegen ist – denn ER will auch Euch erquicken, erlösen oder, drücken wir’s eine Spur zeitgemäßer aus: einfach mal ‘n bißchen zusabbeln. C’est tout!

---

Christian Y. Schmidt schrieb in KONKRET 10/98 über Kunst & Gewerbe

Konkret 01/99, S. 29

**Florian Sendtner**

# Mit Büchse und Boot

**Schily, »Bild« und »Spiegel« lassen wieder mal das volle Boot vom Stapel. Zur Bildtradition einer völkischen Metapher**

Das Boot ist wieder mal voll. Am 15. November 1998 erscheint ein Interview mit Otto Schily im Berliner »Tagesspiegel«, in dem der neue Innenminister den Ausspruch tut: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.« Drei Tage später teilt die »Bildzeitung« auf der Titelseite auf schwarzrotgoldnem Grund mit: »Deutschland diskutiert zwei Themen« – »Der Sozialmißbrauch« ist das zweite. Das erste: »Die Ausländerfrage«. »Bild« will es wissen: »Hat Schily recht oder nicht?« Und schon am nächsten Tag kann der Innenminister, der seine Tätigkeit als Terroristenanwalt bis ans Ende seiner Tage eifrig abbüßen wird, die Ernte seines Diktums aus den »Bild«-Leserbriefspalten heimfahren: »Natürlich hat Herr Schily recht. Das ist auch keine Frage von Ausländerfeindlichkeit, sondern von Selbsterhaltung.«

Die »Ausländerfrage«. Die »Selbsterhaltung des deutschen Volkes«. Wer wollte bei dieser völkischen Diskussion beiseite stehen? Der »Spiegel« gewiß nicht. Endgültig vom Stapel gelassen wird das volle Boot am 23. November 1998 in Hamburg, dort kennt man sich aus mit diesem Gefährt. Das Boot heißt Deutschland, also muß der diensthabende Graphiker die Umrisse der wiedervereinigten Republik raussuchen; da rein werden gut dreißig Köpfe kopiert, ausnahmslos ausländische, versteht sich, mit seltsamen Kopfbedeckungen, Turban, Hut, Kopftuch. Schwarze, Indianer, Türken, Inder, alle »Rassen« dieser Welt sind berücksichtigt, daß uns auch nicht eine fehle. Die meisten lächeln dem »Spiegel«-Leser herausfordernd ins Gesicht: Da sind wir! Jetzt wird´s eng für dich und deine Freundin, tut uns leid! – Irgendwie sehen sie ja gar nicht so unsympathisch aus, diese Besatzer, sie wollen eigentlich gar nichts Böses. Nur machen sie alles voll. Alles: *unser* Land. Apropos: Es ist zwar allgemein bekannt, daß der Ausländeranteil in der ehem. DDR gegen Null tendiert, aber das ficht den »Spiegel« nicht an. Nein, das ganze Deutschland muß es sein.

Text gibt´s natürlich auch noch. Drei Wörter, quer über Deutschlands arg strapazierten Leib in gelber Warnschrift: »Zu viele Ausländer?« Was heißt da zu viele? Auf der Titelcollage sind *nur* Ausländer zu sehen. Die Deutschen sind in Deutschland schon ausgestorben. Wenn man zu diesem Bildnis noch eine Frage stellen wollte, dann müßte sie heißen: Wo bleiben die Deutschen?

Das Fragezeichen hinter den drei Wörtern erinnert an jene rotgedruckten Kopfzeilen, die einem am Zeitungskiosk aus Gerhard Freys »Nationalzeitung« entgegenspringen: »Wie viele Juden kommen noch?«, »Auschwitz: was stimmt eigentlich?«, »Regieren uns bald Ausländer?«. All diese verdrucksten nationalen Fragezeichen, die der geneigte Leser selbstredend richtig versteht. Fragen wird man ja noch dürfen!

Es ist nicht das erste Mal, daß der »Spiegel« solche Stimmung macht. Er hat darin Tradition. Wenn Ausländer auf dem »Spiegel«-Titel erscheinen, sprengen sie den Rahmen (der den Titel-Layoutern sonst so heilig ist). Besonders schöne Exemplare: die Nr. 25/1980 und die Nr. 36/1990. Eine dicht zusammengedrängte Menge von »ausländisch« drapierten Leuten sieht einen da an, eine wogende Masse, die auf den Betrachter einstürmt.

Auch die zweite Bildkomponente des »Spiegel«-Titels, das Boot, taucht immer wieder mal auf. Ganz ähnlich etwa auf der Nr. 4/1990: Deutschland (damals nur Westdeutschland) als Konservendose, die gerade geöffnet und von einem wuselnden Ameisenvolk überfallen wird. In Deutschland ist es eng wie in einer Sardinenbüchse. Und nun wird dieses »Volk ohne Raum« auch noch von fremdem Zustrom bedrängt. »Massenflucht in die Bundesrepublik / Gefahr für den Wohlstand?« steht darüber. Das neckische Fragezeichen hätte man sich auch da sparen können. »Die fressen uns alles weg! Jetzt geht’s ans Eingemachte!«, das war die Botschaft.

Im September 1991 wird dieser »Spiegel«-Titel in einer Variation neu aufgelegt. Derselbe Zeichner legt nun ein veritables Boot vor, in Schwarzrotgold. Eine Flut von Strichmännchen leckt am Bauch der »Germania«, ist bereits ins Schiffsinnere geschwappt. Das flinke Asylantenheer hat sich das deutsche Boot längst unter den Nagel gerissen. Auch wenn am Rand zwei oder drei von Bord stürzen (oder gestoßen werden), es drängen ja sofort unzählige nach.

Das Boot hat im Sommer 1991 in allen deutschen Medien Hochkonjunktur. Doch das reale Boot liegt im Hafen der italienischen Stadt Bari. Dieses Boot ist tatsächlich voll, überfüllt mit albanischen Flüchtlingen, die von der italienischen Polizei bei sengender Hitze in ein Fußballstadion gesperrt werden. Am nächsten Tag erscheinen die Bilder von der Fähre mit den albanischen Flüchtlingen in den deutschen Zeitungen. »Bild«: »Morgen auch bei uns?«. Der »Spiegel«: »Wenn die Albaner nicht Bari, sondern Hamburg angesteuert hätten, wäre ihnen der Zugang zum gelobten Land sicher gewesen.«

Die spektakulären Bilder aus Italien füllen das Sommerloch. Blättert man die deutschen Zeitungen von August/September 1991 durch, könnte man meinen, das Flüchtlingsschiff sei tatsächlich in Hamburg gelandet. Da ist etwa die Karikatur in der »FAZ« vom 7. August 91: Deutschland als Arche Noah, proppevoll, aber dennoch bestürmt von einer wahren Flut von

Menschenmassen, die alle auch noch auf dieses bereits überladene Rettungsboot wollen. Im Hintergrund ein Meer von Flüchtlingen, dessen Pegel ständig steigt und bald auch den letzten Hügel, auf dem die Arche Noah mit dem deutschen Wappenvieh steht, überflutet haben wird. Dabei ist ja die rettende Nußschale selbst schon überflutet von der »Asylantenspringflut« (»FAZ«).

Irgendwie ist inzwischen etwas durcheinander geraten. Eigentlich sind es doch die Flüchtlinge, die auf dem schwankenden Schiff stehen, die »Bild«- und »Spiegel«- und »FAZ«-Leser haben ja durchaus festen Boden unter den Füßen. Auf diese simple Tatsache hat Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay »Die große Wanderung« hingewiesen, ein Jahr später, im »Spiegel«: »*Das Boot ist voll.* Daß dieser Satz faktisch nicht zutrifft, ist noch das wenigste, was an ihm auszusetzen wäre. Ein Blick auf die Umgebung genügt, um ihn zu widerlegen. Das wissen auch alle, die ihn im Munde führen. Es kommt ihnen nicht auf seinen Wahrheitsgehalt an, sondern auf das Phantasma, das er ausdrückt, und das ist allerdings erstaunlich. Offenbar wähnen viele Westeuropäer, daß sie sich in Lebensgefahr befinden. Sie vergleichen ihre Lage mit der von Schiffbrüchigen. Die Metapher wird sozusagen auf den Kopf gestellt. Es sind die Eingesessenen, die sich einbilden, sie wären *boat-people* auf der Flucht, Auswanderer vom Zwischendeck, oder ausgehungerte Albaner auf einem überfüllten Geisterschiff.«

In dem zum vollen Titel-Boot gehörigen Artikel weist der »Spiegel« vom 23. November 98 sorgenvoll darauf hin, daß die Redeweise vom vollen Boot »eine schwer belastete Sentenz« sei, »mit der die Schweiz in den dreißiger Jahren jüdische Flüchtlinge aus Hitler-Deutschland abgewehrt hatte«. Doch die Überschrift des Artikels weist den Ausweg aus diesem Dilemma: »Jenseits von Schuld und Sühne«. Die nationale Haftpflicht müsse doch irgendwann mal ein Ende haben. Die folgenden Fragen sind selbstverständlich rhetorisch gemeint: »Schuld verpflichtet – aber wie lange? Soll an Albanern, Türken oder Nigerianern gutgemacht werden, was Juden damals angetan wurde?« An Albanern, Türken oder Nigerianern. Wär ja noch schöner.

Auch zur neueren Geschichte der Boots-Metapher gibt der »Spiegel« selbst sachdienliche Hinweise: »Rechte recycelten den Slogan Anfang der neunziger Jahre in der Debatte um den Asylkompromiß.« Schön gesagt. Immerhin stimmt die Geschichte insofern, als es, was die Parteien angeht, die Reps waren, die 1990 als erste eine farbenprächtige, von Ausländern überbordende »Arche Deutschland« auf einem Plakat präsentierten; Deutsche sind da nicht mehr zu sehen in diesem vollen Boot – und selbstverständlich sind die Ähnlichkeiten mit dem »Spiegel«-Titel vom November 98 keineswegs zufällig. Erst ein Jahr später zog dann auch die CSU mit einem künstlerisch besonders tumben Plakat nach: »Stop! Das Boot ist voll! Deutschland ist kein Einwanderungsland.« Kein Bild, nur eine lumpige Graphik: eine rote Fieberkurve der »Asylantenschwemme«, die steil nach oben zeigt. Aber dem allem voraus ging der »Spiegel«-Titel vom Januar 1990, der Deutschland als Sardinenbüchse halluzinierte, die von einem aggressiven Ameisenvolk überfallen und leergefressen wird.

Und nun also, Ende 1998, zum Start der neuen Regierung, wird’s wieder mal eng in Deutschland, sehr eng – »... aber der deutsche Mensch braucht Raum um sich und Sonne über sich und Freiheit in sich, um gut und schön zu werden«, möcht man da ausrufen. Das steht in einem alten Roman. Er erschien 1926 in München und brachte es auf eine Auflage von einer halben Million. Er heißt *Volk ohne Raum*.

---

Florian Sendtner ist Journalist und lebt in Regensburg

Konkret 01/99, S. 32

**Otto Köhler**

# Schuldig bei Kontakt

**Mit seinen Erinnerungen hat der Rechtsanwalt Heinrich Hannover eine Geschichte der Politischen Justiz Westdeutschlands vorgelegt**

Heinrich Hannover, heute 73, hätte ein erfolgreicher Wirtschaftsanwalt werden können, etwa als Rechtsvertreter des Bremer Haus- und Grundbesitzervereins. Und da passierte ihm dies. Wenige Wochen nach seiner Zulassung als Anwalt im Oktober 1954 wurde er zum Pflichtverteidiger eines Kommunisten bestellt, der die üblichen Verbrechen begangen hatte: Landfriedensbruch, Aufruhr und -lauf, Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte Gefangenenbefreiung. Der Kommunist hatte an einer Arbeitslosendemonstration teilgenommen, war zweimal von einem Polizisten geschlagen worden, ein Auge wurde dauerhaft geschädigt, worauf dann das obenstehende, vielfach bewährte Tatbestandssammelsurium zurechtgebastelt wurde.

Jung-Heinrich, damals 29, war noch unerfahren. Heute liest er mit einer »gewissen Rührung« auf einem alten Zettel, welche »naiven Appelle« er damals an das Gericht gerichtet hatte: »KPD-Mitgliedschaft nicht strafbar. Anklageschrift stellt kommunistische Natur des Erwerbslosenausschusses in den Vordergrund. Stimmungsmache gegen die Angeklagten. Gericht möge sich davon freihalten. Nur Gesetzesverstöße abzuurteilen, nicht KPD-Eigenschaft.« Und ähnlichen rechtsstaatlichen Krimskrams mehr. Ergebnis: zwei Monate Gefängnis, die der Kommunist in direkter Verhandlung mit der Staatsanwaltschaft dadurch abwandte, daß er seine Anzeige gegen den Polizeimeister zurückzog, der seinem Auge einen lebenslänglichen Denkzettel verpaßt hatte. Hannover heute: »Seine Einschätzung, was ein von der Staatsgewalt mißhandelter Kommunist in unserem Lande erreichen konnte, war wohl realistischer als die seines Anwalts, der noch voller rechtsstaatlicher Ideale steckte.«

So wurde Heinrich Hannover Kommunistenanwalt, und die fetten Aufträge des Bremer Haus- und Grundbesitzervereins nahmen bald ein Ende, zumal er für andere der »Zusammenrottung« Angeklagte Freisprüche durchpaukte, alles hat seinen Preis. Schließlich hat sich Hannover bis heute einen Satz gemerkt, den er damals auf einer Veranstaltung in Kassel hörte: »Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln, ist die Demokratie in Deutschland nicht gesichert.« Der so sprach, war Kurt Schumacher, der sich heute, gehörte er immer noch der SPD an, energisch von solch verantwortungslosem Gewäsch distanzieren müßte.

Die Bundesrepublik setzte sich fort, und Hannover begleitete sie. 1956 verteidigt er Demonstranten, die überführt waren, bei einer »Stahlhelm«-Kundgebung mit dem anerkannten Kriegsverbrecher und Generalfeldmarschall Kesselring »Kesselring raus« gerufen zu haben. Und 1959 erreicht er mit dem Prozeß des Sondergerichts, nein, der Sonderstrafkammer beim Landgericht Düsseldorf gegen das Friedenskomitee den ersten Höhepunkt seiner im Grunde doch staatsfeindlichen Karriere ( – bezeichnenderweise schreckt er später zwecks Infiltration der heranwachsenden Jugend nicht einmal vom Schreiben von Kinderbüchern zurück, die, das kommt erschwerend hinzu, auch noch erfolgreich sind). Das Friedenskomitee war, sonst wäre es ja auch nicht vor der Sonderstrafkammer gelandet, einwandfrei kommunistisch, das ging, wie es in der Anklageschrift hieß, aus der »Gesamttendenz« seiner Veröffentlichungen hervor.

Das war für die Richter so selbstverständlich, daß der Heinemann-Sozius und spätere Justizminister Diether Posser vortrug, er fände es »ehrlicher, die Angeklagten durch Verwaltungsakt ins Konzentrationslager einzuweisen, statt uns Verteidiger als rechtsstaatlichen Dekor zu mißbrauchen«. Um sich nicht mit überflüssigem Dokumentenkram beschäftigen zu müssen, hatte man bei der polizeilichen Beschlagnahme des Archivs der Friedensbewegung die in jahrelanger Arbeit gesammelten Dokumente einfach durchs Fenster auf die Straße geworfen. Beweiserhebungen waren überflüssige Arbeit, in einer Zeit, da Springers Wanderprediger William S. Schlamm durch die Lande reiste mit der Verkündigung, daß der Kommunismus »am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert« und ebendeshalb mit Waffengewalt bekämpft werden muß. Trotzdem hatte die Verteidigung im Verfahren dem Gericht rund 600 wichtige Dokumente über die westdeutsche Wiederaufrüstung übergeben. Sie wurden nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Düsseldorf »nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet« und nicht wie sonst in solchen Fällen dem Staatsarchiv übergeben.

Es gab in den folgenden Jahren noch viele Kommunisten zu verteidigen, aber auch Nicht-Kommunisten, die der »Kontaktschuld« oder gar der »Konsensschuld« mit Kommunisten angeklagt waren. Darunter auch einen ehemaligen SS-Mann, der allerdings mit seiner Vergangenheit gebrochen hatte. Er war auf einem Gewerkschaftskongreß in Ostberlin aufgetreten und hatte gesagt: »Wer Frieden und sozialen Wohlstand in der Bundesrepublik will, muß mit der DDR zusammenarbeiten, ob es ihm paßt oder nicht.« Das brachte ihm sieben Monate Gefängnis ein, wobei strafmildernd berücksichtigt wurde, daß der Verurteilte »im Krieg seine Pflicht erfüllt« habe. Den unerfahrenen Angeklagten, der als Soldat der Waffen-SS in die Sowjetunion einmarschiert war, hatte diese Begründung der Strafmilderung verwundert. Warum aber spricht ein in solchen Fällen erfahrener Strafverteidiger wie Heinrich Hannover hier von einem »Tiefpunkt der Kalten-Kriegs-Justiz«? War es etwa nicht normal, daß ein als Kommunist Verdächtigter abzuurteilen und seine Betätigung

als SS-Mann strafmildernd zu werten war? Immerhin waren die Gerichte in Lüneburg, wo er verurteilt wurde, damals ein Zentrum alter bewährter Nazirichter, und die hätten es doch auch als strafverschärfend ansehen können, daß er seine einstigen SS-Ideale (»Unsere Ehre heißt Treue«) verraten hatte.

Heinrich Hannover trug nicht nur das Etikett eines Kommunistenanwalts, eines Tage fand er sich auch als Terroristenanwalt wieder. Das begann mit der Verteidigung Daniel Cohn-Bendits, der 1968 beschuldigt wurde, mit dem Ruf »eins-zwei-drei!« als »Einsatzleiter« bei einem Landfriedensbruch tätig geworden zu sein – heute ist er eher für Friedenseinsätze zuständig, aber dafür kann Hannover nichts. Er verteidigte Günter Wallraff, Werner Hoppe und Ulrike Meinhof, mit der er sich zerstritt.

Besonders interessant ist im ersten Teil seiner Autobiographie aber das Kapitel »Keine Gnade für ein Fehlurteil« über den Dichter Peter-Paul Zahl. Der wurde 1972 gesucht, floh vor der Polizei, und dabei fielen neun Schüsse, sechs von Polizisten abgegeben, drei von Zahl. Zahl erklärte, er habe nur Warnschüsse feuern wollen, hatte jedoch einen Polizisten verletzt und wurde selbst getroffen. Das erste Urteil – vier Jahre wegen gefährlicher Körperverletzung – wurde aufgehoben. Er habe – obwohl die Gutachten dagegen sprachen – den Tod des Getroffenen billigend in Kauf genommen. Neues Urteil: 15 Jahre. Im Gefängnis bekam Zahl 1980 den Bremer Literaturpreis, Heinrich Hannover und viele andere bemühten sich um seine Begnadigung. Zuständig war – versöhnen statt spalten – Ministerpräsident Johannes Rau.

Ossip K. Flechtheim schrieb Rau: »Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich wie so viele andere das Urteil von 15 Jahren für ein Fehlurteil halte. 15 Jahre hatte seinerzeit auch der SS-Führer Wolff für die Ermordung von 300.000 Juden erhalten!« Andere äußerten sich ähnlich. Und Hannover bat Rau um ein Gespräch. Doch der fand – unter dem Druck der Polizeigewerkschaft – im Februar 1981, daß »im Augenblick der Zeitpunkt für ein Gespräch nicht geeignet« sei. Heinrich Böll meinte dazu: »Natürlich ist eine solche Sache nicht ›opportun‹ – schon gar nicht im Augenblick, aber wann wird der Augenblick kommen?« Bei Rau nie. Gnade gab es nicht. Und Ernesto Cardenal, der zuvor für Zahl um Gnade gebeten hatte, schrieb dem »amigo Johannes Rau«: »Bruder Johannes, Du bist ein großer Mann geworden, aber Deine Schuhe sind nicht mitgewachsen.«

So ist aus Heinrich Hannovers Buch auch noch ein Plädoyer zur Bundespräsidentenwahl geworden.

Heinrich Hannover: *Die Republik vor Gericht. 1954-1974.* Aufbau Verlag, Berlin 1998, 498 Seiten, 49,90 Mark

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET 11/98 über die Gründe für das Ende seiner »Zeit«-Karriere

Konkret 01/99, S. 34

**Bernhard Schmid**

# Vive La Droite!

**Bleu, blanc, rouge: Die französische Rechte formiert sich neu**

Mitunter finden sich in den Kurzmeldungen, die relativ unbeachtet in den Randspalten der Zeitungen stehen, mehr Informationen über den politischen und sozialen Zustand einer Gesellschaft als in den redaktionell bearbeiteten Artikeln. Diese Beobachtung scheinen zwei aufeinanderfolgende Notizen, die am 8. Juli 1998 in der Boulevardzeitung »Le Parisien« zu finden waren, zu bestätigen. Beide handelten von der durch Charles Millon, dem früheren Verteidigungsminister der bürgerlichen Regierung Chirac/Juppé (1995-97) und amtierenden Präsidenten der Region Rh□ne-Alpes, neugegründeten Partei La Droite (Die Rechte).

Die erste Kurzmeldung aus »Le Parisien« lautete: »Ohne die geringste Publizität sind um die 100 Unternehmens-Chefs und Führungskräfte letzte Woche in Paris diskret zusammengekommen, um mit Charles Millon zu diskutieren. Ein Zeuge erzählt: ›Das Klima war sehr gut.‹ In der Wirtschaftswelt stößt Millon auf mehr Interesse, als man sich vorstellt, doch für den Augenblick will niemand aus der Deckung heraustreten und sich öffentlich dazu bekennen.« Der darauffolgenden Meldung war zu entnehmen: »Christian Philip, erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Lyon und oft als ›Kronprinz‹ von (Oberbürgermeister) Raymond Barre« – Barre, ein führender liberaler Politiker, ist Mitgründer des liberal-konservativen Parteienbündnisses UDF und amtierte als Premierminister zwischen 1976 und 1981 – »bezeichnet, verurteilt das politische Vorgehen von (Regionalpräsident) Charles Millon, welches ihn aber nicht erstaune: ›Lyon wird oft als Hauptstadt der Résistance bezeichnet. Man vergißt, daß Lyon auch die letzte Stadt war (1944), die zu Pétain hielt. Die Lyoner Bourgeoisie ist niemals gaullistisch gewesen. Daher haben die Unterstützungen, die Millon heute erhält, nichts wirklich Überraschendes an sich.‹«

Die Gründung von La Droite läßt sich nicht ohne ihre Vorgeschichte verstehen. Am 20. März 1998, fünf Tage nach den Regionalparlamentswahlen vom Frühjahr dieses Jahres, ließen sich zunächst fünf Regionalpräsidenten mit den Stimmen des neofaschistischen Front National (FN) ins Amt wählen. Nach einer Reihe von Rücktritten und Neuwahlen blieben schließlich vier Chefs einer regionalen Exekutive an der Spitze eines (meist unerklärten) Bündnisses von Konservativen und Neofaschisten in ihrer Funktion; alle vier gehörten dem liberal-konservativen Parteienbündnis UDF an: Jacques Blanc in Montpellier, Charles Millon in Lyon, Jean-Pierre Soisson in Dijon und Charles Baur im nordfranzösischen Amiens. Da sie ihren Rücktritt, zu dem sie – angesichts der Umstände ihrer Wahl – durch die Führungsspitzen der bürgerlichen Parteien RPR und UDF aufgefordert wurden, verweigerten, folgte ihr Ausschluß aus der UDF. Innerhalb der UDF allerdings ließ sich zu diesem Zeitpunkt kein Konsens über die Frage mehr herstellen, ob man auf dem Hinauswurf der vier Protagonisten einer faktischen Allianz mit den Neofaschisten bestehen sollte oder nicht. Insbesondere der ultra-liberale ehemalige Wirtschaftsminister Alain Madelin, Vorsitzender der größten UDF-Komponente »Démocratie libérale«, leistete hinhaltenden Widerstand gegen die Sanktion. Binnen weniger Tage fiel die UDF mit immensen strategischen und grundsätzlichen Differenzen auseinander, die in den vier Tagen nach der Regionalwahl aufgebrochen waren.

Charles Millon ist unter den mit Front-National-Steigbügel ins Regierungsamt gehievten Regionalpräsidenten derjenige, der am weitesten ging und die Flucht nach vorne antrat. Dem Wochenmagazin »L'Evénement du Jeudi« (7. Mai 98) zufolge datiert das Techtelmechtel Millons mit der extremen Rechten nicht erst aus den Tagen nach den Regionalwahlen, vielmehr habe er bereits seit Jahren über gute Kontakte zu radikalen Abtreibungsgegnern verfügt. Für die linkskatholische Gruppe Golias, die eine gleichnamige Zeitschrift herausgibt und für ihre fundierten und kritischen Recherchen über die extreme Rechte bekannt ist (im Juli/August erschien eine Sondernummer über Charles Millon), liegen die Grundlagen des Bündnisses gar um 20 Jahre zurück. Damals gab der katholisch-fundamentalistische »universitäre Zirkel Charles-Péguy«, zu dessen Leitern Charles Millon gehörte (Péguy war eine Leitfigur des politisierten, rechten Katholizismus im frühen 20. Jahrhundert), eine Zeitschrift namens »Astrolab« heraus. Dort war im Jahr 1972 nachzulesen, welches Projekt die französische Rechte zu verfolgen habe – nämlich die Vereinigung der drei historischen Traditionslinien, die da lauten: orleanistische Rechte (also das liberal-konservative Spektrum nach der bürgerlichen Revolution), legitimistische oder traditionalistische Rechte (das katholisch-konterrevolutionäre Lager in Gegnerschaft zu 1789) und die autoritär-nationalistische Rechte, die historisch jüngste der drei. Auch innerhalb des Front National koexistieren heute ein neuheidnischer, rassenbiologisch argumentierender und ebenso antisemitischer wie antichristlicher Flügel einerseits und ein katholisch-fundamentalistischer Flügel andererseits. Einigkeit besteht in einem zentralen Punkt: Frankreich und die europäische Zivilisation werden von im Verborgenen wirkenden fremden Mächten beherrscht, und es gilt, die eigene unterdrückte »Identität« wiederzuerlangen. Nur darüber, worin eigentlich die Essenz dieser »Identität« besteht, ist keinerlei Einigkeit zu erzielen – für die einen ist es die keltisch-germanische »indoeuropäische« Kultur vor Eintreffen des Christentums, für andere ist es die katholisch-abendländische Zivilisation, für dritte wiederum das koloniale Weltreich von vorgestern. Es erscheint zwar absurd, gemeinsam für eine mythische »Identität« zu kämpfen, wenn man sich nicht einmal

in Grundzügen darüber einigen kann, worin diese eigentlich bestehen soll – aber bereits die Ideologen der NSDAP haben hierauf ja durchaus recht unterschiedliche Antworten gegeben. Das Entscheidende ist, einen gemeinsamen Feind zu wissen, der diese »Identität« geraubt hat.

Für die neofaschistischen Hardliner bleibt Millon freilich ein Mann »des Systems«, dessen man sich taktischer Notwendigkeiten wegen bedient. Auf dem jüngsten BBR-Fest (für die französischen Nationalfarben »Bleu, Blanc, Rouge«), wie die alljährlich Ende September stattfindende Großveranstaltung des Front National heißt, ließ sich Pierre Vial im engeren Kreise der Parteigänger – auf einem Forum unter dem Titel »Kulturpolitik in der Region Rhône-Alpes« – über den von den Lyoner FN-Regionalparlamentariern im März mitgewählten Millon aus: »Millon ist ein Mann des Establishments, ein Bourgeois. Diese Leute glauben, daß wir wie sie seien, daß wir uns mit einigen Pöstchen abspeisen lassen und uns zufriedengeben werden. Aber wir sind nicht wie sie! Und siehe da, der brave Bourgeois Millon muß eine Erfahrung machen, die wir bereits hinter uns haben: Er kann nirgendwo mehr hingehen, ohne beschimpft und angeschrien, als ›Faschist‹ und ›Nazi‹ gescholten zu werden. Wir sind da längst gepanzert. Aber der brave Bourgeois, der es gerne allen recht machen würde, zeigt sich schockiert.«

Am 7. und 8. November 1998 folgte in den Pariser Messehallen an der Porte de Versaille der offizielle Gründungskongreß der neuen Formation La Droite, nach sechs Monaten Vorbereitung. Am Vortag hatte Millon den Ton vorgegeben. In der Pariser Abendzeitung »Le Monde« führte er in einem Interview aus: »Die Rechte als solche ist seit langem nicht an der Regierung gewesen. Das war eine Rechte, die das Bestehende verwaltete, keine Rechte mit Überzeugung.« Auf die Frage des Journalisten, ob dies seit 1958 – also seit Gründung der Fünften Republik durch De Gaulle – der Fall sei, antwortet der Ex-Minister: »Ich gehe bis 1945 zurück. Ich denke, daß es seit 1945 ein Problem gibt, weil das dominierende Einheitsdenken verhindert hat, daß eine bestimmte Anzahl von Ideen, die als verurteilungswürdig gelten, verbreitet werden. Weil Worte von bestimmten Personen, die während des Krieges Irrtümer begangen hatten, benutzt worden waren, ist es hernach unmöglich geworden, diese Worte oder diese Ideen zu benutzen. Ich habe die erste Bewegung seit 1789 lanciert, die sich ›Rechte‹ zu nennen wagt.«

Zu den Stargästen des La-Droite-Kongresses gehörte die zum Umfeld des Opus Dei zählende christdemokratische Abgeordnete Christine Boutin, Mitglied der UDF-Fraktion und Oberhaupt der parlamentarischen »Lebensschützer«-Lobby. Madame Boutin hatte jüngst in den Parlamentsdebatten um das sozialistische Gesetzesprojekt, das homosexuellen Paaren zu weitgehender Rechtsgleichheit verhelfen sollte, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, indem sie mitten in der Nationalversammlung die Bibel gegen den drohenden Untergang des Abendlands schwenkte.

Überhaupt ist die ultra-katholische familienpolitische Lobby gut vertreten bei La Droite. So kam es zu einer Kontroverse anläßlich der Debatte um die Statuten der neuen Formation, als ein Delegierter sich über den Passus erzürnte, wonach kein Delegierter anläßlich von Kongressen das Stimmrecht für eine abwesende Person ausüben darf (da man nicht die Tricks und Intrigen der etablierten Parteiapparate übernehmen wolle): »Ich will für meine Frau und meine Kinder mit stimmen dürfen und daher zwei oder drei Stimmen haben.« Der nächste Redner sprach sich gar dafür aus, daß »die Vertreter von Familien für all ihre Kinder und lebenden Vorfahren abstimmen dürfen«. Schließlich wurde in den Statuten das Recht verankert, für abwesende Familienmitglieder über bis zu zwei zusätzliche Stimmen zu verfügen. (Aus dem FN, namentlich seinem katholischen Flügel, wird die Forderung nach »Familienstimmrecht« auch bei allgemeinen politischen Wahlen seit langem erhoben.) Ansonsten aber gibt La Droite sich liberal, vor allem in sozialer Hinsicht, denn »jeder ist für sein Schicksal verantwortlich, allein verantwortlich«.

La Droite gibt ihre Mitgliederzahl derzeit mit 22.500 an, wobei die Echtheit dieser Zahl, wie beständig wiederholt wird, durch notarielle Prüfung aller Beitritte kontrolliert werde. Treffen diese Angaben zu, so hat die neue Formation innerhalb von nur sechs Monaten ein beachtliches Potential gewinnen können, wobei freilich derzeit 8.500 Rentnern nur rund 450 Studenten gegenüberstehen. Aufgrund der Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften bei La Droite (die als Verein und nicht als Partei organisiert ist) und anderen politischen Kräften befinden sich ohne Zweifel zahlreiche enttäuschte Mitglieder des konservativen Lagers darunter, die sich bei La Droite politisch »abreagieren«.

Die klassische demokratisch-liberale Variante der politischen Rechten hat in Frankreich vorläufig kaum Aussichten. Sie ist, nach vier Jahren rechter Premierminister- und zwei Jahren rechter Präsidentschaft im letzten Jahr schmählich gescheitert, nachdem sie gegen eine Wand sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Protestbewegungen – vom Generalstreik der öffentlichen Dienste 1995 bis zur Bewegung gegen repressive Ausländergesetze 1997 – gelaufen war. Die Sozialdemokratie hält sich mit ihrem Versuch minimaler sozialer Konsensbildung und Einbindung von Protestpotentialen und Gewerkschaften derzeit deutlich besser – auch wenn ihr in den letzten Monaten die außergewöhnlich positive Konjunkturlage sowie der (nicht zu unterschätzende) psychologische Faktor des französischen WM-Siegs günstig waren. Allein autoritäre Lösungen scheinen es in den Augen mancher konservativer Protagonisten noch zu ermöglichen, ein antisoziales Brachialprogramm ohne Rücksichtnahme auf Gewerkschaften und den »Druck der Straße« durchzusetzen. Diese politisch-strategische Lage trifft auf eine parteipolitisch-taktische Situation, in der die bürgerlich-konservative Rechte auf absehbare Zeit ohne den Front National keinerlei Chance hat, mehrheitsfähig zu werden. Noch wagt es die

bürgerliche Rechte nicht, das »Bündnis mit dem Teufel« zu versuchen, das sie in eine finale Zerreißprobe treiben könnte.

---

Berhard Schmid schrieb in KONKRET 8/98 über Pierre Bourdieu

Konkret 01/99, S. 36

**Horst Pankow**

# Pol Pots Moskitonetz

**Dem Kapitalismus ist mit einem »Schwarzbuch«, das seine Opfer zählt, nicht beizukommen, solange die Welt ihn als ihre natürliche Ordnung hinnimmt**

Manche würden es wohl zynisch finden, behauptete jemand, die dunklen Helden im *Schwarzbuch des Kommunismus* hätten ihre Untaten auch zum – ihnen selbst gewiß unbekannten – Zweck einer moralischen Belehrung der Nachgeborenen begangen. Anderen erscheint dies jedoch recht plausibel. Im Januar veröffentlichte Heinz-Joachim Fischer in der »FAZ« einen Leitkommentar mit dem Titel »Augustinus hat recht behalten«. Darin beklagt er eine eigentümliche Verstocktheit der Adressaten, namentlich im christlichen Abendland: »Die Millionen von Opfern des Kommunismus haben nicht überall abschreckend gewirkt. Hier und dort versagt Aufklärung immer noch gegen den Wunsch, kommunistische Versprechungen erfüllt zu bekommen.« Und warnt schließlich unter Berufung auf den Kirchenvater: »Die Straflosigkeit für den Kommunismus belegt nicht seine Harmlosigkeit« (»FAZ«, 10.1.98).

Wieder andere teilen zwar diese Auffassung, doch nutzen sie die im *Schwarzbuch* überlieferten Greuel vor allem zur Produktion eigener, höchst lehrreicher Geschichten und Anekdoten. Der »FR«-Autor Henrik Bork erzählte beispielsweise im letzten Sommer von Pol Pots Moskitonetz: »Pol Pot hatte ein Moskitonetz. ... Daß Pol Pot die letzten Nächte seines Lebens gut geschützt vor gefährlichen Stechmücken unter einem Moskitonetz geschlummert hatte, ist nur ein Detail, das am Rande bekannt wurde« (»FR«, 20.7.98). Warum er dieses »Detail« überhaupt erwähnt? Weil es eine verdammte Ungerechtigkeit offenbart. Moskitonetze schützen vor Moskitos, und Moskitos können Malaria übertragen. In Pol Pots Heimat hat das verheerende Folgen: »In Kambodscha allein sind 1997 etwa 15.000 Menschen der Malaria zum Opfer gefallen.« Denn dort besitzen nur wenige ein Moskitonetz. »Mit umgerechnet fünf Mark für ein Familiennetz, unter dem zwei bis drei Personen schlafen können, sind die Netze für die meisten Kambodschaner in den besonders gefährlichen Waldgebieten zu teuer.« Und nicht nur für sie. Im gleichen Artikel erfahren wir, daß von der Krankheit jährlich etwa 300 bis 500 Millionen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika infiziert werden und zwischen drei und fünf Millionen im Jahr an ihr sterben, »etwa ein Mensch alle 15 Sekunden«. Der Berliner »Tagesspiegel« faßte kürzlich Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) u. a. dahingehend zusammen, daß täglich 3.000 Kinder unter fünf Jahren an Malaria sterben (31.10.98).

Vor dem Hintergrund dieser Informationen können wir verstehen, warum der brave »FR«-Autor ein Moskitonetz im Besitz Pol Pots als verdammte Ungerechtigkeit empfindet. Doch neben der klassisch deutschen Larmoyanz (die Welt ist so schlecht, daß die übelsten Figuren ihr Lebensende »schlummernd« unterm Netz verbringen, während die einfachen und unschuldigen Leute...) enthält Borks Anekdote auch ein Körnchen *tatsächlicher* Wahrheit. Wenn man sich nämlich wünschen kann, daß ein Typ wie Pol Pot ohne Moskitonetz stürbe und andere dafür eines hätten, dann unterliegen Besitz wie Nichtbesitz von Moskitonetzen menschlicher Willkür und sind Resultate eines gewaltsamen Verteilungs- und Ausschließungsvorgangs.

Dieser permanent und nahezu weltweit stattfindende Vorgang wird gemeinhin als »Markt« bezeichnet. Allerdings erscheint er den wenigsten als gewaltsam. Fünf Mark für ein Moskitonetz und umgekehrt – wer diese Äquivalenz nicht akzeptieren kann, weil er kein Geld hat und nichts zu verkaufen, um welches zu bekommen, hat hier nichts zu suchen. Wenn er dann an Malaria erkrankt und möglicherweise daran stirbt, ist das sein Problem, der Markt hat damit nichts zu tun. Nicht die Eigenschaft des Moskitonetzes, Ware und Besitz des Verkäufers zu sein und einen Preis zu haben, der den Bedürftigen von der Nutzung trennt, gilt als verantwortlich für den eventuell eintretenden Malariatod, sondern das Unvermögen des Erkrankten, Geld für ein Moskitonetz aufzubringen. Sollte der sich weigern, seinen Ausschluß vom lebensnotwendigen Ding zu akzeptieren und sich dieses einfach aneignen, ohne zu bezahlen, bekommt er ebenfalls ein Problem – ein strafrechtliches. Wäre er gesetzestreu geblieben und wäre seine Gesetzestreue möglicherweise mit Erkrankung und Tod geendet, niemand hätte für dieses Ende verantwortlich gemacht werden können – wie im Fall der jährlich drei bis fünf Millionen Malariatoten. Die Aneignung lebensnotwendiger Dinge ohne Bezahlung eines entsprechenden Äquivalents jedoch ist Diebstahl, dafür ist immer jemand verantwortlich, und der wird als schuldig bestraft.

Ein anderes Resultat dieses gewaltsamen Verteilungs- und Ausschließungsvorgangs ist das Nichtvorhandensein von wirksamen Medikamenten gegen die Malaria und ihre Folgen. »Wurde die Erforschung wirksamer Medikamente gegen die Malaria deshalb vernachlässigt«, fragt ein »FR«-Interviewer die WHO-Generaldirektorin Brundtland, »weil die armen Länder keinen interessanten Markt für die Pharmaindustrie darstellen?« (»FR«, 27.7.98). Eigentlich enthält diese Frage bereits die Antwort, und deshalb begnügt sich die Angesprochene auch mit einem lapidaren »Das stimmt.« Leider fährt sie fort mit Vorschlägen, wie das zu verändern sei, und offenbart unversehens das ganze Elend der zeitgenössischen Profi-Philantropie.

Die WHO-Generaldirektorin weiß, daß die »Pharmagiganten« Mittel gegen Malaria in die Welt setzen könnten, sie weiß nur nicht, warum sie dies tun sollten. Sie versucht deshalb, das Problem mit einer Art diskursivem Brainstorming zu lösen, dessen Höhepunkte die folgenden Behauptungen darstellen. »Für die wirtschaftliche Entwicklung ist der Kampf gegen die Malaria von grundlegender Bedeutung.« Warum, wenn doch nichts daran zu verdienen ist? Weil »die von Fieberschüben geschüttelten Menschen als Arbeitskräfte ausfallen«. Und: »Es gehört zum Profil guter Unternehmen, in humanitären Belangen als Partner aufzutreten und nicht nur den Profit anzustreben.«

Es wäre wohl recht müßig, nachzufragen, wie solcherart konstruktive Kritik von den Pharma-Unternehmen aufgenommen wurde. Es wäre aber sicher falsch zu unterstellen, dort betrachte man die wirtschaftlich uninteressanten Menschen in den von der Malaria befallenen Gebieten als Überflüssige, als Überbevölkerung, und die Krankheit demgegenüber als demographisch-hygienisches Korrektiv. Das mag die Haltung von Staaten und ihren verantwortungsvollen Politikern sein, für Wirtschaftsunternehmen stellt sich ein solches Problem überhaupt nicht. Die an Malaria Erkrankten ebenso wie die an Hunger und Unterernährung Leidenden haben vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus niemals existiert, weil von ihnen weder eine zahlungsfähige Nachfrage noch die Aussicht auf profitable Verwertung ihrer Arbeitskraft zu erwarten war. Selbstverständlich ist man als »gutes Unternehmen« an einem humanitären Profil interessiert, doch genügen diesem Anspruch gut plazierte Anzeigenkampagnen durchaus.

Was hier am Beispiel der Malaria demonstriert wurde, hätte ebenso anhand des weltweit zunehmenden Hungerns und Verhungerns gezeigt werden können. Laut Unicef sind weltweit etwa zweihundert Millionen Kinder »mangelernährt«. Jedes Jahr sterben sieben Millionen von ihnen vor ihrem fünften Geburtstag (»FAZ«, 17.12.97). Das sind weit über 19.000 pro Tag. Sie sterben, weil sie gewaltsam von den Dingen, die sie zum Leben brauchten, ausgeschlossen sind. Kapital und Staat besorgen diesen Ausschluß, Markt und Justiz sind ihre Mittel. Doch diese Mittel werden so leidenschaftslos eingesetzt, wie sie selbst konstituiert sind. Nicht Fanatismus, politischer Haß, utopieversessenes Eiferertum oder eine eingebildete historische Mission, wie bei den Schurken im *Schwarzbuch*, sind hier die tatauslösenden Motive, sondern beinahe ihr Gegenteil: völliges Desinteresse am konkreten Leben der Opfer, da sie ja ein unter Verwertungsaspekten nutzloses Dasein führten; totale Hingabe an Abstraktionen, denen das Funktionieren, ja, das Zusammenhalten der Welt zugeschrieben wird (was laut *Schwarzbuch* bei dessen Akteuren ganz ähnlich gewesen sein soll): Verteilte man Moskitonetze unentgeltlich, produzierte man Medikamente ohne Aussicht auf Rendite, dann störte das die Harmonie des Marktkosmos mit unabsehbaren Folgen; tolerierte man die direkte Aneignung der lebensnotwendigen Dinge, dann begünstigte ebendies Chaos und Anarchie. Wie sein Antagonist aus dem *Schwarzbuch* setzt deshalb der demokratische Politiker die Staatsgewalt immer nur mit dem allerbesten Gewissen ein.

Kann man nun als Gegner des Kapitalismus aus diesen Fakten und Zusammenhängen eine ähnliche Anklageschrift zurechtzimmern, wie sie von Verteidigern des Kapitalismus in Form des *Schwarzbuches* vorgelegt wurde? Mit Sicherheit wird man schon mit einfachen Additionen die »Taz«-Autorin Mariam Lau widerlegen können, die anläßlich der von Antifas auf der Berliner *Schwarzbuch*-Präsentation im Juni (siehe KONKRET 8/98) gestellten Frage »Und wer zählt die Opfer des Kapitalismus?« zurückbrüllte: »Das sollte wirklich mal jemand machen. Es sind bestimmt weniger als im *Schwarzbuch*« (»Taz«, 18.6.98). Auch Laus älterem, und wohl intelligenterem, Kollegen Christian Semler, der einem Vergleich der Opfer des Kommunismus mit denen seines marktwirtschaftlichen Konkurrenten skeptisch gegenübersteht, weil ein solcher »nur dann legitim (wäre), wenn er nicht Systemfolgen, sondern die Folgen einer je konkreten Politik in den Mittelpunkt rücken würde« (»Taz«, 30./31.5.98), könnte man mit dem Verweis gerade auf die Absichts- und Interesselosigkeit moderner kapitalistischer Gewalt gegenüber ihren Opfern erfolgreich kontern. Gerade sie ist zu ungleich härteren und in der Konsequenz verhängnisvolleren Entscheidungen fähig als ihr untergegangenes personales Gegenüber in Form der Realsoz-Staaten.

Vergleicht man »Systemgewalt« und »personale Gewalt«, stellt man fest, daß selbst eine von Heimtücke und Infamie geleitete Herrscherperson wie z. B. Stalin nicht nur zu Härte und Grausamkeit fähig war, sondern – wenn es ihm in seiner persönlichen Allmacht beliebte – auch zu Milde und Großzügigkeit. Politische Biographien unter stalinistischer Herrschaft weisen gelegentlich atemberaubende Schwankungen zwischen Macht und Gulag – und wieder zurück auf. (Oft ging es nach erfüllter Aufgabe allerdings wieder zurück ins Lager.) In der poststalinistischen DDR wurden wohl kaum »Systemgegner« zu derartig hohen Gefängnisstrafen verurteilt – von »Selbstmorden«, »putativer Notwehr« u. ä. ganz zu schweigen – wie in der demokratischen BRD (mehrfach lebenslänglich). In der Regel wurden sie in der DDR weit vor Ablauf ihrer Strafzeit wieder freigelassen bzw. in die BRD abgeschoben. So vergeblich es auch sein mag, derzeit darauf hinzuweisen, daß Bautzen niemals mit Stammheim auch nur annähernd in einen realistischen Vergleich zu setzen ist, so wichtig erscheint mir doch das Insistieren darauf, daß nur die personale Herrschaft einer Partei-Elite den Bankrott des Realsoz auf die bekannte Weise zu bewältigen vermochte. »Systemgewalt« hätte in einer Krisensituation, wie sie der Realsoz Ende der 80er Jahre erlebte, niemals eine widerstandslose Übergabe der Macht an den erklärten Feind zuwege bringen können – qua Definition und qua Konstitution: In den meisten kapitalistisch-demokratischen Staaten wird eine solche Kapitulation schon durch die Verfassung ausgeschlossen. Notstandsregimes sind in der »freien Welt« in der Regel durch die Verfassung vorgeschrieben.

Doch gibt es auch andere – ernster zu nehmende – Einwände gegen das Ansinnen, eine »Gegenrechnung« aufzumachen, ein *Schwarzbuch des Kapitalismus* vorzulegen. Kurt Pätzold fragt: »Was wäre mit der Übernahme einer Methode gewonnen, welche nicht nur von deutschen Revisionisten praktiziert wird, die, um von den Verbrechen der Deutschen während der Jahre der faschistischen Herrschaft abzulenken, unausgesetzt rufen ›Die anderen auch ...‹?« (»Zeitschrift für marxistische Erneuerung«, Heft 35). Pätzold zielt mit dieser Frage in den Kern des Problems, allerdings ohne es selbst recht wahrhaben zu wollen. Denn seine Bedenken richten sich in erster Linie gegen die »Ostalgiker« unter den Ex-DDR-Linken, die »der Nachweis dessen, was der Kapitalismus in der Vergangenheit verbrach und was er in der Gegenwart verübt ... in dem Punkte, in dem sie durch ihre eigene Vergangenheit herausgefordert sind, nicht einen Gedankenschritt weiter« bringt. Das ist zweifellos richtig, doch die treffende Analogie zwischen den praktizierten Aufrechnungsversuchen deutscher (Geschichts-)Revisionisten und eigener Aufrechnung, die anzustellen Linke durchaus versucht sein könnten, geht leider über diesen DDR-spezifischen Punkt nicht hinaus. Welche Chance dadurch verpaßt wurde, kann möglicherweise eine Erörterung anderer, von Pätzold vorgetragener Bedenken erhellen.

An Schwarzbüchern des Kapitalismus fehle es nämlich weder in Vergangenheit noch Gegenwart. Pätzold schlägt den Bogen von Friedrich Engels' Bericht über *Die Lage der arbeitenden Klassen in England* (1844) bis zu einer Rede, die Fidel Castro anläßlich des 50. Gründungstages der WHO 1998 hielt. Auch Castro thematisierte die eingangs geschilderte (nicht vorhandene) medizinische Versorgung großer Teile der Weltbevölkerung – »Warum haben 800 Millionen keine gesundheitliche Versorgung?« – ebenso wie Unterernährung, Kinderarbeit und Bildungsmisere. Pätzolds Zitat (aus KONKRET 6/98) schließt mit Castros Frage: »Wie kann es sein, daß in einer Welt, die jährlich 30 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben?«

Die Gegenüberstellung – hie eine riesige Menge Geldreichtums, da eine unermeßliche Zahl Bedürftiger – macht das Prinzip der traditionellen antikapitalistischen Polemiken deutlich – und ihre Wirkungslosigkeit. Auch wer sich die Mühe erspart, 30 Billionen Dollar durch die derzeit aktuelle Weltbevölkerungszahl von etwa 6 Milliarden Menschen zu dividieren, wird ohne weiteres feststellen, daß es auf der Grundlage dieser Rechnungen nicht viel – jedenfalls langfristig nicht – zu verteilen oder umzuverteilen gibt. Die 30 Billionen Dollar für Waren und Dienstleistungen sind eine abstrakte Größe, die mit der konkreten Gewichtung der dadurch ausgedrückten Dinge für die realen Bedürftigen wenig zu tun hat. Die von Castro errechnete Summe ergibt sich wahrscheinlich aus einer simplen Addition der »Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen« der im Uno-Register enthaltenen Staaten. Die Entrichtung des auf dem internationalen Markt ausgehandelten Preises für Waren und Dienstleistungen ist die Bedingung für deren Komsumtion. Das bedeutet für die Nichtzahlungsfähigen den Ausschluß vom Gebrauch der lebensnotwendigen Dinge. 30 Billionen Dollar können möglicherweise den Reichtum der Profiteure der aktuellen Weltwirtschaft ausdrücken. Aber was heißt das für die Verlierer? Unter dem Terminus »Waren« sind auch die Kosten für die Waffen und Gefängnisse ihrer Unterdrücker zusammengefaßt, unter dem Terminus »Dienstleistungen« die Arbeit von Richtern, Polizisten und Bewachungspersonal.

Dennoch ist Pätzolds Castro-Zitat nicht völlig abwegig. Seine Berufung auf die Argumentation des kubanischen Staatschefs kommt einem Bedürfnis der durch das *Schwarzbuch* verunsicherten Linken entgegen. Und das setzt nach wie vor auf den vermeintlichen Erkenntniswert einer Identifizierung und Personalisierung der für das Elend *direkt* Verantwortlichen. »Systemgewalt« als ein von ihren Exekutoren ohne persönliches Interesse am Leiden der Opfer vollzogenes, letztlich subjektloses, vor allem dem Primat der Vermehrung abstrakten Reichtums gehorchendes Herrschaftsverhältnis erscheint ihnen genauso als quasi naturgegeben und unabänderlich wie den Apologeten des Marktes selbst.

Eine Auflistung des kapitalistischen, geldförmigen »Reichtums« nützt den Verlierern wenig. Ihn könnten sie sich nur aneignen, setzten sie sich an die Stelle der alten Herren und verteilten das alte Elend auf neue Weise. Sie begäben sich damit allerdings in Gefahr, unfreiwillig Material für eine neue Ausgabe des *Schwarzbuchs des Kommunismus* zu liefern: »Wenn man den 225 reichsten Menschen der Welt 4 Prozent ihres Vermögens nähme«, gibt Ignacio Ramonet in »Le Monde diplomatique« (13.11.98) zu bedenken, »könnte man mit dieser Summe ... problemlos den Grundbedarf der Weltbevölkerung an Nahrung, Trinkwasser, Bildung und Gesundheit sichern.« Zu Recht ist gelegentlich von *Schwarzbuch*-Kritikern gefragt worden, warum nicht auch die von General Pinochet blutig erstickte Unidad-Popular-Regierung in Chile, die versucht hatte, die von Ramonet vorgeschlagene Umverteilung auf nationaler Ebene umzusetzen, in die Bilanz »roten Terrors« aufgenommen wurde. Schließlich ist Pinochet seinerzeit von den gleichen Medien, die ihn heute als besonders scheußliches Exempel personaler Gewalt brandmarken, als Retter vor dem »marxistischen Chaos« gefeiert worden.

Die am Anfang dieser Überlegungen beschriebenen Malariakranken benötigten Moskitonetze und Medikamente nicht als Träger abstrakter Wertquanta, sondern als konkrete Mittel zum Überleben. Nicht die Inbesitznahme und Neuverteilung kapitalistischen Reichtums kann das Schicksal der ökonomisch Nutzlosen und politisch Überflüssigen ändern, sondern nur die Abschaffung der Warenförmigkeit der notwendigen Dinge, die Abschaffung der Geldförmigkeit des gesellschaftlichen Reichtums, mithin die Abschaffung von Markt und Staat, d. h. die Installierung einer an den konkreten Bedürfnissen der Weltbevölkerung ausgerichteten Planwirtschaft.

Ebensowenig wie eine Auflistung kapitalistischen Reichtums führt eine Gegenüberstellung von Reichtum und Armut weiter. Die Methode, die Pätzold an die geschichtsrelativierenden Aufrechnungen deutscher Rechter erinnert, ist aber nicht deshalb ungeeignet, weil sie bereits von den Falschen angewandt wird. Mit ihr ist *nicht nur* keine Aufklärung über die Funktionsweise des kapitalistischen Weltmarktes und die Produktion des Elends möglich: Aufgrund der immanenten Willkür eröffnet sie auch Möglichkeiten für obskure Formen analytischer Beliebigkeit. Noch einmal Ignacio Ramonet: »Die allgemeine Befriedigung der Gesundheits- und Nahrungsbedürfnisse würde jährlich nur 13 Milliarden Dollar kosten. Das ist knapp soviel, wie die Einwohner der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union pro Jahr für Parfum ausgeben.« Offenkundig mag Ramonet weder Parfum noch dessen Konsumenten. Aufgrund geschmacksbedingter Idiosynkrasien könnte man ebenso auf Biertrinker oder/und Radfahrer verfallen. Ich würde mich für die Gruppe jener entscheiden, die es nicht lassen können, im Kino Popcorn zu mampfen. Die deutschen Kirchen haben mit ihrer alljährlichen Sylvester-Aktion »Brot statt Böller« ja auch durchaus erkleckliche Summen zusammengebracht.

Natürlich können – ob durch staatlichen Zwang oder freiwillige Einsicht – große Summen des abstrakten (Geld-)Reichtums dieser Welt umverteilt werden. Allerdings will Geld auf kapitalistische Weise erwirtschaftet sein, d. h. sowohl seine aktuelle Verteilung als auch seine mögliche Umverteilung zum Zwecke der Elendminderung setzt die permanente Produktion von Elend immer voraus. Außerdem macht (nicht nur) das erwähnte chilenische Beispiel deutlich, daß Umverteilung kapitalistischen Reichtums zugunsten der Armen von den Profiteuren des Marktes stets als personale Gewalt begriffen wird. Ihr traditionelles Desinteresse am konkreten Schicksal der Unterklassen schlägt dann mit Notwendigkeit in ein direktes Interesse an ordnungstiftenden Gewaltmaßnahmen um.

Daß die Welt nach dem Ende des Realsoz mehr denn je von Not und Elend gekennzeichnet ist, bestreitet niemand. In gewisser Weise wird ein Schwarzbuch des Kapitalismus permanent verfaßt und veröffentlicht. Berichte, Analysen und Statistiken verschiedenster Art geben Auskunft über die alltäglich anfallenden Leichenberge. Veröffentlichungen, aus denen auch die Daten für diesen Artikel entnommen wurden. Doch wie das *Schwarzbuch des Kommunismus* ein echter Hit nur für diejenigen ist, die aufgrund ihrer antikommunistischen Präformierung darauf gewartet hatten, werden die tagtäglich veröffentlichten Fortsetzungen eines antikapitalistischen Schwarzbuches nur von denjenigen als Argumente gegen den Kapitalismus begriffen, die ihn sowieso ablehnen. Der große Rest wird das alles zur Kenntnis nehmen und – wenn überhaupt – von strukturellen Problemen reden und fatalerweise Handlungsbedarf für die Politik entdecken.

Wenn überhaupt. Denn die Verlierer des freien Marktes erheben kaum Einwände gegen die offizielle Definition ihres Schicksals. Wie die Gewinner, mit denen sie erfolglos um den Geldreichtum konkurrieren, gehen sie von der Selbstverständlichkeit der vorhandenen Ordnung aus. Wenn ein WHO-Funktionär angesichts des rapiden Absinkens der Lebenserwartung in Osteuropa erklärt, dies könne »nicht einfach auf die Probleme bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft zurückgeführt werden«, das frühe Sterben sei auch »der Tribut des Alkoholmißbrauchs« (»FAZ«, 15.9.98), könnte er möglicherweise sogar mit der Zustimmung der Betroffenen rechnen.

Nicht Auflistung der kapitalistischen Greuel, nicht das Verfassen eines Schwarzbuchs über den Kapitalismus befördert dessen notwendige Abschaffung. Freier Markt und demokratischer Staat gehen offenbar zu Recht davon aus, kaum etwas verbergen zu müssen. Das publizistische Bekräftigen der permanenten Katastrophe wird nur dann eine sinnvolle Beschäftigung sein, wenn die Verhältnisse auf diese Weise ihrer scheinbaren Notwendigkeit entkleidet werden.

---

Horst Pankow schrieb in KONKRET 10/98 über Catch-22 bei der Bundeswehr

Konkret 01/99, S. 40

**Gerhard Nordmann**

# In diesem Sinne - Flexible response

Von allen Ministern, bescheinigt der »Spiegel« Joschka Fischer in einem ersten Führungszeugnis, hatte er »den wohl besten Start«. Das Kompliment trifft zu: Fischer hat sich als erster und an hervorragender Stelle rundum lächerlich gemacht und gilt in der westlichen Welt bereits als Sicherheitsrisiko. Das ist für einen frischgebackenen deutschen Außenminister kein schlechtes Image.

*Gleich zu Beginn seiner USA-Visite ließ er seine Gastgeber wissen, daß Deutschland dafür eintrete, der Nato die Genehmigung zum atomaren Erstschlag zu entziehen. Dies sei Koalitionsvereinbarung. Die USA, Frankreich und England meldeten daraufhin Zweifel an Fischers Kompetenz und Zurechnungsfähigkeit an, welche von Verteidigungsminister Scharping, der anderntags in Washington verlautbarte, daß die Beschlüsse des Koalitionsvertrages bloß unverbindliche Ideen seien, prompt bestätigt wurde. Natürlich wäre man grundsätzlich für einen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen, da aber die Welt nicht so eingerichtet sei, daß sie dies zulasse, könne davon keine Rede sein. Einen »deutschen Sonderweg« gebe es nicht, soll es nicht geben und wird es nie gegeben haben. Kanzler Schröder erklärte daraufhin, er stehe klar zum Bündnis, doch natürlich habe Fischer das Recht, »die Koalitionsvereinbarung in die Strategiedebatte einzubringen«. Mit anderen Worten: Fischer kann sagen, was er will, es zählt sowieso nicht. Eine bessere Definition von »Realpolitik« find'st du nicht.*

*Resümee der albernen Geschichte: Die Nato behält sich – wer hätte das gedacht? – das Recht auf einen atomaren Erstschlag vor. Fischer kann »einbringen«, er kann es aber auch lassen. Und er kann natürlich, um in der Sache weiter zu kommen und weiter Karriere zu machen, als nächstes den Posten des Nato-Generalsekretärs anstreben. Fähig dazu wäre er allemal, und für einen Realo ist das sicher eine reizvolle Aufgabe.*

*Wenn das noch nicht reicht, um wenigstens eine einzige seiner politischen Ambitionen »umzusetzen«, kann er immer noch Weltbankpräsident, Kaiser von Japan oder Assistentin im Weißen Haus werden. Dann aber geht's los, dann wird alles gut. Fischer rettet die Welt.*

Konkret 01/99, S. 40

**Michael Schilling**

# In diesem Sinne - Der Unternehmer des Jahres

Freie Bahn dem Tüchtigen. Leistung muß sich wieder lohnen. Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern weniger. Das sind so die Rezepte, an deren Heilsamkeit der Manager und sein Wirtschaftsredakteur glauben. Und dann tun sie ihr Wunder:

*Ein junger, sehr junger Mann, keine vierzehn Jahre alt, kümmert sich kein bißchen um die Grenzen, die der Staat seinem Tatendrang gezogen hat. In mehr als sechzig Fällen dereguliert er auf eigene Faust, was die Behörden reguliert haben. Aus dem Strick, den die Polizei und ihre Politiker ihm daraus drehen wollen, knüpft er, als wolle er den Wettbewerb »Jugend forscht« außer Konkurrenz gewinnen, eine Karriereleiter. Neue Täter braucht das Land: Ein Diebstahl mit 25 Jahren ist dumm, drei Körperverletzungen und zwei Raubüberfälle mit 35 sind bescheuert, aber sechzig Straftaten mit noch nicht einmal 14 – das ist ein Alter-/Leistungsverhältnis, das tausend Berichte, Features, Reportagen, Kommentare, Talkshows und Worte zum Sonntag lohnt. Über Nacht wird der Deckname, den die brav regulierende Polizei dem kleinen Großen Deregulator gibt, zu seinem Künstlernamen: »Mehmet« ist binnen Wochen populär wie einst Guildo Horn und Lothar Matthäus auf ewig.*

*»Abschiebung« nennen die Behörden, was zu ihrem blanken Entsetzen Mehmets erste Auslandstournee wird. Fans empfangen ihn, Groupies lauern ihm auf, Reporter mieten ihn und Freundin Yasmin in Luxushotels ein, kaufen Rechte an seinem Bild und seinem Wort zu Tageshöchstpreisen. Via Satellit tritt er als Star einer Unterhaltungssendung im beliebtesten deutschen Fernsehkanal auf. Beim türkischen Musiksender »Kral-TV« bekommt »Mehmet« eine eigene Show.*

*Die üblichen Sponsoren raten der Jugend, auf ihrem Weg ins Versicherungsfach sich Boris, genannt »Bobbele«, zum Vorbild zu nehmen. Der mißratene Rest, der nicht ins Versicherungsfach will, könnte sich an Muhlis A., genannt »Mehmet«, orientieren. Daß sie alle keine eigene Musikshow bekommen, muß sie nicht abschrecken. Die Villa in Monaco bekommen die andern ja auch nicht.*

Konkret 01/99, S. 40

**Oliver Tolmein**

# In diesem Sinne - Hoch die Internationale

Pinochet, Milosevic, Öcalan  die Liste der Kandidaten, die Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit vor einen Internationalen Strafgerichtshof bringen wollen, wird länger und länger. Was aber hat der von »FAZ« und Springerpresse einst gepriesene und von der US-Regierung geförderte chilenische Diktator mit dem Anführer einer geschlagenen kurdischen Guerilla-Armee gemeinsam, was rückt den jugoslawischen Staatschef Milosevic in die Nähe von Pinochet und weg von

*z. B. Alberto Fujimori? Nicht viel, außer daß alle mit Politik zu tun haben und mit Gewalt. Vor allem aber sind die Genannten gerade auffällig geworden, Alberto Fujimori dagegen hat seine Massaker hinter sich und steht auch sonst momentan nicht im Rampenlicht.*

*Die Beliebigkeit, mit der nicht nur vereinzelte Kommentatoren, sondern eine ganze politische Klasse inklusive Bundeskanzler und Bundesinnenminister (die beide im Zivilberuf auch noch Rechtsanwälte sind) Angeklagte für eine noch zu schaffende internationale Gerichtsbarkeit ausmachen, bestätigt alle Bedenken. Den Deutschen geht es nicht um Gerechtigkeit, nicht darum, wirkungsvoll schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschheit zu verfolgen, sondern darum, endlich das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher als einen Prozeß unter vielen erscheinen zu lassen: Völkermord ereignet sich schließlich überall und dauernd auf der Welt, Diktatoren und sonst unsympathische Gewalttäter, die politische Führungspositionen innehaben, gibt es doch vieldutzendfach. So wird, was als Ausnahme tatsächlich der Sicherung von Menschenrechten dienen könnte – die Vorstellung einer auch die staatliche Souveränität suspendierenden internationalen Rechtsprechung – zu kleiner Münze gepreßt.*

*Auf internationaler Ebene huldigt Deutschland damit dem gleichen Bestrafungswahn, der auch die Verhältnisse im Inneren charakterisiert. Dabei gilt für zwischenstaatliche Beziehungen in besonderem Maße, daß das Strafrecht ultima ratio sein muß, nicht Ersatz für politisches Handeln. So überzeugend ein Verfahren gegen den Diktator Pinochet wäre (allerdings müßten dann ja doch wohl auch einige seiner internationalen Unterstützer und Förderer aus Wirtschaft und Politik ebenfalls unter Anklage gestellt werden) – wer im Fall Öcalan einen internationalen Gerichtshof verlangt, macht damit jede bewaffnete Auseiandersetzung, jeden bewaffneten (Befreiungs-)Kampf zum Fall für den Internationalen Staatsanwalt. Der Vietcong hätte sich bedankt. Und Bill Clinton wäre auch nicht glücklich.*

Konkret 01/99, S. 41

**Mathias Wedel**

# Heute er, morgen sie

Das ist nur ein kleiner Schritt für mich. Aber ein großer Schritt für die Menschheit!« Nein, das hat Norbert Lindner, der sich unbeirrt Michaela ruft, nicht gesagt. Aber erstens hätte er es durchaus sagen können – solche Transen-O-Töne vom intimen Detail über Kosmetiktips für Leidensschwestern bis zur geschichtsphilosophischen Betrachtung des Geschlechterkrieges mit anschließendem Tränenausbruch vor laufender Kamera hatten die Journalisten noch nie. Und zweitens war es, dank der medialen Vervielfältigung, zum Schluß doch beinahe eine Menschheitsfrage. Etwa auf der Bedeutungsebene wie der Schwarzenaufstand in Soweto, das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens oder ein Alzheimerschub von Ronald Reagan.

Im Fernsehen kann man über Frauenrechte und Gleichheitsgrundsätze nicht abstrakt reden. Die Medien brauchen Gesichter. Und im Idealfall einen Unterleib. Warum sonst sollte das Thema stattfinden?

Die Geschichte bekam sukzessive ihre Dimension. Zuerst sahen wir den Norbert mit Schnauzbart und Quellendorfer Bierbauch auf einem Foto der ostdeutschen Spießerprinte »Super Illu.« Da war er beim Dachausbau. Auf einem anderen Bild hatte er bereits die schmalen, harten Männerlippen freigelegt, trug das Haar offen im Bördewind und lief schon mit dieser sonderbar braunen, androgynen Wildlederimitatjoppe herum, die für die erste Phase des Geschlechtswechsels zu seiner Grunduniform werden sollte und in der er fast alle Interviews bestritt. Das gute Stück konnte – je nach Stimmung – männlich beherrscht gerafft oder weich fließend offen getragen werden, wobei dann die Schöße schon frech im Rhythmus eines imitierten Hüftschwungs (Lindner hatte sich inzwischen in der Frankfurter Transenszene beraten lassen) hüpften. Damals lief die Story im Zettelkasten der Journalisten noch unter dem Stichwort »PDS-Bürgermeister-Tunte«. Oder anders: Der Transformationsprozeß Lindners ins andere Geschlecht war überlagert vom unerquicklichen Transformationsprozeß der Ostler zu ordentlichen Westbürgern. Lindner hätte nicht mehr als eine Notiz oder einen Beitrag in »Explosiv« gebracht, irgendwo zwischen den Geschichten von Kampfhundangriffen und den Menschen, die sich ihre Gebisse aus Epoxytharz selber basteln. Aber PDS und Transe – da kam einiges zusammen: In Sachsen-Anhalt standen Landtagswahlen bevor, die PDS war drauf und dran, nach der Macht zu geilen. Und jetzt stellte sich heraus, daß ihre Mandatsträger nicht mal wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sind!

Doch der erste Anlauf erschöpfte sich rasch: Lindner äußerte sich so apolitisch wie der Durchschnittsossi oder genauer: so lau und neckisch und versöhnlerisch wie alle PDS-Kommunalpolitiker. Er hat dem Fernsehen nicht sagen wollen, daß Kommunismus und der »Abschied vom falschen Körper« für ihn ein und dasselbe seien. Zwischen PDS-Wählerauftrag und seiner Transsexualität vermochte selbst er, der sich sonst gern mal zu einem Ausflug in die Zivilisationsgeschichte verleiten ließ, keine rechte Verbindung herzustellen. Das entsprach seiner Gemütslage: Noch wurde er nicht attackiert, noch rief ihm das männliche Volk nicht »Fotze!« über die Dorfstraße nach. Die Parteizentrale äußerte sich nicht. Transsexualität ist im Parteiprogramm nicht ausdrücklich vorgesehen. Und den Bürgern war es so egal, daß Lindner angeblich »im kleinen Schwarzen« im Dessauer Theater gesehen worden war, wie es ihnen egal war, daß er in der PDS ist. (Was von beidem wäre im Westen der größere Skandal?)

Der Geschichte zweiter Teil: Das Volk fühlt sich unbehaglich. Es wird beobachtet. Dorfinsassen klagen, sie müßten schon morgens, wenn sie aus den Federn kriechen, damit rechnen, daß eine Kamera durchs Fenster schaut. Daß ihr Bürgermeister »untenrum« Probleme hat, sei seine Sache. (»Das ist seine Sache« gilt im Osten als Synonym für »Toleranz«.) Aber daß nun alle irgendwie verdächtigt würden, das sei zuviel. Als ob Lindners Krankheit – und als nichts anderes betrachten die Leute den Vorgang der Einfachheit halber – ansteckend wäre oder vom Quellendorfer Wasser käme! Der Unmut schäumt in den Gemeinderat. Zwei von sechs Ratsmitgliedern gehen zur Flugblatt-Agitation über. Ab jetzt hat die Story das Suchwort »Darf ein Bürgermeister seine Wähler über sein wahres Geschlecht betrügen?« (s. auch Wahlfälschung, SED-PDS, Egon Krenz usw.) Immerhin war Lindner als Norbert angetreten, um als Michaela zu landen. Die Voraussetzungen hatten sich geändert. Unerquicklich und verstörend ist es vor allem, wenn man den Bürgermeister nicht richtig anreden kann. Manche sagen in die Kameras »der Bürgermeister Michaela« und lassen sich dafür von den Sendern auslachen. Im Jugendclub antwortet Lindner auf die Frage eines Jugendlichen, wie er angeredet werden möchte, mit einem Kompromißvorschlag: Natürlich fühlt er sich als Frau. Aber kann er von anderen verlangen, daß sie ihn als Frau sehen, wo er sich doch noch immer täglich rasieren muß? Also sagt er: »Nennt mich doch Michi!« Das bringt seine Gegner im Gemeinderat auf die Palme: Mal schnell das Geschlecht wechseln – na ja. Aber als Bürgermeister gleich das Du anbieten, das geht denn doch zu weit.

Der Geschichte dritter Teil heißt: »Der Aufstand des gesunden Volksempfindens«. Und der hat nun wahrhaft das Format der klassischen Tragödie. Das Volk hält nichts von Übergängen. Machtverhältnisse, auch im Dorf, sollten eindeutig sein. Lindner ist nun nicht mehr nur mit seiner Transformation beschäftigt. Jetzt kämpft er für alle Schwestern, die vom andern

Ufer kommen. (Am Wahltag lädt er sich mit ihnen das Wohnzimmer voll. Sie werden bestaunt wie zweiköpfige Kälber.) Jetzt kämpft er für Toleranz und Menschlichkeit schlechthin. Die Interviews – wohl an die hundert in den letzten Wochen – werden spannender. Es ist was ganz anderes, wenn sich Herr Lindner schminkt oder einen Fummel anprobiert, als wenn ein Märtyrer das tut.

Mit fester, schöner Männerstimme kommentiert Lindner seine Abwahl. Zur Feier des Tages hat er sich einen tollkühnen Lidstrich zugelegt. Trotz Kälte trägt er Rock und (graue) Nylons. Lindner hat recht, wenn er sagt, das Abwahlverfahren sei ohne Begründung in Gang gebracht worden (die das Gesetz auch nicht verlangt). Aber Gründe, ihn/sie davonzujagen, gab es plötzlich viele: Daß der Amtsträger nicht immer richtig gegrüßt habe, sagt eine Frau. Daß er in seiner Amtszeit nur ein Feuerwehr-Gerätehäuschen zustande gebracht habe. Daß er gar kein »richtiger« Quellendorfer sei, heißt es. Daß er die Einwohnerzahl seines Dorfes in der Presse falsch genannt habe. Daß er mit den Interviews Millionen verdiene (war er auf RTL-Kosten beim Edel-Coiffeur in Leipzig?). Und immer wieder: Daß man doch nicht wisse, wie man ihn anreden solle. Den Grund, daß Lindner plötzlich eine Frau sein will, nennt keiner. Man hat nichts gegen Frauen. Aber gegen werdende Frauen hat man was. Da half es nichts, daß Gregor Gysi seiner neuen Parteigenossin die Sympathie erklärte. Es half ja nicht einmal Klaus-Jürgen Wussow!

Jetzt ist erst mal Ruhe eingekehrt. Die Menschheitsfrage döst ein bißchen. Lindner arbeitet am Outfit und hofft, daß der Körper nachzieht. Und wird bei Gelegenheit immer wieder den Satz aufsagen, der schon bei RTL so schweinisch gut angekommen ist und der als Textbaustein bis zu seiner Geschlechtsumwandlung mit anschließendem Exil (bei Charlotte von Mahlsdorf in den schwedischen Wäldern?) ausreichen muß: »In zwei Jahren, nach der Operation, werde ich im angesagtesten Bikini der Saison ins Quellendorfer Freibad gehen und mich anbaggern lassen.«

Ob das dann klappt, das ist dann wieder keine Menschheits-, sondern ein reine Unterleibsfrage.

Konkret 01/99, S. 42

# kunst & gewerbe

### Ministry of Cult

Aus einem seltsamen Paralleluniversum stammt: *Wir sind jung, die Welt ist offen*, eine selbsternannte »Dokumentation«, vom sächsischen Kultusministerium erstens gefördert und zweitens als Handbuch in den »Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik« dringend empfohlen. »Zeitzeugen erzählen DDR-Geschichte«, behauptet der Untertitel, auf daß, fordert der Kultusminister, »eine größere emotionale Nähe« der Kids von heute mit den Geknechteten von einst erzeugt werde. Damit nur niemand auf die Idee komme, es habe in der Zone Menschen gegeben, die Ulbricht erträglicher fanden als den alten Nazi Erhard, tritt in der erstaunlich schlecht redigierten Broschüre nicht ein SED-Mitglied, kein einziger Kommunist auf.

Die Herausgeber Michael Richter und Karin Urich, deren Qualifikation zum Verfassen eines Handbuchs für die Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik im Dunkel bleibt, im Dunkel hinterm Altar, interessieren sich in Wirklichkeit einen Scheiß für »Zeitzeugen«, sie sind angetreten, die Viten jener Heroen nachzuzeichnen, die sich mit ihrem christlichen Abscheu vor den Massenmördern in Wandlitz fast um Leib und Leben gebetet hätten. Fast. Himmel!, es war die Hölle: »Durch das mir entgegengebrachte Mißtrauen ist mir viel Lebensfrische verlorengegangen. Ich bin zu schnell alt geworden« (Dr. Hans Georg Lewek, Pastorensohn). – »Unmittelbar in unserer Gegend war ein sowjetischer Militärflughafen ... Das war so laut, so störend« (Frank Richter, Pastor). – »Die FDJ schlug eine härtere politische Gangart an ... und schloß mich wegen meines christlichen Engagements aus« (Christian Dertinger, Theologe).

*Wir sind jung*, mit Mühe 100 Seiten dick geworden, ist ein faules Ei von eigenen Gnaden. Die Didaktik hat Löcher (»Stichwörter« zu Großereignissen der DDR stehen Interviews mit »Zeitzeugen« voran, die bekennen müssen, von diesen Top-Events praktisch gar nichts zu wissen) und die Systematik einen blinden Fleck: Der Band setzt ein mit »Flucht und Vertreibung« – das Regime, das zuvor Suche und Vernichtung betrieben hatte, kommt nicht vor. Wenn man an Fachleuten spart und lieber Richter und Urich beschäftigt, kann es schon passieren, daß kurzerhand die Weltgeschichte umgeschrieben wird: »Hitler-Deutschland« habe, schreiben sie, den Zweiten Weltkrieg »1938« angezettelt. Der Film zum Fehler demnächst in Ihrem ZDF.

### Industry of Cult

»Gegen die Halbherzigkeit moderner Pädagogik« wettert *Mut zum Ganzen: Ordnung* und *Freiheit*, ein »Buch für Eltern und Pädagogen, die es noch nicht aufgegeben haben, ihre Kinder bzw. Schüler erziehen zu wollen«. Der Verlag für konservative und kreative Schriften aus Leipzig, der aus einer Affenliebe zu Oxymora entstanden sein muß, bewirbt die Schrift von Ralf »nomen est omen« Hickethier u. a. übrigens im »Blättchen«. Carl von Ossietzky müßte sich für seine Enkel nur noch schämen. Hätte er sie jemals anders als mit einer Ohrfeige anerkannt.

### In eigener Sache

Ein Autorenkollektiv, das sich »yamyam« nennt, erlangt derzeit einige Berühmtheit mit der Behauptung, ich sei ein »deutschnationaler Rassist«, potentieller SS-Mann, Vordenker des Holocaust und Apologet Adolf Hitlers. Dem ist nicht zu widersprechen. Unter der rhetorischen und intellektuellen Wucht der Attacke gestehe ich:

An der Fälschung *Die Protokolle der Weisen von Zion* war ich maßgeblich beteiligt. Die Aufmarschpläne des deutschen Generalstabs im Ersten Weltkrieg tragen eindeutig meine Handschrift. Die Worte »Kopfwindel« und »Gesichtspelz« erlangten erst dank meiner Fürsprache Aufnahme in den *Duden* und anschließend verheerende Popularität. Der Eigentümer der Villa, in der die berüchtigte Wannsee-Konferenz stattfand, war niemand anderer als ich. Die Bürgerkriege in Kurdistan, Afghanistan und im Iran waren zuvörderst mein Werk: Als geheimer Direktor der CIA schob ich den verfeindeten Parteien genug Waffen und Mittel zu, um die betroffenen Länder, deren prachtvolle, einmalige Kultur mir stets wie ein Dorn im weißen Auge stak, restlos zu ruinieren.

Es wäre mir lieb, ehe man mich – zu Recht! – nach Den Haag abschleppt, gäben sich die todesmutigen Enttarner mit ihrer wahren Identität zu erkennen. Ich möchte Ihnen danken, denn: Wahrheit ist Befreiung!

*Kay Sokolowsky*

### Zapp-Zerapp

Am 18. November d. J. erfuhren die durch den dort gerade laufenden Walser-Bubis-v.-Dohnanyi-Briefwechsel eh schon entkräfteten Leser des »FAZ«-Feuilletons auf grabsteinplattengroßen Anzeigen nicht nur von der Trauer der Herrschaften Ingeborg von Wolffersdorff-Weisin geb. von Mansberg und Amelie Gans Edle Herrin zu Putlitz geb. Wessel um die in diesem Leben wohl nicht mehr ganz knusper anzutreffende Anna-Elisabeth Freifrau von Bissing geb. von Wolffersdorff verw. Gans Edle Herrin zu Putlitz, sondern auch, halbseitenhoch und auf zwei Anzeigen, vom finalen Abtritt des – machen wir's diesmal kurz: Dieter Menzel.

Der Mann war erst 54 und, so erfahren wir aus der Firmenanzeige (»Wir trauern um unseren Chef«), von Beruf Kursmakler in Frankfurt. Ein derart früher Hinschied ist ungerecht, und daher bilanzierte die frischgebackene Witwe in der daneben ruhenden Familienanzeige: »Er konnte sich nicht damit abfinden, daß das Leben nicht gerecht ist.« Warum nicht? Was mag Menzel bewogen haben, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und mutig die eigene Vitalbaisse einzuleiten?

Die ganze Wahrheit weiß wie immer die »Bild«-Zeitung. Bereits am 14.11. meldet die Schlagzeile des Lokalaufmachers: »Zuviel Arbeit! Börsenmakler erschoß sich in der Badewanne«. Kurz zuvor waren nämlich die Börsenzeiten in der Frankfurter Geldmarkthalle im Interesse der daran beteiligten Coupon- und Beutelschneider um drei Stunden auf 17 Uhr verlängert worden. »Ich komme mir vor wie ein Gefangener, der nur zum Mittagessen aus seiner Zelle darf«, stöhnte der evtl. auch mental malade Menzel, stieg um 9 Uhr morgens in die Wanne und »jagte sich eine Kugel in den Kopf« (Bild). Der vormals Gefangene hat sich damit endgültig und für immer frei gesetzt.

Menzel muß ein faszinierender Mann gewesen sein. Wenn er beim Weibe weilte, war er unter Umständen nicht ganz bei sich, und wenn er Kurse makelte, rief er vielleicht den Kollegen zu: »Ich stemm das, das geht alles Zapp-Zerapp!« Dies legen immerhin die spröden Nekrologe nahe, die beide Todesanzeigen einleiten; lakonisch und perfide zweideutig die Witwe (»Dagewesen und wieder weggetreten«), kurz und knapp dagegen die vom Cheffe Befreiten: »Ein letztes Zapp-Zerapp«.

Ist das noch Trauer? Oder schon nachgetreten? Wir wissen es nicht. Indes wissen wir nun endlich, was wir dereinst im »FAZ«-Fragebogen auf die Frage »Wie möchten Sie sterben?« zu antworten haben: Balla balla und mit einem letzten Zapp-Zerapp.

*Oliver Maria Schmitt*

**Sorgen**

um die Literatur macht sich, seit dem von ihr einst protegierten General Pinochet in Spanien der Prozeß droht, die »FAZ«. »Der demokratische Weltbürger«, stellt sie fest, wird Pinochet und den lateinamerikanischen Diktatoren seinesgleichen nicht nachtrauern. »Soweit er auch Leser und Literaturfreund ist, wird ihn aber auch eine gewisse Wehmut befallen. Was etwa soll aus dem literarischen Kontinent Südamerika werden, wenn Figuren wie Pinochet so banal enden können? Zwischen hundert Jahren Einsamkeit und hundert Tagen Einzelhaft geht auch ein Kapitel Literaturgeschichte zu Ende.« Wirklich? Wären nicht auch tote Diktatoren, verurteilte Massenmörder ein guter bzw. vielleicht sogar noch besserer Stoff?

»Und wenn dann noch die Idee eines Welt-Strafgerichtshofs Gestalt annimmt, dann läutet vielleicht überhaupt das Totenglöcklein für die Spezies der Diktatoren, denn ein richtiger Diktator, der muß irgendwann ins Exil gehen können in irgendein Land, in dem ein anderer Diktator ihm die Möglichkeit gibt, auf seine alten Tage melancholische Betrachtungen über das Diktatorendasein anzustellen. Tempi passati.« Zeiten passieren. Unsere, geschlagen mit der Spezies der Zeitungskommentatoren, die nicht ins Exil gehen müssen, dauern aber.

Scherze

will ausgerechnet der Scherz-Verlag nicht zulassen und das von Klaus Bittermann und Jürgen Roth herausgegebene Anti-Bestseller-Buch *Sorge dich nicht, lese!* (Edition Tiamat) wegen angeblich verkaufsschädigender Titelähnlichkeit mit Dale Carnegies millionenfach verkauftem albernen Lebensratgeber *Sorge dich nicht, lebe!* aus dem Verlagsprogramm genommen wissen. Rechtsanwälte verlangen von dem Kleinverlag, dem inzwischen schon »Süddeutsche Zeitung« und »FAZ« beigesprungen sind, eine Unterlassungserklärung, Unsummen Mißbrauchsentschädigung und versichern, Scherz meine es ernst. Der Verlag Tiamat, der einen Rechtsstreit wegen der absurden Streitsumme nicht eingehen kann, hat nun vor, das Buch unter dem neuen Titel *Borge nicht, gebe!* – äh, pardon: *Scherze nicht, klage!* – nein, dann sicherheitshalber doch: *Fürchte dich nicht, lese!* herauszubringen.

Sollte nicht März-Verleger Jörg Schröder einmal prüfen lassen, ob der Scherz- Verlag nicht wegen Verlagsnamen-Verwechselungsgefahr aus dem Rennen genommen werden könnte?

*Rayk Wieland*

## Hamburger Anthologie*

Du bist der großartigste und würdigste Mensch, den wir kennen

Du hast kompromißlos geliebt

Deine grandiose Inszenierung war eine Ode ans Leben

Ungestüm unrastig, detailversessen, menschlich, perfekt

Gott hat eifersüchtig den letzten Vorhang abgewartet

Ungeduldig Dein Wunderwerk verfolgt

Der Himmel wird sich zu en Zugaben erheben

Die Erde ahnt nicht den Verlust

Dein Lebenstank reicht uns für tausend Jahre

Deine Wahrheit noch für Stunden danach

Wir drei werden Dich in uns vertreten

B ist in jedem Lachen, jeder Faser, jedem Licht

Gott wird Dir seine Loge anbieten

Dirigier zurückgelehnt, wohlwollend unsere Wacht

Du bist das größte Glück auf Erden

In der neuen Welt sicher das Quentchen Königin mehr

Erzähl uns ab und zu von Deiner Reise

Wie man so fühlt, was man so tanzt, was man so trägt

## Anna Henkel-Grönemeyer

geboren in Hamburg * 5. November 1999

Liebe Anna, liebes Mamle

Dein Verlust sprengt alle Dimensionen, Werte, Phantasien

Der Schmerz ist Wüste voll brutalster Wucht

Lob uns mit unbändigem Vertrauen

Bis zum Wiedersehen

Wir lieben Dich!

**Herbert, Felix und Marie Grönerneyer**

Die Beisetzung fand im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

**Wäre das nebenstehende Verfaßte von seinem Verfasser Herbert Grönemeyer nur Vertrauten anvertraut, ins Diarium diarrhöisiert oder im privaten Pietätsvollzug vollzogen, es fiele unter das jedem Mitmenschen zustehende und bloß bedingt zu beanstandende Recht auf, sagen wir, die ganz persönliche Hausgebrauchs-Beschränktheit. Sobald aber einer sich anschickt, eine Öffentlichkeit über seinen Geisteszustand zu informieren, muß er sich nicht wundern, wenn diese diesen auch öffentlich zur Kenntnis nimmt. Grönemeyers obskure Totenanrufung war in ganzseitigen Anzeigen in »Bild«, im »Hamburger Abendblatt«, in der »Süddeutschen Zeitung« etc. zu lesen, d. h., mehr als zehn Million Leser wurden mit dem üblen Nachruf behelligt. Man könnte meinen, wer so viel Geld hat, seinen mentalen Exhibitionismus mit den Methoden der Großindustrie auszustellen, sollte auch nicht zu geizig sein, eine solche Angelegenheit professionell erledigen zu lassen. Hier aber präsentiert offensichtlich und unverkennbar: Grönemeyer seine Lyrik. Das Stück dokumentiert in jeder Zeile und jedem Wort, wie eine des Verbalen kaum mächtige Expressivität gerade das Gegenteil der veranschlagten Seelenentblößung erreicht und aufgeht in der Pornographie eines in die eigene Verlogenheit unrettbar verknäulten, verknoteten und verstrickten Daseins. Zumutung und Anmaßung für die betroffenen Leser, müßten seine groteske Sentimentalität und Falschheit wohl auch die großartigste, würdigste, ungestüm unrastigste Adressatin und wohlwollende Dirigentin der Wacht mit dem für tausend Jahre reichenden Lebenstank und der noch für Stunden danach reichenden Wahrheit verdutzen - wenn sie nicht als »Quentchen Königin mehr« befaßt wäre mit dem, wie man in Gottes Loge »so fühlt, was man so tanzt, was man so trägt«. Gott wird die Indiskretion begrüßen, zumal die Tote noch aufgefordert ist, die . Hinterbliebenen zu leben, was immer das heißen mag. Pietät bedeutet im allgemeinen, taktvoll Rücksicht zu nehmen, besonders auf die sittlichen und religiösen Ressentiments anderer Abergläubiger. Grönemeyer, der die bundesweite Aufbahrung dieses kryptischen Kitsches allen, die sein Verlust nichts angeht, vor die Nase gesetzt und Angehörigen einer eingefahrenen Religionsgemeinschaft zugemutet hat, seiner Frau in der Loge der Parallelgottheit zu huldigen, hätte zweifellos pietätvoller gewirkt, wäre seine Schmierage weniger akklamationsgeil ausgefallen.**

* traueranlaßbedingter Gedichte

Konkret 01/99, S. 44

**Kay Sokolowsky**

# Das Megatodesspiel

**Die Zeitgeschichte als Wille und Vorstellung – mit dem Film »Der Dritte Weltkrieg« hat das Œuvre des ZDF-Chefhistorikers Guido Knopp seine vorläufige Vollendung gefunden**

Es ist kein Beruf, sondern eine Berufung, kein Auftrag, sondern eine Mission, was Prof. Dr. Guido Knopp antreibt. Bestallt als Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, hat er sich längst zu Höherem gesalbt: zum Leiter der Zeitgeschichte selbst. Das Dritte Reich sah nie so aus, wie er es zeigte, aber seit der immens erfolgreichen Serie »Hitlers Helfer« dürfte es nicht mehr viele geben, die ahnen oder gar wissen, daß die Nazis etwas anderes gewesen sind als die reichsdeutsche Dependance der Mafia. Erfüllt von einer Ideologie, die man freundlich Revisionismus nennen könnte, eitel wie ein Knopf überdies und versessen darauf, die Bilder der Nazi-Wochenschauen als die glaubwürdigen Dokumente zu servieren, die sie nie gewesen sind, hat der massenhafte Zuspruch, den sein Oeuvre erfährt, Doc Knopp nunmehr um jeden Rest Skrupel gebracht. Er, der die fabelhaften Manipulationsmöglichkeiten des Films wohl begreift, aber nicht reflektiert, fühlt sich am digitalen Schneidetisch als Master of the Universe. Und weil er keine Kritik mehr fürchtet bzw. fürchten muß – frißt sein Sender ihm doch aus der Hand – , hat er sich endlich und freimütig als Anhänger einer Geschichtsschreibung bekannt, der es nicht darum geht, wie etwas zuging, sondern was hätte passieren können, nein, müssen, wäre der Schreiber zugleich der Autor der Geschichte gewesen.

»Der Dritte Weltkrieg – Was uns erspart geblieben ist«, ausgestrahlt zur schönsten Sendezeit am 1. Dezember, bringt die historiographischen Bemühungen Knopps auf den Punkt, dem sie seit Jahren zustreben. Vorgeblich der Film, der zu Zeiten der Friedensbewegung nur in Programmkinos, doch bestimmt nicht im ZDF hätte laufen können, gibt das Stück sich bald zu erkennen als ein Produkt der Obsessionen, die als einziges übrig geblieben sind von jener Bewegung, und der Ressentiments, die Knopps Mission inspirieren.

»Der Dritte Weltkrieg« bricht aus, weil Gorbatschow nach seiner Heimkehr von der 40-Jahr-Feier der DDR gestürzt und von einem General beerbt wird, der mit äußerster Gewalt die Konterrevolution niederschlägt. Es kommt zu einem Schußwechsel am Brandenburger Tor, danach zu einer Blockade Berlins, später schießen sich mitten im Atlantik die feindlichen Flotten in Fetzen, die BRD wird von Truppen des Warschauer Pakts überrannt, die Nato schlägt zurück, der Bolschewik verliert vollends die Nerven und entfesselt den Atomkrieg. Robert Stone, der Regisseur dieser deutsch-amerikanischen Coproduktion, hat mit staunenswerter Virtuosität Archivmaterial und Spielszenen montiert und synchronisiert, um seine »Docu-Fiction« so »authentisch« wie möglich wirken zu lassen – es ist ein Jammer, wieviel Talent und Technik an diesen Mist verschwendet wurden.

Denn natürlich stimmt hier nichts. Weder bestand im Jahr 89 auch nur eine Minute lang die Gefahr, die Sowjetunion könnte sich durch einen Krieg vor ihrer Entmachtung retten, noch wäre dieser Krieg so verlaufen, wie Knopp und Stone ihn simulieren. Im Szenario des Films ist die Zeit für den Erstschlag spätestens mit der Invasion der norddeutschen Tiefebene gekommen, und er wäre von der westlichen Allianz geführt worden. Sogar Joschka Fischer weiß das noch. Was überhaupt an Kritik gegen die USA formuliert wird, ist der dümmste Rest der verwesten Friedensbewegung, der leider zugleich ihre Essenz war: »Vier Jahrzehnte lang«, verkündet Knopp über die eine Idee seines Films, »waren beide deutsche Staaten an der Nahtstelle der Blöcke atomare Geiseln eines potentiellen Krieges, der die Deutschen erst im Massengrab vereint gefunden hätte.« Das habe er noch einmal bewußt machen wollen. Was die Bewohner von Ohio oder Omsk den Deutschen voraushatten, verrät er so wenig wie ehedem Erhard Eppler. Knopp, der seine Nation als eine von Opfern – einst Hitlers, danach der »Blöcke« bzw. des Bolschewismus – imaginiert, setzt fort mit einer Metapher, deren Schrägheit exakt seiner Ideologie entspricht: »Noch vor zehn Jahren waren wir das potentielle Schlachtfeld eines atomaren Krieges.« *Ich bin ein Schlachtfeld*: Petra Kelly, reborn in Knopp.

Die andere Idee seines perfiden Stücks entstammt dem Fundus der besonders eifrigen Antikommunisten, zu denen er schon gehörte, als er sich noch nicht um Rommel und Keitel verdient gemacht hatte. »Wir erinnern uns noch an die Erleichterung«, erinnert sich Knopp, »die wir im Oktober 1989 empfunden haben, als die Sowjetpanzer in der DDR in den Kasernen blieben.« Die Enttäuschung darüber, daß das Reich des Bösen im Augenblick seiner schwersten Bedrohung eben nicht seine Arsenale auf den Klassenfeind entleerte (wie dies das Reich des Guten zweifellos getan hätte), wird in »Der Dritte Weltkrieg« wenigstens virtuell aufgehoben. Und jene Lüge erhält, nicht nur virtuell, den Schein von Wahrheit zurück, den sie braucht, um die Paranoia ungebrochen gläubiger Antikommunisten wie Knopp, Helm und Stone nicht allzu offensichtlich werden zu lassen. Vom fiktiven Putsch-General, der den nuklearen Overkill auslöst, berichtet der Film, er sei einer jener Soldaten gewesen, die nach der Eroberung Berlins auf dem Reichstag die rote Fahne hißten. Kein Ereignis der deutschen Geschichte nagt mehr an Knopp, soviel ist nun sicher.

»Der Dritte Weltkrieg« hat mit Ulrich Lenze denselben Produzenten wie Heinrich Breloers »Todesspiel« – »nicht ganz zufällig«, wie Lenze selber gern erzählt. Die Verfahrensweise all dieser topmodernen TV-Adaptationen von Real-History-

Treatments, in denen der Geschichte, wo sie den Kameras verborgen blieb, mit nachgestellten Bildern auf die Sprünge geholfen wird, ist nicht neu. Der Dokumentarfilm ebenso wie das historische Feature haben sich stets mit fingiertem Material beholfen, wenn das »authentische« Lücken aufwies. Daß die Anwesenheit einer Filmkamera zwangsläufig ein Geschehen mit Künstlichkeit affiziert, daß ein Cinema verité bzw. Reality-TV selbst dann unmöglich bliebe, wenn alle Beteiligten, Akteure wie Beobachter, taub und blind wären, wußte einmal jeder Regiestudent im ersten Semester. Grundsätzlich suspekt ist nicht die Kombination von Mise-en-scène und Dokument, sondern das Medium selbst. In dem Moment jedoch, da die Produzenten einer »Docu-Fiction« sich nicht mehr aufhalten mit Zweifeln an der »Wahrhaftigkeit« ihrer Bilder und vor lauter Zeigelust vergessen, welchen Zwängen und Grenzen sowohl die Herstellung wie die Rezeption von Film unterliegen: verfertigen sie, ob bewußt oder nicht, Propaganda.

Breloer und Knopp haben keine Distanz zu den Bildern, mit denen sie operieren, und darum fallen sie fortwährend auf diese Bilder hinein. Niemand dreht ein Stück wie »Das Todesspiel«, der auch nur ein Quentchen Verdacht hegt gegen das, was seinerzeit die »Tagesschau« zeigen durfte. Ein nicht besonders tiefgründiger Spielfilm wie »Die Truman Show« weiß über die Produktion von Fernsehbildern tausendmal besser Bescheid als unsere mehrmals preisgekrönten »TV-Historiker«. Was natürlich daran liegt, daß »Die Truman Show« aus Hollywood, dem altbösen Feind der hiesigen Kulturkritik, kommt: Dort, in der »Traumfabrik«, hat man stets einen Dreck gegeben auf die »Ehrlichkeit« der Bilder, sich lieber darum gekümmert, Apostel des »authentischen Films« zu veralbern, und gerade der hohen Artifizialität der Inszenierung wegen eine visuelle Grammatik geschaffen, die elastischer, eleganter und auch realistischer die Welt darzustellen vermag als irgendeine andere.

Die neuere deutsche Filmtradition hat sich nicht zuletzt aus der Feindschaft zum laxen, ironischen Umgang des amerikanischen Kinos mit der »Wirklichkeit« der Bilder entwickelt. Den zuständigen Kritikern, die mehrheitlich ihr Besteck in Zeiten zusammenstellten, da »Hollywood« synonym für Lüge stand, eine verhatschte Kameraführung jedoch samt grunzenden und fürchterlich chargierenden Schauspielern als Ausweise des »Ringens um Wahrheit« galten – diesen Kritikern fällt natürlich auch heute nicht auf, daß ein Bild, welches für »authentisch« gelten *will*, die Spur seiner Entstehung, den technischen und manipulatorischen Apparat, der es erzeugte, heftiger verleugnet (und verleugnen muß) als irgendein Spezialeffekt von Industrial Lights & Magic. »Erschütternd«, schrieb der »Spiegel« anläßlich des »Todesspiels«, »ist vor allem die Szene, in der Breloer zeigt, wie der unglückliche Schleyer ... sitzend in einen Wandschrank gesperrt wird, als wäre er ein Besen.« Kein Zweifel regt sich hier an der »Richtigkeit« der Inszenierung, kein bißchen Unbehagen bei der Unbekümmertheit, mit der das gestellte Bild als »authentisch« ausgegeben wird. Dem Fernsehen, dieser Riesenmaschine zur Vernichtung der Wirklichkeit, wird schon seit längerem nicht mehr mißtraut; die Begeisterung freilich für eine Simulation, die behauptet, wahr zu sein, ist neu.

Breloer wie Knopp (und natürlich auch das Fernsehen) haben von dem rasenden Geschwafel profitiert, das »Ideologie« allein in Faschismus und Kommunismus zu orten vermochte und deshalb Anfang der 90er die herrliche, die entideologisierte Zeit auskrähte. Der Ideologiegehalt gerade des Dokumentarbildes wird seither kaum noch wahrgenommen. Ausgenommen, versteht sich, wo er als »marxistisch« identifiziert und denunziert werden kann. In der ZDF-Reihe »Damals« wird Knopp nicht müde, Zitate aus alten Defa-Wochenschauen als Demagogie zu markieren – mit den Sequenzen, die Goebbels' Propagandastaffel ihm zur gefälligen Verwendung in »Hitler – eine Bilanz« und »Hitlers Helfer« hinterließ, verfuhr er weit lässiger. Aber warum hätte er sich zu einer Distanz gegen die Selbstdarstellung der Nazis zwingen sollen, die doch gegen Hitlers Helferin Riefenstahl seit langem nicht mehr geübt wird? Wozu denn einen Eiertanz aufführen, um Mißverständnisse zu vermeiden, wenn er schon 1989, im »Spiegel-Spezial – 100 Jahre Hitler«, lauten Mauls verkünden konnte, der Gröfaz habe »in keiner deutschen Tradition« gestanden, und außer Wolfgang Schneider (in KONKRET 10/89) alle glauben wollten, was sie da hörten? Und was, bitte schön, sollen Skrupel, wenn es um einen Kreuzzug geht? Den nämlich führt Guido Knopp.

Frank Schirrmacher, der anläßlich von »Hitlers Helfer« überraschend klare Einsichten in die Ästhetik der Knopp-Filme formulierte (»Fiktionalisierung ist ansteckend. Sie greift über auf das historische Material«), verschweigt bei aller gerechten Empörung über die Leichtfertigkeit des Verfahrens, daß Leute wie er, Schirrmacher, Figuren wie ihn, Knopp, überhaupt erst dreist werden ließen. Als Feuilletonchef der »FAZ« in der »FAZ« zugeben, daß der Mann vom ZDF am Ende nichts anderes will, und zwar auf Biegen und Brechen, als das eigene Blatt für und für, die Normalisierung des deutschen Selbstverständnisses nämlich, das konnte Schirrmacher um so weniger, da ihn etwas ganz anderes stört: »Bald schon«, schreibt er über die historischen Bilder in »Hitlers Helfer«, »wird man nicht mehr wissen, ob sie überhaupt je Geschichte waren.« Ihn, den Laudator Martin Walsers, der im Sinne seines Lehrherrn alles daran setzt, daß die Geschichte eindeutig als *Geschichte* zu erkennen ist, als vorbei und nun aber wirklich erledigt, wurmt Knopp als Konkurrent im gleichen Marktsegment. Die Ähnlichkeit der ZDF-Serie mit dem »Todesspiel« spricht Schirrmacher gar nicht erst an: Im Kampf gegen die Linke ist weiterhin jedes ästhetische Mittel recht, die Fiktionalisierung voran.

»Der Dritte Weltkrieg«, diese konsequente Fortentwicklung des Knoppschen Fernsehens, von der Simulation der Geschichte hin zur simulierten, von der unbefangenen Präsentation manipulierter Bilder zur totalen Bildermanipulation, mochte ein Test gewesen sein auf weitere Großtaten der virtuellen Historiographie (»Ulbrichts Ulane« z. B. oder »Mielkes

Messerwetzer«). Ging aber, besonders bei den Missionskandidaten im Osten, erst einmal gründlich daneben. Die Homepage des ZDF läuft über von E-mails, deren »verärgerte«, »entsetzte« Verfasser den gewesenen Ostblock so plump und tumb, wie Knopp, Helm und Stone ihn zeigen, partout nicht in Erinnerung haben.

Der Missionar weiß, woher das kommt: »Bei einigen Menschen existiert noch Affinität zum alten System. Deswegen mag ihnen die Abrechnung mit der Roten Armee und dem Sowjetsystem auf diese Art und Weise wohl nicht so recht gefallen.« Die Affinität zum älteren System, die bei mehr als einigen Menschen existiert, hatten seine Nazi-Bestiarien hingegen schon deshalb nicht stören können, weil sie mit dem NS-System auf eine Art und Weise abrechneten, die seit Kriegsende Rechtsgrundlage der deutschen Staaten war. Knopp wird sich nicht entmutigen lassen, auch von der eher mageren Rate nicht (trotz massiver Werbung im Vorfeld kam »Der Dritte Weltkrieg« nur auf 4,41 Millionen Zuschauer). Er hat die Wahrheit und dazu einen Sender gepachtet; und einem erklärten Freund der Fallersleben-Hymne (s. KONKRET 6/88) wird weiterhin kein Ton zu laut, kein Bild zu falsch sein.

Guido Knopp weiß ganz genau, wie es war, weil er sich erschreckend lebhaft vorzustellen vermag, wie es, seinem reaktionären Schädel gemäß, gewesen sein könnte, und darum wird er auch schwerlich verstanden haben, daß Markus Wolf nicht am Palaver teilnehmen wollte, das im Anschluß an das, »was uns«, als Film, leider eben nicht »erspart geblieben ist«, ausgestrahlt wurde. Wolf berichtet in einem offenen Brief, den das »Neue Deutschland« am Tag der Sendung veröffentlichte, Knopp habe ihn zur »Diskussion« nur zulassen wollen, wenn er, Wolf, »dem Verlauf des Szenarios grundsätzlich« zustimme. The world according to Knopp! – die Selbstgewißheit des Propheten und Bekehrers muß unermeßlich sein. Anders wäre auch nicht zu erklären, daß er allen feierlichen Ernstes vorgeschlagen hat, »Hitlers Helfer« dem Bestand der Shoah Foundation einzugliedern.

Zwei Tage nach dem Weltkrieg, den die Roten uns nicht gönnen wollten, pflanzte Knopps Abteilung ins Gutenachtprogramm einen Film über die Rothschilds. Überschrift: »Die heimlichen Herren der Welt«. Ganz schön affiniert.

---

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 12/98 über Faszination und Quatsch des Geheimen

Konkret 01/99, S. 46

**Joachim Rohloff**

# Ins Hirn geschossen

**Die Autorin Cora Stephan wurde berühmt als Mythologin der Unterhose. Heute macht sie Furore als Apologetin des kalkulierten Massenmords**

Vor ein paar Wochen saßen Sibylle Tönnies, unsere letzte Pazifistin, und Cora Stephan, unsere führende Bellizistin, stundenlang im Fernsehen und stritten über den Krieg. Tönnies wollte ihn ächten und zu diesem Zweck einen Weltstaat gründen: Die bestehenden Staaten sollten ihr Gewaltmonopol etwa einer reformierten Uno übertragen, die fortan jeden Versuch, Konflikte gewaltsam zu lösen, mit Hilfe massiver Polizeimacht ersticke. Dagegen war nicht viel einzuwenden außer dem Hinweis vielleicht, die Staaten der Nato, die sich polizeiliche Befugnisse schon heute ohne jede Rechtsgrundlage anmaßen, würden eine Minderung ihrer Souveränität schwerlich akzeptieren, zumal sie ihnen obendrein das Waffengeschäft verdürbe. Stephan aber erwiderte, eine solche Idee führe unvermeidlich zum Massenmord, die Atombombe sei eine Polizeiwaffe.

Leider wird das Argument auch bei der Lektüre ihres neuesten Buches über das *Hand□ erk des Krieges* nicht verständlicher. Der Titel klingt zwar nach einem Opus magnum, das man auf dem Bücherregal zwischen Clausewitz und Tolstoi einzuordnen hätte, die geistige Substanz aber, mäkelte der Rezensent der »Taz«, reiche nicht für dreihundert Seiten, sondern allenfalls für einen bescheidenen Essay. Den Essay gibt es, er erschien 1988 in dem Band *Weiterhin unbest□ ndig und k□ hl* Stephan bemerkte damals, daß der Krieg auch immer schlimmer wird. Früher kostete er weniger Opfer, es wurde nach ritterlichem Komment gekämpft, und die Frauen blieben verschont. Spätestens seit 1914 aber ist der Krieg niederträchtig und grausam, und es geht nicht länger um klar definierte Interessen, sondern um Moral. Aus dieser Beobachtung war zweierlei zu folgern. Erstens nichts: »Ich könnte eine Wiederholung der guten alten Stellvertreterkriege fordern, mit Pauken, Trompeten und bunten Fahnen nach den strengen Regeln der Kriegskunst, am besten in einem Boxring auf dem Mond.« Und zweitens die Pflicht, einen neuen Begriff in die Welt zu setzen: »Der moderne Krieg, wie erdenkbar geworden ist, ist all das, was von Männern stets weiblicher Gewalt unterstellt worden ist: Er ist roher Ausdruck ohne jegliche Form. Ich möchte das hinterhältig und mit Hinterlist eine >Feminisierung des Krieges< nennen.«

Das war, wie gesagt, in den goldenen Achtzigern. »Hans Magnus Enzensberger applaudierte dem >Zurückwachsen der Politik in die Gesellschaft<.« Schon damals durfte man jedoch vermuten, die Politik werde alsbald wieder in den Staat hineinschrumpfen. Und so geschah es: »Ein neues Gespür für die Notwendigkeit von >Dominanz< (Karl Otto Hondrich) nach der repressiven Stabilität der Blockkonfrontation, ein Gespür vielleicht auch für die >Unwahrscheinlichkeit< (Heinz Bude) der westlichen Demokratien, die den Einsatz für sie wohl lohnt, scheint sich indes heute sogar in der bundesdeutschen Betroffenheitsszene anzubahnen.« Denn Kriege wurden nicht länger mehr nur auf dem Mond oder in Afrika geführt, sondern ebenso mitten in Europa. Und aus Stephans militärhistorischen Studien ergaben sich plötzlich ganz neue Konsequenzen.

Der Krieg, lehrt Stephan, sei eine historische Universalie, es gab ihn überall und zu allen Zeiten. Seine Ursache sei jedoch kein menschlicher Aggressionstrieb, sondern in allen Gesellschaften »endemische Gewalt«. Woher diese kommt, erfährt man nicht, dafür um so genauer, wohin sie soll: nach außen, in den Krieg, der sie kanalisiere und ritualisiere und der so die Gemeinschaft vor der Zerstörung bewahre. Das »Blutopfer« des Krieges inszeniere wieder und wieder das menschliche »Urtrauma«, Beute wilder Tiere zu sein. Ein uralter »Geschlechtervertrag« zwinge die Männer in den Krieg und belohne sie mit dem Patriarchat.

Bisher galt der Krieg als schlechtweg unangenehm. Gefährlich aber sei gerade seine »Doppeldeutigkeit«; er wecke »die Bestie und das Beste im Mann«. Denn nicht nur Mordlust erfülle den Soldaten, sondern gleichermaßen ein widersprechendes Gefühl, das Veteranen der Waffen-SS gewöhnlich Kameradschaft nennen, das Stephan aber »Lieben nennt, Liebe unter Männern, die bekanntlich die einzig wahre ist. Wer den Krieg abschaffen will, muß sich mit des Mannes Zweitbestem begnügen und zerstört das vielleicht letzte Refugium selbstloser Hingabe. Nicht anders jedenfalls seien einschlägige Liebesbriefe aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs zu verstehen.

Der Krieg entfessele menschliche Aggression und setze ihr im günstigsten Fall zugleich konventionell definierte Grenzen. Die Krieger der griechischen Antike und des Mittelalters zogen in die Schlacht wie in ein Rugby-Match. Zwar ging es auch damals nicht ohne Todesopfer ab, die Gegner aber unterwarfen sich strengen Regeln, achteten einander als ebenbürtig und akzeptierten den Ausgang des Kampfes wie ein Gottesurteil. Distanzwaffen wie Armbrust oder Muskete, die es dem Feigen erlaubten, den Mutigen zu töten, waren lange Zeit verpönt. Erst im Dreißigjährigen Krieg sei eine Ahnung dessen entstanden, was in den folgenden Jahrhunderten kommen sollte: Die französische Revolution bewaffnete das ganze Volk und machte es damit zum Opfer des Krieges.

Die Demokratisierung des Krieges bedeute zugleich seine Moralisierung. Söldner kämpfen für Geld, aristokratische Eliten oder autonome Kriegerkasten kämpfen für Interessen, Nationen kämpfen für ihr moralisches Prinzip. Wer viel Blut sehen will, müsse einen demokratischen Staat beauftragen. Die demokratische Öffentlichkeit lasse sich nur unterm Einsatz aller moralischen Register zu einem Krieg überreden, sie verlange einen unwerten Feind, der folglich jede Grausamkeit verdient, und am Ende nichts weniger als seine bedingungslose Kapitulation. Solche Kriege seien auch dann nicht zu beenden, wenn sie nicht mehr zu gewinnen sind.

Zum Beweis soll der Erste Weltkrieg dienen. Die Schuldfrage hält Stephan inzwischen für obsolet: »Daß Deutschland seinen Anspruch anmeldete, als >Weltmacht< seiner ökonomischen Größe entsprechend mitzuspielen, war ebensowenig >unmoralisch<, wie im damaligen Verständnis von Machtpolitik die Vorstellung ungewöhnlich war, zur Not auch mit einem >Präventivschlag< einer Verschlechterung der strategischen Lage des eigenen Landes innerhalb der fragilen Machtbalance zuvorzukommen.« Da aber französische oder britische Angriffspläne nicht überliefert sind, führt Stephan den Begriff des putativen Präventivkriegs in die historische Wissenschaft ein. Jede legitime Regierung sei damals berechtigt gewesen, einen Krieg zu beginnen. Doch selbst wenn man von der Frage absieht, ob die deutsche Monarchie legitim war, bleibt festzustellen, daß sie bekanntlich nicht ihre Position in einem metaphorischen »Spiel« verbessern, sondern einen einheitlichen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum unter deutscher Führung schaffen, das halbe Belgien und beträchtliche Teile Frankreichs annektieren und afrikanische Kolonien erobern wollte. Doch könne man dem Deutschen Reich das ius ad bellum nicht absprechen, verwerflich seien allein die Verstöße gegen das ius in bello, so etwa die Besetzung Belgiens. Der Erste Weltkrieg gälte heute als Schlagabtausch zwischen Ehrenmännern, hätten nicht die Engländer ihre Propagandamaschine angeworfen und aus den Kriegsgegnern deutsche »Hunnen« und Feinde der Menschheit gemacht. So sei die gesittete Bataille zum Kampf um Gut und Böse pervertiert.

Beiläufig fegt Stephan den armen Fritz Fischer in zwei Sätzen vom Centercourt: »Die These Fritz Fischers von der Verantwortlichkeit, ja der Kriegsschuld der Deutschen am Ersten Weltkrieg, eine These, die gegen den Mythos vom Krieg als Naturereignis anging, in das alle gleichermaßen >hineingeschlittert< (Lloyd George) seien, war in den sechziger Jahren zunächst heiß umstritten. Mittlerweile ist sie in ihrer zugespitzten Version selber zu einem Mythos geworden, der nichts mehr erklärt.« Dieses Argument hätte den Mann nun vollständig erledigt,, wüßte man nicht, daß in Coras Welt so ziemlich alles zum Mythos werden kann, der nichts erklärt. 1988 war's die Unterhose: »Mein Verlobter ist jedenfalls in einer Hinsicht der gleichen Meinung wie ich: >Dessous< benennt einen Mythos. Denn Unterwäsche mag schön sein, aber was daran scharfmachen soll?«

Die bisher letzten größeren Kriege, die von demokratischen Staaten geführt wurden, beweisen alles mögliche, nur nicht Stephans These. Im Falklandkrieg ging es um pures spätkoloniales Interesse, die Kriegsbereitschaft der britischen Öffentlichkeit war schnell mobilisiert, und ebenso schnell wurde der Feldzug beendet. Der Rückzug der Argentinier genügte, weder wurden sie zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen, noch wurde das Militärregime beseitigt. Der Golfkrieg brauchte einen hochmoralischen Anlaß, nämlich eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, einen Wiedergänger Hitlers, der angeblich die drittstärkste Armee der Welt kommandierte, und ein paar schmutzige PR-Manöver. Trotzdem war auch er sehr schnell beendet, und Saddam Hussein überstand ihn unversehrt.

Mit der Behauptung, der Pazifismus fördere die Barbarei, weil er den Krieg zum Verbrechen erkläre, zwischen Krieg und Kriegsverbrechen also nicht mehr unterscheide, wird die Grenze zum blanken Unsinn endgültig überschritten. Wenn man den Krieg verbiete, sei im Krieg alles erlaubt.

Was also will Cora Stephan uns sagen? Kriege sollen nicht um der Moral willen geführt und schon gar nicht geächtet, sondern reguliert werden. Wie so etwas abseits vom Modell Tönnies zu bewerkstelligen ist, verrät sie nicht. Hilfreich sei jedenfalls das nationale Interesse. Es zu definieren, bleibt berufenen Staatsmännern vorbehalten. Schon 1993 stellte Stephan in ihrem Longseller *Der Betroffenheitskult,* der noch heute vom Buchversand der »Jungen Freiheit« zu beziehen ist, kategorisch fest, »daß es Aufgabe von Politik sui generis sein muß, das als notwendig erkannte Allgemeine auch gegen mutmaßlichen Wählerwillen oder Volkes Stimmung durchzusetzen - man erinnere sich an den Beschluß zur Stationierung der Mittelstreckenraketen unter Kanzler Helmut Schmidt, eine im nachhinein gerechtfertigt anmutende Entscheidung, die sich indes damals nur sehr geringer Beliebtheit erfreute«.

Die Rezensenten sind düpiert, Verrisse allenthalben. Eben erst vom Pazifismus genesen, möchten sie im nächsten Krieg auf die höhere Menschenrechtsmission nur ungern verzichten. Aber keine Sorge: Wenn das Interesse erst einmal erkannt ist, stellt die Moral sich von selbst ein.

Manche Nationen feiern Orgien-; des Gemeinsinns, ohne daß ihre männliche Jugend in den Krieg ziehen müßte. »Großbritannien zelebrierte den Tod der Diana, Princess of Wales, so, wie es die alten Griechen mit ihrem >Blutopfer< gemacht haben dürften. Über die Leiche der Verunglückten reichte sich die ganze trauernde Nation die Hände - und wie sehr sie als stellvertretendes Opfer empfunden wurde, illustrierte die verbreitete Selbstanklage, >wir<, >die Gesellschaft, hätten die Prinzessin auf dem Gewissen. Kommunion über dem Blutopfer -wie archaisch mutet das an!« Und da klagen die Deutschen seit Jahr und Tag, es fehle an der inneren Einheit! Auf den nächstliegenden Gedanken, nämlich eine Essayistin

zu erwürgen, kommt offenbar niemand.

Cora Stephan: Das *Hand□ erk des Krieges. R*owohlt, Berlin 1998, 317 Seiten, 38 Mark

---

**Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 12/98 über den Soziologen Heinz Bude**

Konkret 01/99, S. 48

**Jürgen Roth**

# Sei voll!

**Der russische Ministerpräsident hat, die Staatskasse zu füllen, das staatliche Monopol für Alkoholika wiederhergestellt und damit den Circulus vitiosus der russischen Selbstberauschung fürs erste wieder geschlossen**

» – trinken drauflos, völlig unverblümt, als wären sie die Krone der Schöpfung. Trinken im Bewußtsein ihrer Erhabenheit über den Rest der Welt ...«
Wenedikt Jerofejew

Man kennt seinen Russen ja. Zwar fliegt er ins All und bietet den Sternen die Stirn, baut Prachtalleen und Atommeiler, U-Bahnkathedralen und erstklassige Rennräder (oder Eishockeypucks?), leitet Flüsse um und entwickelt Kunstregen, sinfonische Kadenzen von schwermütiger Erhabenheit und Stalinorgeln; gründet Milchwerke groß wie Hochöfen und fertigt Zigaretten aus Spanplatten; ja, pflegt die Kunst des Frickelns, der Hundeabrichtung und des narrischen Parlierens. Doch andererseits hält er einem Präsidenten gewissermaßen widerwillig, aber stur die Stange, der rund um die Uhr neben sich steht oder zu Boden rauscht und »in der Welt« (U. Wickert) ein Landesbild vermittelt, das nur begrenzt fernsehtauglich zu nennen ist. Was also geht im Russen vor? Wie tickt er?

Technologisch gesehen verachtet der Russe, soviel wäre zu sagen, die Feinmechanik und präferiert die Gesamt- oder Paketlösung (siehe U-Bootprogramm). Sein Charakter gleicht dem eines Bären und seine Stärke der eines stolzen Greifs. Trotzdem, Schattenseiten werden unter den Eindrücken der leicht ins Stocken geratenen kapitalistischen Umwälzung zunehmend klarer. Neben der Konstruktion und Bedienung schneller Handfeuerwaffen liebt er den raschen Griff zum Glas. Seine Häuser läßt er implodieren, seine Felder verkarsten, sein Vieh setzt er auf den Hungerast. »Kein Hund kommt heraus, um den Fremden zu verbellen«, berichtete die »FAZ« am 28. November 1998 aus den Weiten der Taiga. »Das Krankenhaus praktisch geschlossen«, Kolchosemitglieder treten zum Glauben über, die Futtermittelproduktion ist eingestellt.

Schrumpfung und soziale Desintegration, wohin man blickt. Jelzin hält ein Nickerchen. Die Hauptstadt röhrt und tobt. Das Land schlummert zart und trinkt. »Auf dem Dorf beschreibt man deshalb die Männer nach dem Grad ihrer Abhängigkeit vom Wodka« (»FAZ«) und zählt die Toten. Frühvergreisung und Debilität verdunkeln den Locus spiritus des hinteren Riesenreiches – Wirrnis und Vernebelung statt Elektrifizierung. Alle Menschen werden müder.

»Fünf Tage lang trank ich täglich eintausendfünfhundert Gramm, um es zu Hause auszuhalten, und hielt es trotzdem nicht aus«, gesteht der Brigadier Wenitschka in Wenedikt Jerofejews alle Dostojewskische Schwall- und Rauschprosa überflügelnden Novelle *Die Reise nach Petuschki* (1973, dt. München 1978). Während seiner Zugfahrt nach Petuschki, dem unerreichbaren Paradies, versumpft er derart konsequent, als gelte es, den edlen Vorsatz der »planvollen Gestaltung des gesellschaftlichen Stoffwechsels« (Engels) auf die Reorganisation neuronaler und physischer Kapazitäten zu richten. (Friedrich Engels war ein kompetenter Zecher, Marx stand ihm kaum nach, doch beide ächteten den Branntwein ob seiner politisch dysfunktionalen, eben weniger belebenden denn sämtliche theoretischen und Klassenkampfstrategien verheerenden Wirkungen.) Der Gesellschaft des Aufbaus und ihren bürokratischen Apparaten zu entkommen, »montiert sich« (E. T. A. Hoffmann) Wenitschka vollabsichtlich am Arbeitsplatz; die Genossen ziehen mit, er erstellt Alkoholdiagramme über Monatsleistungen und preist den Segen geistiger Getränke, ob Cognac oder Eau de Cologne: »O Freiheit und Gleichheit! O Brüderlichkeit und Schmarotzertum! O Wonne, keiner Rechenschaft zu unterliegen! O glückseligste Zeit im Leben meines Volkes – o Zeit zwischen Öffnung und Schließung der Geschäfte! Wir legten alle Scham und weitere Sorgen ab und lebten nur noch für geistige Werte.«

Jerofejews Ode an den Suff ist dem Russen als solchem gewidmet. Er liebt die Freiheitsmomente, welche das ruinös-komatöse Bechern spendet, jene im Alltag stabil verankerte rituelle Beseligung, die, wenn viel geweint wird, zum endlosen Leichenschmaus gerät. Die Fahrt aufs Land, wo Russen sich heute, so die »FAZ« deprimiert, bevorzugt betrunken spontan erschießen, gleicht einer Abfolge phänomenal humaner Augenblicke und steiler Erkenntnisgewinne: »Bitte sehr, die schenken ein und trinken, ohne sich im geringsten zu genieren. Die rennen nicht auf die Plattform hinaus, verrenken sich nicht die Hände. Der Stumpfsinnige kippt einen, grunzt und sagt: ›Ah! Die rinnt wie geölt, die Pisse!‹ Dann der Gescheite, kippt einen und sagt: ›Trans-zen-den-tal!‹«

Etwas Jenseitiges, Metaphysisches, etwas Unerklärliches haftet, scheint's, dem russischen Trunke an. Während der Weg des christlichen Europa in die Moderne über vornehmlich lutherische oder calvinistische Morallehren und deren Selbstdisziplinierungstechniken und -vorschriften verläuft, fließt weiter östlich orthodox der Wodka. Dem »Prozeß der Ernüchterung und Entkörperlichung«, wie Hasso Spode (*Die Macht der Trunkenheit*, Opladen 1993) den Gang der säkularen, sich industrialisierenden Gesellschaften unter Anteilnahme ihrer erst frömmelnden, dann agitierenden

Temperenzler- und Abstinenzlerorden deutet, korrespondiert zwischen Brest und Wladiwostok die Konstanz narkotischen Zechens – mit steigender Entleibungstendenz.

Allein, die Schnapsreligion und der Wille zum gottlosen Taumel gründen in spezifischen historischen Dispositiven.

Rußland ist ein echter Sonderfall, ein Territorium geschichtlicher Stagnation. Keine Debatte über Wirtshäuser und Parteibudiker erreichte je den Wodkakontinent, kein Mäßigkeitsbewegter bezwang je die großen Spritseen. Denn obschon nicht ausgemacht scheint, ob der Russe seinen Seelentröster selbst erfand oder litauische Kaufleute zu Beginn des 15. Jahrhunderts erstmals Wodka importierten – die sozial-institutionellen Bedingungen für den Dauervollrausch schuf er zweifellos.

Iwan der Schreckliche installierte Destillen und Schnapshähne, wie eine luzide Studie Sonja Margolinas in der »Berliner Zeitung« vom 17. Oktober 1998 zeigt. 1552 nahm er Kasan ein und wurde des Kabaks, eines rundum versorgenden Gasthauses, gewahr. Da der expandierende Zentralstaat erheblich gesteigerter Steuereinnahmen bedurfte, ordnete er die Errichtung von Kabaks zunächst in Moskau an und »rationalisierte« die Schenken zugleich, verbot nämlich Speiseverzehr und bequemes Mobiliar. Vereidete Aufseher, Kneipwächter mit Beamtenstatus, überwachten die Funktionsfähigkeit der neu geschaffenen öffentlichen Einrichtung, konfiszierten hausgebrannten Spiritus, schufen ein Klima der Gewalt und Bespitzelung und kontrollierten die Erfüllung des vorgegebenen Trinksolls. Der »Typus des korrupten, rücksichtslosen Kabak-Angestellten« war geboren.

Iwans Zwangsmaßnahme, durchaus ein Akt von foucaultscher Infamie, stellte die Reproduktion der Staatsapparate sicher, während die Reproduktionsfähigkeit der Bevölkerung schwand. Eine Gesellschaft säuft ab, ein Herrscher sieht Land: Im 17. Jahrhundert überziehen das Zarenreich unzählige Spelunken und Tankstellen, die immense Steuersummen akkumulieren. »Unter besondrem Sporn des Bereicherungstriebs« (MEW 23, p. 641) schwingt sich der Staat zum Ur- und Hyperkapitalisten auf und zwingt seinem Fußvolk die Buddel an die Lippen, gerät allerdings – Dialektik von Herrschaft und Rationalisierung – selbst in Abhängigkeit, eine allerdings nüchtern monetäre: »Eigenartig blieb die Abhängigkeit des Staates vom Wodka, die Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. 1859 machte der Wodkahandel 20 Prozent des inneren Warenumsatzes und fast 46 Prozent der Staatseinnahmen aus« (Margolina).

Eine Welt, zwei Sozialgeschichten des Alkohols: Hie, vorneweg in England unter der Last der Branntweinepidemie (das Festland und die USA reagieren notgedrungen später), von Industrieinspektoren und Produktionsmitteleignern, also der besitzenden und herrschenden Klasse forcierte, erpresserische Kontrolle, Domestizierung, Trockenlegung, der maßvolle Umstieg auf die organischen Alkoholika Wein und Bier, die traditionellen Kräftigungs- und Nährmittel; da, womöglich begünstigt durch die nachsichtige Haltung der russisch-orthodoxen Kirchen gegenüber den »Sorgenbrechern«, die Erhaltung und Ausdehnung vormoderner Sozialakte wie Zu- und Wetttrinken. Destillierter Alkohol sättigt und stärkt nicht, sondern stachelt auf und zehrt aus. Das wild reizende Fluidum wirkt, pharmakologisch betrachtet, dauerhaft stillegend.

Vielleicht spielt der russische Sonderweg in der wissenschaftlichen Rauschliteratur keine Rolle, weil er schwer zu begreifen ist. Staatlich zwecks Füllung der Kasse verordnete Wodkaexzesse zu jeder Zeit und (mittlerweile) an jedem Ort unterminieren alle Versuche, Arbeit und sog. freie Zeit zu strukturieren und zu verwalten (Stechuhr einerseits, rebellische Handlungen wie Blaufeiern und Maschinenstürmerei einhegende gewerkschaftliche Organisationen andererseits). Die Industrielle Revolution zerstörte ländliche Lebensformen (»Alles Ständische und Stehende verdampft«) und schuf eine neue Klasse (selbst-)bewußter Lohnabhängiger, der Wodka verlangsamte sämtliche gesellschaftlichen Verrichtungen und hielt den Menschen auf dem Hofe fest.

»Während Bier und Wein in Zügen getrunken wird und der Vorgang der Berauschung ein allmählicher ist, wird der Branntwein gekippt, und der Rausch ist die sozusagen schlagartige Folge. Einen Vorgang der Beschleunigung des Rausches stellt der Branntwein dar, innerlich verbunden anderen Beschleunigungsvorgängen der Moderne«, schreibt Wolfgang Schivelbusch (*Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft*, München/Wien 1980) über das England des 18. Jahrhunderts. Verkehrtes Rußland. Rußland erreichte nie das Durchgangsstadium der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren regulierenden Überbauten. Den Sprung vom zaristischen Absolutismus in den Sozialismus begleitete zwar der Akzelerierungsstoff Wodka. Indes, jene, die hätten produktiv gemacht werden sollen, schliefen am Tresen ein.

Rätselhaftes Rußland. Es stimulierte, erhob die Schnapsintoxikation zur »Staatspflicht« (Margolina): »Der russische Absolutismus bestrafte seine Untertanen ... für schlechte Trinkdisziplin.« Europa stranguliert die Abhängigen, indem es sie bildet und ihnen die abstrakte Freiheit der Arbeitsplatzwahl und der Gesangsstunde zubilligt, der russische Steuereintreiber statuiert »die ›freiwillige‹ Pflicht des Volkes, sich im staatlichen Lokal zu betrinken«, unter Aufsicht und zum Wohle der Autokratie.

Laut Spinoza anerkennt bereits der Knieende die Allmacht des Schöpfers; i. S. Iwans des Schrecklichen anerkennt der – resignierende – Wodkaabhängige die Unveränderlichkeit der Welt, mithin den Staat. Bis heute. Schon 1925 hatte man die Wodkaproduktion legalisiert, nachdem sie 1918 verboten worden war. 1982 trieb die sowjetische Administration ein Drittel ihrer Steuern bei den Säufern ein. Gorbatschow, der Retter des Vaterlandes, beherzigte Brechts spätes Diktum »Wozu

brauchen wir noch zu trinken, außer ihr wißt Getränke, die nüchtern machen« (*Me-ti – Buch der Wendungen*), appellierte 1985 via »Prawda« an wen auch immer: »Laßt uns mit der Vergiftung des Volkes aufhören« – und führte, trotz späterer Rücknahme der Alkoholkontingentierung, den Zusammenbruch herbei. Um zu retten, was nicht zu retten ist, stellte Ministerpräsident Primakow jüngst – seine erste Amtshandlung – das in einem schäbigen Akt des Liberalismus 1992 abgeschaffte Staatsmonopol für Alkoholika als Conditio sine qua non der russischen Volkswirtschaft wieder her.

Der Kreis schließt sich. Rußland schwankt im Circulus vitiosus der Selbstberauschung – eine tradierte und zugleich die »postsowjetische Realität, die ihren Ursprung im Trinkhaus hat« (Margolina). Just dort, wo Karl Kautsky, den Abstinenzlern um Viktor Adler scharf opponierend, 1891 den Hort politischer Reflexion und solidarisierender Geselligkeit erblickte, im Wirtshaus (»Die Politik der Bourgeoisie kann desselben entbehren, nicht aber die Politik des Proletariats«), stürzt für Rußland singular-strukturell alles zu Boden.

Der Arbeiter, erkannte Friedrich Engels, »verlangt mit Gewalt nach einem Stimulus von Außen; sein geselliges Bedürfnis kann nur in einem Wirtshaus befriedigt werden«. Wo aber keine Arbeit, mutiert der Kopf zum Schankraum, den es zu fluten gilt, und der Schankraum zum Strohhalm des Staates, der Schnapslachen und -leichen anzapft und aussaugt. Soweit, immerhin, hat es der (nachholende) Neokapitalismus gebracht – daß er nichts Neues gebracht hat.

---

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 12/98 über Verona Feldbusch

Konkret 01/99, S. 50

**Klaus Bittermann**

# Aktionspolitologie

**Das Leben des fröhlichen Anarchisten Dieter K., jetzt zu besichtigen in seiner Autobiographie »Leisten Sie keinen Widerstand!«**

Als im Mai 1967 das berühmte Flugblatt Nr. 8 »burn ware-house, burn!« der Kommune 1 in Umlauf gebracht wurde und die Berliner Staatsanwaltschaft auf Druck der empörten Springerpresse und Kaufhausketten Strafanzeige wegen Aufforderung zur Brandstiftung stellte, da hatte der in situationistischer Provokation geschulte Verfasser des Pamphlets Dieter K. genau die empfindliche Stelle der staatlichen Machtorgane getroffen, die auf derlei verbale Kraftrhetorik mit pawlowschen Reflexen reagierte. Die Drohung »Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?« wurde als Ankündigung einer Tat verstanden, obwohl man erst kurz vorher eine peinliche Schlappe einstecken mußte, als sich der Sprengstoff einer vom Berliner Staatsschutz aufgespürten Bombe auf den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey als Puddingpulver entpuppte.

Auch die Intellektuellen hatten ihre Schwierigkeiten mit jenen, die den Protest ernster nahmen, als es die demokratischen Spielregeln erlaubten. Als »pubertäre Erzeugnisse einiger verwirrter, schon ältlicher Knaben« tat Günter Grass die Flugblätter der K1 ab, und Walter Jens meinte: »Das ist verballhornter, mißverstandener Ionesco, das ist abgesunkenes Kultur-Gut, Gammler-Theorie, ... pubertärer Anarchismus.« Dieter K. verstand ausgezeichnet, die Institutionen bis auf die bürokratischen Knochen zu blamieren und das Establishment immer wieder so zu reizen, daß es heftig und blind um sich schlug. Seine Begabung lag, wie er in einer Selbsteinschätzung schrieb, »in der Produktion öffentlicher Erregung, im Kreieren von Happenings ..., die im Moment ihres Entstehens Neues hervorbrachten, etwas Unerwartetes und zugleich Flüchtiges, das sich durch seine Einmaligkeit dem Gedächtnis der Zeit und der beteiligten Individuen einprägte, sich aber nicht als käufliches Objekt auf dem Kunstmarkt in Bares ummünzen ließ«.

Der in einem behüteten Elternhaus im bigotten und spießigen Bamberg aufgewachsene Dieter K. brach von einem Tag auf den anderen seine Bankkaufmannslehre ab und trampte nach Paris, wo er einen Sommer lang mit den Clochards unter den Seine-Brücken hauste. In München traf er auf Gleichgesinnte, Künstler der Gruppe »Spur«, die durch Schwabinger Kneipen zogen, um die gleichnamige Zeitschrift zu verkaufen. Heimrad Prem, Helmut Sturm und Hans-Peter Zimmer, alle später hochdotierte Maler, eröffneten dem »Caféhausdiskutanten« die Welt der experimentellen, avantgardistischen Kunst, in deren Zentrum damals Asger Jorn stand. Dieter K. wurde kurzfristig Mitglied der »Situationistischen Internationale«. Das war die Zeit der theatralischen Gesten und großspurigen Manifeste, in denen mit der »substanzlosen modernen Kunst« abgerechnet wurde und die »Gaudi« als »höchstes Ziel« anvisiert wurde.

Die als »Schwabinger Krawalle« in die Geschichte der dämlichen und von Hans-Jochen Vogel verantworteten Polizeieinsätze eingegangenen Unruhen im Sommer 1962 waren für Dieter K. eine Art Anschauungsunterricht, wie auf Grund eines banalen Anlasses »Ruhe und Ordnung schnell in ein prächtiges Chaos umschlagen«. Auf der Suche nach diesem produktiven Chaos scharte Dieter K. Leute mit schlechtem Ruf um sich und gründete die »Subversive Aktion«, in der er u. a. zusammen mit Frank Böckelmann und Herbert Nagel versuchte, die Kritische Theorie mit der Propaganda der Tat zusammenzubringen. Als es nach dem Geschmack von Dieter K. trotz einiger Skandale und Justizgeplänkel zu wenig zur Sache, d. h. zur Praxis ging, kam es zum Zerwürfnis mit der Gruppe, die als »Mikrozelle der Studentenbewegung« (Wolfgang Kraushaar) gilt und die – wie Dieter K. etwas hämisch bemerkte – »in den folgenden Jahren aufrecht und wenig subversiv im akademischen Sumpf« verkam.

Böckelmann, der dies bestreitet, meint, ein politischer Mensch sei Dieter K. nie gewesen, vielmehr ein Aktionskünstler, der ein spielerisches Verhältnis zu den Mitteln der öffentlichen Provokation gehegt habe, einer, der vor allem auch den Hang der Linken zur bloß moralisch begründeten Empörung sarkastisch kommentierte, indem er einmal behauptete, er selbst hätte Benno Ohnesorg erschossen, damit die Genossen endlich einmal in die Gänge kämen.

Dieter K. zog es nach Berlin, um sich mit »den Ostlern« Rudi Dutschke und Bernd Rabehl zusammenzutun, die ihm in jeder Beziehung eigentlich hätten fremd sein müssen. Während »die Ostler« nämlich Marxismus-Leninismus büffelten und Studien über das Scheitern der Revolution 1918 betrieben, und das im Akkord, was frühes Aufstehen und frühes Zubettgehen bedeutete, lud Dieter K. erst um Mitternacht ins Café. Ausgerechnet mit Dutschke versuchte Dieter K., die lange und ausführlich diskutierte Idee einer Kommune in die Tat umzusetzen. Aber als es im Januar 1967 dann soweit war, hatte Gretchen ihren Rudi an die Leine genommen, der unter ihrem »gar nicht sanftem Druck« (Dieter K.) das Konzept der Kommune 1 verwarf. Nun begann das dreißig Monate währende Kommune-Experiment, in dessen Verlauf Dieter K., Fritz Teufel und Rainer Langhans zu Popstars der Bewegung wurden.

Aber das Klima der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wurde rauher, immer häufiger landeten die Protagonisten auch wegen frei erfundener Anklagen im Knast, während der antiautoritäre Impuls langsam in parteiorientierte Reformpolitik

versickerte. 1969 war für Dieter K. das Jahr der Unübersichtlichkeit und eines antisemitischen Coming outs. Es verschlug ihn in ein palästinensisches Ausbildungslager, aber sein Talent an der Waffe war äußerst mäßig, und schnell suchten seine Freunde Deckung, wenn er mit einer MP herumfuchtelte. Er riet den Berliner Genossen in der Untergrundzeitung »883«, endlich den »Judenknax« zu überwinden und sich der Sache der palästinensischen Befreiungsbewegung anzunehmen, denn nirgends wären die Guten und die Bösen so einfach auseinanderzuhalten. »Wenn wir endlich gelernt haben«, heißt es in einem Brief aus dieser Zeit, »die faschistische Ideologie ›Zionismus‹ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat.« Bevor es dann ernst wurde und die von Dieter K. ins Leben gerufenen »Tupamaros Westberlin« Unheil anrichten konnten, wurde er am 19. Juli 1970 auf dem Tempelhofer Flughafen verhaftet. Für fünf Jahre schaffte sich der Staat das Problem Dieter K. vom Hals, indem er ihn nach Moabit verbrachte.

Wie in vielen Umbruchsituationen trat Dieter K. im Knast die Flucht nach vorn an und landete in den Armen der kommunistischen Aufbauorganisation, die Anfang der siebziger Jahre die Reste der linken Bewegung aufsammelte. Natürlich fiel er mit seinem Engagement für die KPD weit hinter seine eigenen Einsichten der frühen Jahre zurück. »Radikale Kritik ist die Identität von Denken und Sein, und sie verbietet, nur geduldiges Papier auf den Markt zu werfen.« Unter dieser Prämisse wandelte sich Dieter K. zum hundertprozentigen Kader, wie er vorher hundertprozentiger Kommunarde gewesen war. »Ich akzeptiere keine Kritik an der KPD mehr, die von außen kommt«, und: »Diese dahinkreuchenden Reste der antiautoritären Bewegung stehen mir bis zum Hals«, so hörten sich nun die hinausgebellten Kommandomitteilungen an, in denen nichts mehr an den Zauber erinnerte, den einmal Louis Malles »Viva Maria« auf Dieter K. ausgeübt hatte, als er fest davon überzeugt war, daß Revolution Spaß machen und 1860 München gewinnen müsse.

Glücklicherweise ging auch diese Ära zu Ende. Sie wurde abgelöst von der Ära der Alternativen, die in Berlin eine Partei mit dem Namen Alternative Liste hervorbrachte. Ein neuer Trend, und schon saß Dieter K. wieder ganz vorne in der Führerkabine des Zuges und betätigte alle möglichen Geschwindigkeits- und Warnsignalhebel. Vom Sommer 1983 bis März 1985 war er Abgeordneter der AL und stürzte sich mit Eifer darauf, »dem Parlament seine ursprüngliche Bestimmung als Tribüne politisch konträrer Meinungen zurückzugeben«. Als Vertreter der AL war Dieter K. das Kuckucksei in den heiklen Innen- und Rechtsausschüssen, in denen vorher die bürgerlichen Parteien unter sich waren. »Dieter K. hat mich Jahre meines Lebens gekostet«, bekannte der rechtslastige damalige Innensenator Heinrich Lummer, der die Anfang der achtziger Jahre besetzten Häuser räumen ließ, während Dieter K. sich vor die Hausbesetzer stellte und der Polizei seine Abgeordnetenmarke unter die Nase hielt. Jörg Fauser erinnerte sich an eine typische Szene im Abgeordnetenhaus, als Dieter K. dem »schweißgebadeten Regierenden Bürgermeister« »Lüge! Lüge! Lüge!« zurief: »Es war«, schreibt Fauser in »Bürger Kunzelmann«, »ein großer Augenblick, fand ich, das Alte Testament hatte Eingang gefunden in das Hohe Haus, ein Blitz war niedergefahren, Politik war ein schmutziges Geschäft, Politik war Lüge, es stand ihnen allen auf der Stirn geschrieben, und der Bürger Dieter K. wurde aus dem Saal entfernt.«

Vielleicht aus dieser Zeit rührte Dieter K.s inniges Verhältnis zum Berliner Bürgermeister, den er spöttisch »das Diepgen« nannte und immer wieder mit Eierwürfen traktierte. Die Justiz ließ sich nicht lumpen. Ein knappes Jahr Gefängnisstrafe sollte der inzwischen 58jährige Dieter K. antreten. Das wollte er sich nicht mehr antun. Er wurde bereits mit Haftbefehl gesucht, als er am 2. November 1997 in den Zug nach Kopenhagen stieg. Einmal wurde er noch gesehen, als er mit detaillierten Anweisungen dem Verleger das handgeschriebene Manuskript seiner Autobiographie überreichte, die jetzt erschienen ist – eine überraschend gut zu lesende und mit Selbstironie verfaßte Abschiedsrede eines Mannes, der immer nur Flugblätter und Pamphlete geschrieben hatte. Seither hat trotz intensiver Suche nach seinem Verbleib niemand mehr von ihm gehört. Als dann eine Todesanzeige erschien mit dem Text »nicht nur über sein Leben, auch über seinen Tod hat er frei bestimmt«, glaubte zunächst jeder an einen weiteren makabren Scherz, und das Gerücht ging um, daß er zu Ostern seine Auferstehung feiern würde. Aber Dieter K. blieb verschwunden. In der Widmung seines Buches heißt es: »Die Freude und die Schande meines Todes vermache ich der Moabiter Justiz in Berlin-Tiergarten, die eines Stammkunden verlustig ging«, geschrieben in Island im Frühjahr 1998. Das letzte Lebenszeichen.

Niemand weiß, ob Dieter K. Selbstmord begangen hat. Auch Ulrich Enzensberger nicht, der als frühes K1-Mitglied einen Nachruf verfaßt hat und meint, daß es vorstellbar wäre. K. hatte kein Geld, kein Einkommen, ein Zimmer ohne Möbel, er wurde polizeilich gesucht. Die ruinierte Gesundheit erlaubte ihm nicht, der einzigen Tätigkeit nachzugehen, auf die er sich wie kein zweiter verstand und für die man sich nicht durch ein Hochschulstudium qualifiziert. Seine Kunst des politischen Happenings im öffentlichen Raum hatte dem »Mufti des Chaos« keinen Reichtum und keine Anerkennung eingebracht, und auch sein Ruhm, der in Schlagzeilen der »Bild«-Zeitung bestand, war flüchtig und von eher zweifelhafter Natur. Im Gegensatz zu vielen ehemaligen Mitstreitern konnte er keine Lorbeeren einheimsen, denn als Fachmann auf dem Gebiet »Ärger« und »Unruhe stiften« machte er sich keine Freunde in etablierten Kreisen. Sein Lieblingsbuch war *Moravagine* von Blaise Cendrars, der seine Irrfahrt mit einem Mörder und Terroristen beschreibt – ein vielschichtiger Roman, den Dieter K. wie ein Lehrbuch für die Selbstmythisierung gelesen haben dürfte, die er immer betrieben hat. »Ich habe allen

meinen Freunden die Frage gestellt: Seid ihr bereit, auf der Stelle zu sterben? Keiner hat mir je geantwortet. Ich bin bereit«, heißt es darin, und dieser verrückte Existentialismus, diese heroische Selbstinszenierung, dürfte ganz nach dem Geschmack von Dieter K. gewesen sein.

P.S. Im Club der ehemaligen Freunde Dieter K.s, der sich bei der Buchpremiere zusammengefunden hatte, wurde gemunkelt, daß Kunzelmann doch wieder auferstehen werde. Zumindest einige der anwesenden Veteranen, die damit rechnen hätten müssen, mit frischen Landeiern garniert zu werden, dürften froh gewesen sein, daß es an diesem Abend noch nicht soweit war.

Dieter Kunzelmann: *Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben.* Transit, Berlin 1998, 208 Seiten, 38 Mark

Konkret 01/99, S. 52

**Jens Hoffmann**

# buch & deckel

**Arnold Zweig: Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Aufbau Verlag, Berlin 1998, 441 Seiten, 68 Mark ( Subskriptionspreis 58 Mark)**

?*Bilanz der deutschen Judenheit 1933* erschien erstmalig im April 1934 bei Querido in Amsterdam. Das von Hannah Arendt in Paris bearbeitete Manuskript hatte Zweig zunächst als Kampfschrift gegen die antisemitische Propaganda Nazi-Deutschlands konzipiert. Während der Ausarbeitung geriet die *Bilanz* mehr und mehr zu einer Verteidigungsschrift der deutschen Juden und einem Kompendium ihrer gesellschaftlichen Leistungen. Diese Veränderung war politischen Tatsachen geschuldet, die Zweig zwar zur Kenntnis nehmen, mit kämpferischen Worten aber nicht ändern konnte. Daß sich in Nazi-Deutschland niemand mit den angegriffenen Juden solidarisieren mochte, war für Zweig, der sein Leben lang nicht müde wurde, »das demokratische, das wahre, das ewige Deutschland« zu beschwören, eine bittere, aber nicht mehr zu leugnende Erkenntnis. Zweig sah wohl keine andere Möglichkeit mehr, als die zum Tod Verurteilten durch die Aufzählung ihrer Qualitäten zu verteidigen. Die einzige Qualität aber, für die sich die deutschen Henker noch interessierten, war die ihrer Tötungsmaschinerie.

Über die Wirkung der *Bilanz* scheint sich Zweig nur wenig Illusionen gemacht zu haben. »Verspätet« nennt er ihr Erscheinen bereits in der Vorrede. Erst 1937 wird die einzige Übersetzung des Buches in London veröffentlicht. Zu einer in der DDR der 50er Jahre geplanten Neuauflage kam es nicht. Man mochte dort den Namen Trotzki nur in denunziatorischem Zusammenhang gedruckt sehen und mißbilligte überdies Zweigs parteiische Verteidigung zionistischer Politik. In der BRD wurden 1961 knapp 300 Nachdrucke der Erstausgabe verkauft. »Resonanz gleich Null!« schrieb der Verleger Melzer an Zweig.

Die in der *Bilanz* vorgenommene Analyse antisemitischer Affekte greift u. a. auf Überlegungen Freuds aus den frühen 30er Jahren zurück, die schließlich in *Der Mann Moses und die monotheistische Religion* (1939) veröffentlicht worden sind. Der Antisemitismus der sich selbst gern als Heiden bezeichnenden Deutschen wird in beiden Werken nicht allein als antijüdische, sondern generell antichristliche Gewalt begriffen. Den Nazi-Deutschen sei es gelungen, ihren auf die Auslöschung der Juden zielenden Hass anzuschließen an das alte Ressentiment der unterworfenen Germanen gegenüber dem Christentum und seinen jüdischen Bestandteilen.

Begreiflicherweise hat sich die geringe Distanz zu den Ereignissen in Nazi-Deutschland auf die analytische Qualität der *Bilanz* ausgewirkt. Das Publikum erfährt zuweilen mehr über Zweigs Wunschbild von Deutschland als über dieses selbst: »Hier hat ein Parteiheer ein gesittetes Land überfallen, hier herrscht eine Soldateska über ein wehrloses Bürgertum.« Und auch im weiteren Verlauf weiß Zweig noch oft zwischen den »unheilbaren«, ihren Wahn mit allen Mitteln verteidigenden »Psychotikern« im Zentrum der NSDAP und der von diesen Psychotikern angezogenen, kurierbare Neurosen aufweisenden Bevölkerung zu unterscheiden. Klar und illusionslos hingegen ist die *Bilanz* gegenüber jeder Form von Antisemitismus.

»Die Menschheit braucht Juden!« schreibt Zweig im letzten Teil des Essays. Und auf den als Feststellung formulierten Wunsch folgt die bittere Beschreibung der Situation: »Sie braucht uns, um ihre üblen Affekte an uns abzureagieren. Sie braucht uns, um zu offenbaren, wie reif oder unreif sie wirklich sei – jenseits aller Phrasen. Der Deutsche zum Beispiel ist so, wie er sich dem Juden gegenüber benimmt – Warnung für jedermann.«

**Isaac B. Singer: Das Visum. Roman. Carl Hanser Verlag, München/Wien 1998, 272 Seiten, 38 Mark**

?Eine Nervensäge tritt auf. Der achtzehneinhalbjährige Jude David Bendiger kehrt 1922 in seine Geburtsstadt Warschau zurück. Nach vier Jahren Landleben in einem galizischen Dorf, nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst, nach vielen gelesenen Büchern und einigen Versuchen als Schriftsteller weiß er nicht so recht, was er mit sich anfangen soll. Ein Bekannter bietet ihm ein Visum für Palästina an. Bendiger verspricht, die für die Ausreise nötigen Papiere aufzutreiben, obwohl er zwischen sich und den zionistischen Pionieren kaum Gemeinsamkeiten feststellen kann. Im Gegensatz zu diesen raucht er keine Zigaretten und trägt keine am Kragen geöffneten Hemden. Ein Kommunist mag er nicht sein. An die Gebete in der Synagoge kann er nicht mehr glauben. Er diskutiert mit Spinoza und leugnet manchmal die Existenz von Zeit und Raum. Er ist so witzig wie ein mit Watte gefülltes Bonbon.

Singer malt seinem David Bendiger ein kunstvoll verwackeltes Grinsen unter die Nase und stülpt ihm die gute alte Pechvogelmütze über den Kopf. Danach stupst er ihn an und läßt ihn durch eine Welt trudeln, in der auch Armut, Furcht, Verzweiflung und Antisemitismus noch zu genießen sind, weil sie in einer Masse wohltemperierten Kitsches aufsteigen wie Luftblasen in köchelndem Sirup. In dieser Welt treiben die »Freuden der Liebe« einträchtig neben von der Kabbala träumenden jüdischen Babies, antisemitischen Halbwüchsigen, fetten Kindheitsgerüchen und eingefrorenen

Wasserleitungen dahin. »Das Leben« läßt sich hier »verrückte Situationen« einfallen und »das Schicksal« spielt selbstverständlich »Streiche«.

Gedanken können an dieser sentimentalen, Zuckerfäden ziehenden Kitschwelt nur abprallen. Statt dessen sind in *Das Visum* ausschließlich schmunzelnd vorgebrachte Ideen zugelassen, die sich gegenseitig auslöschen. Revolution? Konterrevolution? – »Das läuft auf das gleiche hinaus«, sagt Bendiger. Beides ist willkommen, weil es die geschlossene Welt von *Das Visum* ohnehin nicht berühren kann.

**Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Luchterhand Verlag, München 1998, 191 Seiten, 29,80 Mark**

?Die methodische Basis von Amerys Essay ist es, »Hitler so wörtlich wie möglich zu nehmen«. Er hat diese Wahl getroffen, um erstens »die Shoa aus dem Nebel der geschichtlichen Bedeutungsleere herauszuholen«, und um zweitens vor noch immer wirksamen Bestandteilen der »Hitler-Formel« zu warnen. Der wackere Christenmensch Amery löst selbstverständlich beide Aufgaben ohne Probleme. Die »Hekatomben von Auschwitz« seien »Hitlers grausamer Göttin«, der Natur, »dargebracht« worden. Es habe die Vernichtungslager gegeben, um das »Trägervolk« des Humanismus, die Juden, auszulöschen. Deren Auslöschung sei notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung des antihumanistischen, hitlerschen Naturgeschichtsplanes gewesen. Diese Verwandlung von Wahn in Bedeutung ist zurückzuweisen.

In den abschließenden vier Kapiteln des Essays widmet sich Amery der Biosphäre und deren Bedrohung durch die »Hitler-Formel«. Er sieht »uns schon mitten in einem Selektionsprozeß, den die Königin der Weisheit gegen unsere Spezies eingeleitet hat«. Alle sind komplett bescheuert. »Die Sahara schreitet unerbittlich nach Süden fort ... Sexual- und Geschäftsmoral sind so gut wie inexistent geworden ... die letzten majestätischen Hochwälder ... liefern Holzschnipsel für ... immer dicker werdende Zeitungen.« In Gestalt von Börsianern oder Medien-Yuppies lauere »der fahle Sozialschädling« an jeder Ecke auf das »deutsche Verantwortungsgefühl«, das aber kaum noch »einen Schuß Pulver wert« sei. Die »schnauzbärtigen Latinos« mögen Hitler, und »ein vietnamesischer Mischling, der es bis zum juristischen Maître in Frankreich gebracht hatte und offensichtlich ein sehr intelligenter Mann ist«, verteidigt Klaus Barbie vor Gericht. Inmitten des globalen Teufelswerks kann sich Amery nur noch auf »Urmutter Eva« verlassen. Diese immerhin »steigt schwarz und schön aus dem Tanganjika-Graben«.

In Carl Amerys Briefkasten herrscht Gedränge. Die Zeitungen fallen nicht mehr so schön wie früher auf die Fußmatte. Er kann das nicht mehr ertragen und möchte etwas tun. Lassen Sie ihn.

Konkret 01/99, S. 54

**Viktor Otto**

# »Haß gegen das Judentum«

**Gustav Stresemanns Agitation gegen das »Berliner Tageblatt«, Kurt Tucholsky und die Juden**

Nach Gustav Stresemann hat man eine wichtige Phase deutscher Außenpolitik benannt: Die Jahre der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung in der Weimarer Republik heißen nach ihm »Ära Stresemann«. Beginnend mit der Einführung der Rentenmark unter dem neugekürten Reichskanzler Stresemann im Jahre 1923, endete sie wenige Tage nach dem Tode des Außenministers Stresemann mit dem Schwarzen Freitag 1929. Für die gemeinsam vorangetriebene Aussöhnungspolitik teilte sich Stresemann 1926 mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis.

Der deutschen Außenpolitik gilt Stresemann auch heute noch als Leitbild. Man rühmt in ihm den Pionier der europäischen Völkerverständigung und den Staatsmann, der die labile Weimarer Republik zumindest für einige Jahre einigermaßen im Gleichgewicht zu halten vermochte. Gerade in Stresemanns Kompromißbereitschaft und seinem ausgleichenden Taktieren hingegen sahen seine Kritiker Prinzipienmangel und Führungsschwäche. 1920 beklagte sich Carl von Ossietzky über Stresemann und die von diesem gegründete Deutsche Volkspartei: »Herr Stresemann ist gewandter Politiker in des Wortes nicht erquicklicher Bedeutung. Ein spumöser Rhetor. Sonst nichts. Sein Programm ist die Programmlosigkeit. Seine zentrale Idee die Ideenlosigkeit. Er ist bereit zu jedem Mischmasch. Bald verspricht er eine Politik ohne Kompromisse und bald eine Politik mit allem und jedem. Er beschwört mit stolzen Worten die liberalen Traditionen seiner Partei und erhitzt sich im gleichen Atemzuge teutonisch und antisemitisch.«

Ossietzkys Vorwurf der Deutschtümelei hatte zu diesem Zeitpunkt seine volle Berechtigung, zumal Stresemanns politische Agitation bis Anfang der zwanziger Jahre radikal nationalistisch und alles andere als demokratiefreundlich war: Vor dem Krieg war Stresemann Vorsitzender der nationalliberalen Reichstagsfraktion und befürwortete die wilhelminische Kolonialpolitik. Während des Krieges war er enthusiastischer Annexionist und begeisterter Verehrer der Obersten Heeresleitung, was ihm den Beinamen »der junge Mann von Ludendorff« einbrachte. Stresemann kämpfte im Parlament für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und gegen einen Verständigungsfrieden. Nach dem Krieg schuf Stresemann aus dem rechten Flügel der ehemaligen Nationalliberalen Partei die monarchistisch orientierte Deutsche Volkspartei. Den rechtsnational-monarchistischen Kapp-Putschisten begegnete Stresemann im März 1920 mit offenem Wohlwollen, war aber bemüht, sich nach dem Zusammenbruch des Aufstandes schnell wieder mit der Regierung gut zu stellen. Wahrscheinlich war es diese zweideutige Haltung gegenüber Verfassung und Republik während des Kapp-Putsches, die Ossietzky wenige Wochen später zu seinem vernichtenden Urteil kommen ließ. Aber Antisemit? Stresemann war mit einer Jüdin verheiratet und hatte deswegen auch mehrere Hetzkampagnen von völkischer Seite über sich ergehen lassen müssen. Wie kam Ossietzky dazu, Stresemann als Antisemiten zu bezeichnen?

Vielleicht hatte Ossietzky Kenntnis von einem Artikel, der am 7. Mai desselben Jahres anonym in der rechtsnationalen »Deutschen Zeitung« erschienen war und den Titel »Die wirklichen Ursachen des Antisemitismus« trug. Und vielleicht wußte Ossietzky auch, wer ihn geschrieben hatte – möglicherweise sogar von seinem Kollegen Kurt Tucholsky, den Ossietzky im Vorjahr im Friedensbund der Kriegsteilnehmer kennengelernt hatte und der in dem genannten Artikel wüsten antisemitischen Angriffen ausgesetzt war.

Erst jetzt ist es den Tucholsky-Forschern Antje Bonitz und Ingeborg Meyer-Voth gelungen, dem Text einen Verfasser zuzuordnen: Anhand eines überlieferten Typoskripts läßt sich die Autorschaft Stresemanns eindeutig beweisen. Obwohl der Nachlaß des Politikers seit Jahrzehnten zugänglich ist, hat die Stresemann-Forschung dieses Dokument bislang vollständig ignoriert.

Der Artikel erschien einen Monat vor den Wahlen zum ersten Reichstag der jungen Republik. Der Hauptkonkurrent der von Stresemann geführten Deutschen Volkspartei war die Deutsche Demokratische Partei, die sich ebenfalls vordringlich an das liberale Bürgertum wandte, aber im Gegensatz zur DVP fortschrittlich und demokratisch ausgerichtet war. Publizistisches Sprachrohr der DDP war das »Berliner Tageblatt«. Als Wochenbeilage dieser Zeitung erschien das Witzblatt »Ulk«, für das Tucholsky verantwortlich zeichnete. Stresemann hatte wiederholt gegen das »Berliner Tageblatt« und den »Ulk« gewettert.

Bonitz und Meyer-Voth decken nun die Vorgeschichte des Artikels in der »Deutschen Zeitung« auf: Sie benennen Stresemanns Informanten, durchleuchten wechselseitige Animositäten und Ressentiments und lassen so das Bild einer kleinen Verschwörung entstehen. So wurde Stresemann über mehrere Mittelsmänner ein Brief Tucholskys zugespielt, den jener dann in seinem Artikel zitierte. Tucholsky, der einen Presseausschnittdienst beauftragt hatte, wird nicht schlecht gestaunt haben, als er seinen privaten Brief an einen Dritten in der »Deutschen Zeitung« angeführt fand.

Möglicher Anlaß für Stresemanns Artikel war eine kleine fingierte Anzeige, die im April im »Ulk« erschienen war und auf Stresemanns widersprüchliches Verhalten während des Kapp-Putsches anspielte: »Wohnungsnot. Suche bescheidenes

Plätzchen auf dem Boden – der jeweilig gegebenen Tatsachen und bitte um stets recht schnelle Benachrichtigung an die Deutsche Volkspartei z. H. des Herrn Dr. Stresemann.«

Stresemann beginnt seinen Artikel in der »Deutschen Zeitung« mit der beliebten Beschwörung der »roten Gefahr«, der Warnung vor der Bolschewisierung Deutschlands. In dem Generalstreik, der den Kapp-Putsch stoppte, sieht er »die Gefahr der Stunde«. Zeugt es schon von einer recht eigentümlichen Weltsicht, einen Generalstreik, der gleichermaßen von Arbeitern wie Angestellten und Beamten getragen wurde und der Abwehr republikfeindlicher Extremisten galt, mit rotem Terror zu parallelisieren, so outet sich der Autor bereits als derber Antisemit, wo er von den »Ereignissen der letzten Wochen« spricht, »wo sich das jüdische Bürgertum und das Militär als Todfeinde gegenüberstanden«. Der Generalstreik geht laut Stresemann nicht allein auf das Konto der Bolschewisten, sondern auch auf das des Judentums und letztlich auch das der »demokratischen Seite«.

Stresemann greift hier auf Stereotypen zurück, die nach der russischen Oktoberrevolution entstanden waren und erst im Dritten Reich ihre volle Wirkungsmacht entfalten sollten: die nebulöse Verquickung der Feindbilder Judentum, Bolschewismus und Demokratie. In dem Generalstreik sieht Stresemann nicht die erfolgreiche Verteidigung einer doch eher schwachen Republik, sondern den Totengräber Deutschlands: Der Kapp-Putsch habe zwar den »selbstmörderischen Kampf« des deutschen Bürgertums eingeleitet, der Generalstreik aber habe ihn vollzogen. Durch diese radikale Abwertung des Generalstreiks versucht Stresemann, die Gefährlichkeit des Kapp-Putsches zu relativieren. Letztlich hätten Kommunisten, Demokraten und Juden die Hauptverantwortung für die Labilität der deutschen Zustände zu tragen.

Die politische Differenz zwischen Kapp-Putsch und Generalstreik bezeichnet Stresemann als »tiefen Riß«, der durch das deutsche Bürgertum gehe und den es zu schließen gelte. »Der wahre Grund für diesen tiefen Riß sind die Äußerungen semitischen und antisemitischen Rassenhasses, wie sie stärker und stärker hervortreten.« So wie Stresemann den Kapp-Putsch durch das Verächtlichmachen des Generalstreiks aufwerten möchte, verharmlost er den Antisemitismus, indem er kurzerhand einen »semitischen Rassenhaß« erfindet.

Hüllt Stresemann seine Meinung zunächst noch in eine verquere Form von Dialektik, indem er Generalstreik gegen Kapp-Putsch und »Semitismus« gegen Antisemitismus aufrechnet, so nennt er im folgenden das Kind beim Namen: »Aus weiten Kreisen des deutschen Bürgertums mit Einschluß unserer deutschen jüdischen Mitbürger, die sich ein sachliches und ruhiges Urteil bewahrt haben, wird die Ansicht laut, daß die maßlose und wahnsinnige Hetzarbeit des ›Berliner Tageblatts‹ und seines Beiblattes ›Ulk‹ diesen unsinnigen Zersetzungsprozeß zum größten Teil provoziert haben.« Damit macht Stresemann die Berichterstattung einer linksliberalen Tageszeitung zur Ursache des Antisemitismus im Deutschland der Nachkriegszeit: »Beispiele sollen uns zeigen, in welch sinnlos niedriger Weise das ›Berliner Tageblatt‹ den Antisemitismus provoziert und damit den Riß im deutschen Bürgertum vergrößert.«

Stresemann beschäftigt sich nun mit mehreren Karikaturen, die im »Ulk« erschienen waren. Eine Titelzeichnung, welche die ausbeuterische Politik der Großagrarier aufs Korn nimmt, kommentiert Stresemann mit der Frage: »Und dann soll man sich wundern, wenn angesichts einer solch niedrigen Unterstellung die Landwirtschaft empört den ›Juden‹ in den Städten die Ablieferung der Lebensmittel verweigert?« Die Bemühungen zahlreicher Militärs, ihre Posten auch nach Ende des Krieges zu behalten, ist Gegenstand eines anderen von Stresemann beanstandeten Bildes: »Muß man es nicht verstehen, wenn die Reichswehr-Offiziere, die Blut und Leben gegen den roten Terror einsetzen, sich bedanken, weiter für die Interessen des jüdischen Bürgertums gegen den Bolschewismus zu bluten?« Schließlich verurteilt Stresemann eine Karikatur Wilhelms II. mit den Worten: »Was braucht man sich über den Haß gegen das Judentum zu wundern, wenn das Empfinden der monarchisch und der christlich denkenden Teile unseres Volkes in derartig empörender Weise verhöhnt wird.«

Stresemann entwirft das Phantombild des jüdischen Parasiten, der sein Wirtsvolk beherrscht und aussaugt. Er suggeriert ferner, daß Kritik an Kapitalismus, Militär und Monarchie eine rein jüdische Angelegenheit sei. Personifiziert sieht er den »semitischen Rassenhaß« in Kurt Tucholsky, der nicht nur als Chefredakteur des »Ulk«, sondern auch als Mitarbeiter der »Weltbühne« gegen deutsche Werte hetze. Als Beweis gilt Stresemann ein Satz aus dem bereits genannten Brief Tucholskys an einen Kollegen: »Die subtile Pietät, die unendliche Seelenfeinheit und die zarte Rücksichtnahme, die allemal dann einsetzt, wenn die alten schlechten Ideale einer noch nicht genügend zerstörten deutschen Welt auch nur leise angetastet werden, erinnern fatal an die Gefühlsäußerungen eines Spießers, dem auf die Hühneraugen getreten worden ist.« Stresemann folgert: »Aus dem angeführten Satz des Briefes ergibt sich klipp und klar die Planmäßigkeit eines rassejüdischen Kampfes gegen das Deutschtum, der tiefe Abscheu des Fremden gegen eine ihm innerlich verhaßte Kultur. Die Folgerung für die deutsch empfindenden Kreise unseres Volkes aus solchen Schlaglichtern ist klar.«

Zwei Jahrzehnte später sollte die »Folgerung für die deutsch empfindenden Kreise« physische Vernichtung heißen. Stresemann strickte voller Emphase mit an der Mär von der jüdischen Weltverschwörung, die ein Jahr vor Stresemanns Artikel durch die ins Deutsche übertragenen *Protokolle der Weisen von Zion* neu belebt worden war.

Quelle: Antje Bonitz und Ingeborg Meyer-Voth: »Gustav Stresemann ›auf der Tigerjagd‹ oder: ›Die wirklichen Ursachen des Antisemitismus‹. Zu einem Brief Kurt Tucholskys im Nachlaß Stresemann«. In: »Tucholsky-Blätter« 8 (1998), Heft 20. Bezug über: »Tucholsky-Blätter«, Postfach 640133, 10047 Berlin

---

Viktor Otto ist Mitarbeiter der Kurt-Tucholsky-Forschungsstelle an der Uni Oldenburg

Konkret 01/99, S. 56

**Kurt Pätzold**

# Der Platz des Führers

**Erstmals versucht ein Historiker, das Leben Adolf Hitlers und die Geschichte der Deutschen zusammenzuführen. Über Ian Kershaws Hitler-Biographie**

Wer heute das Amphitheater in Aspendos unweit der türkischen Mittelmeerküste besichtigen will, dem bleibt nur der Eintritt über die Bühne. Darauf mag er sich mit etwas Phantasie mitten unter den Mimen wähnen. Ähnlich ergeht es dem Historiker, der sich entschieden hat, für die »Besichtigung« der NS-Herrschaft den biographischen Einstieg zu wählen: Er gelangt mitten unter die »Hauptdarsteller«.

Dieser Weg ist immer auch auf Skepsis gestoßen. »Der biographische Ansatz kann eine extreme Personalisierung komplexer Prozesse nicht vermeiden und reduziert solche Probleme auf Fragen zu Hitlers Persönlichkeit und Ideologie«, schrieb Ian Kershaw 1988. Damals untersuchte der britische Historiker zwei konkurrierende Sichtweisen des Nationalsozialismus, die »intentionalistische« und die »strukturalistische«. Deren Vertreter lagen im Clinch. Kershaw erörterte Vor- und Nachteile ihrer Resultate und versuchte, eine Synthese von »Intention« (des Führers) und »Struktur« (des NS-Systems) zu formulieren. Das war kein Rat zu Versöhnlertum oder Eklektizismus. Kershaw stimmte Tim Mason zu, daß das »Dritte Reich« einen klassischen Beweis für den Marxschen Satz geliefert habe: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« Damit war der exkulpierende Versuch, Hitler und seine Weltanschauung als alleinige Quelle des Geschichtsprozesses vorzuführen, abserviert.

Nun ist Kershaw selbst unter die Hitlerbiographen gegangen und wird an den Grundsätzen gemessen, die er vor einem Jahrzehnt für die Hitlerforschung formuliert hatte. Auf sein Vorhaben, berichtet er, habe er sich nur zögernd eingelassen. Nochmaliges Lesen der Biographien Bullocks (1952) und Fests (1973) habe ihn jedoch überzeugt, daß Platz für eine »neue Biographie« entstanden sei. Nicht, daß Historiker über neue Quellen verfügen könnten. Zu den lange bekannten seien als bedeutende nur die Goebbels-Tagebücher und die Hitler-Reden aus den Jahren bis 1933 hinzugekommen. Doch sei der Fortschritt der Forschung enorm. Er rege neue Interpretationen an. Sein Buch nennt Kershaw eine »sozialgeschichtlich orientierte Biographie«.

Dem vorliegenden Band hat Eberhard Jäckel, der sich in der auf Hitler zentrierten Historiographie einen Namen machte, ein hochlobendes Vorwort gestiftet. Dieser Text wird auf dem Buchumschlag zwecks Reklame teilabgedruckt. Offenbar soll niemand vom Kauf des Buches abgeschreckt werden. Auch Kershaw konturierte bei einer Vorstellung seines Werkes in Berlin seine Position gegen andere Biographien nicht scharf. Aber Blickverengung auf Hitlers Eigenschaften, Fähigkeiten, Psyche, Charakter, Krankheiten, Lebensgewohnheiten sowie die »Schlüssellochperspektive« (Christopher Browning) sind seine Sache nicht. Prompt folgten aus dem Munde von deren Liebhabern die Benotung »nichts nennenswert Neues«, der Vorwurf »Materialschlacht der Stoffhuberei« und der Ruf: Lest Fest.

Hitler, der vor 1914 in der Politik des Reiches undenkbar gewesen sei, könne nicht »aus Hitler« erklärt werden, schreibt Kershaw einleitend. Er ließe sich nur in und aus jenen deutschen Zuständen begreifen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten und ein Jahrzehnt später in ihre letale Krise gerieten. Hitler sei das Produkt einer Epoche gewesen. Für sie findet sich bei Kershaw kein Name. Er sagt von ihr, Hitler habe sie auch zerstört. Doch sei der Mann nicht nur Ab- und Ausdruck von Zeitkräften gewesen. Er sei weder als »schwacher Diktator« (Hans Mommsen) noch als »allmächtiger Meister« zu begreifen. Seine Spur in der Geschichte des Jahrhunderts bilde keine Episode. Das erweise die Faszination, die von ihm bis heute ausgehe. Sie überträfe selbst jene von Stalin, Kennedy, Churchill oder Mao. Hitler sei aus der Geschichte des deutschen Faschismus nicht herauszunehmen, ohne ihn hätte es keinen »Polizeistaat à la Himmler«, keinen Krieg dieses Ausmaßes, keinen »Holocaust« gegeben.

Kershaw sah sich wie jeder Biograph Hitlers vor dem Problem, daß sich sein Objekt, vom Zeitpunkt, da es zum Parteiführer wurde, bis an sein Lebensende zwar, um im eingangs benutzten Bilde zu bleiben, auf der Bühne beobachten läßt, aber jeder Zugang in seine Garderobe versperrt ist. Kein Privatbrief, keine flüchtige Aufzeichnung in einem Tage- oder Notizbuch, kaum eine Randbemerkung auf Briefen, keine Zeichnung, kein Gemälde von seiner Hand, nicht einmal eine von ihm »geknipste« Fotografie ist überliefert. Das hat zu dem Urteil geführt, wer sich auf diesen Mann einlasse, befasse sich mit einer Unperson. Während sich von manchen Politikern sagen ließe, daß ihr Privatleben in die Politik hineinrage und aus ihm auch öffentliche Verhaltensweisen erwüchsen, gelte – so Kershaw – für Hitler das Umgekehrte: Er habe sein privates Dasein politisiert. So kann auch Kershaw Hitler vor allem durch seine Entscheidungen, Handlungen und Wirkungen »vorführen« – wenn auch die Bestimmung des spezifischen Anteils des »Führers« an den Aktivitäten des »Dritten Reichs« dadurch erschwert wird, daß zufriedenstellende Lebensbeschreibungen über Göring, Heß, Goebbels, Schacht und weitere seiner Mitführer noch fehlen.

Kershaws zentrale Fragen lauten: Wie konnte dieser Mann auf seinen Platz gelangen? Wer und was ermöglichte ihm die Verwirklichung seines spätestens 1924 gefaßten Vorsatzes, der »Führer« nicht nur einer Partei, sondern der »Nation« zu werden und in die Geschichte einzugehen? Die Antworten, sagt Kershaw, liegen nur zum geringeren Teil in Hitlers Person. Daraus leitet sich der hier erstmals in der Geschichtsschreibung unternommene Versuch her, Entwicklung und Aufstieg Hitlers und die Geschichte der Deutschen zusammenzuführen. Er befreit Leser aus der mißlichen Lage, anhand von mindestens zwei Büchern zusammenzudenken, was die Historiker bisher nicht zusammenzubringen vermochten. Dieses Verfahren hat seinen Preis nicht nur im Buchumfang. Passagenweise gerät Hitler in den Hintergrund der Abhandlung und muß aus ihm erst wieder hervorgeholt werden.

In den einleitenden Kapiteln erörtert Kershaw bekannte und letztlich nicht befriedigend zu beantwortende Fragen: Was nahm Hitler an weltanschaulicher Prägung aus Wien nach München mit? Wann wurde er Antisemit? Wie bildeten sich seine Lebensgewohnheiten heraus? Wie und wo entdeckte er seine Fähigkeit als Redner? Doch hält sich Kershaw dabei, gemessen an der Vorliebe anderer, nicht übermäßig lange auf. Vor der »Machtergreifung« sind es die beiden dramatischen Phasen der Karriere, welche die Höhepunkte seiner Darstellung ausmachen: der Putsch 1923 und die Entscheidungen an der Jahreswende 1932/1933. Wie Kershaw nachweist, daß jener nicht nur »Hitlers Putsch« war, so läßt er keinen Zweifel, daß diese zum wenigsten seine eigenen waren. Ohne die antirepublikanischen Kräfte in den Schichten der ökonomisch Mächtigen und Einflußreichen kein Kanzler Hitler, betont der Biograph.

Nur mit der Benennung der Beteiligten hat er en detail wie en gros seine Schwierigkeiten. Gewiß, da werden Schacht, Kirdorf und Thyssen beim Namen genannt, Figuren, an denen jeder Rettungsversuch sich nur blamierte. Doch seien sie für die Großunternehmer nicht repräsentativ gewesen. Die komplementäre Frage, wer das tatsächlich gewesen sei, bleibt ungestellt. Obendrein sind die drei tot. Unerwähnt bleibt beispielsweise das Vorstandsmitglied der quicklebendigen Deutschen Bank, Emil Georg von Stauß, und wo die Abhandlung nach Harzburg gelangt, heißt es nach Schachts Erwähnung, es hätten »auch andere Wirtschaftsvertreter die Veranstaltung besucht«. Solches Ungefähr kontrastiert mit der illustrativen Detailliebe, die dem Buch so viel Farbe zu geben vermag. Immer wieder erwähnt Kershaw die Skepsis der Mächtigen gegenüber Hitler, ohne deren Quelle zu befragen. Diese Passagen haben einen Mentor, aber die Einwände gegen Henry A. Turners Apologie werden nicht in Betracht gezogen.

Wo die Biographie das Jahr 1933 passiert und der Autor sich mit dem Reichskanzler, Staatsoberhaupt und obersten Wehrmachtsbefehlshaber zu befassen hat, verliert sie an Tiefgang. Das gilt nicht für Bereiche, bei denen der Biograph auf seine früheren Untersuchungen über das Verhältnis der Bevölkerung zum Naziregime und die Entstehung des Hitlermythos zurückgreift. So verweist er zu Recht auf die breite gesellschaftliche Akzeptanz des Antikommunismus. Kershaw versäumt aber, den Staat und die Gesellschaft klar zu charakterisieren, die nun entstehen. Er macht klar, daß das Regime von Anbeginn auf Krieg aus war, weshalb die Aufrüstung schon 1933 höchste Priorität erhielt. Er beschreibt die Zufriedenheit derer, die die Zerschlagung der Republik und die Vernichtung der Arbeiterbewegung gewollt hatten. Er benennt, daß im neuen Staat hervorragende Bedingungen für das Profitmachen hergestellt wurden. Aber er hat schon Schwierigkeiten, die Nutznießer auch nur gemeinschaftlich beim Klarnamen zu nennen. Sie erhalten ihre Kennzeichnung durch beständige Kombination von sieben Worten: etabliert, konservativ, traditionell, Elite, Macht, Gruppe und Partner.

So zahllos die Tatsachen, die im Band Platz fanden: daß Großkapitalisten 1933 vorgeschlagen hatten, Hitler möge das Wirtschaftsministerium selbst übernehmen, wird nicht erwähnt. Daß Hitler als Hugenberg-Nachfolger den Manager eines Versicherungskonzerns auf dessen Kabinettsplatz setzte, kommt nicht vor. Daß Schacht 1934 diesen Posten kommissarisch und zusätzlich zu dem des Reichsbankpräsidenten erhielt, bleibt unbeachtet. Da fühlt man sich an den Satz einer Brecht-Figur erinnert: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert. Geht es um das Verhältnis zwischen Hitler und den »Eliten«, so scheint auch bei Kershaw das Klischee vom Führer und den Verführten, vom Betrüger und den Getäuschten (allenfalls: den Sich-Täuschenden) durch. Ja, sie hätten den Mann gebraucht. Warum? Wegen ihrer eigenen Schwäche. Worin bestand die? In ihrem Unvermögen, die Massen zu gewinnen. So kam es zur »Entente«. Aber: Sie hätten doch nicht gewollt, was er wollte. Sie waren auf die »Gegenrevolution« aus, er habe die »Rasserevolution« (das ist die Aufwertung einer Phrase Hitlers zum geschichtswissenschaftlichen Begriff) im Sinn gehabt, die den »Weg zu weltweitem Krieg freimachte«. Marx ist vergessen und auch sein Mitstreiter Engels, der das Bild vom Kräfteparallelogramm zur Kennzeichnung der Richtung benutzte, welche die Geschichte infolge des Wirkens gleichgerichteter, benachbarter oder widerstreitender Kräfte einschlägt. Und ebenso, daß sich das Resultat dieses Prozesses nie oder nur in den seltensten Fällen völlig mit einem der vorgedachten Zwecke deckt.

Gleichermaßen geschont werden die führenden Militärs, die Hitler »auf unbekanntes Terrain« geführt habe. Als hätten diese einstigen Offiziere des Kaisers nie etwas von Weltmachtinteressen gehört und dafür nicht bereits auf unteren Rängen Abertausende ihrer Soldaten in Schlacht und Tod kommandiert. Hitlers anachronistische Weltmachtträume, an denen sich Goebbels begeisterte, dienen als Meßlatte, an der abgelesen werden soll, daß alle anderen zwar schuldbeladene, aber im Grunde harmlose Typen waren. Keine Rede ist mehr von weitgehender Kongruenz der Anschauungen, welche die Gemeinschaftsaktionen des Nazi-Reichs erst ermöglichte. Großindustrielle ließen sich von Hitler, Göring und Schacht die Millionen nur abpressen, Krupp beugte sich lediglich dem Druck, als er Juden hinauswarf, die Reichswehr wurde Hitlers

»Werkzeug«. In derlei Denkbahn fügt sich die Formulierung von der »Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern«, wodurch ein gleichsam kopfstehender Kapitalismus entstand. Denn: Der Kapitalismus blieb zwar »unangetastet, fungierte aber als Gehilfe des Staates«. Es habe wenig Zweck, für ein solches »Wirtschaftssystem« Begriffe zu seiner Beschreibung zu erfinden.

An der Spitze des namenlosen Systems kann kein »richtiger Politiker« stehen, und Kershaw läßt Hitler auch als solchen nicht gelten. Er vermag in ihm weiterhin nur den Propagandisten und – allenfalls – einen Ideologen zu sehen. Des Autors Sicht ist am Regierungsstil der Männer gebildet, die vor Hitler auf dem Reichskanzlerstuhl saßen oder als seine Rivalen etwa in der Londoner Downing Street arbeiteten. Diese »Richtigen« werden zu festgesetzter Zeit an ihrer Residenz vorgefahren. Sie beziehen ihr Arbeitszimmer, wo der Sekretär die Post bereitgelegt hat. Dann werden Berater herbeigerufen, Besucher eingelassen, Sitzungen eröffnet. Solchem Kriterium genügte Hitler nicht. Und so lesen wir wieder, daß er sein Bohemien-Dasein nicht aufzugeben vermochte, in die Tage hineinlebte, den Morgen verschlief und die Nächte durchschwadronierte, sich am Obersalzberg herumtrieb usw.

Und nebenbei hat der Tagedieb binnen kurzem ein heilloses Durcheinander im Regierungsapparat angerichtet, um dann ganz oben, allein, total und seit 1938 absolut über dem Chaos zu thronen. Wer sowas wo auch immer schon las, fragte sich: Und um diesen desolaten Staatsladen mit diesem Staatsarbeitsverweigerer zur Strecke zu bringen, brauchten die gelernten Staatslenker wohlgeordneter Staatsregime – wie viele Jahre Krieg, bitte? Irgend etwas an dieser Geschichte beleidigt den gesunden Menschenverstand wie einst schon das Bild vom vegetarischen Teppichbeißer. In den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft war Hitler in der Reichskanzlei erschienen und hatte das ungeliebte Zimmer bezogen, in dem einst Bismarck residierte und der Reichshund Tyras knurrte. Auf Bismarcks Schreibtisch wurden Hitler Briefe gelegt, die später keiner seiner Sekretäre vor des »Führers« Auge zu bringen gewagt hätte.

Wenn ER, der schon in München den Bürobetrieb gemieden hatte, sich darauf einließe, würde er »Deutschlands Retter« nicht werden können. Das konnten und sollten andere erledigen. Wer sich mit den extremen Expansionszielen von 1914/1915 nicht zufrieden gab, konnte sich nicht mit Beschwerden über die Behandlung von Juden befassen. Hitler hat seinen Regierungsstil den Vorsätzen zugeordnet, die ihn leiteten. Daß er ihn durchzusetzen vermochte, bezeugt, daß die seinen nicht die seinen allein waren. Gewiß: Wie jeden anderen Regierungschef bestimmten auch ihn Vorlieben und Abneigungen gegenüber Verpflichtungen des Amtes. Gern bewegte er sich in Industriebetrieben, um die Waffenproduktion zu besichtigen, auf Werften, wenn ein Panzerschiff vom Stapel lief. Schwer denkbar aber, daß er sich in den Stallungen eines bei der »Ernteschlacht« besonders bewährten Erbhofbauern eingefunden hätte. Da bevorzugte er den Massenauflauf am Bückeberg beim Reichserntedankfest.

Hitler konzentrierte sich auf die Außenpolitik und die Aufrüstung, wie Kershaw zeigt. Der Biograph vermerkt sein diplomatisches Geschick, das sich bereits bei frühen Begegnungen mit hochrangigen Personen des Auslands gezeigt habe. Wie Kershaw aber zu der Auffassung gelangt, der Diktator habe sich um die Innenpolitik nicht gekümmert, bleibt rätselhaft. Sicher ist, daß er diese nur als die Voraussetzung für seine Mission ansah. Doch war er deswegen an ihr nicht etwa desinteressiert. Zum einen waren in der Innenpolitik von ihm ausgewählte verläßliche »Mitkämpfer« tätig. Das galt für Frick und Schacht ebenso wie für Heinrich Himmler, den – seit 1936 – Chef der Polizei. Zum anderen schaltete sich Hitler in die Innenpolitik ein, sobald Schwierigkeiten auftraten und Fragen von nachhaltiger Bedeutung kontrovers diskutiert wurden. Um nicht wieder von seiner Rolle bei der Abfassung und Verkündung der »Nürnberger Gesetze« zu reden: Er setzte, als sich 1934 Beschwerden über steigende Preise häuften, einen Reichspreiskommissar ein. Er stellte sich sehr bestimmt auf die Seite Himmlers, als sich 1935 Bestrebungen bemerkbar machten, das KZ-Regime partiell unter juristische Aufsicht zu stellen und damit dessen Drohung abzuschwächen. Er beauftragte, um die Stimmung in der Bevölkerung zu verbessern, Schacht 1935/1936, entgegen dessen Absicht, bestimmte Devisen zum Kauf von Nahrungsgütern bereitzustellen.

Kershaw kennt diese Eingriffe, erwähnt sie auch, aber ordnet sie nicht einer konsequenten und zähen Verfolgung strategischer Ziele zu. Wiewohl er Gegenargumente selbst liefert, bleibt er dabei, Hitler habe nur die »ideologischen Gebote«, die allgemeine »Aktionsrichtung« angegeben. Weit gefehlt. Hitler entwickelte die Fähigkeit, sich aus dem Alltag des Regierens und Verwaltens weitgehend herauszuhalten. Er verbrauchte seine Arbeitskraft nicht an Aufgaben und in Auseinandersetzungen, die auf seiner Prioritätenliste weiter unten rangierten. Vielfach dem Tageslärm entrückt, spielte er die Varianten seines Vorgehens gedanklich bis in die Einzelheiten immer wieder durch. Was später als »genialer« Einfall erschien, war erarbeitet, auf andere Weise als in Rede und Gegenrede an Beratungstischen. Wo er in Details eingriff, tat er das vielfach präzise: angefangen mit dem 1933 verlangten Gesetz, daß die Hinrichtung van der Lubbes ermöglichte.

So sehr Hitler Kundgebungen, Paraden und Aufmärsche auch genoß, sie waren ihm notwendige Erfüllung der zentralen innenpolitischen Aufgabe, die Massen für Regimeziele zu mobilisieren. Wirklich und angestrengt gearbeitet habe Hitler, so Kershaw, eigentlich nur, wenn er Reden vorbereitete. Doch zielten sie nicht auf die Festigung und die Funktionstüchtigkeit der Macht? Und blieb Hitler nicht bewußt, daß die NSDAP den Kern der Massenbasis ausmachte? Kershaw übernimmt ein Urteil von Hitlers Pressechef, demzufolge sich der »Führer« ab Mitte der dreißiger Jahre kaum um die »Parteiarbeit«

gekümmert habe. Wem galten dann die zeitaufwendigen Auftritte in Nürnberg, in München und anderswo? Bei allem, was im Staate geschah, sei es Hitler immer nur um die Wirkung zu tun gewesen, schreibt der Biograph. Eben! Kershaw kommt von einer regierungsbürokratischen Hitlerkritik nicht los. Er charakterisiert ihn als den Urheber der »sich ausbreitenden Unordnung«, des »großen Durcheinanders«, als Zersetzer der »offiziellen Regierungsbürokratie«. Was wäre in Ordnung gewesen, hätte sich der Mann täglich pünktlich in die Wilhelmstraße kutschieren lassen? Wären die Nazideutschen dann auf die britische Insel gekommen oder doch bis in den Kreml?

Indessen bleibt Kershaw die Antwort auf die Frage nicht schuldig, woher das Regime seine Wucht nahm. Dafür habe er bei einem drittrangigen NS-Funktionär so etwas wie den Schlüssel gefunden. Der Nazi hatte 1934 die Aufgabe aller Partei- und Volksgenossen formuliert: Sie alle hätten dem Führer »entgegenzuarbeiten«. So ähnlich hatten andere Mitführer Hitlers sich auch ausgedrückt. Das hieß immer, die Deutschen sollten ihren Kopf nicht dazu gebrauchen, um die Wirklichkeit und darin ihre Interessen zu ergründen, sondern um des »Führers« Intentionen zu erfassen, am besten bevor er sie selbst schlüssig formuliert hatte. Eine Neuentdeckung wird man diesen Textfund nicht nennen können. Es handelt sich um das Aha-Erlebnis eines Forschers, und damit hat es so seine eigene Bewandtnis. Niemand bestreitet, daß Millionen Deutsche, NSDAP-Mitglieder oder nicht, begeistert, gläubig, übereifrig oder einfach folgsam dem Führer folgten. Doch so unentbehrlich diese Millionen waren, sie funktionierten gemäß den Plänen anderer, auf deren Zweckdienlichkeit sie vertrauten. Diese Zuarbeiter konnten auf einer Generallinie, beispielsweise der Judenverfolgung, zusätzlich eigeninitiativ und antreibend wirken. Sie vermochten in Einzelfällen auch den vorgegebenen Rahmen zu überschreiten, aber nur, wenn die und vor allem der Führer schon dabei waren, ihn zu erwei-

tern.

Daß es hinter und um Hitler einflußstarke Interessenten die Menge und nicht nur den massenhaft anzutreffenden Typus der »Entgegenarbeiter« gab, weiß und beschreibt Kershaw. Wie tut er das? Zumeist nebenbei. Als Beispiel ein Vorfall, der zu den öfter referierten gehört: Hitler hatte 1934 einer von Robert Ley vorgeschlagenen Verordnung zugestimmt, welche den Platz der »Arbeitsfront« näher bestimmen sollte, so daß deren Funktionäre und die »Treuhänder der Arbeit« gegenüber den kapitalistischen »Betriebsführern« einen stärkeren Rückhalt erhielten. Dies stieß in Industriekreisen auf Widerspruch, denen Hitler zugesagt hatte, er werde ihr Führertum so wiederherstellen, wie sie es in den glücklichen Vorweltkriegszeiten als »Herren im Hause« genossen hatten. Der Dolmetsch des Einspruchs war Schacht, dem Hitler 1934 »nahezu diktatorische Kontrollvollmachten über die Wirtschaft« übertragen hatte. Kershaw schreibt: »Da Hitler sich weder den Finanzexperten ... noch die Industriellen zu Gegnern machen durfte, mußte er dem Druck nachgeben.« An anderer Stelle ist es »die politische Vernunft«, die Hitler diktierte, »die von Schacht geführten konservativen Kräfte nicht zu übergehen«. An dritter werden »die wirtschaftlichen Machtbastionen« erwähnt, gegen welche »der Fanatismus der SA« kaum eine Chance besessen habe. In keinem Fall schließt sich daran eine tiefere Erörterung der damit immerhin aufgeworfenen Machtfrage.

Schränken die hier vorgebrachten Einwände in ihrer Summe ein, was über das Verdienst des Biographen gesagt wurde? Der Rat, Kershaw zu lesen, läßt sich zumindest auf die Feststellung eines Rezensenten stützen, es sei das Werk »allemal besser« als die Biographien, deren Autoren sich auf die Persönlichkeit Hitlers fixierten und psychologisierten oder sich aufs Irrationale zurückzogen. Ein vollständigeres Urteil über Kershaws Leistung wird erst Ende 1999 möglich werden, wenn der abschließende Band vorliegt.

Ian Kershaw: *Hitler 1889-1936.* Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998, 972 Seiten, 88 Mark

---

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 8/98 über die problematischen Beziehungen der DDR zu Israel

Konkret 01/99, S. 60

**Alfred Schobert**

# Subversion und das Lied von der Mitte

**Im diskursiven Geblubber um Pop & Politik kommen auch dem Zentralorgan für Popsubversion die kritischen Töne abhanden**

Pläppern über Pop und Politik ist in. Die Foren und Diskussionen über Positionen Politischer Popmusik häufen sich. Jeder Schreiber, der was auf sich hält, bringt seine Coverversion von »Subversion« auf den Markt. Manche Hoffnungen ruhen dabei auf dem Label Digital Hardcore Recordings, so auch in der eben erschienenen sechsten Ausgabe von »Testcard. Beiträge zur Popgeschichte«: »Digital Hardcore will es wissen, das Label profiliert sich zunehmend mit kompromißlosen Styles & Vorgaben, die geeignet sind, dem Modell radikaler politischer Popmusik ... neue konsequente Richtungen zu geben.« Entsprechend hält sich der Testcard-Kritiker nicht lange bei der Musik auf »Field manual«, der ersten CD von Bomb 20, sondern beläßt es bei der Kennzeichnung »maßstäbesetzenden Terrorbreakbeats« und schwärmt vom beiliegenden Booklet. Die dortigen Bekenntnisse zu »armed resistance« und »guerilla warfare« lassen den Hormonausschuß von Militanzfetischisten ansteigen: »Was sich hier teilweise leicht pathetisch anhört, ist tatsächlich klar formuliert und politisch durchdacht. Offene Strategien und ausführliche Aufrufe dieser Art gibt es innerhalb der GegenKulturIndustrie immer noch zu wenige«. Es gehe »objektiv um politische Fakten«, Bomb 20 liefere »konsequente Bewußtseinsbasics für politische Zusammenschlüsse jenseits normierter Organisationsformen«. Das Faktenangebot im »Field Manual« veranlaßt indes zu dem Wunsch, die politischen Zusammenschlüsse mögen Hirngespinste bleiben: »The Israelis have driven the Palestinian people from their homeland with a brutality similar to that of the Nazis«, lautet die Geschichtsverfälschung im Abschnitt »History« des Kapitels »Desinformation & Manipulation«.

Auch Lars Brinkmann übersah in der »Spex« diese Fortsetzung des als Antizionismus verbrämten Antisemitismus, doch das muß mittlerweile als vergleichsweise geringfügig abgebucht werden. Das monatliche Zentralorgan für Popsubversion schlingert in den letzten Monaten. In Juli schied Christoph Gurk als Chefredakteur aus und wurde durch Olaf Karnik ersetzt, an dessen Stelle im Dezember Dietmar Dath trat. Rainald Goetz jubilierte in seinem täglichen »Abfall für alle« (www.rainhaldgoetz.de), »das könnte ja wirklich einen Quantensprung geben«. Was Goetz, der sich neuerdings für die »Drehrichtung von Hakenkreuzen« interessiert, wohl damit meint? Ein Sprung ist in der »Spex« zu erkennen: Im Rahmen der Titelstory »Mürrische Musik« empfiehlt Lars Brinkmann das neue Buch eines Nazis. Im Lead zur Story als »Musikgeschichtswunderwerk« angekündigt, präsentiert die Spex Michael Moynihans Buch »Lords of Chaos. The Bloody Rise of the Satanic Metal Underground« nebst deutscher Bezugsadresse.

Der Endzwanziger Moynihan ist rechter Mulitfunktionär. Neben seinem Musikprojekt Blood Axis betätigt er sich als Verleger und vertreibt in den USA das *Grüne Buch* Gaddafis, das auch bei deutschen Nationalrevolutionären hoch im Kurs steht. Aus Flugschriften des inhaftierten US-Neonazis James Mason stellte Moynihan für seine Verlag Storm Books das Buch *Siege. The Collected Writings of James Mason* zusammen und versah diese Melange aus Nazismus und Charles Mansons »Universal Order« mit einer sympathisierenden Einleitung. Ganz auf der Linie Masons erklärte Moynihan im Interview mit »No Longer A Fanzine« seine Sympathie für Auschwitzleugner und rechtfertigte die nazistische Vernichtungspolitik: »Einerseits denke ich, daß die Zahl 6 Million nur zufällig und ungenau und wahrscheinlich ein grobe Übertreibung ist. Ich habe revisionistische Bücher gelesen, die gut gegen den Holocaust-›Kanon‹ argumentieren, und selbst die jüdischen Historiker verändern fortwährend ihre Ansprüche. Doch mein Hauptproblem bezüglich der Revisionisten ist, daß sie von der Annahme ausgehen, das Töten von Millionen unschuldiger Menschen sei als solches ›böse‹. Mehr und mehr neige ich zur entgegengesetzten Schlußfolgerung. Ich geriete nicht aus der Fassung, wenn ich herausfände, daß die Nazis jede ihnen zugeschriebene Grausamkeit begangen hätten – ich zöge es vor, wenn es wahr wäre.«

Doch dazu ist in der »Spex« nichts zu lesen. Es störte auch Brinkmanns Schwärmerei, die darauf reinfällt, daß Moynihan sich in seinem neuesten Buch als investigativer Journalist gibt und die politische Agitation weitgehend seine Inteviewpartnern überläßt: »Einmalig in der Musikgeschichtsschreibung« biete *Lords of Chaos* »in voller Breite die vernichtenden Umtriebe einer blassen Bande von kulturellen Außenseitern, bis hin zu Mord, Totschlag und Terrorismus«, meint Brinkmann. Immer zu poppigen Scherzen aufgelegt, schwärmt er: »*Lords of Chaos* erzählt diese und viele andere Geschichten in Dutzenden von Interviews mit allen relevanten Personen, die naturgemäß auch im Gefängnis und im Jenseits besucht wurden.« Niemand erwartet von einem Buch über die skandinavischen (und deutschen) Metal-Berserker, daß die Mordopfer »im Jenseits besucht werden«, doch es hätte Brinkmann auffallen können, wie Moynihan seine Sympathien verteilt: Das Mordopfer Sandro Beyer wird als unsympathische Figur porträtiert, an einem der brieflich interviewten Mörder hingegen entdeckt Moynihan positive Züge. Der leise Verdacht, den Brinkmann kurz schöpft, geht unter im begeisterten Wortschwall, mit dem die Besprechung schließt: »Daneben brilliert der als Okkultfascho verdächtigte Michael Moynihan mit einer über Jahre gestreckten Tiefenrecherche, die dank der Mithilfe des norwegischen Szene-Intimus Didrik Soderlind auch in Bezug auf nordische Mythologie, Satanismus und (!) Rechtsradikalismus wenig zu wünschen übrig läßt. Das spannendste Sachbuch seit dem Alten Testament.«

Es ist schon eine Weile her, daß Diedrich Diederichsen anmerkte, die »Attraktivität des Rechtsradikalismus für Künstlertypen sollte doch seit seinem bekanntesten Vertreter sich als Untersuchungsgegenstand anbieten.« Bescheidener wäre zumindest, zu verlangen, die Popschreiber im Dienste kultureller Dissidenz und Subversion arbeiteten zumindest einige Standards von Aufklärung ab. Zugegeben, das steht im Ruch, langweilig zu sein, ist wenig trendy und überhaupt. Die entsprechende Unduldsamkeit gegenüber Antisemitismus jeglicher Art vorausgesetzt, ließe sich ernsthaft über Möglichkeiten und Grenzen popkultureller Subversion streiten – genau dies läßt sich übrigens auch bei den theoretischen Großreferenzen des Popdiskurses, Michel Foucault und Jacques Derrid, lernen. Sonst bliebe der verhaltene Spott der »Welt«-Schagzeile vom 14.11.98 Gewinner in der »Berliner Republik«: »Spielt mir das Lied von der Mitte. Aber bloß nicht zu radikal: Das Verhältnis von Pop und Politik bessert sich durch Anpassung«. Gewinner in der »Berliner Republik«: »Spielt mir das Lied von der Mitte. Aber bloß nicht zu radikal: Das Verhältnis von Pop und Politik bessert sich durch Anpassung«.

Konkret 01/99, S. 61

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

Von den Seiteneinsteigern in den Schweinescheißdreck von dem Walser (dessen Haupt, wenn man nur genau genug hinschaut, voll ist von Magengeschwürslinien im Verbund mit Blut und Wunden von all dem vielen Auschwitzgekeule) ist mir die Monika Maron besonders nahegegangen, denn ich kenne Madame seit den späten Achtzigern, als sie noch mit dem W. liiert war und wir des öftern im Köpi, meiner Stammboazn in der Rappstraße, Umtrunk machten und dabei schmal talkten. Sie war eine hübsche, pointiert gekleidete, formal gebildete Ex-DDRlerin mit summa cum laude in Antikommunismus und infolgedessen für die Bedürfnisse jener Zeit, da sich Globkeland von Gorbatschow für ein Butterbrot das Honeckerhütlein holte (wenn man das mal ein bißchen pirouttesk sagen darf), praktisch wie geschaffen.

Sie ließ dann den W. sitzen, wandte sich im Westen des wieder großen Berlin einem andern zu und schrieb einen von der sog. Kritik einsteils gestreichelten, einsteils gewürgten Roman über die Liebesleiden einer in die Jahre gekommenen Madame Werther, in dem ein Insektenkundler vorkommt. In meinem Archiv befindet sich die Kopie von einem Brief, in welchem ich Madame mehr ultimatiere denn bitte, den W. (der mittlerweile wiederverheiratet ist, mit der A., aufs sturzglücklichste) im Scheidungs-/Unterhalts-Verfahren nicht bis unter die Haut auszuziehen. Das ist nun auch schon wieder die Jahre her. Was Madame seither beruflich angestellt hat, keine Ahnung. Nun aber les ich dieser Tage in der Zeitung »Die Zeit« einen 3Spalter, wo sich das Mädl frägt: »Hat Walser zwei Reden gehalten?«, nämlich eine, die sie »von Walser gelesen«, und die andre, »die Ignatz Bubis gehört hat«:

*Ich nehme an, Walser empfindet inniger für die Nation als ich, was, wie ich glaube, eher mit der geographischen Herkunft, der Biographie und dem Naturell zu tun hat als mit politischer Gesinnung, aber steht ein nationales Empfinden, solange es kein nationalistisches ist, wirklich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wege? Bubis bemängelt, daß Walser von ›unserer Schande‹ und nicht von Verbrechen spricht. Die Verbrechen hat Walser nicht begangen, aber er nimmt die Schande an, die sie ihm hinterlassen haben, eben weil er nationaler empfindet als andere. Ich hingegen kann weder denken noch fühlen, daß junge Deutsche an der Schande ihrer Nation tragen müssen, für mich sind junge Deutsche sowenig belastet und zugleich über das Menschenmögliche so warnend belehrt wie junge Dänen und junge Franzosen.*

*Ich kann in Walsers Bedürfnis, vom gegenwärtigen Deutschland als einer normalen Gesellschaft zu sprechen, keinen Frevel erkennen. Für die anderen Völker werden wir auf lange Zeit kein normales Land sein. Aber wie wollen wir sie von unserer Normalität überzeugen, wenn wir uns selbst den Anspruch darauf versagen? Man muß Walsers Ansichten, Gefühle und Folgerungen nicht teilen. Über jeden Satz kann gestritten werden. Aber er muß sagen dürfen, was er gesagt hat, ohne als geistiger Brandstifter und verkappter Antisemit bezeichnet zu werden.*

*Zum Erinnern kann niemand gezwungen werden, man muß sich erinnern wollen. Walser hat, gleichsam in einem Selbstversuch, gezeigt, was die Erinnerungsbereitschaft blockieren kann. Ich verstehe, wenn das die Opfer der Verbrechen beunruhigt, aber sie stehen nur noch selten den Tätern gegenüber, sondern deren Kindern und Kindeskindern, die sich eigener Taten nicht schämen müssen und deren Bereitschaft, sich zu erinnern, nicht mit dem Hinweis auf Schuld eingefordert werden kann. Sie müssen verstehen wollen, auch zum Verständnis kann niemand gezwungen werden.*

*Vielleicht hat Walser für die tätige Erinnerung mehr getan als die Tabubewahrer. Wenn diese Rede ausreicht, um sein Lebenswerk zu ignorieren und seine Integrität in Frage zu stellen, wenn Walsers Rede, weil sie sich nicht an eine tabuisierte Sprache hält, vor keinem Mißverständnis und keiner demagogischen Interpretation, auch in dieser Zeitung, geschützt ist, dann war die Diskussion, die er entfacht hat, überfällig. Er zittere vor Kühnheit, wenn er sage, Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohgebärde zu werden, gestand Walser in Frankfurt. Auch ich zittere ein wenig, jetzt, da ich ihn verteidige. Warum? Wo lebe ich, daß ich mich fürchte zu sagen, was ich denke?*

Nun hockt also Madame in ihrer 6, 7zimmrigen Notunterkunft im Bayerischen Viertel zu Westberlin, mit unter der Last edler Bücher und edler Tropfen stöhnenden Regalen, die Schränke vollgestopft mit Klamotten von Vesputschi und Kabanaka, im Kühlschrank brennt das ewige Licht, das Festgeld brummt, und es könnte das fusslfreie Glück auf Erden sein – aber nein aber nein: Das Mädl hockt wie verhuscht (während draußen die jüdische SS ums Haus streicht) an ihrem PC und zittert tapfer mit dem Kimble vom Bodensee mit, mit »tätige Erinnerung«, »Erinnerungsbereitschaft«, »Schande annehmen«, »Schande (wie einen Koffer) tragen«, »Tabubewahrer«, »tabuisierte Sprache«, dem gleichschenkligen Dreieck »Ansichten, Gefühle, Folgerungen«, dem den Dachauer Versuchen am Häftling abgekupferten »Selbstversuch« und vorzüglich des garantiert »Frevel«-freien Bildes, das O wie Otto, P wie Paula, F wie Friedrich, E wie Emil, R wie Richard abgeben, wenn sie, T wie Theodor, Ä wie Ärgernis, T wie Theodor, E wie Emil, R wie Richard, N wie Nordpol, gegenüberstehen, und zwar B wie Berta, E wie Emil, U wie Ulrich, N wie Nordpol, R wie Richard, U wie Ulrich, H wie

Heinrich, I wie Ida, G wie Gustav, T wie Theodor ... halt mit dem walserkongenialen, gründlich entseelten SchweineRott, zu dem nur eine Untote in der Lage ist, die die Fähigkeit besitzt, nationale und nationalistische Empfindung auseinanderzuhalten wie, sagen wir: einen guten Fick und einen Herzinfarkt. Sich beim Mitzittern (denn draußen streicht die jüdische SS herum) fragend: Wo lebe ich, daß ich mich fürchte zu sagen, was ich denke? Was müssen die Opfer? Verstehen wollen? In dieser Winterschlacht gegen die Tabubewahrer: n Satz warme Ohrn gefällig, Madame?

Konkret 01/99, S. 62

**Georg Seeßlen**

# Standort Kino II

**Über die heimliche Komplizenschaft von Beziehungs- und Prollkomödie im deutschen Film oder: Was Filmproduktion mit Klassenkampf zu tun hat. Teil 2 und Schluß der Anmerkungen zur Krise des neuesten deutschen Films**

**1**

Der deutsche Film ist heute, bis auf wenige Enklaven, Alibi-Produktionen und subkulturelle Aktivitäten, dorthin zurück verbannt worden, wo das Kino der neoliberalen Auffassung nach hingehört: auf den Markt. Weil er dort aber nicht allein auf nationale und europäische, sondern in viel höherem Maße auf die Konkurrenz der Hollywood-Produktion trifft, setzen die nationalen Produzenten auf einen Protektionismus (mit sehr unterschiedlichen Strategien zwar), der das nationale Interesse als kulturelles tarnt. So arbeiten die europäischen Cinematographien mit einer reichlich heuchlerischen Doppelstrategie: Nach innen erhöhen sie den Druck auf Kommerzialität, Mainstreaming und Populismus, nach außen verteidigen sie kulturellen Eigensinn und die Tradition der »Filmkunst« als scheinbar ewigwährendes Heimrecht der europäischen Produktionen.

Auch die Ware selbst, die produziert wird, ist von eben dieser Schizophrenie erfaßt. Sie soll (und muß) einerseits die Konkurrenz mit dem Hollywood-Angebot aufnehmen, jedenfalls was die »Publikumsnähe« anbelangt, und sie soll sie andrerseits vermeiden (da sie, schon von der Quantität des eingesetzten Kapitals aus gesehen, von vornherein aussichtslos ist). Dieses Konkurrenz-System erhält sich freilich auch selber. Der Erfolg des Hollywood-Films liegt, neben seiner schieren Produktionskraft, eben darin, daß er mit der Schizophrenie zwischen kultureller und ökonomischer Argumentation gar nichts zu tun hat. (Daher, im übrigen, ist der Hollywood-Film auch nicht einfach mit dem amerikanischen Film gleichzusetzen; weder Kapital noch Ressourcen, weder Talent noch Ideen sind in Hollywood signifikanter »amerikanisch« als es im Rest der Welt der Fall ist, während umgekehrt ein amerikanischer Filmemacher jenseits von Hollywood dieselben Schwierigkeiten hat wie jeder europäische Filmemacher.) Der Hollywood-Film ist Ausdruck seiner eigenen Marktgeilheit, und gerade darin liegt seine Ekelhaftigkeit und seine Grandiosität.

In dieser Situation ist relativ einleuchtend, daß sich die möglichen Stoffe für die nationale europäische Produktion jenseits der verbliebenen Kunst-Enklaven, reichlich dezimieren. Zunächst einmal wäre als Material eines solchen Films die jeweils eigene Geschichte, die eigene soziale Realität, der eigene Stand der Dinge in der Bearbeitung kultureller Traditionen geradezu privilegiert. Zumal man ja, je weniger Geld man zur Verfügung hat, um so bessere Filme macht, als man Bewegungsbilder von etwas herstellt, das man kennt. Genau dies aber, die Bearbeitung der eigenen Wirklichkeit, der eigenen Widersprüche mit Mitteln des Kinos, findet in den europäischen Cinematographien nur am Rande statt, und am allerwenigsten im neuesten deutschen Film.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

· Mit solchen heiklen Themen verfehlt man eben jenes Publikum, das man mit allen Mitteln (zurück)erobern will.

· Das Fördersystem und die Produktionsbedingungen sind unterderhand bereits politisierter, als ihre Inszenierung es erscheinen lassen mag.

· Da kein noch so kleiner Film seine Produktionskosten in seinem Herkunftsland wieder einspielen kann (abgesehen von ein paar Filmen, die den »Nerv« so treffen, daß sie ihr Publikum weit über die Gruppe der gewohnheitsmäßigen Kinobesucher erweitern können), muß er zumindest im europäischen Rahmen auf seine Exportfähigkeit hin konzipiert werden. Anders herum: Der »nationale« Film muß gleich so national sein, daß er, wie gewisse deutsche Komödien, gleichsam das Regressionsbedürfnis der ganzen Nation erreicht.

· Da es keine Solidarität in der Filmkultur als vernetztes System gibt, behindern sich die einzelnen Institutionen gegenseitig eher, als daß sie sich gerade dann fördern, wenn für alle Beteiligten ein kulturelles oder ökonomisches Risiko damit verbunden ist. Richtig glücklich sind diese Institutionen gemeinsam nur noch in der Produktion des ökonomischen Erfolges (als Überlebensmittel hier und dort), wenn möglich eines Erfolges, für den man sich auch nicht allzu sehr schämen muß. (So hämisch die Kritik gegenüber Außenseitern sich verhalten mag, so überheblich sie gegenüber dem Mainstream-Film erscheint, wenn er allzu offen zeigt, daß auch er die Schizophrenie zwischen Ware und Kunst überwindet und nur noch geile Ware sein will, so euphemistisch begrüßt sie jene wenigen Filme, die ökonomisch erfolgreich und moralisch-ästhetisch irgendwie okay sind. Die Kritik, so scheint es, fordert eben jenes heuchlerische Werk, das die perfekte Erfüllung der heuchlerischen Produktionsbedingungen ist.)

· Nicht nur die Zusammensetzung, sondern auch die soziale Dynamik des Kinopublikums hat sich seit den Zeiten des Autorenfilms noch einmal erheblich gewandelt. Nur ein paar Beispiele: Für die kulturelle und politische Linke der siebziger Jahre war das Kino ein Teil des öffentlichen Raumes, in dem der gesellschaftlichen Wirklichkeit der

immerwährende Prozeß gemacht wurde. Daher war klar, daß das Kino zum einen als Archiv benutzt wurde, als frei (na ja, nicht ganz frei) zugänglicher Ort des kollektiven Bewußtseins und Unterbewußtseins, als ästhetische Sammlung, zum anderen als Forum, bei dem es selbstverständlich schien, sich mit einem Gegenstand der Diskussion auseinanderzusetzen. Ein »schlechter« Film war also immer noch ein »guter« Film, insofern man ihn verhandeln konnte. Mit der großen Rückzugsbewegung zum einen in die Mainstream-Werte von Karriere, Sicherheit und Konsum, und vor allem mit dem Rückzug ins Private als Ort des »eigentlichen« Lebens (zu dem sich nun, wenn es dies überhaupt noch gab, das »politische Engagement«, vorzugsweise in entspezifizierten moralischen Zusammenhängen, genau reziprok verhielt: als Mittel zum Sich-gut-Fühlen) änderte auch das von einer nationalen Cinematographie ansprechbare Publikum seinen Charakter und seine Erwartungen. Nun war das Kino nicht mehr öffentlicher Ort ästhetischer und politischer Verhandlung (auch nicht, wie für den einsamen Kinogänger und die einsame Kinogängerin, eine virtuelle Teilhabe daran), sondern eine Fortsetzung der Privatsphäre. Entsprechend verwandelten sich auch die Kinos:Während sich die Schachtelkinos für die Trash-Ästhetik auflösten, um den Cineplexen Platz zu machen, verwandelten sich die kleinen Versammlungsräume der Kinos in eine Mischung aus Kneipe, Couchecke und Heimkino.

Die Wandlung des kulturellen Ortes Kino und seiner Software gehen also Hand in Hand. Wenn dieses Kino eher die Verlängerung der Privatsphäre als Teil des öffentlichen Raumes ist, liegt es auf der Hand, daß man viel eher »Beziehungsprobleme« verhandeln kann als historische und politische Themen. Was hierzulande keine Chance hat, ist ein Kino der Anklage, ein Kino der Kritik, das den öffentlichen Raum zugleich als Voraussetzung hat und ihn produziert. Was hierzulande erfolgreich sein muß, beinahe schon unabhängig von seiner auch nur handwerklichen Qualität, ist ein Adjustierungskino an die gewandelte sexuelle Ökonomie der (Paar-)Beziehung in der vernetzten Super-Privatheit, die an die Stelle der öffentlichen Diskurse getreten ist. So mußte die deutsche Beziehungskomödie für eine Zeit zum einzigen wirklichen Erfolgsgenre der nationalen Filmproduktion werden und zwar, ohne Häme gesagt, aus einem einfachen Grund: weil es seinem Publikum ein echtes Lebensmittel wurde. Diese Filme wurden »gebraucht«.

Und dennoch war diese Beziehungskomödie nicht nur in ihren einzelnen Umsetzungen (die dankenswerterweise zumindest gelegentlich ein kritischer Blick streifte), sondern als Genre, ja als soziale Installation heuchlerisch. Sie sprach von Frivolität, wo sie Anpassung meinte, sie sprach von Lust, wo sie Organisation des Alltags meinte, sie versprach, wenigstens in netter Form auf die Widersprüche im Leben dieses allerneusten Kleinbürgertums aufmerksam zu machen, und half doch, sie sich rosa zu färben.

Es ist also, alles in allem, kein Nebeneffekt dieses Genres, daß es das Politische aus dem Bewußtsein vertreibt, gerade dort, wo es eben auch und manchmal besonders schmerzhaft wirkt: in der Liebe, im Begehren, in der Trivialität eines konkreten Alltags; die Entpolitisierung ist vielmehr sein eigentlicher Inhalt. Held und Heldin des Genres sagen: Ich bin ein unbedeutendes, unwesentliches, nettes kleines Menschlein, aber ich geniere mich nicht, mit meinen netten kleinen, unbedeutenden Problemen die ganze Welt für mich zu besetzen. Katja Riemann, ohne dem Menschen oder der Schauspielerin zu nahe treten zu wollen (was ja auch schon wieder Mode geworden ist), erfüllt in ihrer Maske und ihrer Gestik diese Vorgabe aufs perfekteste und mußte daher zum Star des Genres werden. In ihren Rollen wiederholt sich eine merkwürdige Art unterschwelliger Aggression, die vielleicht genau den Übergang zwischen dem Milieu der Post-68er und dem deutschen Mittelstand der achtziger und frühen neunziger Jahre bezeichnet. Da ist ein Mensch, der weiß, daß er nichts Besonderes ist, aber in dieser Durchschnittlichkeit steckt ein Ego, das groß genug ist, um eine andere Strategie der Konkurrenz statt des Strebens nach Besonderheit zu verfolgen, nämlich niemanden neben sich groß werden zu lassen. In »Ein Mann für jede Tonart«, in jeder Hinsicht eins der furchtbarsten Beispiele eines furchtbaren deutschen Genres, bekommt diese Strategie einen kaum erträglichen ideologischen Gehalt, wenn Riemann als modernisierte blonde Walküre die kleine, unbeholfene, südländisch erscheinende Konkurrentin niedersingt.

Es ist nicht einmal nur »Inhalt« der deutschen Beziehungskomödie, sich dem Politischen zu entziehen, es ist auch ästhetische Strategie. Man lernt in diesen Filmen nicht nur, wie man miteinander redet, sondern auch, wie man sich die Wohnung einrichtet, wie man den verbliebenen öffentlichen Raum durch den Blick privatisiert. Diese Strategie kommt aus der Praxis, und wie in jedem Mythos steckt auch in ihr ein Wirklichkeitsrest. Wie sollten Menschen, die nicht einmal mit ihren Gefühlen und den Anforderungen eines halbwegs erfreulichen Zusammenlebens fertig werden, politische Entscheidungen treffen können? Scheinbar argumentiert das Genre also in etwa so: Erst mal die persönlichen Beziehungen regeln, sich ein paar Rollenklischees abschminken, ’nen Schwulen als Hausfreund (zum Quatschen), und dann sehen wir weiter. Fatalerweise aber sind die Helden und Heldinnen dieses Genres, was die ökonomischen Entscheidungen anbelangt, keineswegs so pingelig wie in punkto Politik. Im Gegenteil, Wohngemeinschaftsstreß hin, Ehebruch her, Entdeckung verborgener Impulse hin, Kinderkriegen her: Karriere wird gemacht. Die deutsche Beziehungskomödie lacht nicht über das Komische, das sich in den Beziehungskisten des neuesten Mittelstandes abspielt, sie träumt davon, wie man ein paar alte Lebensformen in den neuen Karrierismus hinüberretten kann. Von nichts anderem handelt die Mutter aller deutscher Beziehungskomödien, »Männer«. Vom semiotischen, kulturellen und erotischen Transfer zwischen Hippie und Yuppie. Und dieses Genre träumt davon, daß man herumbumsen, nächtelang labern und einen roten Porsche fahren kann. Sie

handeln von modernen Aschenbrödeln, denen die Fee drei Wünsche erfüllt: Karriere machen, richtig doll lieben und Kinder und einen Mann mit einem roten Porsche kriegen, der Zahnarzt oder Rechtsanwalt oder sowieso Filmproduzent ist.

Diese deutsche Beziehungskomödie, zu der es im übrigen, anders als zur Prollkomödie im Kino nebenan, kaum ein Pendant in anderen Cinematographien gibt (vielleicht weil es auch zum neuen deutschen Spießertum kein Pendant gibt), war für ein gutes Jahrzehnt eine sichere Bank. Erst in den letzten Jahren kam sie gehörig in die Krise. Kritiker und Kritikerinnen begannen zu nölen, den Autoren und Autorinnen fiel nichts mehr ein, und wie immer in solchen Krisensituationen (wenn sich die Klügeren raushalten) begannen Leute in dem Genre zu arbeiten, die eine Kamera irgendwohin stellen, um irgendeinen Schauspieler aufzunehmen, der irgendwas sagt, und irgendwann eine Szene an die andere kleben, bevor irgendwer irgendeinen Scheinwerfer ausmacht, weil irgendwer schon irgendeine musikalische Soße darüber kippt, damit irgendwer am Ende seinen Namen aufs Zelluloid kriegt und eine CD verkaufen kann.

Aber diese innere Krise des Genres würde nicht so schmerzhaft auch die Ökonomie der nationalen Cinematographie treffen, wenn sie nicht Ausdruck einer anderen Krise wäre: Dieses neueste deutsche Spießertum, das irgendwie immer noch ’n bißchen links und irgendwie grünalternativ oder wenigstens »ich meine, damals waren wir ja auch...« schien, das gibt es nicht mehr. Es mußte entweder unter dem Druck des verschärften Neoliberalismus in den neunziger Jahren in seinen Karriere- und Defensivbewegungen so weit nach rechts marschieren, daß es sich nicht einmal mehr die kleinsten Frivolitäten dieses Genres mehr leisten kann, es wurde so senil, daß ihm sowieso das Fernsehen genügt, oder es sank zurück in eine alternative Szene, in der es nun keine politische Identität mehr gibt, sondern nur ein Paket esoterischer, mystischer und nebelhafter Heilsvorstellungen und die Umformung des Begehrens in eine unheimliche Sehnsucht: nicht weh tun. Auch dafür gibt es ja mittlerweile genau die richtigen Filme, Filme, denen noch die Privatsphäre zu laut und zu öffentlich ist und die tief hinabgehen in das, was ergriffene Zuschauerinnen und Zuschauer für ihre Seele halten, was aber nur das Echo nicht gelebten Lebens und eines historischen Verrats ist.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gab es zum einen ein paar Kehret-um- und-schaut-was-wirklich-los-ist-Filme (wie »Das Leben ist eine Baustelle«), aber mehr noch Feelgood-Movies in der Art von »Comedian Harmonists«, in der noch die faschistische Vergangenheit ins neueste Projekt grenzenloser Nostalgie eingearbeitet wird. Nach der Adjustierung an den neuen Mittelstand ist das verbliebene Projekt des deutschen Mainstream-Films die »nationale Versöhnung«, und auf das frivole Lachen folgt die hemmungslose Sentimentalität.

**2**

Die deutsche Beziehungskomödie war in ihrer großen Zeit erfolgreich, weil sie genau einer Bewegung einer sozialen Gruppe von einem Ort zum anderen entsprach. Zu ihrer Krise indes gehört nicht nur die Auflösung dieser Gruppe (die einen sind angekommen, die anderen am Arsch), sondern auch die Begrenzung dieses Zuschauersegments. Man weiß ziemlich genau, wer in diesen Filmen lacht, und im übrigen bedarf es auch dazu eines kuscheligen Gemeinschaftserlebnisses: Wenn man eine deutsche Beziehungskomödie in einem leeren Kino sieht, kriegt man Panik, wenn man sie (auch das ein Zeichen für einen Paradigmenwechsel) nun schon im Fernsehen sehen kann, kommt sie in ihrer beklagenswert geringen Pointendichte so fade daher, daß man sich nur nach einer amerikanischen Sitcom sehnen kann. Sie funktioniert also nie als »Film« (ich will nicht ungerecht sein: es gibt, wie in jedem Genre, auch in diesem ein paar große Momente), sondern als ein soziales Event.

Gewiß gilt dasselbe für die Prollkomödie, die sich in den neunziger Jahren mit zwar wesentlich weniger Exemplaren (paradoxerweise ist nämlich eine Prollkomödie wesentlich teurer als eine Kleinbürger-Beziehungskomödie), aber desto größerer Durchschlagskraft in jenen Kinos etablierte, in denen die Beziehungskomödie einen eher schweren Stand hatte. Die Prollkomödie mag zwar auf der einen Seite so hemmungslos deutsch sein wie »Werner« oder »Ballermann 6«, sie ist auf der anderen Seite aber auch viel fundamentaler. Sie handelt nämlich vom Körper. Vom Körper eines nicht erwachsenen und doch schon vergreisten Mannes, der säuft, rülpst, kotzt (möglichst, wenn feine Pinkels unterwegs sind), der die hohe Kunst der Arbeitsverweigerung versteht und bei alledem weder wirklich schuldig wird, noch gar das Getriebe der gesellschaftlichen Maschinerie zu stören imstande ist. So wie sich in der Beziehungskomödie der neue Kleinbürger entpolitisierte und sich seine ökonomischen, moralischen und sexuellen Sünden absolutieren ließ, so ersetzt die Prollkomödie Klassenbewußtsein durch Regression.

Die Beziehungskomödie funktioniert so, daß das, was der Körper will, als kontrollierte Einheit, als Maßbecher von Lust und Anspruch, das Politische ausgrenzt. Kein Körper in diesen Filmen kann zu sich selbst kommen; die Männer und die Frauen dürfen allenfalls einmal kurz zeigen: Mein Busen ist straff und deutscher Normbusen, mein Arsch ist straff und deutscher Normarsch. Kamma vorzeigen. Die Prollkomödie funktioniert genau anders herum, aber auf dasselbe Ziel hin ausgerichtet. Sie präsentiert das, was von diesem Katja-Riemann-Mittelstand aus gesehen als häßlich, ja, als ekelhaft wahrgenommen werden muß (weshalb es auch die Vorliebe für die unverbindlichere Präsentation in Form der Animation gibt, in der das Häßliche eher, ey, voll normaaal erscheint). Die einzige politische Geste der Prollkomödie ist es, den roten Porsche, von dem die Beziehungskomödie träumt, fachgerecht zu demolieren. Letzte Versuche, die Prollkomödie noch mit

einem Hauch von politscher Korrektheit zu füllen, waren Filme wie »Manta Manta«. Da war der schönste (na ja, neben Til Schweiger) und auf jeden Fall vernünftigste Held ein Türke. Sein Vater war Gemüsehändler. Auch in Tom Gerhardts endgültig entgrenzten Komödien spukt solche Korrektheit, wenn er als Sidekick einen italienischen (von einem türkischen Schauspieler dargestellten) Kumpel hat. Den strukturellen Rassismus beider deutscher Genres nachzuweisen überlasse ich den Doktorarbeiten künftiger Generationen.

Ihre ideologische und rassistische Bosheit ist einfach nur unterschiedlicher Natur. Die neue deutsche Mittelklasse trainiert sich das soziale Bewußtsein ab, sie möchte entschieden nicht mehr in einen Zusammenhang mit der Geschichte, und schon gar nicht in einen Zusammenhang mit der Geschichte der Klassenkämpfe und der Ausbeutung gebracht werden. Die Verkehrsformen der eigenen Klasse sind ihnen Problem genug. Die Prollkomödie sagt umgekehrt der anderen, der Verliererklasse, daß sie in ihrer Kultur saugut abschneiden könne, solange sie nur infantile, regressive Wünsche habe. Sie verspricht dem Zuschauer und der Zuschauerin in etwa dieses Paradies: Dein Ausbeuter ist ein Trottel, den du allemal verarschen kannst. Die Kultur der Ausbeuter ist so blöd, daß sie förmlich darauf wartet, daß du endlich über ihr Buffet kotzt. Arbeitslosigkeit und Geldmangel gibt's, aber das ist ein Problem, das du löst, indem du was herumschiebst. Kleine Kriminalität, die du als solche natürlich niemals selbst erkennen darfst. Die »Anarchie« aber darf nie etwas anderes als deine regressiven Wünsche erfüllen: saufen, fressen, fernsehen. Dein sexuelles Begehren wird nur teilweise erfüllt, aber immerhin. Die Welt aber wird sich vor der Regression deiner Wünsche verschließen. Du wirst in einem Eimer Sangria sitzen, und das wird dein Paradies sein.

Kleinbürgerliche Beziehungskomödie und Prollkomödie existieren also nicht gegeneinander, sondern in sonderbarer Komplizenschaft: Der Proll taucht in der Beziehungskomödie als heilsamer Störfaktor auf, der bürgerliche Beziehungskarrierist in der Prollkomödie als wohlfeiles Feindbild, dem man es aber so was von geben kann. Wenigstens den Männern. Die Frauen, die sind entweder völlig daneben oder lieben sowieso heimlich den Prollmann. Und sollten Filme wie »Der Campus« oder »Rossini« in ihrer Schilderung vollständig korrupter Lebensweise »realistisch« sein, so sind sie es, ohne etwas davon zu wissen.

**3**

Wieder einmal also, nachdem dem erfolgreichsten deutschen Genre das Publikum abhanden gekommen ist, wird von der »Krise« gejammert. Der Marktanteil des deutschen Films beträgt in diesem Jahr neun Prozent. Das ist natürlich für ein erfolgsgeiles, korruptes und populistisches Kino verdammt wenig, das sich offensichtlich umsonst abgestrampelt hat, den politischen und ästhetischen Anspruch loszuwerden. Wie viel wäre es für ein Kino, das sich als widerständig, eigensinnig und innovativ verstehen könnte!

Freilich gibt es keine »Lösung«. Der Widerspruch zwischen Kunst und Ware (welch ein Euphemismus in der Selbstidentifikation des Kinos), zwischen der autonomen ästhetischen Geste und der Bedienung der Mitte, ist dem Medium eingeschrieben und macht gerade seine Dynamik aus. Gerade deswegen lohnt es sich, zum Beispiel, Filmkritiker zu sein, weil in diesem Feld niemals ästhetische Fragen ohne ökonomische zu stellen sind, weil es eine unpolitische Filmkritik nicht gibt. Jeder einzelne Film auf dieser Welt ist der Versuch, auf seine Art diesen Konflikt zwischen der Moral und dem Markt zu lösen. Auf diese Lösung kommt es in jedem Einzelfall an. Die Produktion eines Films ist immer die Abbildung eines Klassenkampfes. Um jedes einzelne Bild, um jeden Schnitt muß gekämpft werden. Ein Schnitt, der sich von selbst versteht, versteht nicht einmal sich selbst. Geschweige denn etwas von der Welt, die er abzubilden, zu kommentieren und zu verändern hätte.

Insofern ist die Krise des deutschen Films einerseits ein strategisch-nebliges Gerede. Und andrerseits steckt sie in jeder noch so kleinen künstlerischen Entscheidung bei der Entstehung eines Films.

Konkret 01/99, S. 65

**Max Annas**

# Film & Theater

### My Name Is Joe

*Regie: Ken Loach. Mit Peter Mullan, Louise Goodall, Gary Lewis. Großbritannien/BRD 1998 (Polygram); 105 Minuten; ab 7.1.99 im Kino*

Nicht, daß es der Filme über die Internationalismusbewegungen dieses Jahrhunderts nicht bedürfte, aber mit seiner oft weinerlichen Nicaragua-Schmonzette hatte sich Ken Loach doch zumindest ästhetisch ins Abseits manövriert. Es spricht für ihn, daß er das mediokre Werk und dessen harsche Ablehnung schnell verarbeitet hat und sich jetzt mit einer einfachen Liebesgeschichte beschäftigt.

Freilich tut er das nicht, ohne sie vielfach zu brechen, schließlich zielt er auf anderes. Der erwerbslose Joe, der gerade eine Alkoholtherapie hinter sich hat, trainiert eine miserable Fußballmannschaft in Glasgow und lernt die Sozialarbeiterin Sarah kennen. Die beiden trennt mehr als sie verbindet, dennoch nähern sie sich schüchtern einander und werden irgendwann so etwas wie ein Paar. Daneben geschehen die Dinge, die Loach beinah exklusiv zeigt. Staatliche Gewalt in Gestalt eines Sozialamtspitzels wird einigermaßen selbstverständlich neben außerstaatlicher Gewalt präsentiert, hier in der Person eines kleinen Gangsters, der einen Klienten Sarahs und Kumpel Joes wegen Drogenschulden in die Mangel nimmt. Loach versucht, seine Geschichte so glaubwürdig wie möglich im Alltag der Arbeiterklasse anzusiedeln, und seine Aussage ist klar und deutlich: Wer arm ist, hat mehr als nur einen Feind zu fürchten.

Vielleicht läßt sich »My Name Is Joe« am ehesten als ein gelungenes Loach-Sampling durch Loach selbst begreifen. Er bereitet seine ureigenen Themen in einer Art Best of... auf, ohne sie hierarchisch zu ordnen. Um sie herum legt er sanft den Mantel einer Liebesgeschichte, für die er außergewöhnlich viel Interesse zeigt. Der Film ist nicht ganz das Comeback eines verlorenen Sohnes, aber die Sorgen, die man sich zuletzt um Loach machen mußte, kann man getrost vergessen. Und Fußball ist im Kino noch nie so unglamourös dargestellt worden.

Konkret 01/99, S. 65

**Marit Hofmann**

# Film & Theater

### Das Fest

*Regie: Thomas Vinterberg. Mit Ulrich Thomsen, Thomas Bo Larsen. Dänemark 1997 (Arthaus); 106 Minuten; ab 14.1. im Kino*

Die vom »Dogma 95«-Kollektiv sind gar nicht so. Beim Ausdenken der Regeln für ein neues »wahres« Kino jenseits des Action- und Autorenfilms wollen die dänischen Regisseure Thomas Vinterberg und Lars van Trier (nach Regel Nr. 10 des Keuschheitseides dürften ihre Namen allerdings nicht genannt werden) pausenlos gelacht haben. »Wir sagten: Hey, das können wir nicht machen! – und taten es doch.«

Vinterbergs erster nach den Dogmaregeln gedrehter Film ist ebenfalls überraschend komisch – aber deshalb noch lange keine Komödie (keine Genrefilme! – Regel Nr. 8), sondern eher eine sarkastische, moderne (der Film muß im Hier und Jetzt spielen! – Regel Nr. 7) Version von Bergmans Familiendrama »Fanny und Alexander«. Der Zuschauer findet sich als Teilnehmer einer großen Festgesellschaft wieder, die sich in einem dänischen Landschloß (Original-Schauplatz! – Regel Nr. 1) anläßlich des 60. Geburtstags des Hausherrn zusammengefunden hat. Zwischen Suppe und Hauptgang tischt der älteste Sohn des Jubilars in seiner Festansprache seine traumatischen Kindheitserlebnisse mit dem sadistischen Vater auf. Und trotz eifriger Bemühungen, den Störenfried stillzustellen, bricht die vorgetäuschte Familienidylle noch vor dem Dessert endgültig zusammen. Die verwackelten Videobilder (nur Handkamera! – Regel Nr. 3) dokumentieren erbarmungslos den Rückfall eines Alkoholikers, Affären mit Dienstmädchen, rassistische Ausfälle, Raufereien – kurz: die zerrüttete Gesamtverfassung der Sippschaft.

Am nächsten Morgen sitzt man geläutert am Frühstückstisch, und auch der Zuschauer darf aufatmen: Das tyrannische Familienoberhaupt wurde gestürzt und zeigt sogar – hier hätte »die Wahrheit« (oberstes Gebot) freilich strengere Grenzen gefordert – Regungen der Reue.

Für den Zuschauer ergeben sich daraus folgende Regeln: 1. Es ist verboten, die Vertreter des »Dogmas 95« so ernst zu nehmen, wie sie sich selbst. 2. Die auferlegten Begrenzungen sind als spielerische Setzungen zu akzeptieren, die inspirierend wirken können.

3. Man beurteile Filme niemals nach den Marotten ihrer Macher.

Konkret 01/99, S. 65

**Dietrich Kuhlbrodt**

# Film & Theater

**Les Mis□ rables**

*Regie: Bille August. Mit Liam Neeson, Uma Thurman, Geoffrey Rush, Claire Danes. Tschechische Republik 1998 (Constantin); 134 Minuten; ab 24.12. im Kino*

Der Aufrührer Victor Hugo hatte *Les Misérables* in der Verbannung verfaßt, 1862 auf der Kanalinsel Guernsey. Er warf in seinem Roman dem herrschenden politischen System vor, die Verelendung des Proletariats durch Klassenjustiz zu befördern. Zur Schadensbegrenzung schlug er vor, den Kriminalisierten zumindest die Chance der Resozialisierung zu eröffnen. – Das war damals Tabubruch, Revolution und Demagogie, denn Hugo hatte seine Elenden im Roman Fleisch und Blut werden lassen. Die Charaktere lebten sich in einem Kriminalroman aus. Sie erreichten mitsamt den transportierten Thesen ein enormes Publikum. Sie wollten gefallen. Auch das.

125 Jahre später wären sie sicherlich mit Billigung des Autors in einem Musical aufgetreten. Musik von Schönberg. Vorname: Claude-Michel (»Miss Saigon«). Das Musical »Les Misérables« hat das Thema zur publikumswirksamen Liebesgeschichte umgemodelt. Die Produktion von Lloyd Webber (»Cats«, »Das Phantom der Oper«) ist ein globaler Erfolg. Da Hugos Anliegen immer noch nicht erledigt ist, ist es ein »Revolutionsepos«, an dem sich bereits 40 Millionen Menschen erbauten. Vor genau drei Jahren errichtete Duisburg gar ein eigenes Theater für »Les Misérables«: für das prächtige Bühnenbild, fünfundvierzig aus Echthaar geknüpfte Perücken, die fesselnde Geschichte und wunderschöne Melodien.

Auch der Film will nun gefallen. Und mehr: Wie wäre es, seine Vorführung mit dem Publikum von »Schindlers Liste«, »Shine«, »Pulp Fiction« und »Romeo und Julia« zu bereichern? Dann kann die Presse schreiben: »Oscar-Regisseur Bille August erzählt Victor Hugos Meisterwerk der Weltliteratur als ergreifendes Liebesdrama mit Starbesetzung: Liam Neeson (›Schindlers Liste‹), Geoffrey Rush (›Shine‹), Uma Thurman (›Pulp Fiction‹) und Claire Danes (›Romeo und Julia‹) erwecken ›Die Elenden‹ zum Leben voller Liebe und Haß, Glück und Schmerz – und grenzenloser Leidenschaft«. Perfekt. Jedes weitere Wort wäre zuviel.

Aber weil sich bei jeder guten Story der Kreis schließen muß, müssen wir nun zur Literatur zurück und den Rezeptionshorizont abermals bereichern – mit Bret Easton Ellis: *American Psycho*. Dann wissen wir, warum die Klasse-Yuppies der Endachtziger, die sich das Musical »Les Misérables« antun, zu unresozialisierbaren Kriminellen werden.

Gibt’s das Buch noch immer nur unterm Ladentisch? Greifen wir also doch lieber zum nagelneuen Fischer Taschenbuch. Es ist das *Buch zum Film »Les Misérables« nach Victor Hugo*. Zu lesen zum Original Soundtrack von Hollywood Records.

Konkret 01/99, S. 66

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Der Bischof von St. Pölten, Kurt Krenn, der Boxer war, bevor er im Aberglaubensverein Una Sancta Karriere machte, hat seinem Sandsack in Christo, dem Wiener Erzbischof Christoph Schönborn, sagen lassen,

*er soll das Maul halten.*

So macht Religion Spaß.

Aber auch die Konkurrenz tut, was sie kann. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, immer strebend bemüht, sein Mäntelchen in den Geist der Zeit zu hängen, den der Krenn vorbeistreichen läßt wie den Heiligen Geist im Wind, hat die Namen der Damen bekanntgemacht, die demnächst (oder weiterhin) das »Wort zum Sonntag« sprechen dürfen, und einer davon lautet, ungelogen:

*Odda-Gebine Holze-Staeblein.*

Da wird das heilige Kind aber schwer aufpassen müssen, daß es vor Lachen nicht seine Krippe umschmeißt.

Immer wieder ist an die wegweisenden Worte zu erinnern, die Alice Schwarzer als Laudatorin anläßlich der Verleihung des »Medienpreises für Sprachkultur« an Harald Schmidt, den Spitzenreiter der Einschaltzote, gesprochen hat:

*Darf man also Witze machen über Polen und Frauen? Man darf nicht nur, man muß. Denn Humor kennt keine Grenzen und keine Pietät! Die Frage mit den Witzen ist nie, ob sie gemein sind. Die Frage ist nur: Sind sie wirklich witzig. Wenn ja, sind sie immer auch entlarvend und damit nie reaktionär.*

Und Schmidt entlarvt:

*Es gibt jetzt einen Yoga-Kurs für Damen auf dem Beifahrersitz: Wie kriege ich die Füße richtig hinter die Sonnenblende?*

Und entlarvt:

*Viele Damen haben im Auto nicht den richtigen Überblick, denn sie sehen vom Beifahrersitz aus nur Gas, Kupplung und Bremse.*

Und entlarvt:

*Der neue Mann spricht offen über seine Gefühle, er ist weniger gewalttätig, er ist gefühlvoll und partnerschaftlich – mit einem Wort: schwul.*

Und Alice Schwarzer, die Führerin der deutschen Damenbewegung, lacht. Und lacht. Und lacht. Denn Humor kennt keine Grenzen.

In der Rubrik »Fernsehen wird durch ›Bild‹ erst schön« meldet die »Bild«-Zeitung:

*20.15 Uhr: Hitlers Krieger. Ernst Udet – der Flieger. In der Luft top, am Boden Flop. 1941 Selbstmord. Doku!*

Eine deutsche Geschichte. Wie vom Walser. Nur besser geschrieben.

Günther Nolting, Wehrexperte der FDP, der also nicht nur vom Totschießen was versteht, sondern auch vom Strammstehen, hat über den Außenminister Josef Fischer gesagt, er sei

*nicht in der Lage, den Spagat zwischen der Ideologie seiner Partei und der außenpolitischen Realität zu bewältigen.*

Dabei ist das der erste Spagat, den sogar ich kann. Unser Turnlehrer, auch Wehrexperte, nannte die Übung Grundstellung.

Es kommt öfter vor, daß Denker, wenn ihnen nichts Gescheites einfallen will, den verzweifelten Entschluß fassen, originell zu werden. Von einem tiefen Fall dieser Art berichtet die »Süddeutsche Zeitung«:

*Daß die weltanschaulichen Grundlagen der Gewaltzähmung – landläufig bestimmt durch die Revolutionsideale Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – längst schwanken, das machte Jan Philip* (Schreibweise: »SZ«) *Reemtsma deutlich, der die Brüderlichkeit als rassistisch und kolonialistisch mißbrauchte Phrase dingfest machte: »Das scheinbar humanste der drei Ideale hat sich als das nachhaltig bösartigste erwiesen.«*

Da ist, wenn man's nur lange genug dreht und wendet, unbedingt was dran. Nachhaltig noch bösartiger als die Brüderlichkeit dürfte vielleicht die Nächstenliebe sein, deren Weg von der Bergpredigt zu Wojtyla mit den Leichen der Inquisition und der Konquista gepflastert ist. Von den Menschenrechten, deren Verwirklichung im Kongo oder in Afghanistan Zigtausende mit dem Leben bezahlen, und der Liebe, der Himmelsmacht, die Frauenhäuser füllt, wollen wir gar nicht erst anfangen. Vielleicht hätten die französischen Revolutionäre gleich die Parole wählen sollen, die deutschen Revolutionshumoristen eingefallen ist: Liberté! Egalité! Pfefferminztee! Obwohl gerade Pfefferminztee, hoch dosiert, sich als eine Bösartigkeit erweisen dürfte, die der Brüderlichkeit durchaus das Wasser lassen kann.

Literaturgeschichte als Road movie:

*Unbekannte Täter verübten gestern abend einen Anschlag auf den ICE »Anna Seghers«.*

Von den Tätern fehle, hieß es, jede Spur. Aber der Anschlag habe

*auf der Strecke von Berlin nach Hannover bei Rathenow stattgefunden,*

und damit ist zumindest das Motiv klar. Letzte Gewißheit gibt das Bekennerschreiben, das nicht gefunden wurde, weil der das nicht kann.

Der Deutschlandfunk hat beobachtet,

*daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA zunehmend an Gewicht verlieren,*

ein Phänomen, das Millionen seiner Hörerinnen vertraut ist – von der »Brigitte-Diät«.

Das »Hamburger Abendblatt« stellt ein Idol des neueren Deutschland vor:

*Ein kleiner Verlag für christliche Mystik und Naturheilkunde muß häufig ohne seinen Chef auskommen. Matthias Dräger hat sich derzeit dem Kampf gegen die Rechtschreibreform verschrieben. In die Wiege gelegt war dem jüngsten von elf Kindern eigentlich die Karriere in einem weltweit agierenden Konzern, den Dräger-Werken in Lübeck. Das Familienunternehmen mit 8.500 Mitarbeitern leitet heute ein Bruder. Matthias Dräger steht dazu, daß er einen anderen Weg eingeschlagen hat.*

Zwar habe ich die deutsche Bourgeoisie nie besonders gemocht, aber wenn sie jetzt nicht einmal mehr dafür sorgen kann, daß ihre Bälger, anstatt uns mit ihren esoterischen Defekten zu belästigen, ordentlichem Ausbeutertagewerk nachgehen, werde ich auf meine alten Tage noch militant.

Wenn der Journalist über den Tag hinausdenkt in die Ewigkeit, also bis nächsten Donnerstag zirka, nennt er das »Analyse«, und mit dieser Spitzmarke hat auch der Redakteur Christoph B. Schlitz seinen Beitrag im Wirtschaftsteil von Springers »Welt« am Freitag, dem 16. Oktober 1998, versehen:

*Stollmann setzt sich durch / Schröders Kandidat wird Machtkampf mit Oskar Lafontaine gewinnen – Analyse von Christoph B. Schlitz*

Obwohl damit schon alles gesagt war, konnte Schlitz es sich nicht verkneifen, die Konkurrenz auch noch mit seinem umfassenden Detailwissen zu beschämen:

*Der Streit um die künftige Gestaltung des Wirtschaftsministeriums spitzt sich zu, die endgültige Entscheidung wird am Wochenende fallen. Der Gewinner steht indes jetzt schon fest: Jens Stollmann. Das ist umso bemerkenswerter, weil der Verlierer Oskar Lafontaine heißt. Der SPD-Parteichef hat hoch gepokert – und wird am Ende verlieren. Der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder will es so.*

Fast genau so ist es gekommen: Tatsächlich waren alle drei Vor- und Zunamen auch nach dem Wochenende, an dem die Entscheidung fiel, richtig geschrieben, und damit lag Schnitzens Analyse weit über der durchschnittlichen Trefferquote der Kollegen.

Deutsch lernen mit dem Bundesarbeitsminister:

*Walter Riester sagte, mit der Korrektur der von der Vorgängerregierung beschlossenen Einschnitte bei Rente, Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz solle das für weitere Reformen nötige Vertrauen der Bürger zurückgewonnen werden.*

Was sagt Riester? Riester sagt, daß man für weitere Reformen das Vertrauen der Bürger braucht. Er sagt, daß die weiteren Reformen solche sind, die den Leuten was wegnehmen, denn um ihnen was zu schenken, braucht man ihr Vertrauen nicht. Er sagt, daß die Leute, denen man jetzt was gibt, dieselben sind, denen man dann was nimmt – das Vertrauen anderer hätte

man ja nicht gewonnen. Er sagt, daß die Reformen weitere Reformen sind, Reformen also, die jene ersten Reformen fortsetzen, die jetzt korrigiert werden, damit morgen die Leute, denen etwas genommen wird, daran erinnert werden können, daß sie auch einmal etwas, was ihnen genommen worden war, zurückbekommen haben und vielleicht hoffen, es könnte wieder so sein. Riester sagt, wenn wir heute den Leuten zart die Wange streicheln, werden sie sich morgen kräftig in den Hintern treten lassen.